

# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch  
u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

===== Heft 281 =====

---

---

## Die auswärtige Politik Sachsen=Gotha=Altenburgs und der Reichskrieg gegen Frankreich bis zum Ausscheiden des Herzogtums (1790—1797)

Von

**Dr. Julius Frankenstein**

=====

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1935

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.  
Vaduz  
1965

Reprinted from a copy in the collections of  
The New York Public Library

Printed in the United States of America

**Meinen lieben Eltern**

in Dankbarkeit gewidmet

## Inhaltsübersicht.

	Seite
Vorwort.	5
Benutzte Quellen und Literatur.	
I. Ungedruckte.	9
II. Gedruckte.	
A. Zur Geschichte Sachsen-Gotha-Altenburgs	11
B. Zur allgemeinen Geschichte	17
a) Zeitgenössische Quellen	
b) Literatur.	
Einleitung.	21
1. Kapitel. Die äußere Politik Sachsen-Gotha-Altenburgs im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts.	
1. Die Stellung des Herzogtums in Thüringen und im Reiche unter Herzog Ernst II. (1772—1804).	30
2. Die Hauptvertreter der gothaischen Außenpolitik: Herzog Ernst II., Minister v. Frankenberg und Komitialgesandter v. Gemmingen.	44
2. Kapitel. Die Haltung Sachsen-Gotha-Altenburgs auf dem Regensburger Reichstage bis zum Beitritt zum Reichskriege. 1790—1793.	
1. Die elsässische Frage und die Sicherheit des Reiches bis zum Tode Kaiser Leopolds II.	66
2. Weitere Reichstagsverhandlungen bis zum Rheinübergang Custines.	89
3. Der Beitritt des Herzogtums zum Reichskriege gegen Frankreich.	112
3. Kapitel. Die Teilnahme Sachsen-Gotha-Altenburgs an den Verhandlungen des Reichstages über den Reichskrieg. 1793—1795.	
1. Die Reluition des Reichskontingents und die Frage der offiziellen Erklärung des Reichskrieges.	133
2. Das Kaiserliche Kommissionsdekret vom 20. Januar 1794 und der Preußische Verpflegungsantrag.	144
3. Die Forderung des Quintuplums und die letzten Versuche zur Verstärkung der Kräfte des Reiches im Kriege gegen Frankreich.	171
4. Kapitel. Die Haltung Sachsen-Gotha-Altenburgs bei den Friedens- und Neutralitätsverhandlungen. 1794—1797.	
1. Der Kurmainzische Friedensantrag und der Baseler Friede zwischen Preußen und Frankreich.	192
2. Die Einbeziehung des Obersächsischen Kreises in die Neutralität des nördlichen Deutschlands.	212
Schlußwort.	235
Anlagen.	



## V o r w o r t.

Die vorliegende Arbeit geht auf eine Anregung von Herrn Universitätsprofessor Dr. Willy Andreas in Heidelberg zurück, auf Grund archivalischer Studien die äußere Politik Sachsen-Gotha-Altenburgs und dessen Verhältnis zu Frankreich im Zeitalter der französischen Revolution und Napoleons zu untersuchen.

Mannigfache Schwierigkeiten, die die Einleitung zu dieser Studie aufzeigen soll, ließen vorläufig eine Beschränkung auf eine noch fehlende Darstellung der Politik dieses Herzogtums auf dem Regensburger Reichstage und im Obersächsischen Kreise von 1790 bis 1797, besonders hinsichtlich des Reichskrieges gegen Frankreich, ratsam erscheinen. Meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Willy Andreas in Heidelberg, bin ich für ständige Beratung und Anteilnahme an meinen Arbeiten zu verbindlichstem Danke verpflichtet.

Es ist mir ferner eine angenehme Pflicht, auch an dieser Stelle für die freundliche Hilfe und Förderung zu danken, die meine Studien für die geplante größere Arbeit in Archiven und Bibliotheken erleichterten: Vor allem Herrn Staatsarchivrat Dr. Walter Schmidt-Ewald und Herrn Archivsekretär Gleitsmann vom Thüringischen Staatsarchiv Gotha, Herrn Staatsarchivrat Dr. Wilhelm Engel, der meine Aktenstudien in Altenburg und Weimar unterstützte, und den Beamten der dortigen Thüringischen Staatsarchive, auch in Meiningen, für freundliche Auskünfte; den Beamten der herzoglichen Bibliothek Gotha, besonders den Herren Bibliothekar Dr. Richter und

Bibliothek-Obersekretär A. D a r r, den Beamten der Universitätsbibliothek Heidelberg, deren jetzt in den Ruhestand getretener Direktor, Herr Universitätsprofessor Dr. R u d o l f S i l l i b, mir die Bearbeitung der Archivalien in der Bibliothek gestattete, ferner den Beamten der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe und der Thüringischen Landesbibliothek Altenburg.

Den Herren Studienrat Dr. O t t o B e s s e n r o d t in Gotha und Archiv-Referendar Dr. F r i e d r i c h F a c i u s in Weimar bin ich für wichtige Auskünfte über ihre eigenen Arbeiten, Herrn Geh. Hofkammerrat z. D. Dr. jur. E. Z e y ß für die lebenswürdige Überlassung von Sonderdrucken seiner Studien über die Beziehungen Gothas zum Goethekreise, und Herrn Studienrat Dr. K u r t S c h m i d t, gleichfalls in Gotha, für freundliche Hinweise aus seinem Arbeitsgebiet zu Dank verpflichtet. —

Im Staatsarchiv Weimar fand sich, als Gegenstück zu einem Gothaer Aktenband, eine politische Korrespondenz aus dem letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts zwischen dem gothaischen Staatsminister v. Frankenberg und dem weimarschen v. Fritsch vor (Näheres s. Einleitung S. 27), die nur mit lebenswürdiger Hilfe der Herren Oberbibliothekar Professor Dr. F i n k e und Bibliothekar Dr. B e r e n b a c h von der Handschriftenabteilung der Universitätsbibliothek Heidelberg zu entziffern war und weitgehend herangezogen werden konnte; Akten aus dem Staatsarchiv Altenburg konnten für den vorliegenden Teil der größeren Arbeit noch nicht verwendet werden.

Meine Nachforschungen nach einem im Staatsarchiv Gotha seit 1902 vermißten wichtigen Aktenstück (Geheimes Tagebuch des Ministers Hans v. Thümmel in Paris 1807/08, Signatur UU VIII. i. Paris 4.) wurden schließlich durch den inzwischen verstorbenen Staatsarchivrat Professor Dr. K r i e g in Koburg auf die richtige Spur gelenkt; der letzte Besitzer dieses Tagebuches, Herr Kammerherr P a u l v. E b a r t in Koburg, hatte die Güte, seine druckfertige Abschrift in die Heidelberger Universitätsbibliothek zu meiner Benutzung zu schicken. Inzwischen hat Herr v. E b a r t das Original dem Archiv zurückgegeben und jene Abschrift dem „Verein für Gothaische Geschichte und Altertumsforschung“ zu gelegentlicher Herausgabe überlassen. Obwohl das Tagebuch in dieser Schrift noch



nicht verwertet werden konnte, möchte ich doch Herrn v. E b a r t auch hier meinen Dank abstatten, ebenso dem Subsenior des Familienverbandes derer v. Wangenheim, Herrn Oberst a. D. Freiherr A l e x a n d e r v. W a n g e n h e i m auf Alexanderhof, Sundhausen bei Gotha, der mir ein leider Fragment gebliebenes Werk seines verstorbenen Bruders, Generalmajor a. D. Freiherrn Ernst v. Wangenheim, über die Mitglieder der Familie, die an den Kämpfen von 1806 bis ? teilgenommen haben, vorgelegt hat.

Bei dem Suchen nach familiengeschichtlichem Material über die gothaischen Staatsminister Sylvius Friedrich Ludwig Freiherr v. Frankenberg und Ludwigsdorff und Hans Wilhelm v. Thümmel fand ich allerseits gütigstes Entgegenkommen. Die im Nachlaß des Letzteren befindlich gewesenen versiegelten Manuskripte sind nach freundlicher Mitteilung des Herrn Amtshauptmanns O t t o v. T h ü m m e l in Pirna seit langer Zeit Gegenstand vergeblichen Nachforschens, ebenso sind des Ministers „Lettres à Clio“ (eine Genealogie der Familie Talleyrand, dem französischen Minister Talleyrand 1807 in Paris vom Verfasser überreicht laut Tagebuch), angeblich in Ronneburg 1808 und in Altenburg 1818 (?) gedruckt, verschollen. Um so wertvoller war das Ergebnis der Nachforschungen über den Minister v. Frankenberg. Vom Familienverbande derer v. Frankenberg wurde mir mitgeteilt, daß Herr Hauptmann a. D. Freiherr Alex-Victor v. Frankenberg und Ludwigsdorff, jetzt in Tübingen, über den Minister gearbeitet habe. Ich bin Herrn Hauptmann a. D. v. Frankenberg zu größtem Danke dafür verbunden, daß er mir seine sämtlichen Arbeiten und Forschungsergebnisse (s. Literaturverzeichnis unter I d) — mir sonst unbekannt gebliebenes Material — zur Benutzung in die Universitätsbibliothek Heidelberg sandte. Einige mir durch Vermittlung des Thüringischen Staatsarchivs Gotha von Herrn Antiquar Friedrich Otto in Mannheim an die gleiche Stelle geschickte Briefe Sylvius v. Frankenburgs aus dem Besitze eines ungenannten Sammlers, die vermutlich aus dem Nachlaß des gothaischen Geh. Assistenzrats Johann Christian v. Hoff stammen, konnten das Bild des Ministers ergänzen.

Für wertvolle Hinweise auf die mütterliche Abstammung des Ministers v. Frankenberg von Brandenburgisch-Preußischen Staatsmännern und auf die zeitweilige Abhängigkeit der gothaischen Politik im 18. Jahrhundert von Kurbraunschweig muß ich Sr. Exzellenz, Herrn Staatsminister a. D. Hans-Barthold v. Bassewitz in Gotha verbindlichst danken.

Karlsruhe i. B., im Dezember 1934.

Julius Frankenstein.



## Benutzte Quellen und Literatur.

### I. Ungedruckte.

- a) Aus dem Thüringischen Staatsarchiv Gotha, Geheimes Archiv (zitiert St. G.).

Mit Rücksicht auf die große Zahl der benutzten Akten werden hier nur die häufiger zitierten Aktengruppen, besonders der Abteilung A. VII. aufgeführt, für die bestimmte Abkürzungen und Randbezeichnungen in den Anmerkungen — anstatt der vollen Signatur — angewandt wurden. Alle übrigen Akten sind auf Grund der angegebenen Signatur jederzeit in den Registranten des St. G. ohne Mühe aufzufinden, zumal sie alle Akten des Geheimen Archivs sind.

Die Akten der Abteilung A. VII. enthalten außer den Berichten des Gesandten v. Gemmingen oder des Legationssekretärs Ernesti aus Regensburg und des Gesandten W. H. v. d. Lith aus Wien zahlreiche gedruckte oder ungedruckte (handschriftliche Abschriften) Aktenstücke vom Regensburger Reichstage, Flugschriften u. a., die als Beilagen zu dem Berichte, mit dem sie eingesandt wurden, kenntlich gemacht sind (die angewandten Abkürzungen s. weiter unten).

Die Abkürzungen für bestimmte Akten sind:

Rev-A I, II, III, IV = Revolutionsakten Bd. I usw. = A. VII. 62—65, „Acta die Eingriffe der französischen National-Versammlung in jura quaesita betr.“ (keine „Vol.“-Bezeichnung auf den genannten Bänden selbst).

Priv-A = Privatakten (s. Einleitung, u. S. 27) = A. VII. 70.

Kriegs-A I, II, III usw. = Kriegsakten Bd. I, II, III usw. = A. VII. 76 bis A. VII. 98, „Acta den Reichskrieg gegen Frankreich betreffend“ Vol. I (76), II (77) usw. bis XXIII (98); — dazu gehört ein Supplementband A. VII. 99. und die Bände A. VII. 100 und 101, die die umfangreichen Beilagen zum Hofdekret vom 9. Oktober 1794 (S. u. S. 179 und Anm. 913) enthalten.

Neutr-A I, II = Neutralitäts-Akten Bd. I, II. = A. VII. 102 und 103, „Acta die Neutralität des Obersächsischen Kreises und der Hennebergischen Lande gegen Frankreich. Die Ziehung eines Cordon zu Erhaltung dieser Neutralität. Ingleichen den von Sachsen-Meinungen (!) mit Frankreich geschlossenen Separatfrieden betr.“ Vol. I und II.

Gelegentlich angeführte Aktengruppen:

Durchmarschakten = A. VII. 106 und 107, „Acta den Durchmarsch der Kgl. Preuß. und Kurf. Sächsischen Truppen betr.“ Vol. I und II.

Kont-A = Kontingentsakten = Akten der Gruppe A. VI. (3.) nr. 30a, 32, 36 f. und zitiert als (Bd.) I, II usw. = Vol. I, II ff. = A. VI. (3.) 31 (I), 33 (II), 34 (III) und 35 (IV). — Dazu gehören verschiedene, meist nicht besonders erwähnte Akten der Gruppe WW (Militaria), genauer WW VII. q. (Theilnahme am Reichskriege in den 1790er Jahren).

Weiter angewandte Abkürzungen in den Anmerkungen:

RG = Relation Gemmingens = Bericht des Komitialgesandten v. Gemmingen, Regensburg, den . . . (mit Bericht-Nr. und Datum).

RErn = Relation Ernestis = Bericht . . . (sinngemäß wie oben).

RL = Relation W. H. v. d. Liths aus Wien = Bericht . . . (do.).

RKOK = Reichskriegsoperationskasse, auch im Text angewandt.

Rfprot. = Reichsfürstenratsprotokoll (wo nichts Näheres angegeben, stets gedruckt) vom . . .

Min-Schreiben = Ministerialschreiben = Schreiben der Geheimen Räte (zum Unterschied der meist durch Erläuterung gekennzeichneten herzoglichen Schreiben). — Ministerium = Geheime Räte, s. u. Anm. 360.

gedr. = gedruckt.

hs = handschriftlich.

ps = präsentiert (vorgelegt), gelegentlich bei Schreiben an Gotha, mit Ankunfts- oder Vorlagedatum.

Bl. = Blatt (angegeben, soweit die Paginierung bereits durchgeführt ist, unter Einbeziehung der hs und gedr. Beilagen).

b) Aus dem Thüringischen Staatsarchiv Weimar (zitiert St. W.).

Hier wurde nur das Aktenstück (Geheimes Archiv) H Krieg und Frieden Nr. 1680 benutzt, abgekürzt PK (s. Einleitung u. S. 27 mit Blattzahl. Ferner habe ich durchgesehen und gelegentlich erwähnt die Fourrierbücher Weimar (Hausarchiv Abteilung E) mit Registern in den einzelnen (Jahres-)Bänden.

c) Aus der Herzoglichen Bibliothek Gotha.

Cod. Goth. Chart. B. 1918. IV. I. (14 Briefe) Karl Augusts von Weimar an Minister v. Frankenberg 1785/86. — Vgl. u. Anm. 32.

Fourrierbücher des Schlosses Friedenstein, jährlich vier Bände (Quartal I, II, III, IV), außerdem ein Band „Altenburg“ 1792 und ein Registerband. Nicht paginiert, doch genügt die Datumanzeige vollauf zum Auffinden in den Quartalbänden.

Weitere Briefe und hs Tagebücher brauchten nicht herangezogen zu werden.

d) Aus dem Besitze des Herrn Hauptmann a. D. Freiherrn Alex-Victor v. Frankenberg und Ludwigsdorff (auch im Familienarchiv).

Archivalisches Material über den Minister von Frankenberg, (Briefe in Abschrift und) besonders ein z. T. ungedrucktes Manuskript „Goethe und der Minister von Frankenberg sowie das Verhältnis des Frankenbergischen zum Herderschen Hause. 1911.“ (Maschinenschrift). Die einzelnen Kapitel (und gedruckten Teile, die im Literaturverzeichnis unter II. A. nur soweit eingereiht sind, als sie allgemein zugänglich sind, nicht also die „Familienzeitschrift derer von Frankenberg . . .“) s. u. Anm. 173.

e) Einige Frankenberg-Briefe aus Sammlerbesitz durch freundliche Vermittlung des Herrn Antiquars Friedrich Otto in Mannheim.

f) Die ungedruckte Rostocker Dissertation von Rudolf Asch, (Maschinenschrift) 1922 (Universitätsbibliothek Rostock), deren Auszug im Literaturverzeichnis (II. B. b) angeführt ist.

g) Im Besitze Sr. Exzellenz Staatsminister a. D. Hans-Barthold v. Basewitz in Gotha.

Marie v. Wangenheim, die alte Münze. Handschrift 1858.

## II. Gedruckte.

### A. Zur Geschichte Sachsen-Gotha-Altenburgs.

- Abkürzungen** (mehrfach vorkommender Zeitschriftentitel, nach *F a c i u s* S. 8).  
**MGG** = Mitteilungen der Vereinigung (des Vereins) für Gothaische Geschichte. Mit Jahrgang und Seitenzahl.  
**RF** = Rund um den Friedenstein, Beilage zum Gothaischen Tageblatt. (Die römische Ziffer gibt den Jahrgang [I von 1924, II 1925, III 1926, IV 1927, V 1928, VI 1929, VII 1930, VIII 1931, IX 1932, X 1933, XI 1934, XII (laufender Jahrgang) 1935], die arabische Zahl die Nummer an) (jeweils 26—27 Nummern).  
**SMG** = Schriften des Vereins für (Sachsen-) Meiningische Geschichte und Landeskunde (Registerhefte: 91 ff.).  
**ZTG** = Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte.  
**Darstellungen** (vgl. auch das Literaturverzeichnis bei *F a c i u s* S. 7—13 und *O. Bessenrodt*, Außenpolitik S. 132—142; dort aufgeführte Quellen und Darstellungen sind nur in wichtigen Fällen hier wiederholt worden. — Vgl. ferner „Neue Heimatliteratur“ in MGG und die Register zu RF (I—V von A. Darr, VI—X im Erscheinen), aus dem nur die wichtigsten Aufsätze angeführt werden konnten).  
**A m e n d e**, E., Landeskunde des Herzogtums Sachsen-Altenburg. Altenburg 1902.  
**A n d r e a s**, Willy, Preußen und Reich in Carl Augusts Geschichte. Heidelberger Universitätsreden 18. Heidelberg 1932. Jetzt auch in Willy Andreas, Kämpfe um Volk und Reich. Aufsätze und Reden zur deutschen Geschichte des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts. Stuttgart, Berlin (1934). S. 13—38.  
**A t z e r o d t**, Fr., Geschichte des thüringischen Volkes. Zur Unterhaltung und Belehrung. Quedlinburg und Leipzig 1832.  
**Aus den coburg-gothaischen Landen**. Heimatblätter, herausgegeben von R. E h w a l d. Gotha 1903 ff.  
**Aus der Heimat**. Blätter der Vereinigung für Gothaische Geschichte und Altertumskunde (s. Blätter). Darin mehrfach: v. E(bart), gothaische Gedenktage.  
**Aus harten Kriegsjahren**. RF V, 3.  
**B a h l s**, Georg, Carl August von Weimar als Soldat. Berlin 1931. (Diss. phil. Heidelberg.)  
**B e c h t o l s h e i m**, Katharina Freifrau v., geb. Gräfin Bueil 1787—1825. Erinnerungen einer Urgroßmutter. Herausgegeben von Carl Graf Oberndorff. Berlin 1902.  
**B e c k**, August, Ernst der Zweite, Herzog zu Sachsen-Gotha und Altenburg, als Pfleger und Beschützer der Wissenschaft und Kunst. Gotha 1854.  
**B e c k**, August, Geschichte des gothaischen Landes. Gotha 1868—1876. Darin: Bd. I: Geschichte der Regenten des gothaischen Landes. Gotha 1868 (zit. Beck, Regenten); Bd. II: Geschichte der Stadt Gotha. Gotha 1870; Bd. III: Geschichte der Landstädte, Marktflecken und Dörfer. Gotha 1875—76 in zwei Halbbänden.  
**B e r b i g**, M., Die Gemahlinnen der Regenten des Gothaischen Landes seit der Herrschaft der Ernestiner. (Festgabe) Gotha 1890.  
**B e r b i g**, M., Den Manen der Fürsten des Hauses Sachsen-Gotha-Altenburg. RF II, 4 und 7.



- Bergmann, Alfred, Carl August-Bibliographie. Mit einem Geleitwort von W. Andreas. Jenaer Forschungen zur Germanistik Heft 20. Jena 1932.
- Bessenrodt, Otto, Die äußere Politik der thüringischen Staaten von 1806—1815. 2. Aufl. Mühlhausen i. Th. 1925. (Diss. Jena 1922, Auszug (1 Blatt) Jena 1923).
- Bessenrodt, Otto, Gotha im Kampf um die Vorherrschaft in Thüringen. Gothaer Tageblatt 1924, Nr. 58 vom 8. März.
- Bessenrodt, Otto, H. A. O. Reichard — ein Gothaischer „Reaktionär“. RF IV, 7.
- Bessenrodt, Otto, H. A. O. Reichards „Revolutions-Almanach“, ein Denkmal deutscher Geistesgeschichte. Im „Pflüger“, Thüringer Heimatblätter. Herausgegeben von Bernhard Klett. Jg. 3, 1926, Flarchheim i. Thür.
- Bessenrodt, Otto s. Gooch und Gothabuch. — S. auch die Register von RF und „Pflüger“.
- Blätter für gothaische Heimatkunde. Beiblatt zu den „Gothaer Neuesten Nachrichten“. 1896 ff. (Fortsetzung: zuerst „Aus der Heimat“, dann MGG).
- Bohley, Karl, Die Entwicklung der Verfassungsfrage in Sachsen-Coburg-Saalfeld von 1800 bis 1821. Diss. phil. Erlangen 1933. Auch als: Erlanger Abhdl. z. mittl. und neueren Geschichte, herausgegeben von Bernhard Schmeidler und Otto Brandt, Bd. XIII. Erlangen 1933.
- Brandt, Otto H., Der Bauer und die bauerlichen Lasten im Herzogtum Sachsen-Altenburg vom 17. bis zum 19. Jahrhundert. Geschichtliche Untersuchungen, herausgegeben von Karl Lamprecht, Bd. III 4. Heft. Gotha 1906.
- Braun, L. v., Erinnerungsblätter aus der Geschichte Altenburgs in den Jahren 1525 bis 1826. Altenburg 1876.
- Burkhardt, C. A. H., Stammtafeln der Ernestinischen Linien des Hauses Sachsen, Festgabe . . . Weimar 18. Mai 1885.
- Cartier de Marchienne, C. de, Les Duchés de Saxe-Cobourg & Gotha. Notes & Impressions par . . . Paris 1897.
- Crämer, Ulrich, Unbekanntes aus Goethes politischer Tätigkeit. (Sonderdruck aus) „Euphorion“ Bd. 33, Heft 3 (Goethe-Festheft II) Stuttgart 1932.
- Denkwürdigkeiten aus dem Leben der Herzogin Luise von Sachsen, Gräfin von Pölzig, geborener Prinzessin von Sachsen-Gotha-Altenburg. Herausgegeben von Dr. O. Fischer-Saalfeld. ZTG N.F. 24, 1920. S. 431 ff.
- Deutsche Art und Arbeit in Stadt und Land Gotha. Festschrift . . . des Deutschbundes in Gotha . . . 1911. Herausgegeben . . . von Herm. Haack. Gotha 1911.
- Devrient, Ernst, Thüringische Geschichte. 2. Aufl. 1921. Sammlung Götschen Nr. 352.
- Ebart, Paul v., Bernhard August von Lindenau. Gotha 1896.
- Ebart, P. v., Prinz August v. Sachsen-Gotha und Altenburg und seine, sowie des Gothaischen Hofes Beziehungen zu Goethe. Gothaisches Tageblatt vom 11. bis 31. Dezember 1897.
- Ebart, Paul v., Gothaer Fürstenbilder aus früherer Zeit. Herzog August von Sachsen-Gotha-Altenburg. „Deutsche Revue“ 1900, Bd. 25, I S. 389—393.



- E b a r t, Paul v., Luise, Herzogin von Sachsen-Coburg-Saalfeld. Minden 1903.
- E b a r t, Paul v., Friedrich IV., der letzte Herzog von Sachsen-Gotha-Altenburg. RF VIII, 21.
- E h w a l d, R., Ernst II. von Sachsen-Gotha-Altenburg. Gedächtnisrede . . . MGG 1904 S. 1—44.
- E h w a l d, R., Prinz August von Sachsen-Gotha-Altenburg. In: 1912. Thüringer Kalender, herausgegeben vom Thüringer Museum in Eisenach.
- E i c h s t a d i u s, Henr. Car. Abr., Opuscula oratoria. Ed. secunda. Jenae 1850.
- E n g e l, Wilhelm, Zur Geschichte der Landeskunde von Thüringen. „Das Thüringer Fähnlein“, Monatshefte für die mitteldeutsche Heimat. 3. Jg. 1934, Heft 1. S. 1—7.
- F a c i u s, Friedrich, Staat, Verwaltung und Wirtschaft in Sachsen-Gotha unter Herzog Friedrich II. (1691—1732). Eine Studie zur Geschichte des Barockfürstentums in Thüringen. Gotha 1933. (Diss. phil. Heidelberg 1932). Auch MGG Beiheft 1932 und 1933.
- F r a n k e n b e r g u n d L u d w i g s d o r f f, Alex-Victor Frhr. v., Die Jugendzeit des Staatsministers Sylvius Friedrich von Frankenberg und Ludwigsdorff. „Hessische Chronik“, herausgegeben von H. Bräuning-Oktavio und Wilh. Diehl, 1. Jg. Darmstadt 1912. S. 397—399.
- F r a n k e n b e r g u n d L u d w i g s d o r f f, Alex-Victor Frhr. v., Herder und Friederike v. Frankenberg. „Nord und Süd“ Jg. 43, Bd. 170, Heft 540 vom September 1919. S. 287—293.
- F r a n k e n b e r g — L u d w i g s d o r f f, Moritz v., Notizen über die Familie der Grafen, Freiherrn und Herrn von Frankenberg-Proschlitz, Ludwigsdorff und Lüttwitz. Darmstadt 1878.
- F r e i s l e b e n, Ernst, Die Vermählung der Prinzessin Louise von Sachsen-Gotha zu Roda mit dem Prinzen Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin. Festschrift zur 150-jährigen Jubelfeier des Schützenhauses Louisenlust zu Roda. Stadtroda 1925.
- G a l l e t t i, J. G. A., Geschichte und Beschreibung des Herzogtums Gotha. Theil I bis V. Gotha 1779—1824. (Zit. Galletti, Gotha).
- G a l l e t t i, J. G. A., Geschichte Thüringens. Bd. VI. Gotha 1785.
- G a l l e t t i, J. G. A., Geschichte der Fürstenthümer der Herzoge von Sachsen von der gothaischen Linie des Ernestinischen Hauses, im Umriss. Gotha 1826.
- G o e t z e, O., Gothas großer Geologe: K. E. A. v. Hoff. RF III, 25.
- G o o c h, G. P., Germany and the French Revolution. London 1920. Daraus in autorisierter Uebersetzung von Dr. O. Bessenrodt: Gotha und die französische Revolution. RF III, 10. Weimar und die französische Revolution. „Pflüger“ Jg. 3, 1926. S. 389—393.
- G o t h a. Das Buch einer deutschen Stadt. Herausgegeben von Kurt Schmidt. (Im Erscheinen begriffen. Zit.: Gothabuch. Besonders benutzt:) Heft III. Gotha in der Neuzeit (I). Gotha 1928. Walter S c h m i d t - E w a l d, Gotha als Landeshauptstadt (1640 bis 1918). S. 191—228. Heft V. Gotha als deutsche Stadt (Gotha in der Neuzeit III). Gotha 1931. Otto Bessenrodt, Gothas Anteil am politischen Leben des deutschen Volkes. S. 309—339.

- Kurt Schmidt, Gothas Stellung im deutschen Geistesleben. S. 340 bis 395.
- Heft VII. Die wissenschaftlichen Sammlungen und Anstalten der Stadt Gotha. Gotha 1934.
- Behrendt Pick, das Herzogliche Münzkabinett. S. 103—120.
- Gotha und sein Gymnasium. Bausteine zur Geistesgeschichte einer deutschen Residenz. Herausgegeben von Heinrich Anz. Gotha 1924. Darin: Edwin Zeyß, Goethes Besuche am Herzoglichen Hofe zu Gotha. S. 96—130.
- Gothaische Wöchentliche Anfragen und Nachrichten. Intelligenzblatt. (Meyvius' Verlag) Gotha 1753—1814 (vgl. Standortkatalog (u. S. 19) S. 124 f.).
- Hennings, Wilhelm, Deutscher Ehren-Tempel, herausgegeben von... Bd. XII. Gotha 1832. Darin: D. G., Emil Leopold August, Herzog zu Sachsen-Gotha und Altenburg (S. 1—41).
- Hertel, Ludwig, Neue Landeskunde des Herzogtums Sachsen-Meiningen Heft 10 und 12. SMG Heft 47 und 51, Hildburghausen 1904 und 1905.
- (K. E. A. v. Hoff), Geographisch-statistischer Abriß der Länder des Hauses Sachsen Ernestinischer Linie. (Aus dem 20. Bde. der neuesten Länder- und Völkerkunde besonders abgedruckt). Weimar 1819.
- Hörchner, G., Der Edelhof und die Herren von Siebleben. RF IV, 13.
- Human, A., Napoleonische Zeit und nationale Freiheit in den Herzogtümern Sachsen-Meiningen-Hildburghausen, dem Fürstentum Coburg-Saalfeld, der Grafschaft Camburg und der Herrschaft Kranichfeld während der Zeit von 1792—1815. SMG Heft 67. Hildburghausen 1913.
- Im Rittergewande des blauen Hosenbandordens. RF V, 15.
- Jacobs, Friedrich, Vermischte Schriften. Leipzig 1823 ff. Teil I u. VI.
- Jahn, Otto, Goethes Briefe an Christian Gottlob von Voigt, herausgegeben von... Leipzig 1868.
- Kaiser, Ernst, Landeskunde von Thüringen. Erfurt 1933.
- Kirchner, R., Ein Urenkel Herzog Ernst des Frommen [Georg I. von Meiningen]. RF IV, 13.
- Kirchner, R., Blicke in das Leben des herzogl. S. Kriegsdirektors Heinrich August Ottokar Reichard. RF V, 21.
- Klebe, A., Gotha und die umliegende Gegend. Gotha 1796.
- Kohlstock, Karl, Kurze Geschichte des Herzogtums Gotha und seiner Fürsten. Herausgeg. für Schule und Haus... Gotha 1905.
- (Krüger, Hermann Anders), Uebersicht über die Altenburg-Literatur in der hiesigen Thüringischen Landesbibliothek. Altenburg 1931.
- Kuhn, Wilfrid, Beiträge zur Geschichte des Fürstentums Altenburg im 18. Jahrhundert. „Altenburger Heimatblätter“, Beilage der Altenburger Zeitung, Bd. I, 1. Jg. 1932, Nr. 7, S. 50—53.
- Kuhn, Wilfrid, Hans Wilhelm von Thümmel (1744—1824). „Altenburger Heimatblätter“ Bd. I, 2. Jg. 1933, Nr. 9 und 10, S. 76—80 und 84 f.
- Lehmann, Johannes, Beiträge zu einer Entwicklungsgeschichte der Thüringer Kartographie bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Diss. Greifswald 1932.
- Lehmann, Johannes, Die Anfänge der Gothaischen Landesvermessung. RF IX, 24.
- Löbe, Ernst Conon, Altenburgica. Uebersicht der Literatur zur Geschichte des Herzogtums Sachsen-Altenburg. Altenburg 1878.

- Mitteilungen der Geschichts- und Altertumsforschenden Gesellschaft des Osterlandes. Altenburg 1845 ff.
- Mosch, C. Fr. und Ziller, C. Chr., Versuch einer Beschreibung der Sachsen-Gothaischen Lande. Gotha 1813.
- Müller, Eduard, Die alte Münze in Gotha. RF IV, 17.
- Müller, Eduard, Grimmige Feinde des alten gelehrten Gotha. RF VI, 21.
- Müller, Joh. Joach., Auszug derer in dem Fürstlichen Hause Sachsen, Ernestinischer Linie von 1481 bis 1697 errichteten Recesse und Verträge. In: A. Fr. Büschings Magazin für die neue Historie und Geographie. 23. Theil (Registerband) von B. G. Weinart. Halle 1793.
- Osten, Jenny von der, Luise Dorothee, Herzogin von Sachsen-Gotha-Altenburg 1732—1767. Leipzig 1893.
- Pischel, Felix, Schriften zur Geschichte von Sachsen-Weimar-Eisenach um 1800. „Pflüger“ Jg. 3, 1926, S. 372—375.
- (Plänckner), ed. Otto, Uebersichtliche Beschreibung des Herzogtums Sachsen-Coburg und Gotha. Gotha 1842.
- Pölit, K. H. L., Die Geschichte der Staaten des Ernestinischen Hauses Sachsen. Dresden 1827. (Allgemeine Historische Taschenbibliothek für Jedermann Theil 17.).
- Popp, M., Johann Adolf Bube. RF VIII, 4.
- Posse, Otto, Die Wettiner. Genealogie des Gesamthauses Wettin. Leipzig 1897.
- Püschel, Ernst, Aus den Akten des Siebenjährigen Krieges. RF XI, 15, 17, 21.
- Reichard, H. A. O. (1751—1828.) Seine Selbstbiographie überarbeitet und herausgegeben von Hermann Uhde. Stuttgart 1877.
- (Reichard, H. A. O.), Revolutions-Almanach. Göttingen bey Joh. Christian Dieterich. 1794 ff.
- Rupp, Fritz, H. A. O. Reichard. Sein Leben und seine Werke. Diss. phil. Marburg 1908.
- Saalfeldisches Reccessbuch. 2. verm. Aufl. Coburg 1783.
- (Sachse, Chr. Fr. Heinrich), Die Fürstenhäuser Sachsen-Altenburg. Altenburg 1826.
- Schérer, Edmond, Melchior Grimm. L'homme de lettres — le factotum — le diplomate. Paris 1887. (Vgl. u. Anm. 89).
- Schlösser, Rudolf, Friedrich Wilhelm Gotter. Sein Leben und seine Werke. Theatergeschichtliche Forschungen, herausg. von Berthold Litzmann. Bd. X. Hamburg und Leipzig 1895.
- Schmidt-Ewald, Walter, Grundlagen und Wendepunkte der Thüringischen Geschichte. Nach einem Vortrag, gehalten auf dem Thüringischen Archivtag am 21. Mai 1933 in Erfurt. Jena 1934.
- Schmidt-Ewald, Walter, Vor hundert Jahren. RF III, 23.
- Schmidt-Ewald, Walter s. Gothabuch und Register von RF.
- Schmidt, Kurt, Französische Emigranten in Gotha. RF VI, 7 f.
- Schmidt, Kurt, Die Wappen im Schloßhof. RF VII, 13.
- Schmidt, Kurt, Goethe und Gotha. RF IX, 6.
- Schmidt, Kurt, s. Gothabuch und Register von RF.
- Schneider, Fr. u. Armin Tille, Einführung in die Thüringische Geschichte. Jena 1931.
- Schneider, Gottlob, Gothaer Gedenkbuch. 2 Bde. Gotha 1906—09.

- Schneider, Max, Gotha in der Reisebücher-Literatur von 1671—1824. MGG 1906/07. S. 16—62.
- Schulz, Heinrich, Rudolph Zacharias Becker als Volkserzieher. (Diss. phil. Königsberg) Berlin 1926.
- Sehlbach, Hans, Thüringer als Soldaten Napoleons (Der Feldzug in Rußland 1812/13). RF XI, 16.
- Spohr, Louis, Selbstbiographie. Bd. 1. Cassel u. Göttingen 1860.
- Stocker, C. W. F. L., Familien-Chronik der Freiherren von Gemmingen. Heilbronn 1895.
- Thümmel, Bernhard, Mitteilungen zur Geschichte der Familie Thümmel. Heft 1, 2. Detmold 1927, 1929.
- Thümmel, Hans v., Historische, statistische und topographische Beyträge zur Kenntniss des Herzogthums Altenburg. Herausgegeben von... Altenburg 1818.
- Thümmel, Hans v., Nachgelassene Aphorismen aus den Erfahrungen eines 77jährigen... Nebst des Verfassers Biographie. Frankf. a. M. 1827.
- Thümmel, Hans v., Lettres à Clio. (verschollen, s. Vorwort).
- Tröbs, Fritz, Die weimarische Erbfolgepolitik in der Zeit Karl Augusts (Diss. phil. Jena 1931, Teildruck). ZTG N. F. Bd. 29. 1931. S. 356—416.
- Vater, Oskar, Die sächsischen Herrscher. Ihre Familien und Verwandten. Rudolstadt 1895.
- Vehse, Eduard, Geschichte der Höfe des Hauses Sachsen. 2. Theil. Ernestinische Herzogthümer. (Geschichte der deutschen Höfe seit der Reformation Bd. 29). Hamburg 1854. (jetzt in Neudruck im Hendel-Verlag im Erscheinen begriffen.)
- Virck, Hans, Karl August und die deutsche Politik. Programm Weimar 1915. Programm-Nr. 990.
- Voretzsch, Max, Herzog Ernst II. von Sachsen-Gotha-Altenburg. Festrede... 1904. Programm Altenburg 1904. Programm-Nr. 800.
- Wangenheim, Friedrich Hermann Albert, Beiträge zu einer Familien-Geschichte der Freiherren von Wangenheim. Als Manuskript gedruckt. Göttingen 1874.
- Weidner, Friedrich, Beiträge zur politischen Geschichte Gothas 1815 bis 1834. Diss. phil. Heidelberg 1907. Vollständig als: Gotha in der Bewegung von 1848. Mit Rückblicken auf die Zeit von 1815 an. Gotha 1908.
- Weise, O., Einige Mitteilungen über Prinz Johann Adolf von Sachsen-Gotha-Altenburg. Mitteilungen d. Geschichts- und Altertumsforsch. Vereins zu Eisenberg. Heft 24 und 25 (Band IV, Heft 4 und 5). 1909. S. 279—284. — Vgl. RF II, 4.
- Wettig, Hermann, Heimatkunde des Herzogtums Gotha. 1. Aufl. Gotha 1901. (viele Aufl.)
- Zeyß, E., Goethe und die beiden letzten Herzöge von Sachsen-Gotha-Altenburg. RF Jg. II, Nr. 4 und 5. Auch Sonderdruck.
- Zeyß, E., Goethes Freundes- und Bekanntenkreis in Gotha. Sonderdruck aus „Thüringer Jahrbuch 1928“.
- Zeyß, E., Schloß Friedenstein in Gotha. Gotha o. J.
- Zeyß, E. s. Gotha u. s. Gymnasium.



## B. Zur allgemeinen Geschichte.

### a) Zeitgenössische Quellen.

- Der Anzeiger (R. Z. Becker, Gotha) 1791 Bd. I, II; 1792 I, II; 1793 I; (privilegiert als) Der Reichs-Anzeiger 1793 II, 1794 ff. (je zwei Bände). — Täglich erscheinend; mit Register.
- Arndt, Gottfried August, Archiv der sächsischen Geschichte. 1. Theil Leipzig 1784.
- Bibra, Sigmund Frhr. v., Journal von und für Deutschland. 7. Jg. Frankfurt 1790. 8. Jg. ebenda 1791. 9. Jg. ebenda 1792.
- Büsching, Anton Friedrich, Erdbeschreibung VIII. Theil, der den ober-sächsischen Kreis enthält. 7. Aufl. Hamburg 1791. — Auch Teil VII, fränkischer Kreis.
- Deutsche Zeitung (R. Z. Becker), Gotha 1790—1795. Fortsetzung: National-Zeitung der Teutschen. — Wochenblatt; mit Register (nur bis 1795?).
- Eggers, C. U. D., Deutsches Magazin. Hamburg, Altona u. a. 1791 ff.
- Fabri, Johann Ernst, Beiträge zur Geographie, Geschichte und Staatskunde Bd. 1 und 2, Nürnberg 1794—6. 6 Stücke.
- Girtanner, Christoph, Historische Nachrichten und politische Betrachtungen über die französische Revolution. 1. u. 2. Aufl. Berlin 1792 ff. Bd. 4 ff. (zit. Girtanner, hist. Nachrichten.)
- Girtanner, Christoph, Politische Annalen. Bd. I—VIII. Berlin 1793 bis 1794. (zit. Girtanner, pol. Ann.)
- Häberlin, Staatsarchiv. Bd. I ff. Helmstedt u. Leipzig 1796 ff.
- Hoff, Karl Ernst Adolf von, Das Teutsche Reich vor der französischen Revolution und nach dem Frieden zu Luneville. 2 Teile Gotha 1801—1805.
- Jaup, Helwig Bernhard, und Aug. Friedr. Crome, Journal für Staatskunde und Politik. Frankfurt a. M. 1792. Stück 1—4.
- Politisches Journal nebst Anzeige von Gelehrten und anderen Sachen. Hamburg ... 1789—1797... (zit. pol. Journ.)
- Posselt, E. L., Europäische Annalen. Jg. 1795 ff. Tübingen 1795 ff.
- Reuss, Joh. Aug., Teutsche Staatskanzley. 39 Teile. Ulm 1783—1800. — Jg. 1801 Bd. II, Ulm 1802.
- Schlözer, Staatsanzeigen. Göttingen 1782 ff. (Fortgesetzt als) Neueste Staatsanzeigen, herausgegeben von einer Gesellschaft von Gelehrten. Germanien 1796—1798. 6 Bände.
- Soden, Julius, Reichsgraf, Die Franzosen in Franken im Jahre 1796. Nürnberg 1797.
- Weinart, Benjamin Gottfried, Versuch einer Literatur der Sächsischen Geschichte und Staatskunde. 2 Teile Dresden u. Leipzig 1790.
- Weinart, B. G., Bemerkungen von... über seinen Versuch einer Litteratur..... In: Chr. E. Weisse, Museum für Sächsische Geschichte, Litteratur und Staatskunde 1. Bd. 2. Stück. Dresden u. Leipzig 1794.
- Weinart, B. G., Literatur des Staatsrechts und der Statistik von Sachsen. 1. Theil. Meissen 1802. (Enthält die gesamte ältere Literatur auch der Ernestin. Häuser).

### b) Literatur.

- ADB = Allgemeine Deutsche Biographie. Leipzig 1875 ff.
- Aegidi, Ludwig Karl, Der Fürstenrath nach dem Lüneviller Frieden. Berlin 1853.

- Asch, Rudolf, Mecklenburgs auswärtige Politik, insbesondere seine Beziehungen zu Preußen vom Reichskriege gegen Frankreich (1792) bis Jena (1806). Auszug aus der Rostocker Ig.-Diss. 1922. 1 Blatt. (Vgl. o. I, f).
- Bemman, Rud. und Jak. Jatzwauk, Bibliographie der sächsischen Geschichte. Leipzig-Berlin 1918 ff. Bd. I, 1 und 2.
- Böttiger, C. W., Geschichte des Kurstaates und Königreiches Sachsen. Band 2. Hamburg 1831. Böttiger-Flathe, dasselbe, 2. Aufl. 1870. = Geschichte der europäischen Staaten, herausg. von A. H. C. Heeren und F. A. Ukert.
- Brockhausen, Hans Joachim v., Carl Christian Friedrich von Brockhausen. Ein preußischer Staatsmann um die Wende des 18. Jahrhunderts. Diss. Greifswald 1927.
- Erdmannsdörffer, B. (u. Obser, K.), Politische Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden. 1783—1806. Herausg. ... von ... Bd. I und II. Heidelberg 1888, 1892. (zit. Erdmannsdörffer).
- Gooch, G. P., Germany and the French Revolution. S. o. unter A.
- Gretschel, C. und Friedr. Bülow, Geschichte des sächsischen Volkes und Staates. Bd. III. Leipzig 1853.
- Hassel, Paul, Das Verhältnis Kursachsens zu den Präliminarien des Baseler Friedens 1794/95. Neues Archiv für Sächsische Geschichte und Altertumskunde. Bd. XII. Dresden 1891.
- Häusser, Ludwig, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des deutschen Bundes. Bd. I—IV. Hendel-Ausgabe 1933. (Mit Anh.: Uebersicht über die wichtigste neuere Literatur.)
- Heigel, K. Th., Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Auflösung des alten Reiches. Bd. I und II. Stuttgart 1899—1911. Bibliothek deutscher Geschichte.
- Himly, Auguste, Histoire de la formation territoriale des états de l'Europe centrale. 2<sup>e</sup> éd. Paris 1894. Tomes I et II.
- Kiewning, Hans, Die auswärtige Politik der Grafschaft Lippe vom Ausbruch der französischen Revolution bis zum Tilsiter Frieden. Sonder-Veröffentlichungen der geschichtlichen Abteilung des naturwissenschaftl. Vereins für das Fürstentum Lippe I. Detmold 1903.
- Krüger, Gustav, Die Eudämonisten. Ein Beitrag zur Publizistik des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Historische Zeitschrift Bd. 143, 1931. S. 467—500.
- Losch, Philipp, Kurfürst Wilhelm I., Landgraf von Hessen. Marburg 1923.
- Masson, Frédéric, Le département des Affaires étrangères pendant la Révolution 1787—1804. Paris 1877.
- Otto, Friedrich, Theobald Bacher, ein elsässischer Diplomat im Dienste Frankreichs (1748—1813). (Teildruck als Diss. phil. Strassburg 1909). Strassburger Beiträge zur neueren Geschichte, herausg. Martin Spahn, Bd. III. Heft 1, Strassburg 1910.
- Schick, Johannes, Der Reichstag zu Regensburg im Zeitalter des Baseler Friedens 1792—1795. Diss. phil. Bonn. Dillingen a. Donau 1931.
- Schmidt, Hellmuth, Die sächsischen Bauernunruhen des Jahres 1790. (Diss. phil. Leipzig 1907, Teildruck). Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Meißen. Bd. VII. Meißen 1909. S. 261—428.

- Schuster, O. und F. A. Francke, Geschichte der Sächsischen Armee von deren Errichtung bis auf die neueste Zeit. 2. Theil. Leipzig 1885.
- Standortkatalog wichtiger Zeitungsbestände in Deutschen Bibliotheken, Leipzig 1933.
- Strippelmann, F. G. L., Beiträge zur Geschichte Hessen-Cassels. Hessen. — Frankreich. Jahr 1791 bis 1814. Heft 1, Marburg 1877.
- Trummel, Walter, Der Norddeutsche Neutralitätsverband 1795—1801. (Teildruck als Diss. Münster 1913 u. d. T.: Der preußische Schutz der Demarkationslinie nach dem Frieden von Basel.) Beiträge für die Geschichte Niedersachsens und Westfalens, herausg. Georg Erler, Heft 41 (Bd. VII. Heft 5). Hildesheim 1913.
- Vivenot, A. v., Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen als Reichsfeldmarschall. Bd. I, II 1. u. 2. Abt. Wien 1864—66. (zit. Vivenot, Hrg. Albrecht).





## Einleitung.

Vorliegende Studie stellt einen in sich abgeschlossenen Teil einer größeren Arbeit „Das Verhältnis Sachsen-Gotha-Altenburgs zu Frankreich im Zeitalter der französischen Revolution und Napoleons (1789—1815)“ dar. Auch die Untersuchungen hierzu beschränken sich bisher auf die Akten der Thüringischen Staatsarchive Gotha und Altenburg und auf Nachforschungen nach familiengeschichtlichem Material (s. Vorwort). Für später ist vorgesehen, nach Möglichkeit auch französisches Aktenmaterial, besonders der „Archives aux Affaires Etrangères, Paris (Saxe, Maisons Ducales)“ heranzuziehen, was bisher nur von Andreas Fischer für die 2. erweiterte Auflage seiner Studie „Goethe und Napoleon“, Frauenfeld 1900, geschehen ist, der die „Correspondance du Baron Etienne de St. Aignan“ im Anhange zitiert.

Das Hauptgewicht der ganzen Arbeit sollte ursprünglich auf die Rheinbundzeit (1806/07 bis 1813) gelegt werden, die Dr. Otto Bessenrodt in seiner Jenaer Dissertation von 1922, die erst später als Buch erschien<sup>1</sup> und sich auf ganz Thüringen erstreckte, untersucht hatte. Aus technischen Gründen — das Gothaer Archiv war damals (1921/22) noch ungeordnet und schwer zugänglich, da es von der herzoglichen Bibliothek mitverwaltet wurde und keine eigenen Beamten besaß — konnte Dr. Bessenrodt nur wenige Aktenstücke der Abteilung A. X.<sup>2</sup> benutzen. Doch zeigte die Durchsicht der Akten dieser ganzen Abteilung, die für die Zeit von 1806 ab allein in Frage kommt, daß die Darstellung der Politik Gothas auf Grund der in den anderen thüringischen Archiven liegenden Korrespondenz mit seinen Nebenlinien richtig dargestellt und kaum zu ergänzen ist.

---

1. Otto Bessenrodt, die äußere Politik der thüringischen Staaten von 1806—1815. 2. Aufl. Mühlhausen i. Thür. 1925 (zit. Bessenrodt, Außenpolitik).

2. Dr. Bessenrodt und der Verfasser vorliegender Arbeit haben gemeinsam festgestellt, daß die Quellenangabe (Außenpolitik S. 131) „A. XI.“ auf einer früheren, ungültigen Signatur beruhen muß.

Es ist der langjährigen Arbeit des jetzigen Direktors des thüringischen Staatsarchivs Gotha, Herrn Staatsarchivrat Dr. Schmidt-Ewald zu danken, wenn heute das Archiv geordnet und ohne Schwierigkeiten zu archivalischen Feststellungen benutzbar ist.

Ein weiterer Grund, das Schwergewicht der Untersuchung auf die Zeit vor dem Beitritt des Herzogtums zum Rheinbunde zu legen, ist das Fehlen einer ausreichenden Biographie des Herzogs (Emil Leopold) August von Sachsen-Gotha-Altenburg (1804 bis 1822).<sup>3</sup> Seine Verehrung Napoleons bestimmte zwar nur die Grundhaltung der äußeren Politik seines Landes, da diese von den Ministern v. Frankenberg und v. Thümmel geleitet wurde und nur auf die Erhaltung des Bestehenden ausging. Denn da Herzog Augusts zweite Ehe kinderlos, sein jüngerer Bruder Friedrich (IV.)<sup>4</sup> aber schwer leidend war,<sup>5</sup> konnte schon damals mit dem Aussterben der gothaischen Hauptlinie gerechnet werden, was von der gothaischen Geschichtsschreibung bisher zu wenig beachtet wurde. Aber auch der richtunggebende Einfluß des Verhältnisses Herzog Augusts zu Napoleon muß in seiner Auswirkung noch näher abgegrenzt werden, weshalb besonders die Missionen v. Thümmels nach Berlin<sup>6</sup> und Paris (Geheimes Tagebuch s. Vorwort) im Rahmen der größeren Arbeit ausführlich behandelt werden sollen.

Die ungeheure Fülle von Akten des Staatsarchivs Gotha aus der Zeit von 1790 bis 1806 mußte zu einer Beschränkung auf die Hauptakten (Abteilung A. VII. und [ab Dezember 1802] A. VIII.) und die notwendigsten Stücke aus anderen Abteilungen

---

3. ADB I S. 681—683. — J. G. A. Galletti, Geschichte und Beschreibung des Herzogthums Gotha, V. Teil Gotha 1824, S. 25—47. — Aug. Beck, Geschichte der Regenten des gothaischen Landes, Gotha 1868, S. 428—451. — P. v. Ebart in „Deutsche Revue“ 1900, Bd. 25, I S. 389—393. — W. Hennings (herausg.), Deutscher Ehrentempel Bd. XII, Gotha 1832. — RF verschiedenl. S. auch „Aus der Heimat“, „Blätter für gothaische Heimatkunde“ und MGG. — Vgl. Anlage B vorliegender Arbeit.

4. ADB VIII S. 6 f. — Galletti a. a. O. S. 48 f. — Beck a. a. O. S. 451—458. — P. v. Ebart in RF VIII, 21. — Vgl. S. 43 u. 139 vorliegender Arbeit.

5. Seine Krankheit war eine Folge der im holländischen Kriege (s. u. S. 139) gegen die Franzosen erlittenen Wunden und Strapazen. Wegen seines späteren Übertritts zum Katholizismus gilt er immer noch zu Unrecht als „geisteskrank“; er erlag einem Gehirnleiden.

6. St. G. UU VIII. b/Berlin 4.

führen. Gänzlich ausgeschieden wurden die Angelegenheiten des Fränkischen Kreises — die Kreistagsakten<sup>7</sup> werden im Auftrag der Gesellschaft für Fränkische Geschichte von Dr. Hans Heinrich Kaufmann in Würzburg bearbeitet und herausgegeben<sup>8</sup> —, in dem Gotha nur einen Teil des ehemaligen Römhildischen Amtes Themar<sup>9</sup> besaß; ferner die Gesandtenberichte, die nicht in den Hauptakten, sondern in den Abteilungen AAA, BBB usw., zum Teil noch nicht völlig geordnet, eingereiht sind, und die eine eigene Bearbeitung an Hand der damaligen und neueren Literatur erfordern, da sie auch literatur- und kulturgeschichtlichen Inhalts sind. — Auch die kriegsgeschichtliche Seite und die Auswirkung der auswärtigen Politik des Herzogtums auf seine Innenpolitik konnten nur gelegentlich gestreift werden; die dafür herangezogenen Kontingents- und Landtagsakten bedürfen indessen einer weit gründlicheren Ausschöpfung, als es in vorliegender Schrift möglich war.<sup>10</sup>

Es erübrigt sich, die bisherigen Ergebnisse der gothaischen Geschichtsforschung über jene Zeit einer Kritik zu unterziehen, zumal ich mich hier nur den Feststellungen von Dr. Friedrich Facius in der Einleitung seiner von Prof. Andreas angeregten, auch für Studien über spätere Zeiten Gothas grundlegenden Heidelberger Dissertation von 1932, „Staat, Verwaltung und Wirtschaft in Sachsen-Gotha unter Herzog Friedrich II. (1691 bis 1732)“ Gotha 1932,<sup>11</sup> anschließen könnte. Weiter waren richtunggebend die Anmerkungen von R. Ehwald zu seiner Rede über Herzog Ernst II. von Sachsen-Gotha-Altenburg, gehalten in der Gedächtnisfeier vom 20. April 1904 und abgedruckt in MGG

---

7. St. G. A. IV. (., über 500 Bände.

8. Frdl. Mitteilung von Herrn Archivrat Dr. Engel.

9. S. u. S. 32 und 35.

10. Die ungenügenden und ungenauen Angaben Beck's (a. a. O. S. 411 und 417 f.) veranlassen leicht zu unrichtigen oder unvollständigen Angaben auch über den Militärstat. Ernsts II. (z. B. H. Sehlbach in RF XI, 16). Besser sind die Angaben Gallettis a. a. O. S. 6 f. und 12 f. und vor allem Thümmels „Beiträge“ (s. Text) S. 99 f.

11. Auch als MGG-Beiheft zum Jahrgang 1932 und 1933 erschienen (zit. Facius).

1904, S. 1—(22—)44; meine vorliegende Schrift hofft wenigstens bis zu dem wichtigen Zeitpunkte des Ausscheidens des Herzogtums aus dem Reichskriege gegen Frankreich (1796/97) die dort in Anm. 13 gestellte Aufgabe<sup>12</sup> gelöst zu haben.

Das Ziel ist also, die äußere Politik Sachsen-Gotha-Altenburgs als deutschen Reichsstands und Obersächsischen Kreisstands von 1790 bis 1797 darzustellen.

Dabei konnte zunächst das zeitgenössische Werk eines gothaischen Legationssekretärs und späteren Assistenzrats, des berühmten Geologen Karl Ernst Adolf v. Hoff,<sup>13</sup> „Das Teutsche Reich vor der französischen Revolution und nach dem Frieden von Luneville“, Gotha 1801—05, besonders der erste Teil,<sup>14</sup> benutzt werden. Von ihm ist auch ein „Geographisch-statistischer Abriß der Länder des Hauses Sachsen Ernestinischer Linie“,<sup>15</sup> Weimar 1819“ bemerkenswert. Der Vertraute der Herzöge Ernst II. und August, Minister Hans v. Thümmel,<sup>16</sup> gab 1818 „Historische, statistische, geographische und topographische Beyträge zur Kenntniss des Herzogthums Altenburg“ heraus, nächst den Akten die wichtigste zeitgenössische Quelle für die Zeit Ernsts II. Weiter sei noch besonders auf die Arbeiten Johann Georg August Gallettis, die durch das spätere Werk von August Beck doch nicht überflüssig wurden, und die Schriften von und über H. A. O. Reichard und Friedrich Melchior v. Grimm aufmerksam gemacht, die mit der übrigen verwerteten Literatur zur Geschichte Gothas und Altenburgs im Literaturverzeichnis (S. 11 ff., II. A.) übersichtlich zusammengestellt sind.

---

12. MGG 1904 S. 32. Die dort erwähnte lohnende Aufgabe ist eben die Darstellung der politischen Verhandlungen (der Zeit von 1790 ab auf Grund der erhaltenen Akten, Staatsarchiv A. VII.).

13. 1771—1837. Um die Jahreswende 1792 wurde der cand. jur. K. E. A. v. Hoff zum Legationssekretär ernannt. Gothaische Wöchentliche Anfragen und Nachrichten 1792 S. 7 (Nr. 1 vom 6. Januar). — ADB XII S. 564 f. — O. Goetze in RF III, 25. — K. Schmidt, Gothas Stellung im deutschen Geistesleben, in Gothabuch (s. u. Text) Heft V S. 375 f.

14. Seinem Vater, dem gothaischen Geheimen Assistenzrat Johann Christian v. Hoff (s. u. S. 55) zum 80. Geburtstag, 6. August 1801, gewidmet. A. a. O. I S. VI. — Zit.: Hoff I.

15. Verfasser im Titel nicht genannt. Der Abriß ist „(Aus dem 20. Bde. der neuesten Länder- und Völkerkunde besonders abgedruckt)“ (Untertitel).

16. S. u. S. 55.

Als wichtige Quellen sind die politischen Zeitungen und sonstigen periodischen Schriften von 1790 bis 1797, ohne daß auf Vollständigkeit Anspruch gemacht werden soll, herangezogen worden (s. Literaturverzeichnis o. S. 17, II. B. a.). Die „Privilegierte Gothaische Zeitung“ des hzgl. Sachsen-Gothaischen Rates und Bibliothekars J. W. Hamberger,<sup>17</sup> aus der Schlözer in seinen „Staatsanzeigen“ Bd. XVI. (Heft 62, 1791) S. 236 ff. einen Leitartikel zitiert,<sup>18</sup> muß leider als verschollen gelten, da sie nur in drei zerstreuten Exemplaren<sup>19</sup> nachgewiesen werden konnte; weitere, auch bibliographische Nachforschungen sind ergebnislos geblieben.<sup>20</sup> Dagegen sind die Zeitungen des bekannten R. Z. Becker<sup>21</sup> leicht<sup>22</sup> zugänglich; besonders wertvoll für die vorliegende Studie war die wöchentlich erscheinende „Deutsche Zeitung“ von 1790—1795, weniger ihre Fortsetzung, die berühmte „National-Zeitung der Teutschen“, die bis zur Jahrhundertwende in politischer Hinsicht durch den „Reichsanzeiger“ übertroffen wird; dieser erschien seit Mitte 1793 als Fortsetzung des seit 1791 täglich erschienenen „Anzeigers“.<sup>23</sup> Nur gelegentlich konnten die „Gothaischen Wöchentlichen Anfragen und

---

17. 1754—1813. (G. Chr. Hamberger und) Joh. Georg Meusel, das gelehrte Teutschland, Lemgo 1796 ff., Bd. III S. 68 f. und XVIII S. 174. — Galletti V S. 16. — Beck, Regenten S. 424. — M. Schneider, Gotha in der Reisebücher-Literatur von 1671—1824, MGG 1906/07 S. 26 und (Anm. 80) 50, zitiert A. Klebe, Gotha und die umliegende Gegend, Gotha 1796 S. 179. Vgl. ebenda S. 180 ff.

18. Danach Th. Heigel, deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen, bis zur Auflösung des alten Reiches. (Bibliothek deutscher Geschichte) Stuttgart 1899—1911. Bd. I S. 418.

19. S. u. Anm. 160 und 459; schließlich noch das 4. Blatt von Nr. 119. Jahrgang 1807, 31. Woche, v. Dienstag, 28. Juli (betr. den Aufenthalt Napoleons [23. Juli 1807] in Gotha) im Fourierbuch Friedenstein 1807 III. (Herzogl. Bibliothek Gotha).

20. Für frdl. Unterstützung bei meinen Feststellungen in der Deutschen Bibliothek zu Leipzig danke ich Herrn Bibliothekar Dr. Robell verbindlichst, ebenso der Universitätsbibliothek Göttingen für die Auskunft, daß sich auch im Nachlaß Schlözers keine Spur jener Zeitung gefunden hat.

21. Über ihn die Königsberger Diss. von Heinrich Schulz, Rudolph Zacharias Becker als Volkserzieher, Berlin 1926. — K. Schmidt a. a. O. (Gothabuch) S. 359 f.

22. S. den „Standortkatalog wichtiger Zeitungsbestände in Deutschen Bibliotheken, Leipzig 1933“ S. 124 f.

23. Ganz unpolitisch, aber sehr wertvoll durch seine Bücher- und Verlagsanzeigen.



Nachrichten“, ein reines „Intelligenzblatt“ des Mevius'schen Verlags und daher wahrscheinlich nur eine ständige Beilage zu der verschollenen Zeitung Hambergers, herangezogen werden; die „Gothaischen Gelehrten Zeitungen“<sup>24</sup> schieden ganz aus.

Das noch im Erscheinen begriffene, von Dr. Kurt Schmidt herausgegebene Werk „Gotha. Das Buch einer deutschen Stadt“ ist durch seine hervorragenden Aufsätze ein willkommener Ersatz für Aug. Becks unübersichtliche „Geschichte der Stadt Gotha“ von 1870 und ersetzt zum Teil die beiden Bände des „Gothaer Gedenkbuch“ von Gottlob Schneider, Gotha 1906 bis 1909; aber auch dessen allzu knappe biographische Notizen über Gothaer Staatsmänner bedürfen einer Ergänzung nach den Dienerakten (St. G. Abteilung UU und z. T. auch WW, Militaria) und durch zeitgemäße familienkundliche Forschung.<sup>25</sup>

Der weitgehende Verzicht auf die Heranziehung der allgemeinen Geschichtsliteratur und auf eine sonst nötig gewesene Darstellung der Regensburger Reichstagsverhandlungen in größerem Umfange ist nur dadurch ermöglicht worden, daß diese Aufgabe durch eine von Prof. Max Braubach angeregte Bonner Dissertation von Johannes Schick (1931) bereits glänzend gelöst wurde: „Der Reichstag zu Regensburg im Zeitalter des Baseler Friedens 1792—1795“, Dillingen a. Donau 1931.<sup>26</sup> Aus den Akten des Thüringischen Staatsarchivs Gotha ergibt sich im Wesentlichen — abgesehen von der Unzulänglichkeit des gothaischen Komitialgesandten v. Gemmingen — das gleiche Bild vom Regensburger Reichstage und seiner Tätigkeit zu Ende des

---

24. Eine Zusammenstellung der bekannten speziell gothaischen Zeitungen (zu denen die Beckerschen nicht gerechnet werden können) hat Staatsarchivrat Dr. Schmidt-Ewald im Realkatalog der Herzogl. Bibliothek Gotha gegeben.

25. Wertvolle Ergänzungen finden sich in RF und der sonstigen heimatkundlichen Literatur, s. MGG und Vorläufer (o. Anm. 3 am Ende), ferner verschiedene Aufsätze Dr. Schmidt-Ewalds u. a. im „Archiv für Sippenforschung“ u. a.

26. Dargestellt an Hand der Kurkölnener Akten im Preußischen Staatsarchiv zu Düsseldorf und der reichhaltigen gedr. Quellen und Literatur. Leider führt Schick die Abdrucke der Kommissionsdekrete usw. in den zeitgenössischen Journalen (s. o. Text) nicht auf, was in vorliegender Schrift nach Möglichkeit, wenn auch sicher unvollständig, geschehen ist. — Für Vermittlung eines Exemplars der Diss. auch hier frdl. Dank der Universitätsbibliothek Bonn. (Zit. Schick).

18. Jahrhunderts, wie es Dr. Johs. Schick gezeichnet hat. Daher muß dessen Arbeit auch als eine Grundlage der vorliegenden angesehen werden, ebenso, jedoch in beschränktem Umfange, die von Dr. Walter Trummel, „Der Norddeutsche Neutralitätsverband 1795—1801“, Hildesheim 1913.<sup>27</sup> Sonst konnten noch einige, weiter unten angeführte Arbeiten zu Vergleichszwecken herangezogen werden.

Der trockene Aktenstoff konnte für die Zeit von 1793 an durch weitgehende Benutzung einer ungedruckten Korrespondenz belebt werden. In der „Sammlung einiger den Reichs-Krieg mit Frankreich betreffenden Actenstücken, welche des Herrn Ministers Frhr. v. Franckenberg Exc. von verschiedenen Höfen privatim mitgetheilet worden sind. 1794. 1795.“ St. G. A. VII. 70<sup>28</sup> liegen Briefe des weimarischen Ministers v. Fritsch an den gothaischen Staatsminister v. Frankenberg<sup>29</sup> und wenige Briefentwürfe des Letzteren an Fritsch. Umgekehrt enthält ein Aktenstück des St. Weimar (H Krieg und Frieden Nr. 1680; s. o. S. 6 und 10) die „Correspondenz Sr. Excellenz des Herrn Geheime-Raths von Frankenberg zu Gotha mit Sr. Excellenz dem Herzogl. S. Minister und wirklichen Geheimen-Rath, Herrn Jacob Friedrich Freyherrn von Fritsch zu Weimar ab annis 1793 bis 1798“;<sup>30</sup> es ist zu hoffen, daß diese wichtige Korrespondenz vollständig veröffentlicht wird. Sie gibt vielfach Vergleichsmöglichkeiten über die Haltung der beiden Herzogtümer Sachsen-Gotha-Altenburg und Sachsen-Weimar-Eisenach, die jedoch mit Rücksicht auf das in Kürze erscheinende Werk des Jenaer Privatdozenten Dr. Ulrich Crämer „Carl August von Weimar und die deutsche Politik“ nur gelegentlich der wechselseitigen „Kommunikation“ aufgezeigt wurde, wobei die Rektoratsrede von Prof. Willy Andreas bei der Jahresfeier der Universität Heidelberg am

---

27. Beiträge für die Geschichte Niedersachsens und Westfalens, Heft 41 (zit. Trummel); auch Teildruck u. d. T. „Der preußische Schutz der Demarkationslinie nach dem Frieden von Basel.“ Diss. phil. Münster 1913.

28. Ich zitiere dieses Aktenstück Priv-A (Privatakten).

29. Die heute übliche Schreibweise.

30. Zitiert PK (Politische Korrespondenz).

22. November 1932 „Preußen und Reich in Carl Augusts Geschichte“<sup>31</sup> herangezogen wurde.<sup>32</sup>

Auch die Vergleiche mit der Haltung der gothaischen Nebenlinien mußten sich im Rahmen der in gothaischen Akten liegenden Korrespondenzen halten.<sup>33</sup> Gegenüberstellungen der Politik anderer deutscher Länder mit der gothaischen im behandelten Zeitraum boten nur Hans Kiewning „Die auswärtige Politik der Grafschaft Lippe vom Ausbruch der französischen Revolution bis zum Tilsiter Frieden, Detmold 1903“<sup>34</sup> und eine von Prof. Andreas angeregte Rostocker Dissertation<sup>35</sup> von Rudolf Asch „Mecklenburgs auswärtige Politik, insbesondere seine Beziehungen zu Preußen vom Reichskriege gegen Frankreich (1792) bis Jena (1806)“, Rostock (Maschinenschrift) 1922, von der nur ein Auszug (1 Blatt) gedruckt wurde.<sup>36</sup>

---

31. Heidelberger Universitätsreden 18. Heidelberg 1932. — Jetzt auch in: Willy Andreas, Kämpfe um Volk und Reich. Aufsätze und Reden zur deutschen Geschichte des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts. Stuttgart, Berlin (1934). — (Zit. Rede — Kämpfe).

32. Briefe Frankenbergs an Karl August von Weimar im St. Weimar, besonders aus der Zeit 1785/6, deren Gegenbriefe in der Herzogl. Bibliothek Gotha zur Herausgabe vorbereitet sind, konnte ich mit Rücksicht auf die Arbeit Dr. Crämers nicht einsehen. Ferner waren mir Briefe Frankenbergs an den weimarischen Minister v. Voigt (s. auch: Goethes Briefe an Christian Gottlob von Voigt, herausg. von Otto Jahn, Leipzig 1868), nach 1800 (St. Weimar), nur soweit zugänglich, als sich Abschriften beim Materiale des Herrn Alex-Victor v. Frankenberg (s. Vorwort) befanden.

33. Die Schrift von H. Human, Napoleonische Zeit und nationale Freiheit in den Herzogtümern Sachsen-Meiningen-Hildburghausen usw. 1792 bis 1815, SMG Heft 67, Hildburghausen 1913, bietet für die politischen Verhandlungen bis 1797 wenig Brauchbares. — Weitere thüringische Literatur (Schwarzburg) s. angeführt bei Bessenrodt, Außenpolitik S. 132—142. — Eine höchst wertvolle Ergänzung der verwerteten Korrespondenzen sind die Angaben der Fourierbücher des Schlosses Friedenstein (Herzogl. Bibliothek Gotha) über fremde Besucher in Gotha, Reisen der Mitglieder des hzgl. Hauses und der Hofbeamten; ich mußte mich auf die wichtigsten wechselseitigen Besuche der Herzöge von Gotha, Meiningen und Weimar, Coadjutor Dalberg usw. beschränken, vgl. u. S. 42 f.

34. Sonderveröffentlichungen der geschichtlichen Abteilung des Naturwissenschaftlichen Vereins für das Fürstentum Lippe I. (zit. Kiewning). — Trummel (S. 10) hat den wichtigen Untertitel übersehen.

35. Referent ist sein Nachfolger in Rostock, Prof. W. Schüssler.

36. Die maschinenschriftliche Diss. übersandte mir die Rostocker Universitätsbibliothek in die Bad. Landesbibliothek Karlsruhe. — Zit. Asch.

Konnte die Veröffentlichung Kiewnings aber nur gelegentlich als Parallele angeführt werden,<sup>37</sup> so ergaben sich an Hand der Arbeit von Asch wertvolle Vergleichsmöglichkeiten sowohl wegen der ähnlichen Lage, in der sich Mecklenburg-Schwerin und Sachsen-Gotha-Altenburg während des Reichskrieges gegen Frankreich befanden, als auch durch die Tatsache, daß der gothaische Komitialgesandte v. Gemmingen auch die mecklenburgischen Stimmen führte.<sup>38</sup>

Die Literatur zur preußischen Geschichte vernachlässigt Thüringen bis zum Jahre 1806 völlig und brauchte auch wegen ihrer Benutzung durch Schick und Trummel nicht herangezogen zu werden. Dagegen war gelegentlich eine kritische Auseinandersetzung mit der mangelnden Kenntnis des Ritters A. v. Vivenot von den staatlichen Verhältnissen und der Topographie des Ernestinischen Besitzes unvermeidbar. —

Ursprünglich war das 1. Kapitel der vorliegenden Schrift als Einleitung meiner größeren Untersuchung gedacht.<sup>39</sup> Sein Umfang ließ indessen eine Gleichsetzung mit den weiteren Kapiteln rätlich erscheinen, welche die eigentliche Darstellung der äußeren Politik Sachsen-Gotha-Altenburgs von 1790 bis 1797 geben, wobei aus Gründen der Übersichtlichkeit die Regensburger Verhandlungen über einen Reichsfrieden im Anschluß an den Basler Frieden zwischen Preußen und Frankreich nur kurz gestreift wurden.

37. Wie zahlreiche Arbeiten besonders über die Haltung der geistlichen und größeren weltlichen Länder, die nicht als Parallelen angesehen werden können. Ich verweise (auch für die im Literaturverzeichnis nicht angeführten, von mir gelegentlich zitierten Werke) auf die Literaturverzeichnisse bei Bessenrodt (Außenpolitik), Schick u. Trummel.

38. S. u. S. 35 und 56 ff.

39. Die äußere Politik Sachsen-Gotha-Altenburgs unter Herzog Friedrich III. (s. folgende Seite, Text) wird erst neuerdings von Ernst Püschel („Aus den Akten des Siebenjährigen Krieges“, RF XI, 15, 17 und 21) gründlich erforscht.

## 1. Kapitel.

### **Die äußere Politik Sachsen-Gotha-Altenburgs im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts.**

#### **1. Die Stellung des Herzogtums in Thüringen und im Reiche unter Herzog Ernst II. (1772 — 1804).<sup>40</sup>**

Als Ernst II. von Sachsen-Gotha-Altenburg am 31. März 1772 die Regierung seines Herzogtums antrat, waren seine Hauptaufgaben die Reorganisation des Staates und die Wiedergewinnung seines alten Ansehens in Thüringen und im Reiche. Den Wiederaufbau des Landes nach den Drangsalen des siebenjährigen Krieges hatte schon Friedrich III. (1732—1772) eingeleitet, unterstützt von den Ministern und Geheimen Räten v. Lichtenstein, v. Frankenberg und v. Rotberg; sein Sohn behielt diese erprobten Staatsmänner bei, mit denen er seit 1769 im Geheimen Rat zusammenarbeitete. Mit ihrer Hilfe wurde die ungeheure Schuldenlast — eine Folge der Lasten der preußisch-österreichischen Kriege — durch größte Sparsamkeit und ohne ein Heranziehen der Untertanen über das bisherige Maß hinaus abgetragen, der Wohlstand des Landes durch weise Maßnahmen einer neuen Blüte entgegengeführt, das Herzogtum im Geiste der späten

---

40. Die Literaturnachweise in diesem Abschnitt beschränken sich auf das Wichtigste. Vgl. o. S. 24. — Die älteren Werke und Aufsätze zur Geschichte der Ernestiner sind in den Schriften von B. G. Weinart (s. o. Literaturverzeichnis II. B. a.) angeführt. — Für Altenburg sei verwiesen auf Ernst Conon Löbe, *Altenburgica*. Uebersicht der Literatur zur Geschichte des Herzogtums Sachsen-Altenburg. Altenburg 1878, und (Hermann Anders Krüger), Uebersicht über die Altenburg-Literatur in der hiesigen Thüringischen Landesbibliothek. Altenburg 1931. — Zur sächsischen Geschichte s. u. Anm. 1131.



Aufklärung geleitet und wieder auf eine gewisse Höhe politischer Geltung in Thüringen und im Reiche gebracht.<sup>41</sup>

Obleich die Fürstentümer Gotha und Altenburg weder zusammenhingen, noch in sich abgerundet waren, so bildeten sie doch das größte Ernestinische Herzogtum<sup>42</sup> seit der Zerschlagung des umfangreichen Länderbesitzes Herzog Ernsts des Frommen von Gotha<sup>43</sup> durch die Teilung von 1680/81.<sup>44</sup> Außerdem dauerte der „Nexus Gothanus“<sup>45</sup> zur altenburgischen „Landesportion“ Saalfeld, die der Herzog von Coburg-Saalfeld besaß, fort bis in den Anfang der Regierung Herzog Augusts, des Sohnes und Nachfolgers Ernsts II.;<sup>46</sup> auf Grund dieses „Nexus Gothanus“ war die Landeshoheit (besonders die Ausübung der Reichs- und Kreisstandschaft und die alleinige Militärhoheit) dem Herzog von (Gotha-)Altenburg verblieben, der Saalfeld für sein Gesamtthaus vom Kaiser als böhmisches Lehen empfang.<sup>47</sup> Alle diese Lande lagen im Obersächsischen Kreise;<sup>48</sup> im Fränkischen

---

41. Facius a. a. O. S. 133. — Vgl. über Friedrich III.: Thümmel, Beiträge S. 55 bis 64 und Jenny v. d. Osten, Luise Dorothee, Herzogin von Sachsen-Gotha 1732 bis 1767. Mit Benutzung archivalischen Materials. Leipzig 1893.

42. Über die Zersplitterung Thüringens s. neuerdings Schmidt-Ewald, Grundlagen und Wendepunkte der Thüringischen Geschichte. Nach einem Vortrag, gehalten auf dem Thüringischen Archivtag am 21. Mai 1933 in Erfurt. Jena 1934. — Im Einzelnen s. (v. Hoff) Abriß a. a. O. — Vgl. u. Anm. 48.

43. Die Fürstentümer Gotha, Coburg, Altenburg und ein Anteil an der gefürsteten Grafschaft Henneberg.

44. Die Haupt- und Nebenrecesse s. Saalfeldisches Recessbuch, 2. verm. Aufl. Coburg 1783, besonders Nr. XVIII ff.

45. Facius S. 18, 32 und öfter (s. dort Register). — Vgl. die Erlanger Diss. 1933 von Karl Bohley, die Entwicklung der Verfassungsfrage in Sachsen-Coburg-Saalfeld von 1800 bis 1821. Auch als: Erlanger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, herausgegeben von Bernhard Schmeidler und Otto Brandt, Bd. XIII. Erlangen 1933. S. 1. (Die gleichzeitig und unabhängig von Facius' entstandene Erlanger Arbeit beschränkt sich sonst auf die Verhältnisse des Landesteils Coburg).

46. S. o. S. 22 und Anm. 3. — Über die Verträge vom 4. Mai 1805 mit Coburg-Saalfeld s. Beck a. a. O. S. 436 f.; Galletti, Gotha V S. 35 f.

47. G. A. Arndts Archiv der sächsischen Geschichte, I. Teil Leipzig 1784, S. 235 ff. — Lehnserneuerungen s. St. G. in B I et II.

48. Für die Ämtereinteilung unter Ernst II. am besten A. Fr. Büsching, Erdbeschreibung VIII. Teil, der den ober-sächsischen Kreis enthält. 7. Aufl. Hamburg 1791, S. 642 ff.

Kreise besaß Gotha nur die kümmerlichen  $\frac{7}{12}$  vom Amte Themar aus der Römhilder Erbschaft von 1710.<sup>49</sup>

Seit 1735, nach der Beendigung des langwierigen Coburgischen Erbfolgestreites, war das Gebiet Ernsts des Frommen endgültig unter den gothaischen Linien Sachsen-Gotha-Altenburg, Sachsen-Coburg-Saalfeld, Sachsen-(Coburg-)Meiningen und Sachsen-Hildburghausen verteilt bis zum Aussterben der gothaischen Hauptlinie 1825.<sup>50</sup>

Die Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt trugen die Ämter Ilm und Paulinzella von Gotha zu Lehen, und Schwarzburg-Sondershausen gehörte wegen der Grafschaft Untergleichen<sup>51</sup> der ersten Klasse der gothaischen Landstände<sup>52</sup> (Grafenkurie) an. In allen wichtigen Reichsangelegenheiten richteten sich die beiden Schwarzburg nach dem befreundeten und verwandten<sup>53</sup> Sachsen-Gotha-Altenburg und übertrugen die Führung ihrer (gemeinsamen) Stimme dem Komitialgesandten des Herzogs.<sup>54</sup>

In der Ritterkurie waren die Freiherren von Wangenheim besonders zahlreich vertreten;<sup>55</sup> in der dritten Klasse, der Stadtkurie, die Gotha und Waltershausen umfaßte, hatte naturgemäß die Hauptstadt die Führung. Fast regelmäßig fanden Landtage statt, häufiger aber versammelte sich der Landschaftsausschuß zu „Deputationstagen“.<sup>56</sup> — Bedeutender als die gothaischen

---

49. Facius S. 62. — Vgl. o. S. 23 und 35. — Über Themar s. Büsching VII. Teil (Fränk. Kreis) S. 1005.

50. Darüber Fritz Tröbs, die weimarische Erbfolgepolitik in der Zeit Karl Augusts. (Diss. phil. Jena 1931, Teildruck und) ZTG N. F. Bd. 29, 1931, S. 356—416 ausführlich.

51. Für die obere Grafschaft Gleichen die Fürsten von Hohenlohe-Neuenstein-Oehringen und -Langenburg. Büsching VIII. Teil S. 657 f. — Vgl. Schmidt-Ewald a. a. O. S. 23 f.

52. Klebe a. a. O. S. 35. — W. Schmidt-Ewald, Gotha als Landeshauptstadt (1640—1918), in Gothabuch Heft III S. 200.

53. S. u. S. 39.

54. S. u. S. 35 und 56 ff.

55. Politisch treten von 1790 bis 1797 keine Mitglieder dieser Familie hervor. Ich verweise auf das umfangreiche Werk von Friedrich Hermann Albert v. Wangenheim, Beiträge zu einer Familiengeschichte der Freiherren von Wangenheim, Göttingen 1874. — Vgl. o. S. 7.

56. Schmidt-Ewald, Gothabuch S. 200. — Facius S. 26, 35 f. u. ö. (s. Register unter „Stände“). — Für 1790—1797 sei auf die Akten St. G. U. I. 84—86c verwiesen.

Landstände waren die drei Kreise (Kurien) Altenburg, Eisenberg (Dornburg) und Saalfeld der Altenburger Landschaft.<sup>57</sup> —

Das Gebiet Ernsts II. übertraf mit 52 Quadratmeilen auch das seit 1741 wieder vereinigte Sachsen-Weimar-(Jena-)Eisenach<sup>58</sup>. Den Altersvorrang als ältere Linie hatte Weimar im „Ilmenauer Recess“ vom 14. Dezember 1694 aufgegeben.<sup>59</sup> Infolge häufiger Minderjährigkeit und frühen Todes seiner Fürsten stand Weimar bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts hinter Gotha zurück.<sup>60</sup>

Auch besaß die gothaische Hauptlinie seit 1697 ein wichtiges Vorrecht, die damals nur Kurfürsten zustehende „venia aetatis“ für alle 18jährigen Prinzen. Herzog Ernst II. (1772—1804)<sup>61</sup> galt gemäß dem „Ilmenauer Recess“ als ältester Herzog der Ernestiner; das Seniorat im gothaischen Hause, übrigens ohne jede politische Bedeutung, lag bei dem einzigen noch lebenden Bruder Friedrichs III., dem kursächsischen Generallieutenant Prinz Johann Adolf von Sachsen-Gotha-Altenburg († 1799).<sup>62</sup>

Der vollständige Titel der Herzöge von Gotha-Altenburg „Herzog zu Sachsen, Jülich, Cleve und Berg, auch Engern und

---

57. Ich verweise auf den guten Aufsatz von Wilfrid Kuhn, Beiträge zur Geschichte des Fürstentums Altenburg im 18. Jh., in Altenburger Heimatblätter (Beilage der Altenburger Zeitung) 1932, Nr. 7, S. 50—53. — S. auch Büsching VIII. Teil S. 644 (Gotha) und 662 (Altenburg).

58. E. Devrient, Thüringische Geschichte, 2. Aufl. 1921 (Sammlung Götschen Nr. 352) S. 101.

59. Maßgebend war seitdem der Altersvorrang unter den regierenden Herzögen der Hauptlinien. S. Punkt 4 des Recesses, Nr. 248 des „Auszug derer in dem Fürstl. Hause Sachsen, Ernestinischer Linie, von 1481 bis 1697 errichteten Recesse und Verträge. Aus denen in dem Fürstl. Archiv zu Weimar befindlichen Urkunden gefertigt von Johann Joachim Müller“, Fürstl. usw. Archivar; in A. Fr. Büschings Magazin für die neue Historie und Geographie, fortgesetzt und mit Registern versehen durch Benjamin Gottfried Weinart. 23. Teil (Registerband) Halle 1793 S. 126. — Vgl. Arndt a. a. O. I S. 446 ff. und die Verwahrung auf der Eisenacher Konferenz im Oktober 1795 (u. S. 219), ferner u. Anm. 948.

60. S. besonders O. Bessenrodt, Gotha im Kampf um die Vorherrschaft in Thüringen, Gothaer Tageblatt 1924 Nr. 58 vom 8. März.

61. S. u. S. 44 ff.

62. O. Weise, einige Mitteilungen über Prinz Johann Adolf von Sachsen-Gotha-Altenburg, in Mitt. d. histor. Vereins zu Eisenberg Heft 24/25 (= Bd. IV Heft 4/5) 1909, S. 275 ff. — Beck a. a. O. S. 381, 394. — RF II, 4. — Vgl. Anlage B vorliegender Arbeit.

Westphalen, Landgraf in Thüringen, Markgraf zu Meißen, GEFÜRSTETER Graf zu Henneberg, Graf zu der Mark und Ravensberg, Herr zu Ravenstein und Tonna“<sup>63</sup> barg in sich verschiedene Ansprüche der Wettiner, so auf die ganze „Jülichische Sukzession“ von 1609 und auf Sachsen-Lauenburg (ausgestorben 1690), die freilich nicht realisierbar waren;<sup>64</sup> dazu kam noch die „Elsassische Prätenſion“ der Ernestiner auf das Erbe Herzog Bernhards von Weimar, auf das zwar schon Ernst der Fromme von Gotha zu Gunſten ſeiner Weimarer Neffen verſichert hatte,<sup>65</sup> das aber in den erwähnten alten Recessen als gemeinſchaftlich angeführt wird. Nur die „Jülichſche Sukzession“ wird gelegentlich in Regensburger Relationen erwähnt.<sup>66</sup>

Dort, auf dem Reichstage,<sup>67</sup> verfügte Ernst II. im Fürſtenrate über zwei volle Reichſtagsſtimmen, Sachsen-Gotha und Sachsen-Altenburg. Letztere erſtreckte ſich auch auf die Saalfeldiſche Landesportion, weſhalb jede wichtige Inſtruktion dem Herzog von Coburg-Saalfeld mitgeteilt wurde, der die coburgiſche Reichſtagsſtimme gemeinſam mit Sachsen-(Coburg-)Meiningen führte. Hildburghauſen wechſelte in zweijährigem Turnus mit Kursachsen<sup>68</sup> in der Führung der hennebergiſchen Stimme im Reichsfürſtenrat ab. Die Stimme der Herzöge von Sachsen, ohne Henneberg, aber mit Sachsen-Weimar und Sachsen-Eiſenach, alternierten in den 10 Aufrufordnungen des Fürſtenkollegiums.<sup>69</sup>

---

63. J. G. A. Galletti, Geſchichte und Beſchreibung des Herzogthums Gotha, Gotha 1779—1824, Bd. I S. 360 f. — Vgl. Kurt Schmidt, Die Wappen im Schloßhof, RF VII, 13. — Anſchrift der Schreiben an Herzog Ernst im St. G. mit unwesentlichen orthographiſchen Unterſchieden.

64. Das Haus Wettin erhielt in beiden Fällen nur den Titel!

65. B. Röſe, Herzog Bernhard der Große von Sachsen-Weimar, II. Teil Weimar 1829 S. 339. — Sonſtige, auch aktenmäßige Nachweiſe dieſes Verſichts ſind mir unbekannt. Recesse ſ. Text.

66. S. u. S. 105.

67. Zur Einleitung der Diſſ. von Schick (ſ. o. S. 26) vgl. Hoff I S. 49—65 und K. Biedermann, Deutschland im 18. Jh., Bd. I Leipzig 1854 S. 46 ff. — Auguſte Himly, Histoire de la formation territoriale des Etats de l'Europe centrale, 2è éd. Paris 1894, Tome I p. 291 ff.

68. Das ſonſt im Fürſtenrat nicht vertreten war.

69. Schick S. 21 Anm. 47.

Die Herren des Friedensteins<sup>70</sup> legten großen Wert auf eine eigene Gesandtschaft und sahen gerne, daß ihrem Komitialgesandten auch andere Stimmen übertragen wurden; der Sachsen-Gothaische Geheime Rat und Komitialgesandte (1756—1778) Graf Heinrich von Büнау<sup>71</sup> führte auch die beiden Stimmen Sachsen-Weimar-Eisenachs, seit 1768 auch die Mecklenburg-Schwerins und die ratzeburgische,<sup>72</sup> ferner die schwarzburgische und seit 1771 die braunschweig-wolfenbüttelische Stimme, die sein Nachfolger, Freiherr Philipp von Gemmingen<sup>73</sup> im Laufe der Zeit auch zur Führung erhielt.

Kreisstandschaft besaß der Herzog für die beiden Fürstentümer Gotha und Altenburg im Obersächsischen Kreise,<sup>74</sup> in dem nach 1681 (Verteilung des Kreiskontingents zur Reichsarmee auf die einzelnen Stände) keine Kreistage mehr stattfanden.<sup>75</sup> „Herkömmlicher Weise“ übersandte der Kurfürst von Sachsen seine kreisausschreibamtlichen Mitteilungen in drei Exemplaren wegen Gotha, Altenburg und Kranichfeld.<sup>76</sup>

Im Fränkischen Kreise besaßen Sachsen-Meiningen und Sachsen-Coburg-Saalfeld die Kreisstandschaft der Herrschaft (Henneberg-) Römhild gemeinsam; Gotha hatte keinen Anteil und wurde wegen Themar (s. oben) von Coburg-Saalfeld mitvertreten, auch von dort über alle wichtigen Vorgänge in Nürnberg (Sitz des Fränkischen Kreistags) auf dem Laufenden ge-

---

70. Das berühmte Residenzschloß in Gotha, nach dem die meisten von dort ausgehenden Schreiben datiert sind (vgl. u. Anm. 334!).

71. 1722—1782, Herr auf Domsen und Wirkl. Sachsen-Weimarischer Geheimerat. Gothaisches Genealogisches Taschenbuch der Adeligen Häuser, 4. Jg. 1903, S. 237 (Gräfl. Taschenbuch nur Hinweise darauf). — Seine Stimmen St. G. (Reichssachen) A. I. 57. — Püschel a. a. O. RF XI, 21 nennt ihn scharfdenkend und vorsichtig. Auch ist er (und nicht sein Vater, der berühmte gleichnamige Historiker, ADB III S. 538) der Verfasser der dort genannten „Historie des Krieges zwischen Frankreich, Engelland und Teutschland“, franz. und deutsch, 4 Teile Regensburg 1763—1767. S. Max Schurig, die Geschichtsschreibung des Grafen Heinrich von Büнау, Diss. phil. Leipzig 1910, Anhang Anm. 1 (S. 86).

72. = Mecklenburg-Strelitz. Vgl. L. K. Aegidi, der Fürstenrath nach dem Lüneviller Frieden, Berlin 1853, S. 217.

73. S. u. S. 56 ff.

74. Hoff I S. 40. — Himly a. a. O. I. p. 301.

75. Die Kreisakten im St. G. (A. IV. O.) gehen nur bis 1718.

76. PK Bl. 23. Frankenberg an Fritsch, Gotha 26. Januar 1793. — Über Kranichfeld s. Büsching VIII S. 655 ff.



halten. Ferner berichtete ein Legationssekretär der Gesandtschaft in Nürnberg als gothaischer Kreisagent dem Friedenstein direkt.<sup>77</sup>

Die zahlreichen Agenturen<sup>78</sup> der Herzöge Friedrich I. und II.<sup>79</sup> hatte schon Friedrich III. stark vermindert.<sup>80</sup> Unter Ernst II. hatten sie wohl jede politische Bedeutung verloren, berichteten anscheinend auch nicht regelmäßig. Der Agent in Frankfurt a. M., wohin Herzog Ernst verschiedentlich reiste,<sup>81</sup> der Sachsen-Gothaische Legationsrat Johann Karl Riese<sup>82</sup> († 1808), gehörte wie der bekannte H. A. O. Reichard<sup>83</sup> zum Kreise der „Eudämonisten“.<sup>84</sup> Seit 1786 war auch die Agentur im Haag wieder besetzt.<sup>85</sup>

Eine ständige Gesandtschaft unterhielt Gotha in Wien am kaiserlichen Hofe; von dort berichteten der Geheime Rat Wilhelm Heinrich von der Lith († 1808), bis März 1792 auch ansbach-bayreuthischer Ministerresident,<sup>86</sup> und auch sein Sohn Ludwig Gustav — Legationsrat und Sekretär des gothaischen Reichs-

---

77. Akten s. o. Anm. 7.

78. Dienerakten UU VII. und VIII. — Vgl. den Hofkalender (s. u. Anm. 212).

79. Facius S. 55 und 59 f.

80. UU VII. b. 35.

81. Ehwald a. a. O. (MGG 1904) S. 39 und Fourierbücher Friedenstein.

82. UU VIII. d. 10 und 11.

83. Bibliothekar Ernsts II. und Kriegsrat seit 1799. — H. A. O. Reichard. (1751—1828.) Seine Selbstbiographie überarbeitet und herausgegeben von Hermann Uhde. Stuttgart 1877. — Fritz Rupp, H. A. O. Reichard. Sein Leben und seine Werke. Diss. phil. Marburg 1908. — RF vielfach, besonders O. Bessenrodt, H. A. O. Reichard — ein Gothaischer „Reaktionär“, RF IV, 7 und R. Kirchner (zum 100. Todestage) in RF V, 21. — Vgl. Anm. 167 und 292 weiter u.

84. Gustav Krüger, die Eudämonisten. Ein Beitrag zur Publizistik des ausgehenden 18. Jhs. Historische Zeitschrift Bd. 143, 1931, S. 468, 470 u. ö.

85. UU VIII. e. 11.

86. Kriegs-A I Bl. 24, RL 29 vom 14. April 1792 (s. u. S. 89). — Bödecker (s. u.) berichtet unterm 14. März 1792: „Der Marggräfllich Brandenburgisch-Anspach-Bayreuthische Ministre Resident Herr von der Lith, welcher von Sr. Majt. dem König in Preußen mit jährlichen fl. 4000.— in Ruhestand versetzt worden, gedenken künftig in Berlin Ihre künftige Lebensstage zuzubringen; wo Dieselben eine Frau Schwester ansässig haben. Dieser Herr hat 67 Jahre, und Seinen Höfen mit all ersinnlicher Treue und Eifer gearbeitet, und verdienet vorzüglich der Ruhe, welche Ihm nun auf eine so ausgezeichnete Art, und Weise zuteil wird.“ BBB 108 Bl. 299. Ist der letzte Satz vielleicht ein Wink, auch Gotha solle v. d. Lith pensionieren? Auch

hofratsagenten Hafner († 12. Dezember 1794), vom November 1795 bis zu seinem Tode (22. November 1801) dessen Nachfolger — an den Herzog selbst,<sup>87</sup> der Legationsrat Bödecker bis 1797 an Minister v. Frankenberg.<sup>88</sup>

Herzog Ernst II. hatte auch einen Gesandten zu Paris, nachdem der geheime Legationsrat Baron Friedrich Melchior v. Grimm, der berühmte Encyklopädist,<sup>89</sup> unterm 28. Juli 1775 bei König Ludwig XVI. von Frankreich als bevollmächtigter Minister akkreditiert worden war.<sup>90</sup>

Fremde, in Gotha beglaubigte Gesandte dürften wohl nur in zeitlich begrenzter Mission auf dem Friedenstein erschienen sein, wie der englische Gesandte in Dresden, Eden, anlässlich der Investitur Ernsts II. mit dem englischen Hosenbandorden.<sup>91</sup> Nur der kaiserliche Gesandte in Dresden, Graf Franz de Paula von Hartig<sup>92</sup> (1787—1794) hatte nach seinen Akkreditiven von 1790

---

sonst erwähnt B. Liths Funktion als gothaischen Gesandten nicht, und seine eigene Stellung erscheint unklar; möglicherweise hatte er konsularische Befugnisse (s. Beilagen zu BBB 108).

87. Diese Berichte liegen, soweit sie nicht in die Hauptakten übernommen wurden, in St. G. (Gesandtschaftssachen) AAA III. Bd. 67 bis 77. Da besondere Dienerakten fehlen, mußten die Daten im Text diesen („Lithische Berichte“) entnommen werden, aus denen unter Heranziehung des Aktenstücks BBB 107a („Lithische Korrespondenz [des Assistenzrats v. Hoff, s. u. S. 55] mit Vater und Sohn“) sich eine vollständige Biographie beider zusammenstellen läßt. Vgl. u. S. 63.

88. BBB 108 und Beilagen („Bödeckersche Berichte“). Alle ohne Absender und Adressat, aber sicher an den Minister gerichtet.

89. Die Beziehungen Grimms zu Gotha werden in der größeren Arbeit zusammengefaßt werden. Ich verweise auf die Dissertationen von Karl August Georges, Friedrich Melchior Grimm als Kritiker der zeitgenössischen Literatur in seiner „Correspondance littéraire“ (1753—1770), Leipzig 1904 (mit gutem Vezeichnis der Schriften von und über Grimm) und Georg Rubensohn, die „Correspondance littéraire“ unter Friedrich Melchior Grimm und Heinrich Meister (1753—1793), Berlin 1917. Beide ergänzen die grundlegende Biographie Grimms: Edmond Schérer, Melchior Grimm. *L'homme de lettres — le factotum — le diplomate*. Paris 1887. — Sehr wichtige Nachrichten über Grimm und Gotha enthält: Katharina Freifrau v. Bechtolsheim, geb. Gräfin Bueil 1787—1825. Erinnerungen einer Urgroßmutter. Herausg. von Carl Graf Oberndorff. Berlin 1902.

90. UU VIII. i. 3. Bl. 13.

91. S. u. S. 45.

92. 1758—1797, mußte eines Brustleidens halber den diplomatischen Dienst aufgeben. Wurzbach, biogr. Lexikon des Kaisertums Oesterreich, Wien 1855 ff. Bd. VII S. 392 ff. — ADB X S. 653 f.

und 1792<sup>93</sup> den Charakter eines bevollmächtigten Ministers des Wiener Hofes in Gotha, ist aber nie dort gewesen. Von seinem Nachfolger in Dresden (Graf Elz) und dem dortigen französischen Gesandten Montesquiou (1790—1795)<sup>94</sup> finden sich in Gotha keine Akkreditive.

Von den so wichtigen dynastischen Verbindungen (s. Tafeln A und B am Schluß der Arbeit) ist die bedeutungsvollste die Vermählung der jüngeren Schwester Friedrichs III., Auguste, 1736 mit Friedrich Ludwig, Prince of Wales († 1751).<sup>95</sup> Seitdem geriet die Politik Gothas immer mehr ins Fahrwasser Hannovers — Kurbraunschweig war bekanntlich mit Großbritannien durch Personalunion (seit 1710) verbunden — und besonders nach dem Subsidienvvertrag vom 21. September 1756.<sup>96</sup> Der englische Einfluß oder besser die zeitweilige Abhängigkeit von Hannover<sup>97</sup> ist von der bisherigen gothaischen Geschichtsschreibung kaum berücksichtigt worden.<sup>98</sup>

Das Ministerium zu Hannover schmeichelte sich, sich mit den gothaischen Geheimen Räten „in einem näheren Vertrauen“ zu befinden.<sup>99</sup> — Andererseits jedoch benutzte die Mutter Georgs III. — sie starb 1772 — ihren Einfluß niemals zu Gunsten des Herzogtums, da sie ganz Engländerin geworden war,<sup>100</sup> aber

---

93. St. G. AAA I. 48.

94. Frédéric Masson, *le département des affaires étrangères pendant la révolution 1787—1804*, Paris 1877, p. 88 et 404. — Chr. Girtanner, *historische Nachrichten und politische Betrachtungen über die französische Revolution*, Bd. V (1. Aufl.) Berlin 1792 S. 109.

95. Beck, *Regenten* S. 381, 389, 394. — Osten a. a. O. S. 89. — Ed. Vehse, *Geschichte der Höfe des Hauses Sachsen*, Hamburg 1854, Teil II S. 28. — Schärer a. a. O. p. 253. — Püschel a. a. O. RF XI, 15. — Vgl. RF XI, 21.

96. Osten S. 157.

97. Robert Meyer, *die Neutralitätsverhandlungen des Kurfürstentums Hannover beim Ausbruch des 7jährigen Krieges*, Diss. phil. Kiel 1912, zeigt dies S. 10, 22 f. u. ö. — S. auch Vehse II S. 38.

98. Frdl. Hinweis Sr. Exzellenz v. Baszewitz in Gotha.

99. Schreiben des Ministeriums zu Hannover an die altfürstlichen Höfe zu Braunschweig, Gotha, . . . , vom 27. Februar 1790, abgedruckt in Joh. Aug. Reuß, *Teutsche Staatskanzley* Bd. XXVII, Ulm 1791. S. 11 ff. — Vgl. auch u. S. 98.

100. H. Gerspacher, *die badische Politik im 7jährigen Kriege*. Heidelb. Abh. z. mittl. u. neueren Geschichte, Heft 67, Heidelberg 1934 (von Prof.

Ernst II. richtete sich in allen Angelegenheiten, die die Reichsverfassung betrafen, nach der Haltung des Königs Georg III. als Kurfürsten von Hannover.

Zwei von Baron Grimm gewünschte Verbindungen scheiterten aus religiösen Gründen: Er wollte den Großfürsten Paul von Rußland, späteren Kaiser, mit einer der Töchter des Prinzen Johann August von Gotha-Altenburg zu Roda<sup>101</sup> und Ernsts II. Schwester Friederike Luise († unvermählt 1776) mit dem Herzog von Orléans vermählen;<sup>102</sup> Luise Dorothee hätte sie gerne mit dem Erbprinzen Ernst August Constantin von Sachsen-Weimar-Eisenach<sup>103</sup> vermählt gesehen.<sup>104</sup> Von den beiden Rodaer Prinzessinnen wurde die ältere Fürstin von Schwarzburg-Rudolstadt<sup>105</sup> und die jüngere Herzogin von Mecklenburg-Schwerin;<sup>106</sup> ihre Tochter ist Herzog Augusts von Sachsen-Gotha-Altenburg erste Gemahlin Luise Charlotte.<sup>107</sup>

Es ist das besondere Verdienst Ernsts II., die langjährigen Streitigkeiten im gothaischen Hause beendet zu haben. Mit Meinungen wurden die gegenseitigen Forderungen und Ansprüche aus den verschiedenen Eheverbindungen (s. Tafel A) am 10. Oktober 1785 vertraglich ausgeglichen, und der wichtige

---

Andreas angeregte Diss.) S. 73, vgl. ebenda S. 71 f. — Osten S. 118 und 131 (Prince of Wales) u. ö., besonders S. 247.

101. H. Grote, Stammtafeln, Leipzig 1877. S. (92 u.) 232. Roda ist indessen nur der Aufenthaltsort dieses Prinzen und der Witwensitz seiner Gemahlin. — Grimms Plan s. Schärer a. a. O. p. 254.

102. Osten S. 300 u. 419.

103. Der Vormundschaftsstreit bei Beck, Regenten 393. — Vgl. auch Osten 112 f.

104. Osten 122. — Thümmel, Beiträge a. a. O. S. 60.

105. S. Politisches Journal, Hamburg 1790, S. 1047.

106. E. Freisleben, die Vermählung der Prinzessin Louise von Sachsen-Gotha zu Roda mit dem Prinzen Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin. Festschrift ... Stadtröda 1925.

107. Stirbt kurz nach der Geburt ihrer Tochter Luise, späterer Herzogin von Sachsen-Coburg-Gotha. S. Bechtolsheim a. a. O. S. 11. — Aus der Heimat Jg. I S. 62. — Ich verweise auf P. v. Ebart, Luise, Herzogin von Sachsen-Coburg-Saalfeld, Minden 1903 und andere Veröffentlichungen Ebarts, vgl. o. Anm. 3; ferner Denkwürdigkeiten aus dem Leben der Herzogin Luise von Sachsen, Gräfin von Pölzig, geborener Prinzessin von Sachsen-Gotha-Altenburg, herausgegeben von Dr. O. Fischer-Saalfeld, in ZTG N. F. 24, 1920, S. 431 ff.



„Römhilder Recess“<sup>108</sup> vom 28. Juli 1791<sup>109</sup> regelte die Erbfolge in den Ländern einer erlöschenden Linie (Meiningens Erbprinz Bernhard Erich Freund ist erst 1800 geboren; als dann die Hauptlinie als erste [1825] ausstarb, wurden jene Abmachungen nicht beachtet).<sup>110</sup> Durch diese Befriedung wurde das gemeinsame oder doch gegenseitig mitgeteilte Vorgehen in Reichs- und Kreissachen, überhaupt bei wichtigen außenpolitischen Anlässen wieder belebt — es beruhte auf den alten Hausverträgen und besonders dem „Hauptvergleichsrecess“ vom 24. Februar 1680 sowie den Verträgen von 1681 mit Coburg und Meiningen<sup>111</sup> — und in dem Umfange möglich, wie es in der Periode von 1790 bis 1797 und weiterhin bis zum Untergang des deutschen Reiches 1806 zu Tage tritt: das enge Zusammenhalten der sächsischen Herzogtümer bedeutete ihr politisches Gewicht im Reiche.<sup>112</sup> Das gemeinsame Vorgehen mit Weimar beruhte auf der Freundschaft des Herzogs Karl August<sup>113</sup> mit Ernst II. und dessen Minister v. Frankenberg;<sup>114</sup> es wurde durch die Ende 1792 in einer mündlichen Besprechung<sup>115</sup> zwischen Frankenberg und dem weimarischen Minister v. Fritsch<sup>116</sup> verabredete Korrespondenz<sup>117</sup> sehr gefördert.

Als eine weitere Grundlage der Außenpolitik des Friedenssteins ist die zuletzt am 12. März 1555 erneuerte „Erbverbrüderung“ oder „Erbeinigung“ zwischen Sachsen, Brandenburg und Hessen anzusehen;<sup>118</sup> dazu kamen die alten wettinischen Haus-

---

108. Tröbs ZTG Bd. 29 S. 361 und Ehwald MGG 1904 S. 30 mit (verschiedenen) Nachweisen des gedruckten Recesses. — Über die Hauskonferenz zu Römhild auch St. G. Abt. F. (Nr. 88—90.

109. Aktennachweise bei Beck, Regenten S. 416 (vgl. o. Anm. 108).

110. Vgl. o. S. 32 und Anm. 50.

111. S. o. Anm. 44.

112. Vgl. Cl. Th. Perthes, das deutsche Staatsleben vor der Revolution. Hamburg und Gotha 1845, S. 63.

113. Die Literatur über ihn s. jetzt in Alfred Bergmann, Carl August-Bibliographie. Mit einem Geleitwort von W. Andreas. Jenaer Forschungen zur Germanistik Heft 20. Jena 1932.

114. S. u. S. 53.

115. S. u. S. 114.

116. Jacob Friedrich Frhr. v. Fritsch (1731—1814). ADB VIII S. 112 f. mit Literaturnachweis.

117. S. o. S. 6 und 27.

118. Beck, Regenten S. 269.

verträge.<sup>119</sup> Als eines der ansehnlichsten lutherischen Häuser in Deutschland, besonders nach dem Übertritt der Albertiner zum Katholizismus,<sup>120</sup> spielt Gotha-Altenburg bei allen Plänen Friedrichs des Großen, die die Bildung einer protestantischen Fürstenunion betrafen, eine bedeutende Rolle.<sup>121</sup> Ernst II. wurde im November 1783 von dem Fürsten Franz von Dessau<sup>122</sup> für den badischen Fürstenbundsplan gewonnen,<sup>123</sup> wobei für den Herzog die Sorge um die Reichsverfassung, die von Kaiser Josephs II. Reformplänen bedroht schien, maßgebend gewesen sein dürfte.<sup>124</sup> Ernst II. nahm im September 1784 an einer Konferenz in Wörlitz bei Dessau<sup>125</sup> teil und trat wie Karl August von Weimar,<sup>126</sup> jedoch nach kurzem Zögern,<sup>127</sup> dem „Fürstenbund“ Brandenburgs, Sachsens und Hannovers am 20. September 1785 bei.<sup>128</sup> Mit den Komitialgesandten dieser drei Kurhöfe zu Regensburg hatte der gothaische Gesandte von Gemmingen ein besonders vertrauliches Verhältnis zu unterhalten;<sup>129</sup> es waren dies Graf Görtz (Kurbrandenburg),<sup>130</sup> Freiherr von Ompteda (Kurbraunschweig)<sup>131</sup> und Graf von Hohenthal-Dölkau (Kur-sachsen);<sup>132</sup> sie werden in den folgenden Kapiteln oft erwähnt werden müssen.

---

119. Tröbs ZTG Bd. 29 S. 357.

120. Facius S. 54 ff.

121. Gerspacher a. a. O. S. 18, 21 und die dort aufgeführten Arbeiten von Hermann Meyer.

122. Leopold III. Friedrich Franz regierte in Anhalt-Dessau als Fürst 1758—1806 und Herzog 1806—1817. ADB XVIII S. 356—367.

123. Siehe den Auszug (1 Bl.) der Jenaer Diss. 1924 von Walther Schleicher, Fürst Leopold Friedrich Franz von Anhalt-Dessau und der Fürstenbund 1785. — Vgl. besonders B. Erdmannsdörffer, politische Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden, Heidelberg 1888 ff., Bd. I S. 40 u. ö.

124. Ewald MGG 1904 S. 10 f. — Bessenrodt, Außenpolitik S. 8 und (S. 143) Anm. 5.

125. Schleicher a. a. O.

126. Andreas, Rede S. 9—14, Kämpfe S. 16—20.

127. Karl August an Frankenberg, 7. XI. 1785. Herzogl. Bibliothek Gotha Cod. Goth. Chart. B 1918. IV. I. Brief 7. — Näheres wohl in Frankenburgs Briefen, vgl. o. Anm. 32.

128. Genauere Daten gibt Ewald a. a. O. S. 31 Anm. 11.

129. Vgl. u. S. 59 f. und 75.

130. Vertrat auch Baden und Sachsen-Weimar-Eisenach (s. u. S. 57). Schick S. 34 mit Anm. 97—100.

131. Ebenda S. 34 f. mit Anm. 101—103.

132. Ebenda S. 33 f. mit Anm. 96.

Im Reiche wurde Herzog Ernst II. sehr geachtet und vom Kaiser mehrfach mit wichtigen Kommissionen betraut;<sup>133</sup> so war er von 1787—1802 alleiniger Debitkommissar für Sachsen-Saalfeld-Coburg.<sup>134</sup> Das Verhältnis zum kaiserlichen Hof hielt sich völlig im Rahmen der Reichsverfassung und gegenseitiger Höflichkeiten, Glückwunschartikeln und Notifikationen, die über den Gesandten v. d. Lith gingen. Nur als 1791 der Herzog wegen Saalfeld als Kronvasall bei Leopolds II. böhmischer Krönung persönlich erscheinen sollte, legte er wie auch Kursachsen Verwahrung ein.<sup>135</sup>

Die Beziehungen zu Preußen und Kursachsen hielten sich nach 1785 im Rahmen des „Fürstenbundes“; zu Letzterem scheinen sie überhaupt erst unter Kurfürst Friedrich August III. (1763 bis 1827)<sup>136</sup> in Fluß gekommen zu sein.<sup>137</sup> Das Friedensteiner Geheimratskollegium hatte „seit der Zeit, da omnipotens Brühl Premierminister ward“, nicht mehr nach Dresden geschrieben!<sup>138</sup> Im Reichskriege gegen Frankreich hielt sich Ernst II. immer mehr an seinen kreisausschreibenden Fürsten, mit dem er viele Charakterzüge, besonders die Rechtlichkeit und Anhänglichkeit an die Reichsverfassung, gemeinsam besaß.

Die befreundeten und verwandten Herzöge Georg von Sachsen-Meiningen<sup>139</sup> und Karl August von Weimar, die Philipps-

---

133. Galletti, Gotha V S. 10. — Beck, Regenten S. 416 f. — ADB VI S. 313.

134. Vgl. Bohley a. a. O. S. 3 f. u. ö. (s. Personen-Verzeichnis S. 184).

135. Siehe St. G. B I et II 91. „Acta die Einladung zur kgl. böhm. Krönung in Prag betr. als böhm. Lehnvasallen“. — Die Angelegenheit kam auch auf der Hauskonferenz zu Römhild (s. o. Anm. 108) zur Sprache.

136. Als König (1806—) Friedrich August I. ADB VII S. 786—789. — Die Literatur über ihn s. Bibliographie der sächsischen Geschichte von Rud. Beman und Jak. Jatzwauk, Leipzig-Berlin 1918 ff. Bd. I.

137. C. W. Böttiger, Geschichte des Kurstaats und Königreichs Sachsen (Geschichte der europäischen Staaten, herausgegeben von A. H. L. Heeren und F. A. Ukert) Bd. II Hamburg 1831, S. 403. In der 2. Aufl. (Böttiger-Flathe) 1870 ist die Stelle nicht mehr enthalten.

138. PK 38. Frankenberg an Fritsch, 29. März 1793.

139. Georg I. „der Unvergessliche“ (vgl. ADB XVII S. 449—451 und XLVI S. 409 f.) regierte allein 1782—1803. — Eine gute Biographie fehlt noch. Ich verweise auf die SMG Heft 5 S. 3 f. (Anm.) und 14 S. 13 ff., (Hertel, Landeskunde v. S.-Meiningen Heft 10) 47 S. (238—)248—275 und (Registerhefte) 91 ff. — R. Kirchner, ein Urenkel Herzog Ernst des Frommen, RF IV, 13. — S. u. Anlage A.

thaler und Barchfelder Landgrafen (dessen jüngster Sohn Ernst sehr lange und oft auf dem Friedenstein weilte),<sup>140</sup> der Coadjutor von Mainz und Statthalter von Erfurt, Karl von Dalberg,<sup>141</sup> und die Rudolstädter Verwandten<sup>142</sup> waren häufig Gäste auf dem Friedenstein,<sup>143</sup> wie auch diese Besuche oft erwidert wurden.<sup>144</sup> —

Wir werden in den folgenden Kapiteln den Eindruck noch verstärken können, daß die Außenpolitik Gotha-Altenburgs unter Ernst II. durchaus friedlich war; die Teilnahme am Reichskrieg gegen Frankreich ist durchaus zwangsläufig und durch die Reichsverfassung bestimmt. Die Zeiten der kriegesischen, militärliebenden Herzöge Friedrich I. und II.<sup>145</sup> und Prinzen<sup>146</sup> waren vorüber, der Militärfuß Ernsts II. genügte gerade den Ansprüchen einer Landespolizei-Truppe.<sup>147</sup> Erwähnt werden muß nur das immer noch im Solde der Generalstaaten stehende Regiment Prinz Wilhelm,<sup>148</sup> dessen beide Bataillone aus Gothaern und Altenburgern bestanden. Sein Chef war stets ein gothaischer Prinz, 1785 folgte Ernsts II. jüngerer Sohn Friedrich

---

140. Der kleine Prinz Ernst v. Barchfeld wird in den *Fourierbüchern* Friedenstein vom 17. August 1789 an (Bd. 1789 III) sehr oft genannt und scheint zeitweise in Gotha erzogen worden zu sein.

141. ADB IV S. 703—708, XI S. 794. — C. v. Beaulieu-Marconnay, Karl v. Dalberg u. s. Zeit, Weimar 1879, Bd. I S. 40. — Vgl. Schick S. 139 Anm. 69 und 71. — RF X, 7.

142. Die Rudolstädter Prinzen entstammen aber der 1. Ehe des Fürsten Friedrich Carl (reg. 1790—1793), dessen 2. Ehe mit Auguste Friederike Luise von Gotha(-Roda) (s. o. S. 39 und Anm. 105) kinderlos war. Literatur s. bei Bessenrodt (vgl. o. Anm. 33).

143. Nachweise in den *Fourierbüchern* Friedenstein.

144. Beaulieu-Marconnay a. a. O. I S. 351. — *Fourierbücher* Friedenstein. — Besuche in Weimar s. Register zu den dortigen *Fourierbüchern* (Hausarchiv Abt. E, St. W.), erwähnt z. B. bei Karl Frhr. v. Lyncker, am weimarischen Hofe unter Amalien und Karl August, *Erinnerungen von ...*, herausgegeben von Marie Scheller, Berlin 1912, S. 88 f. u. ö.

145. Facius S. 51 ff. u. ö. — *Kriegskollegium* s. ebenda, Register.

146. S. u. S. 45 und Anm. 157.

147. Eine solche (Gendarmerie) führte erst Herzog August 1811 (Beck, *Regenten* S. 439) in Gotha ein; neben der Gleichstellung der Konfessionen nach dem Beitritt zum Rheinbund die einzige Errungenschaft unter französischem Einfluß. — Über den Militäretat Ernsts II. (vom Reichskontingent abgesehen) fehlen gute Angaben in der Literatur, so daß auf die Militärakten (St. G. WW) hingewiesen werden muß; vgl. o. Anm. 10, auch u. S. 136.

148. Galletti, Gotha I S. 359 f. — Akten D II. 134 f. und WW VII. m.



(IV.)<sup>149</sup> seinem Oheim August,<sup>150</sup> der aus Gesundheitsgründen zurückgetreten war († 1806). Die Subalternoffiziere jenes Regiments wurden vom Herzog allein, die Kapitäne und Stabsoffiziere vom Erbstatthalter der Niederlande auf Vorschlag des Herzogs von Gotha-Altenburg ernannt.<sup>151</sup>

## 2. Die Hauptvertreter der gothaischen Außenpolitik: Herzog Ernst II., Minister v. Frankenberg und Komitialgesandter v. Gemmingen.

Die äußeren Angelegenheiten des Herzogtums Sachsen-Gotha-Altenburg wurden zentral von der obersten Landesbehörde des Friedensteins, dem Geheimen Rat<sup>152</sup> geleitet, dessen Vorsitzender der Herzog selbst war. Es wäre verfehlt, das „Departement A“ etwa als Ministerium des Äußeren anzusehen, da diese Departementseinteilung eigentlich nur die Zuständigkeit der einzelnen Geheimen Räte nach ihrer persönlichen Eignung, also weniger nach sachlichen Richtlinien regelte.<sup>153</sup> Ernst II.<sup>154</sup> pflegte regelmäßig den Sitzungen des Geheimratskollegiums beizuwohnen und tätigen Anteil an den Geschäften zu nehmen. Ein würdiger Nachkomme Herzog Ernsts des Frommen von

149. S. o. S. 22 und Anm. 4.

150. 1747—1806, Schöngeist und Freund Goethes, nicht mit Herzog (Emil Leopold) August (s. o. S. 22 u. Anm. 3), seinem Neffen, zu verwechseln. — ADB I S. 681. — Thümmel, Beiträge S. 65 ff. — R. Ehwald, Prinz August von Sachsen-Gotha-Altenburg, Thüringer Kalender (Eisenach) 1912. — Ueber seine (und des Gothaischen Hofes) Beziehungen zu Goethe s. P. v. Ebart im Gothaischen Tageblatt vom 11. bis 31. Dezember 1897; RF mehrfach. S. auch die weiter unten angeführten Arbeiten von E. Zeyß (Anm. 187 u. ö.).

151. PK Bl. 41 (30. März 1793) und 44 (13. April 1793). Frankenberg an Fritsch. — Vgl. u. S. 138.

152. Fr. Weidner, Beiträge zur politischen Geschichte Gothas von 1815 bis 1834, Diss. phil. Heidelberg (Referent: Prof. Erich Marcks) 1907 (vollständig als Buch u. d. Titel: Gotha in der Bewegung von 1848. Gotha 1908.) S. 15.

153. Facius mehrfach (s. dort Register).

154. ADB VI S. 308—313. — R. Ehwald MGG 1904 (Gedächtnisrede, s. o. S. 23). — M. Voretzsch, Herzog Ernst II. von Sachsen-Gotha-Altenburg. Festrede... (Kaiser-Geburtstagsfeier 27. Januar 1904) gehalten von... (Gedruckt als) Beilage zum Jahresbericht des Herzogl. Ernst-Realgymnasiums (Altenburg) Ostern 1904. Altenburg 1904. Progr.-Nr. 800, 1904. Dort S. 32 ff. vollständige Literaturangabe.

Gotha, galt auch er als einer der besten Regenten seiner Zeit und verdient den Beinamen „der Mild-Gerechte“ wohl, den ihm sein Vertrauter und zeitgenössischer Biograph, Hans v. Thümmel<sup>155</sup> beilegte.

Beim Tode seines bedauernswerten älteren Bruders Friedrich<sup>156</sup> 1756 wurde er, damals 11jährig, Erbprinz, seine strenge Erziehung (er war ursprünglich wie alle nicht zur Erbfolge berufenen Prinzen des Hauses zum Militär bestimmt)<sup>157</sup> aber nicht vernachlässigt, vielmehr nach der wissenschaftlichen Seite vortrefflich ausgebaut und durch Reisen nach den Niederlanden, England und Frankreich abgeschlossen. Von dem berühmten Staatsrechtslehrer Pütter 1762/63 in seinen Fürstenberuf eingeführt, waltete er in echt landesväterlichem Sinne als Volksfreund, wackerer Haushalter und Gastfreund der Musen, im Besitze der treuesten Verehrung seiner Untertanen,<sup>158</sup> denen er ein Muster der Mäßigkeit, Genügsamkeit, Sittsamkeit und stiller, friedlicher Häuslichkeit bot. Des Herzogs innere Regierung, Justizpflege und Verwaltung muß als musterhaft bezeichnet werden; er war ein Mann von kantischer Pflichttreue,<sup>159</sup> echte Religiosität, Liebe zur Wahrheit und Gerechtigkeit, Milde und Nachsicht gegen Andere zeichneten ihn aus.

Trotz größter Einfachheit und Sparsamkeit wußte er seine Fürstenwürde stets zu wahren, was sich z. B. bei der Ueberreichung des ihm von seinem Vetter Georg III. von Großbritannien 1791 verliehenen Hosenbandordens zeigte, die in Anwesenheit des britischen Gesandten in Dresden, Eden, nebst Suite durch den Wappenkönig Ritter Isaac Heard und den Herold Townsend vollzogen wurde; bei der feierlichen Investitur am

---

155. Beiträge S. 69. — Otto H. Brandt, der Bauer und die bauerlichen Lasten im Herzogtum Sachsen-Altenburg vom 17. bis zum 19. Jahrhundert. Geschichtliche Untersuchungen, herausgegeben von Karl Lamprecht, Bd. III 4. Heft. Gotha 1906. S. 115.

156. S. Anlage B vorliegender Arbeit. — Osten S. 55 ff., vgl. RF VI, 26. — RF VI, 25 (Bestattung des Erbprinzen).

157. Ehwald MGG 1904 S. 4. — Vgl. Perthes a. a. O. S. 79.

158. W. Wachsmuth, das Zeitalter der Revolution, Leipzig 1846 ff. Bd. I S. 73. Vgl. Biedermann a. a. O. I S. 60.

159. Deutsche Art und Arbeit in Stadt und Land Gotha, Festschrift ... des Deutschbundes in Gotha am 10. bis 12. Juni 1911, herausgegeben von Hermann Haack, Gotha 1911, S. 24.

18. April 1791 entfaltete der gothaische Hof seinen ganzen Pomp.<sup>160</sup>

Ein trefflicher Regent, nahm Ernst II. auch unter den Gelehrten seiner Zeit eine rühmliche Stelle ein, besonders als Astronom.<sup>161</sup> Seine wissenschaftlichen Neigungen schufen in Gotha ein zweites kartographisches Zentrum — Weimar verdankt das erste den militärischen Neigungen Karl Augusts — unter leitender Anteilnahme v. Thümmels.<sup>162</sup> Ein stilles, zurückgezogenes Privatleben als Gelehrter wäre seiner empfindsamen Natur ein größerer Genuß gewesen, als die undankbaren Regierungsgeschäfte; aber Pflicht und Verantwortungsgefühl ließen ihn seinen vom Schicksal bestimmten Platz, wenn auch ohne innere Begeisterung ausfüllen.<sup>163</sup>

Politischer Ehrgeiz, schöpferischer Gedankenreichtum und innere Festigkeit, der Glaube an das überlegene Recht der eigenen Meinung und vor allem ein politisches Ideal fehlten ihm.<sup>164</sup> Besonders schwer wog sein Mangel an Entschlußfähigkeit, ein

160. Beck, Regenten S. 420. (Ebenda Anm. 224 verbessert:) Urkunde: QQ (FF) no. III, Akten: E. V. ○ (2 b) 1. (aus dem Nachlaß der Frau des Ministers v. Frankenberg [s. u. S. 52] stammend, mit einer Beschreibung der gleichen Zeremonie in Kassel 1786, nach der die Notiz in RF V, 15 abgefaßt ist, die sich also auf den Landgrafen von Hessen-Kassel und nicht den Herzog von Gotha bezieht!) und E. V. ○ (4) b) 27 a und 27 b, darin Nr. 48 der „Privilegierte Gothaische Zeitung. Auf das Jahr 1791. 16te Woche, Freytags, den 22. April.“ und „Numb. 13303. (251) The London Gazette. Published by Authority. From Tuesday April 26, to Saturday April 30, 1791.“ mit einem Artikel vom 20. April; beide behandeln die Investitur Ernsts II. mit dem Hosenbandorden. — Vgl. auch Fourierbuch 1791 II unterm 13.—21. April. — Der o. S. 25 genannte gothaische Rat und Bibliothekar J. W. Hamberger schrieb im gleichen Jahre, also vermutlich im Zusammenhang mit jenem Ereignis, eine „Geschichte des blauen Hosenband-Ordens in England; nebst den Gesetzen desselben.“ Meusel a. a. O. IX S. 504.

161. Ich verweise auf Aug. Beck, Ernst der Zweite, Herzog zu Sachsen-Gotha und Altenburg, als Pfleger und Beschützer der Wissenschaft und Kunst, Gotha 1854. — Aus der Heimat usw., MGG, RF vielfach, — K. Schmidt, Gothabuch S. 369 ff., Schmidt-Ewald ebenda S. 218, u. a. ebenda.

162. Johannes Lehmann, Beiträge zu einer Entwicklungsgeschichte der Thüringer Kartographie bis zur Mitte des 19. Jhs., Diss. phil. Greifswald 1932, S. 31. — Derselbe in RF IX, 24.

163. Vgl. die schönen Worte Leopold v. Rankes, sämtl. Werke Bd. 46, Leipzig 1879, S. 108 gelegentlich der Charakterisierung des Markgrafen von Ansbach-Bayreuth (Ranke, Denkwürdigkeiten Hardenbergs Bd. I, Leipzig 1877, S. 124).

164. Ewald MGG 1904 S. 5 f. — Im Gegensatz dazu steht der starke Charakter Karl Augusts von Weimar, s. Andreas, Rede S. 5 ff., Kämpfe S. 13 ff.

väterliches Erbteil; diesen Fehler kannte er wohl und kämpfte dagegen an, räumte auch den Meinungen seiner Minister oder ihren Ratschlägen nie größere Gewalt über sich ein, als sie seiner Meinung und innerem Gefühl nach verdienten. Eine starke seelische Reizbarkeit und Schwäche wurde später fast zu Menschenscheu. Seine Verheiratung mit einer Nichte seiner Mutter, der Prinzessin Charlotte von Meiningen, war der einzige übereilte, aber auch verhängnisvollste Schritt, den Ernst II. (1769) getan hat.<sup>165</sup> Er fand in dieser Ehe kein Lebensglück, da die Anlagen der Herzogin den seinen zu schroff entgegengesetzt waren: Sie war leichtsinnig, machte viele Schulden und besaß wenig Selbstbeherrschung.<sup>166</sup>

Die politischen Ansichten des Herzogs waren „gemäßigt liberal“ (Gooch),<sup>167</sup> nicht revolutionär wie die seiner überspannten Gemahlin. Ernst II. billigte die englische Verfassung und sympathisierte mit den amerikanischen Kolonien; er lehnte ab, als ihm Georg III. ungeheure Subsidien gegen Truppenstellung für den Krieg in Amerika bot. Andererseits erkannte er aber die amerikanischen Kolonien nicht als freie Staaten an.<sup>168</sup> Viele innere Maßnahmen des Herzogs lassen sich auf holländische Vorbilder zurückführen. Er muß durchaus als kluger und wohlwollender Vertreter des aufgeklärten Absolutismus des 18. Jahrhunderts angesehen werden; die Erklärung der Menschenrechte in Frankreich brachte ihm ungeheure Genugtuung, er billigte die Bestrebungen des Tiers Etat, kannte die Ideen Adam Smith', ohne sie praktisch anwenden zu können.<sup>169</sup>

---

165. Ewald S. 5. — Grimms Plan einer Verbindung mit einer hessischen Prinzessin scheiterte. Schärer p. 224.

166. Thümmel, Beiträge S. 78 f., 87 ff. — M. Berbig, die Gemahlinnen der Regenten des Gothaischen Landes. Gotha 1890, S. 133—136. — S. auch folgende Anm., dazu RF VII, 18 und Ewald S. 32 f.

167. G. P. Gooch, Germany and the French Revolution, London 1920, Chap. XIX, III p. 451 ff. und autorisierte Übersetzung dieses Abschnittes von O. Bessenrodt in RF III, 10. — Dazu Heigel a. a. O. I S. 285 f., 302 ff., 309; Ewald S. 35 Anm. 15; Bessenrodt, Gothas Anteil am politischen Leben des deutschen Volkes, in Gothabuch Heft V S. 309—313, besonders ab 311. — Vgl. o. Anm. 83.

168. UU VIII. i. 3. Bl. 15 f., Weisung Ernsts II. an Baron v. Grimm zu Paris, Friedenstern 6. April 1778.

169. Ewald S. 6 und 27 f. (Anm. 5.) — Auf Einzelheiten einzugehen ist hier unmöglich. Ernsts II. Beziehungen zum Freimaurertum s. Voretzsch



Die weiteren Ereignisse und Schrecken der französischen Revolution stießen ihn ab; eine Zeitlang fürchtete er sogar ihre allgemeine Verbreitung über ganz Europa und wünschte, als freier Bürger in der Schweiz oder Nordamerika zu leben; er trug sich wohl mehrfach mit dem Gedanken eines Thronverzehs, aber die Pflichttreue hielt ihn von diesem Schritte fern, zumal er nicht die Gewähr hatte, daß die Geschicke seines Landes in der Hand seiner Söhne gut geborgen seien.<sup>170</sup>

In seiner Politik am Regensburger Reichstage ließ sich Ernst II. besonders die Wahrung der Rechte der Reichsfürsten wie die seinigen gegen alle ungebührlichen Zumutungen anlegen sein.<sup>171</sup> Sein letztes Motiv war dabei die Erhaltung der Reichsverfassung, und deshalb brachte er viele Opfer, die ihm die Sorge um seine Lande und Untertanen gewiß nicht leicht machten, und die letzten Endes doch vergeblich waren;<sup>172</sup> den Zusammenbruch des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation erlebte der Herzog nicht mehr.

Der eigentliche Leiter der gothaischen Außenpolitik aber war der wirkliche Geheime Rat und (seit 1788) Staatsminister Freiherr Sylvius Friedrich Ludwig von Frankenberg und Ludwigsdorff (1728—1815).<sup>173</sup> Sein Vater Sylvius Eberhard (1682

a. a. O. S. 29 und Ehwald S. 9 f. und 31 (Anm. 9 am Ende); RF II, 16, VII, 25, VIII, 3 und IX, 4.

170. Ehwald S. 5.

171. Voretzsch S. 18. — So unterstützte Ernst II. am Reichstage den Fürsten von Neuwied, über den das Reichskammergericht bekanntlich (s. die zeitgenössischen Journale vielfach) die Regierungsentsetzung verfügt hatte. Rfprot. vom 28. Juli 1794, S. 6 f., in St. G. Reichssachen A. I. (\*\*\*, 93 und 94, Rfprot. vom 17. Juni 1796. — Fall Salabert s. u. S. 222 f. — Dagegen trug Ernst II. Bedenken, dem Grafen Pappenheim einen Römermonat verwilligen zu lassen, s. Reuß a. a. O. XXXVII S. (167.) 180. Vgl. auch St. G. A. VI. (2.) 32.

172. Ehwald S. 11. — Vgl. auch u. S. 84 und Anm. 387, ferner o. S. 39.

173. Alex-Victor v. Frankenberg und Ludwigsdorff, Goethe und der Minister von Frankenberg sowie das Verhältnis des Frankenbergischen zum Herderschen Hause. Manuskript (Maschinenschrift) 1911. Gedruckt: Kap. I. unter d. Titel: Die Jugendzeit des Staatsministers Sylvius Friedrich Freiherrn von Frankenberg und Ludwigsdorff. In: Hessische Chronik, hgg. H. Bräuning-Oktavio und Wilh. Diehl. 1. Jg. 1912. Darmstadt. S. 397 f. — Kap. II u. d. Titel: Aus dem Leben des Gothaischen Staatsministers S. Fr. v. Fbg. u. L. 1728—1815. In: Familien-Zeitschrift derer von Frankenberg.

bis 1764) war Oberamtmann und Verweser der Herrschaft Schmalkalden; aus altem Adel stammend, wurde er im Jahre 1738 von Kaiser Karl VI. in den Freiherrnstand erhoben und 1739 zum kgl. preußischen Wirkl. Geheimen Rat ernannt. Durch die Mutter, eine geborene v. Schmettau, stammte der Minister von einer Tochter des Freiherrn Paul von Fuchs (1640—1704) ab, des berühmten Kabinettssekretärs und Diplomaten des Großen Kurfürsten, und daher vererbte sich seine staatsmännische Begabung.<sup>174</sup>

Am 20. Oktober 1728 im damals kursächsischen Schleusingen geboren,<sup>175</sup> verbrachte er dort seine Jugend, besuchte die Schule zu Kassel und höchstwahrscheinlich dann mit seinem Freunde und späteren Kollegen Ernst August von Studnitz<sup>176</sup> das „Carolinum“ in Braunschweig.<sup>177</sup>

Nach dem Abschlusse seiner rechts- und staatswissenschaftlichen Studien in Göttingen (?)<sup>178</sup> trat Sylvius Friedrich 1750 in die Dienste des Landgrafen Friedrich I. von Hessen-Kassel, der zugleich König von Schweden war. Vom kgl. schwedischen

---

Hgg. Alex-Victor von Frankenberg und Ludwigsdorff. 2. Jg. 1920. Heft 1 (5), 2 u. 3, = S. 2—3, 9—11 u. 17—18. (Umfaßt die Zeit von 1763—1782). — Unveröffentlicht: Kap. III. Von 1782—1795. Goethe und Frankenberg als Vertreter ihrer Staaten im Fürstenbunde. (Bricht mit dem Beitritt Gothas vom 20. September 1785 ab). Kap. IV. Von 1795—1814. Frankenberg als Vermittler im Streite zwischen Goethe u. Herder. (Lag mir nicht vor). Kap. V. 1815. Das Ministerjubiläum und der Ausklang. (Vollständig). — Moritz von Frankenberg-Ludwigsdorff, Notizen über die Familie der Grafen, Freiherrn und Herrn von Frankenberg-Prosclitz, Ludwigsdorff und Lüttwitz, Darmstadt 1878, besonders S. 29. — Adel. Taschenbuch, 5. Jg. Gotha 1904, Uradel, S. 273. — G. Schneider, Gothaer Gedenkbuch (s. o. S. 26) I S. 82 f. — Vgl. die Nachweise weiter unten.

174. Frdl. Mitteilung Sr. Exzellenz v. Bassewitz.

175. Gothaer Gedenktage im Gilbhard 1928. RF V, 21.

176. Geboren Schleusingen 1728, † 1785 als Geheimrat u. Kanzler in Gotha. Galletti, Gotha V S. 8 Anm.

177. In einer Handschrift: Die alte Münze, von Marie v. Wangenheim (Gotha) 1858 (im Besitze Sr. Exzellenz v. Bassewitz in Gotha) wird dies als Tatsache angeführt. Über diese Handschrift vgl. Ed. Müller, die alte Münze in Gotha. RF IV, 17. — Die Matrikel des Carolinums ist nicht mehr vorhanden (Feststellung von Alex-Victor v. Frankenberg).

178. Von Frankenberg ist in Göttingen keine Matrikeleintragung festzustellen, auch keine jur. Dissertation nachweisbar. Studnitz wurde am 14. Oktober 1747 dort immatrikuliert. Frdl. Mitteilung der Universitätsbibliothek Göttingen.

Kammerjunker (1750) stieg er bis zum Titular-Geheimerat (als solcher 1762 geführt, später wohl nach dem Übertritt in gothaische Dienste gestrichen)<sup>179</sup> und vom Regierungs- und Hofgerichtsassessor in Hanau<sup>180</sup> zum Gesandten in Wien und Kopenhagen 1758.<sup>181</sup> Ausgebreitete Kenntnisse, Tüchtigkeit und auch wohl der Einfluß eines hochgestellten Verwandten<sup>182</sup> förderten ihn; den Gesandtenposten verdankte er seinen vorzüglichen diplomatischen Kenntnissen, die er trotz seiner Jugend und kurzen Laufbahn bereits erworben hatte, und dem Vertrauen des Landgrafen Wilhelm VIII. In Kopenhagen verkehrte er viel im erbprinziplichen Hause; er sah es „wie ein Gasthaus an, in dem er machen konnte, was ihm beliebte“.<sup>183</sup> Sein ungeniertes Wesen deutete der Erbprinz, nachmalige Kurfürst Wilhelm II. als „Arroganz eines verwöhnten adeligen Günstlings“, obwohl er im Unrecht war. Indessen kam er nicht in die Lage, als Regent Frankenberg seine Ungnade fühlen zu lassen, da dieser längst in gothaische Dienste berufen worden war.

Dorthin war 1760 aus württembergischen Diensten sein Vetter Sylvius Eberhard von Frankenberg und Ludwigsdorff<sup>184</sup>

---

179. Hess. Chronik S. 398.

180. Hier wurde er 1752 auch dem Konsistorium zugeteilt; Konsistorialpräsident kann er nicht gewesen sein (Ebenda, Berichtigung von Ersch u. Gruber, allg. Enzyklopädie Bd. XVII. S. 225, ADB VII. S. 271 und Notizen S. 29); er war auf die Instruktion eines verstorbenen Regierungsrates angewiesen worden.

181. Dieses Datum gibt Ph. Losch, Kurfürst Wilhelm I., Landgraf von Hessen. Marburg 1923. S. 42. — Hess. Chronik S. 399: „In den Jahren 1760 und 1761 ging Frankenberg im Auftrage seiner Regierung als Gesandter nach Kopenhagen und Wien.“

182. Der hessische Kammerpräsident und Oberhofmeister Carl Magnus Frhr. v. Frankenberg und Proschlitz (1696—1754). Über ihn Alex-Victor von Frankenberg und Ludwigsdorff in Hess. Chronik 5. Jg. 1916, S. 269—285.

183. Dieses u. d. Folgende nach Losch S. 42 ff.

184. 1731—1797. Moritz v. Frankenberg, Notizen (Beilage XI, S. 77 ff.) sagt, daß er 1758 Lieutenant im Grenadier-Bataillon von Lossow, später Hofmarschall in Gotha war und in kinderloser Ehe mit Sophie Josepha Gräfin Löser lebte (1777). Als Ergänzung dazu vgl. die folgende Anm. und entsprechende Notizen in den Fourierbüchern Friedenstein (s. u. Anm. 212), wo er viel häufiger genannt wird als der Minister (die Titel Hofmarschall usw. können zur Unterscheidung dienen). — Galletti, Gotha V S. 23, 24 ist ungenau.

als Kammerherr und Kammerrat<sup>185</sup> gekommen. Wir wissen nicht, ob Herzog Friedrich III. durch ihn oder Studnitz aufmerksam gemacht wurde, oder ob sein Ruf als tüchtiger junger Diplomat oder der Einfluß der Herzogin Luise Dorothee die Ursache ist — vielleicht hatte Frankenberg auch beim Passieren durch Gotha 1761 und 1762<sup>186</sup> die Aufmerksamkeit des Hofes oder der Behörden auf sich gelenkt —, jedenfalls erhielt er unterm 2. Januar 1765<sup>187</sup> das Dekret als „wirklicher Geheimer Rat cum voto et sessione“ im Geheimratskollegium. Im Zivilstaat des Herzogtums steht er 1767 an dritter Stelle<sup>188</sup> als Faktotum des Herzogs, auch Luise Dorothee schätzte ihn sehr hoch.<sup>189</sup> Schon damals hatte er zur Hebung des Finanzwesens eine weise Sparsamkeit eingeführt, die unter Ernst II. ihre Früchte zeigte; er ernannte ihn 1788 zum Gothaischen Staatsminister.<sup>190</sup> Unter Herzog August war der „Nestor der Minister“<sup>191</sup> die Seele der Regierung Sachsen-Gotha-Altenburgs.

---

185. St. G. UU XXIV 28. Bl. 1: Dekret als Kammerherr (wie vorher in Württemberg) vom 1. Oktober 1760 mit Funktion als wirkl. Kammerrat cum voto et sessione beim Gothaer Kammerkollegium, erhielt als solcher (Bl. 4) im Februar 1765 das Bauwesen und im Juni 1768 die spezielle Besorgung der Saalfeldischen Bergwerksangelegenheiten (Facijs S. 95) übertragen (Bl. 35) und legte im September 1796 die Kammerratsstelle nieder (Bl. 49). Am Hof wurde er (2. März 1767, ebenda Bl. 5) Oberschenk, dann (30. September 1770) Hofmarschall (Bl. 40), erhielt unterm 17. August 1787 von Ernst II. in „Anerkennung der Uns und Unserm Herzogl. Hause geraume Jahre her geleisteten treuersprießlichen und wohlgefälligen Dienste, zu Bezeugung Unserer Zufriedenheit den Charakter Unsers wirkl. Geh. Raths“ (Dekret Bl. 44), am 29. September 1790 „den einem Oberhofmarschall in der 1. Classe Unserer Hof- und Rangordnung bestimmten Rang, als dem nunmehrigen wirkl. Chef Unseres Oberhofmarschallamts“ (der Oberhofmarschall Wilhelm v. Rothberg (s. u. S. 54) war also seitdem nur im Geheimen Rate tätig) und (nach dessen Tode) unterm 2. November 1795 das Dekret als Oberhofmarschall (Bl. 47 f.) (vgl. u. Anm. 218) mit den Ausdrücken höchsten Lobes. Seine Tüchtigkeit geht auch aus den mehrfach geänderten Instruktionen hervor, die immer seine Aufgaben und Verantwortung verstärkten.

186. Goth. Wöch. Anfr. u. Nachr. 1762, S. 5 und 148.

187. Ed. Zeyß, Goethes Freundes- und Bekanntenkreis in Gotha, Sonderdruck aus „Thüringer Jahrbuch 1928“, S. 8. — Die Anzeige an das Oberkonsistorium von Gotha, Friedenstein 2. I. 1765 (St. G. UU I 29a.) ist außer Quittungen das einzige bekannte Personal-Aktenstück über den Minister!

188. Vehse a. a. O. II S. 41.

189. Thümmel, Beiträge S. 63 Anm.

190. Zeyß a. a. O., vgl. u. Anm. 215.

191. Thümmel, Beiträge S. 98 Anm.



Auch am Hofe wurde er gerne gesehen, sein kluger, aufgeweckter Sinn und seine außerordentliche Liebenswürdigkeit im Verkehr mit anderen Menschen machten ihn in Gotha rasch geachtet und beliebt; im Orden der „Eremiten zum guten Humor“<sup>192</sup> erhielt er den Namen „l'Eveill  “, ein treffendes Kennzeichen seines vornehmsten Charakterzuges.<sup>193</sup>

Frankenberg vermählte sich 1768 mit Friederike von R  xleben (1745—1832),<sup>194</sup> die gleich ihm hochgebildet, liebenswürdig und geistreich war. Sie unterstützte ihren Gatten auch als „Sekretärin“ und wurde im Freundeskreise „Frifri“ genannt.<sup>195</sup> Die Ehe war kinderlos; wenn der Komponist Louis Spohr den Minister 1809 mit seiner „Tochter“ Schach spielen sieht,<sup>196</sup> so kann er nur Frankenbergs letzte noch lebende Schwester Eberhardine Adolphine († 1811) meinen.<sup>197</sup> — Auf die Beziehungen des Frankenbergschen Ehepaares zu Prinz August von Gotha,<sup>198</sup> zu Baron Grimm<sup>199</sup> und dessen Adoptivfamilie,<sup>200</sup> zu Karl v. Dalberg<sup>201</sup> und zum Weimarer Hofe und Dichterkreise, besonders aber zu Goethe und Herder kann hier nicht eingegangen werden.<sup>202</sup> Den politischen Briefwechsel mit dem Weimarer

192. Darüber Osten a. a. O. S. 44 ff., vgl. RF II, 16, V, 21 (s. o. Anm. 175) und VII, 13, auch Sch  rer a. a. O. p. 205.

193. Familienzeitschrift a. a. O. S. 2.

194. Ebenda. Das genaue Geburtsdatum, 5. März 1745, führt das Taschenbuch a. a. O. S. 273 an; sie starb am 27. November 1852 (Notizen Beil. XI a. a. O.). Sie war Hoffr  ulein Luise Dorothees gewesen, s. Thümmel, Beiträge S. 62 und 64, Anm., vgl. Osten S. 31.

195. Von Karl August von Weimar z. B. am Schluß der o. in Anm. 32 und 127 erwähnten Briefe an den Minister.

196. Louis Spohr's Selbstbiographie, 1. Bd. Kassel und Göttingen 1860, S. 135.

197. Von den fünf ledig gebliebenen Schwestern des Ministers (s. Notizen, Beil. XI, a. a. O.) starben die beiden letzten (Luise Friederike 1732 bis 1804 und Adolphine Eberhardine 1734—1811) in Gotha als große Wohlt  terinnen. S. Aug. Beck, Geschichte der Stadt Gotha, Gotha 1870, S. 206, 480 f. und 522.

198. S. o. S. 44.

199. S. o. S. 37 und Anm. 89.

200. Die Familie des Grafen Bueil. Ebenda, besonders Bechtolsheim a. a. O., vgl. dazu K. Schmidt, französische Emigranten in Gotha, RF VI, 7 f.

201. S. o. S. 43.

202. Darüber Alex-Victor v. Frankenberg, Manuskript a. a. O. Kap. IV (lag mir nicht vor) und derselbe, Herder und Friederike von Frankenberg, in „Nord und Süd“ Jg. 43, Bd. 170 Heft 540 vom Sept. 1919, S. 287—293. —

Minister v. Fritsch haben wir schon mehrfach erwähnt, nach der Jahrhundertwende wurde er fortgesetzt zwischen Frankenberg und dem Geheimrat v. Voigt in Weimar.<sup>203</sup> — Karl August von Weimar stieg oft in der „Siebleber Schmiede“ oder „guten Schmiede“, dem Landhause Frankenburgs in Siebleben,<sup>204</sup> ab und schätzte den Rat des Ministers sehr hoch.<sup>205</sup> Fritsch war auf Frankenburgs Beifall „geizig und stolz“.<sup>206</sup>

Der weimarische Kanzler Friedrich von Müller<sup>207</sup> nennt Frankenberg einen in vielfacher Hinsicht merkwürdigen und höchst originellen Mann von „possierlicher Individualität“; Goethe hielt Frankenburgs Zerstreuung und karikiertes Wesen ursprünglich für absichtlich angenommene Maske.<sup>208</sup> Einem Patriarchen gleichend, war der Minister trotz Kränklichkeit (1791/92 war er laut PK 111 [24. XI. 1794] gefährlich an Kopfrose erkrankt) von unerschöpflicher Arbeitskraft und voll origineller kaustischer Jovialität; sein guter Humor und noch mehr eine feine Ironie, auch Selbstironie, ist in der politischen Korrespondenz oft anzutreffen. Er spottet über das ganz unmögliche Format seiner Briefe (so klein es irgend ging), die Unleserlichkeit seiner Schrift — von den unzähligen Zettelchen sind leider die wenigsten erhalten<sup>209</sup> — und seine Angewohnheit,

---

Dazu Zeyß a. a. O. und derselbe, Goethe und die beiden letzten Herzöge von Sachsen-Gotha und -Altenburg, in RF II, 4 f. — K. Schmidt, Goethe und Gotha, in RF IX, 6. — RF VII, 3.

203. S. o. Anm. 32. — Jahn a. a. O. S. VIII und 82 ff.

204. Vgl. G. Hörchner, der Edelhof und die Herren von Siebleben, RF IV, 13.

205. M. Schneider a. a. O. MGG 1906/07, S. 54 Anm. 114. — Jahn S. 84.

206. Priv-A Bl. 10, Weimar 13. IV. 1794, Fritsch an Frankenberg.

207. In seinen „Erinnerungen aus den Kriegszeiten von 1806—1813“, Braunschweig 1851, S. 138 ff. Diese Charakteristik z. T. abgedruckt bei Vehse a. a. O. II S. 36 f. und in RF V, 21. — Ueber Friedrich v. Müller s. Bessenrodt, Außenpolitik, vielfach und neuerdings Ulrich Crämer, der politische Charakter des weimarischen Kanzlers und die Glaubwürdigkeit seiner „Erinnerungen“ 1806—1813. Eine quellenkritische Untersuchung. Beiträge zur Thüringischen Geschichte, herausgegeben von Dr. Wilhelm Engel und Dr. Willy Flach, Bd. 1. Jena 1934.

208. C. A. H. Burkhardt, Goethes Unterhaltungen mit dem Kanzler Friedrich v. Müller, 2. Aufl. Stuttgart 1898, S. 11.

209. Nach den vermutlich aus dem Nachlaß des Geh. Assistenzrats v. Hoff (s. S. 55) stammenden undatierten Zetteln an diesen (s. Vorwort S. 7) besaß der Minister zwar Interesse für die Lotterie, spielte aber im Gegen-

Korrespondenzen um Mitternacht oder gerade noch vor dem Abgang der Post zu erledigen. Dabei zeigte er für alle Angelegenheiten der hohen Politik größte Neugier, hatte daher auch stets einen guten Ueberblick über die jeweilige Lage, die er treffend zu schildern und zu charakterisieren versteht. Auch die Landschaftssachen des Herzogtums Gotha machten ihm viel Arbeit, außerdem wurde er 1793 Obersteuereindirektor von Gotha und 1798 Amtshauptmann von Leuchtenburg und Orlamünda.<sup>210</sup>

Nachdem er am 2. Januar 1815 sein 50jähriges Ministerjubiläum gefeiert hatte,<sup>211</sup> erlag er kurz darauf seinem alten Brustleiden, welches durch die Anstrengungen des Festes sich verschlimmert hatte, und entschlief am 24. April, allgemein betrauert.

Das Geheime Ratskollegium<sup>212</sup> bestand 1790 aus vier Mitgliedern, von denen drei nacheinander starben: Karl Friedrich v. Lichtenstein<sup>213</sup> († Anfang August 1790)<sup>214</sup> — von da ab stand Minister v. Frankenberg an der Spitze<sup>215</sup> —, Wilhelm Freiherr v. Rotberg (1718—1795)<sup>216</sup> und Friedrich Heinrich v. Einsiedel

---

satz zu seinen Kollegen und dem Erbprinzen August (von dem es niemand wissen durfte) nicht selbst. Vgl. RF X, 26.

210. Galletti, Gotha V S. 24 und Mitt. d. Vereins f. Geschichts- u. Altertumskunde zu Kahla und Roda, Kahla 1874 ff., Bd. I S. 377.

211. Darüber Kap. V des Manuskripts a. a. O. nebst seinen Anlagen (Gedichte auf das Jubiläum) ausführlich. Dazu vgl. St. G. WW VII. kk. no. 9.

212. Vgl. über die Mitglieder der gotha-altenburgischen Behörden — von denen hier nur die wichtigsten genannt werden, ohne auf Genauigkeit der Titel und Vollständigkeit der Daten und Nachweise Anspruch erheben zu können — allgemein Klebe a. a. O.; Galletti, Gotha I S. 357 f. und V S. 2 ff. u. ö.; Beck, Regenten S. 427; die verschiedenen Jahrgänge des Herzoglich Sachsen-Gotha- und Altenburgischen Hof- und Adress-Calenders, Gotha (herangezogen die Jahrgänge 1790 bis 1797), Anzeigen von Promotionen in den Gothaischen Wöchentlichen Nachrichten und Anfragen (1753 ff.) und die älteren Fourrierbücher; auch „Aus der Heimat“ usw., MGG, RF und Gothabuch gelegentlich.

213. In gothaischen Diensten 1747—1766, 1770—1790. St. G. UU I 27. — Galletti, Gotha V S. 2 Anm., vgl. dazu Kneschke, Adelslexikon Bd. V, Leipzig 1864, S. 512 f.

214. Gotha erhielt die Nachricht am 9. August, Fourrierbuch 1790 III.

215. E. Zeyß, Goethes Besuche am Herzoglichen Hofe in Gotha, in: Gotha u. s. Gymnasium, herausg. v. Heinrich Anz, Gotha 1924, S. 103.

216. Vgl. Freiherrl. Taschenbuch 1853, S. 378 ff. — UU I 28. — Er war Hofmeister Ernsts II. (Thümmel, Beiträge S. 72; Beck, Regenten S. 408; 1747 Oberhofmeister der Prinzen s. Galletti, Gotha V S. 2) und am Hofe

(1721—1793).<sup>217</sup> Erst nach Rotbergs Tode (30. Oktober 1795)<sup>218</sup> wurde es wieder ergänzt, indem der Kammerpräsident Hans Wilhelm v. Thümmel<sup>219</sup> und der Kanzler August Friedrich Karl Freiherr v. Ziegesar<sup>220</sup> am 30. Januar 1796 Sitz und Stimme im Geheimen Rat erhielten.<sup>221</sup> Frankenberg versprach sich von diesen beiden alten, guten Freunden und geschickten, erfahrenen und tätigen Männern viel Beihilfe.<sup>222</sup> Später allerdings klagte Ziegesar, kränklich und hypochonder, über Frankenbergs Herrschsucht, Eigensinn und Rücksichtslosigkeit ihm gegenüber,<sup>223</sup> woran aber wohl Ziegesar, der 1808 wegen seiner Kränklichkeit die Stelle aufgab,<sup>224</sup> selbst schuld gewesen sein dürfte.

Sehr gut stand Frankenberg mit dem Geheimen Assistenzrat Johann Christian v. Hoff (1722—1801),<sup>225</sup> der Gothas „deputatus

---

Obersthofmeister (Oberhofmarschall) bis zu seinem Tode (vgl. o. Anm. 185), s. UU XLVI 15. — Er ist der Begründer der gothaischen Porzellanfabrik, „Aus den coburg-gothaischen Landen“, Heft 5 S. 73 (Fr. Henneberg, die ersten 50 Jahre der Gothaer Porzellanfabrik); Schmidt-Ewald, Gothabuch S. 219 f.

217. Adel. Taschenbuch, 9. Jg. 1908, Uradel, S. 212. — UU I 25.

218. Fourierbuch Friedenstein 1795 IV, wo nach der Beisetzung (3. November) sofort Sylvius Eberhard v. Frankenbergs Ernennung zum Oberhofmarschall erwähnt wird.

219. 1744—1824. Hans v. Thümmel, nachgelassene Aphorismen aus den Erfahrungen eines 77jährigen ... Nebst des Verfassers Biographie. Frankfurt a. M. 1827. — Bernhard v. Thümmel, Mitteilungen zur Geschichte der Familien Thümmel, Detmold 1927 ff., besonders 2. Heft S. 10 f. — W. Kuhn, Hans Wilhelm von Thümmel (1744—1824). Altenburger Heimatblätter a. a. O. Bd. I, 2. Jg. 1933, Nr. 9 und 10, S. 76—80 und 84 f. (behandelt des Ministers innenpolitische Tätigkeit). — Ueber seine diplomatischen Missionen (s. o. S. 22 und u. S. 136) (vgl. auch AAA II. 66.) ausführlich in der größeren Arbeit. — UU I 30.

220. 1746—1813 (vgl. u. Anm. 224). ADB XLV, 160 ff. — Eichstadius, Opuscula Oratoria. Ed. secunda, Jenae 1850, p. 450—470. — Adel. Taschenbuch 7. Jg. 1906, Uradel, S. 918 f.; freiherl. Taschenbuch vielfach (1900 S. 884). — Eigene Dienerakten nicht nachweisbar im St. G.

221. Fourierbuch Friedenstein 1796 I. — Kuhn a. a. O. S. 78. — Klebe a. a. O. S. 30.

222. PK Bl. 261, Gotha 3. Februar 1796. An Fritsch.

223. Jahn a. a. O. S. 82.

224. Galletti, Gotha V S. 43. — Er starb am 19. Dezember als General-Landschaftsdirektor des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach. Ebenda Anm., s. auch o. Nachweise in Anm. 220.

225. Manuskript a. a. O. Kap. V S. 23 f.



perpetuus“ zu Hauskonferenzen war,<sup>226</sup> und zu dessen Sohn Karl Ernst Adolf, der uns als Legationssekretär<sup>227</sup> noch begegnen wird.<sup>228</sup> Desto mehr aber machte ihm die Unzulänglichkeit des Komitialgesandten in Regensburg zu schaffen.

Dieser Vertreter Sachsen-Gotha-Altenburgs am Regensburger Reichstage, Freiherr Philipp v. Gemmingen-Guttenberg,<sup>229</sup> wird gewöhnlich (so von Schick<sup>230</sup> und Asch<sup>231</sup>) mit seinem bekannteren Verwandten, dem kaiserlichen Geheimen Rate Eberhard Georg v. Gemmingen-Hornberg<sup>232</sup> verwechselt. Er wurde als zweiter (am Leben gebliebener) Sohn des Ritterhauptmanns des Kantons Odenwald, Freiherrn Philipp v. Gemmingen-Guttenberg (1702—1785)<sup>233</sup> am 17. Februar 1738 geboren.

Nach Absolvierung des Gymnasiums zu Heilbronn bezog er 1756 die Universität Gießen und 1759—1762 mit seinem älteren Bruder Christoph Dietrich (1736—1800)<sup>234</sup> die zu Jena. Nach zweijähriger Tätigkeit als Nassau-Usingischer Regierungsrat bat er Friedrich III. um Aufnahme in die Regierung zu Gotha.<sup>235</sup> Es wurde ihm das Dekret als Hofrat zugesagt, wenn er persönlich nach Gotha kommen und seine bisherigen Dienste aufgeben wolle,<sup>236</sup> und unterm 10. Dezember wurde er „wegen seiner in

---

226. PK Bl. 244, Gotha 30. September 1795 (s. u. S. 217). — Galletti, Gotha V S. 10. — UU I (a) 76. — S. o. Anm. 209.

227. S. o. S. 24 und Anm. 13 f.

228. S. u. S. 137 und 217 Anm. 1158.

229. C. W. F. L. Stocker, Familien-Chronik der Freiherren von Gemmingen, Heilbronn 1895, S. 113 f. — Meusel a. a. O. XI S. 263 f. — Meusel, Lexikon der vom Jahre 1750 bis 1800 verstorbenen deutschen Schriftsteller, Leipzig 1804, Bd. IV S. 83 f. — Ersch u. Gruber Teil 57 S. 296, wo aber statt „kursächsisch“ natürlich „Sachsen-Gothaisch“ zu lesen ist. — Freiherrl. Taschenbuch mehrfach.

230. S. 36. Das dort Gesagte gilt für Eberhard Georg v. Gemmingen-Hornberg!

231. Maschinenschrift (s. o. S. 28 und Anm. 36) S. 18. Erdmannsdörffer (den Asch anführt) nennt Philipp v. G. nur in Bd. I S. 185, Eberhard (Georg) aber sehr oft in Bd. I ff.

232. Stocker S. 284.

233. Ebenda S. 109 ff.

234. Ebenda S. 111 ff.

235. UU II. 45. Bl. 1, Schreiben Bibrich, 21. September 1766.

236. Ebenda Bl. 3, Friedenstein 2. Oktober 1766.

der Rechts-Gelahrtheit Uns angerühmten Wissenschaften und andern besitzenden rühmlichen Eigenschaften zum Hofrat bei unserer hiesigen Regierung mit Sitz und Stimme“ ernannt, wie es im Dekret<sup>237</sup> heißt. Schon bald, (August ?) 1767, wurde er als „Subdelegierter Kommissar“ nach Wetzlar zur Kammergerichts-Visitation<sup>238</sup> abgeordnet. Unterm 29. Januar 1771 wurde er Geheimer Legationsrat<sup>239</sup> und heiratete 1773.

Herzog Ernst II. ernannte ihn am 6. November 1778 zum Geheimen Rat;<sup>240</sup> er wurde von Incumbenz und Sitz im Regierungskollegium dispensiert und als Komitialgesandter nach Regensburg gesandt;<sup>241</sup> er war für Gotha und Altenburg (auch Saalfeld)<sup>242</sup> bevollmächtigt. Am 11. Januar 1779 legitimierte er sich in Regensburg für diese Hauptstimmen und am 15. auch für folgende Neben-Voten: Hessen-Darmstadt, Mecklenburg-Schwerin und Ratzeburg (s. o.). Im gleichen Jahre erhielt er mit Herzog Ernsts Genehmigung<sup>243</sup> auch die Schwarzburger Stimme und im Frühjahr 1780 vom Herzog Karl August von Weimar auch dessen Stimmen übertragen. Als dieser ihn davon dispensierte (August 1788), um Graf Görtz zu bevollmächtigen, betonte er ausdrücklich seine Zufriedenheit mit Gemmingen und hob die besonderen Gründe der Betrauung Görtz<sup>244</sup> hervor. Auch war Gemmingen 1783 als Lehensgesandter in Prag, um die Be-

---

237. Ebenda Bl. 4 f.

238. Ebenda Bl. 7 ff.; vgl. Kammergerichtsakten (A. V.). — R. Schlösser, F. W. Gotter. Theatergeschichtl. Forschungen, herausgegeben von Berthold Litzmann, Hamburg u. Leipzig 1895, Bd. X S. 19. — Ehwald MGG 1904 S. 32 Anm. 13.

239. UU II. 45. Bl. 14 f. — Unterm 15. Dezember 1772 teilte er Ernst II. seine Verlobung mit Friederike Voit von Salzburg (!) mit, bat um die Genehmigung und um Urlaub in den Weihnachtsferien, was ihm umgehend (21 [?] Dezember 1772) bewilligt wurde. Ebenda Bl. 17 und 18. — Stocker S. 113.

240. Dies und alle folgenden Daten nach A. I. 57.; vgl. o. S. 35.

241. Ebenda. — Die Goth. Wöch. Anfragen u. Nachrichten melden in Nr. 48 vom 27. November 1778, S. 299, die Ernennung des Geh. Legations-, Hof- und Justitien-Raths Philipp Frhrn. v. Gemmingen zum Geh. Rath und Comitialgesandten in Regensburg.

242. S. o. S. 31 und 34.

243. Die Schreiben in A. I. 57.

244. Karl August an Ernst II., 6. August 1788. In A. I. 57. — Görtz war bekanntlich Karl Augusts Erzieher. Vgl. o. Anm. 130.

lehnung mit Saalfeld für die sächsischen Häuser zu empfangen.<sup>245</sup> V. d. Lith war ärgerlich darüber, daß man nicht ihn geschickt hatte, und erwähnt, daß Gemmingen als Lehensgesandter gar nicht gefallen habe.<sup>246</sup> Dieser versäumte es übrigens, seine Rechnung einzuschicken, weshalb er bei jeder Urlaubsbewilligung daran erinnert wurde.<sup>247</sup> Im Jahre 1794 erhielt Gemmingen auch noch die Interimsvorführung der Braunschweig-Wolfenbüttelischen Stimme zugewiesen; Herzog Ernst hatte die Anfrage des Herzogs Karl II. von Braunschweig um so lieber bejahend beantwortet, als man ohnehin in vertraulicher Kommunikation stand;<sup>248</sup> Gemmingen wurde unterm 7. November die Erlaubnis zur Führung jener Stimme mitgeteilt.<sup>249</sup>

Nach der Beschreibung Schlössers<sup>250</sup> war Gemmingen „ein würdiger Abgesandter des feingebildeten Hofes“, von taktvoller Nachsicht seinen Untergebenen gegenüber und den Künsten geneigt. Als Musenfreund und Weltmann — er hatte 1765 seinen jüngsten, verstandesschwachen Bruder Karl Reinhard (geb. 1747, starb als badischer Hauptmann)<sup>251</sup> nach Italien begleitet — mochte er in der heiteren und geselligen Komitialwelt zu Regensburg wohl repräsentieren können;<sup>252</sup> dagegen besaß er die von einem Komitialgesandten verlangte Zuverlässigkeit und das Geschick, sich ganz in die Wünsche, Pläne und politischen Gedankengänge seines Mandanten hineindenken zu können,<sup>253</sup> nur in begrenztem Umfange, wie aus den Gothaer Akten und der PK oft hervorgeht. — Fritsch verstand nicht, wie Frankenberg überhaupt mit Gemmingen arbeiten konnte, der so unzuverlässig

---

245. S. o. S. 31 und Anm. 47 — B I et II. 90.

246. Ebenda, RL 99 vom 29. September 1783. Ueber die Belehnung selbst verschiedene Zeitungen (Wien, Prag), auch eine „Beschreibung“ a. a. O. — 1791 war v. d. Lith Lehensgesandter.

247. S. als Beispiel u. S. 142.

248. A. I. 57. Schreiben Wolfenbüttel 31. Oktober 1794; Antwort vom 14. November 1794. — Die Verwandtschaft s. Anlage B zu vorliegender Arbeit.

249. Ebenda. Vgl. PS ad RG 125 vom 13. November 1794, wo er den Antrag anzeigt und seinen Vorbehalt der Genehmigung Herzog Ernsts meldet.

250. A. a. O. S. 19 f., 27 f.

251. Stocker S. 114.

252. Schick S. 25 f., 33 f.

253. Ebenda S. 16 f., wo die Tätigkeit und der geringe Einfluß der Gesandten auf die Politik ihres Hofes ausführlich dargestellt ist.

berichtete: „Könnte man ihm doch etwas von Graf Görtz' Betriebsamkeit (dieser drängte ständig auf Instruktion usw.) und Letzterem etwas von Gemmingens Phlegma beimengen. So würde beiden geholfen“.<sup>254</sup>

Ueber Gemmingens juristische Deduktionen, Gutachten usw. konnte man in Gotha nicht klagen, wenn er auch eigene Vorschläge immer im ungeeignetsten Moment machte (beispielsweise in Bezug auf die „Jülichische Sukzessions“-Frage);<sup>255</sup> seine Berichte aber ließen jene Sorgfalt vermissen, auf die der Legationssekretär Ernesti<sup>256</sup> (der die Berichterstattung übernahm, wenn Gemmingen in Urlaub weilte) und der spätere Gesandte Heinrich Ferdinand Freiherr von Ende,<sup>257</sup> vorher Altenburger Regierungsrat, großen Wert legten; dieser mußte feststellen, daß das Gesandtschaftsarchiv gänzlich ungeordnet und unsorgfältig untergebracht war.<sup>258</sup> Auch scheint Gemmingen es nicht verstanden zu haben, neben Görtz, Hohenthal und Ompteda seiner Stellung als Vertreter eines der angesehensten altweltfürstlichen evangelischen Häuser genügend Achtung zu verschaffen, wie es später dem Freiherrn von Ende gelungen ist.<sup>259</sup> Gemmingen galt anscheinend auch in Regensburg nicht als ganz zuverlässig, denn Graf Görtz ließ unterm 28. Mai 1795 wichtige Aktenstücke durch die Legationssekretäre Gemmingens an seine Höfe absenden.<sup>260</sup>

Die Unzufriedenheit Gothas mit dem Gesandten war besonders groß 1794, als der preußische Verpflegungsantrag alle Gemüter beunruhigte — Gemmingen wurde durch ihn völlig über-

---

254. Priv-A Bl. 11, 14. April 1794. (Die Namen dort abgekürzt.)

255. S. u. S. 105.

256. Ueber Philipp Friedrich Ernesti sind im St. G. keine Personalakten vorhanden. — S. Hofkalender (o. Anm. 212).

257. Ueber ihn s. A. I. 58. und Reuß Staatskanzley Jg. 1801 Bd. II S. 297. — Im Freiherrl. Taschenbuch ist er nicht genannt (1858 S. 147; 1863 S. 219 u. später). — Dekret usw. vom 12. Januar 1801; legitimierte sich 13. März 1801 und erhielt zu den Gotha-Altenburgischen und der Schwarzbürger Stimme (Reuß a. a. O.) auch die Wolfenbütteler Stimme weiter übertragen.

258. Bericht v. Endes vom 10. Juni 1801 in A. I. 58.

259. Darüber wird im 2. Teil der größeren Arbeit mehr zu sagen sein.

260. Schreiben Philipp Friedrich Ernestis, Regensburg 28. Mai 1795 mit Beilagen. In Priv-A Bl. 117 ff. Vgl. dazu PK Bl. 190 f., 2. Juni 1795.



rascht<sup>261</sup> —, und dann 1795 in der Römermonatssache, als er sich nicht genügend um die Stellungnahme Kursachsens kümmerte. Dies veranlaßte zahlreiche Reskripte Herzog Ernsts an ihn. Dagegen war sein Verhalten während der Beratung der Elsasser Frage und später dem Konkominissar Hügel<sup>262</sup> gegenüber (in der Reluitionssache) ohne Tadel; im letzteren Falle wurde er sogar sehr gelobt. Später scheint er mit Hügel sehr befreundet gewesen zu sein (zur Zeit der Neutralität Sachsen-Gothas gab ihm Hügel immer zuerst die Neuigkeiten vom Kriegsschauplatz in Italien usw.) und ebenso mit dem französischen Geschäftsträger und Gesandten Bacher (in Regensburg 1798/99 und ab 1801).<sup>263</sup>

Es ist unmöglich, die vielen Anstände, welche Frankenberg an Gemmingen fand, und die fast in jedem Brief an Fritsch und in vielen herzoglichen Reskripten an Gemmingen aufgeführt sind, einzeln aufzuzählen. Wir wollen hier nur ein paar Streiflichter geben.

Auf gothaische Weisungen, die ihm nicht paßten, ging der Gesandte ganz nach seinem Belieben ein oder nicht; manchmal bestätigte er nicht einmal ihren Eingang. Die Meinungen anderer Gesandter und ihrer Höfe, die er erkunden sollte, meldete er meistens erst im letzten Augenblick, wobei er freilich oft schuldlos war, da die Instruktionen allgemein sehr spät in Regensburg einliefen; dadurch konnte Gotha in wichtigen Sachen erst in letzter Minute ein Votum entwerfen, welches Gemmingen wörtlich zu verlesen hatte, besonders nachdem er in der Sicherheitsfrage sich einen höchst unerwünschten Zusatz erlaubt hatte, worüber das Ministerium in Hannover so verstimmt wurde, daß die Sache dorthin aufs Genaueste auseinandergesetzt werden

---

261. Bericht des mecklenburgischen Legationsrates Gumpelzheimer an den Minister von Dewitz, 31. Januar 1794, bei Asch, S. 19. — Asch bezeichnet Gemmingen (S. 18) als tüchtigen Gesandten, doch dürfte dies eher auf Gumpelzheimer zutreffen, nach Aschs Schilderung S. 18 ff. Vgl. aber o. S. 56 u. Anm. 231. — S. auch S. 146 ff. vorliegender Arbeit.

262. Schick S. 31.

263. Ueber ihn Friedrich Otto, Theobald Bacher, ein elsässischer Diplomat im Dienste Frankreichs (1748—1813). (Teildruck als Diss. phil. Straßburg 1909, vollständig als) Straßburger Beiträge zur neueren Geschichte, hgg. von Martin Spahn, Bd. III Heft 1. Straßburg 1910.

mußte, um das Ministerium zu versöhnen.<sup>264</sup> Wichtig war, daß Gemmingen alle Kurfürstenratsprotokolle, die stets handschriftlich waren, einsenden konnte, die z. B. Weimar nicht erhielt;<sup>265</sup> auch pflegte er Abstimmungen, die ihm besonders gefallen hatten, zur Nachahmung zu empfehlen, ohne aber dabei Gothas Interessen stets vor Augen zu haben. Sein Lieblingsgedanke war der eines Kordons an der Grenze gegen Frankreich; er stammte freilich nicht von ihm selbst,<sup>266</sup> wurde aber wiederholt in „Privatgedanken“ niedergelegt,<sup>267</sup> wie er später jene Gutachten bezeichnete, zu denen er nicht aufgefordert oder autorisiert war; solche Gedanken offiziell (in Regensburg) zu äußern, wurde ihm streng verboten.

Gemmingen war ein scharfer Gegner der Aufklärung, die seiner Ansicht nach zur französischen Revolution geführt hatte; „dem Ungeheuer des Aufruhrs“ konnte, seiner Meinung nach, nur „durch gewaltsame Mittel auf den Kopf geschlagen werden“.<sup>268</sup> J. J. Rousseau galt ihm wegen seiner nichts als Aufruhr atmenden Schriften des Tollhauses würdig.<sup>269</sup> — Den Herzog kannte er sehr schlecht, wie er besonders in jener Zeit bewies, als die Frage der Truppenstellung zuerst aufgeworfen wurde, und er Ernst II. unbedingt zur Uebernahme der Kontingente aller herzoglich sächsischen Häuser und der kleineren obersächsischen Stände bewegen wollte.<sup>270</sup> Andererseits war er ehrlich genug, sowohl die Kritik seiner Kollegen wie deren Lob über (nicht von ihm stammende) Gothaer Abstimmungen aufrecht mitzuteilen.<sup>271</sup>

---

264. Ausführlich S. 82 f. vorliegender Arbeit.

265. PK Bl. 268, 16. April 1796.

266. S. S. 77 dieser Arbeit u. ö.

267. Vgl. die bei Meusel a. a. O. genannten (anonymen) Schriften.

268. Rev-A II Bl. 359, RG 62 vom 18. Juli 1791 (s. u. Anm. 356 f.).

269. Kriegs-A I Bl. 284 ff. (Projectum Voti Gemmingens vom 22. Oktober 1792, Beilage A zu RG 98; s. u. S. 110).

270. Näheres s. S. 133 f. vorliegender Arbeit.

271. S. u. S. 80. Dazu Kriegs-A Bl. 279 (zu S. 110): „Sonsten verhehle ich mir nicht, und muß wirklich eingestehen, daß ich die seltene Kunst nicht besitze, mit der Stärke und der vorteilhaften Wendung zu schreiben, wodurch das erste in der Elsasser Sache in Gotha verfertigte Votum sich ausnimmt, wie es denn auch dahier die Bewunderung Aller gemacht hat, und als das Vorzüglichste angesehen worden.“ RG 98. — Zum folgenden Absatz vgl. u. S. 81.

Eine Bedeutung hatten seine Berichte nur von Fall zu Fall, hauptsächlich dienten sie dem Herzog und Frankenberg dazu, sich ein Bild von der Lage der zur Beratung stehenden Fragen und ihrer Beurteilung auf dem Reichstage zu machen. Gemmings Einfluß auf die Voten, die er zu Protokoll geben mußte, ist schwer zu bestimmen; maßgebend war, wie weit er den Willen und die Ansicht des Herzogs (oder Frankenbergs) in seinen Gutachten getroffen hatte. Er selbst legte Wert darauf, an den Beratungen im Namen seiner Höfe mitzusprechen, d. h. frühzeitig wenigstens mit einer vorläufigen Instruktion versehen zu sein, machte aber dieses oft unmöglich durch nachlässige Berichterstattung. Höchst unerwünscht war seine Angewohnheit, die Berichte von seinen Gütern bei Heilbronn (Thalheim u. a.) und andere ihm zukommende Kriegsnachrichten usw. nach Gotha als Beilagen einzusenden, da diese „Neuigkeiten“ entweder längst bekannt oder aber falsch waren. Als direkte Anweisungen an den Gesandten nichts nutzten, wurde die Legationskanzlei aufgefordert, diese Nachrichten nicht mehr anzunehmen oder einfach liegen zu lassen.

Freilich kam es auch vor, daß der Eifer, den der Gesandte z. B. in der Sache der Revision der Exekutionsordnung bewies, doch in Gotha nicht genügte. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die umfangreiche Ministerialkorrespondenz Gothas mit anderen Höfen wesentlich durch Gemmings Unzuverlässigkeit bedingt war, wie aus den Klagen Frankenbergs Fritsch gegenüber hervorgeht; wir wollen als Probe den Eingang eines Briefes Frankenbergs vom 2. November 1794 wörtlich anführen:

„Erlauben Ew. Exc., daß ich als Bettler vor Ihnen erscheine. Der unerklärbare Gemmingen schickt mit heutiger Post zwei Berichte ein, einen vom 27., den andern vom 30. Okt. Im ersteren sagt er: „Den vorigen Freytag sind bey Rathe, welchem Rathsgang ich aber nicht beygewohnt habe, die Instruction in der Friedenssache vom Directorio erinnert worden, wornächst man denn in dieser so wichtigen und dringenden Sache sogleich einen Verlass auf eine ganz kurze Zeit nehmen wird. Ich will also ebenfalls um beyfällige (!) Instruction unterthänigst wiederholt gebeten haben.““ und weiter kein Wort in keinem Berichte — Er muß nicht ein Wort darüber mit anderen Mini-

stern, am wenigsten mit den kaiserl. gesprochen haben. Darf ich ganz gehorsamst und inständigst bitten, uns nicht im Stiche zu lassen, und uns das Wesentlichste der Görzschen Nachrichten mitzuthemen!‘‘<sup>272</sup> Seit dieser Zeit erhielt der Minister fast regelmäßig Auszüge aus den Berichten Görtz' nach Weimar von dort abschriftlich übersandt,<sup>273</sup> da Gemmingen in der angeführten Friedenssache (Kurmainzischer Friedensantrag) völlig versagte, d. h. nicht berichtete.

Auch wurde in Gotha festgestellt, daß er Einzelheiten wiederholt mitteilte, also seine früheren Relationen nicht vor sich liegen oder im Kopfe hatte und auch die Wünsche des Herzogs unbeachtet ließ;<sup>274</sup> man vermißte bei ihm jegliche Aufmerksamkeit und Ordnung, verschiedene Aktenstücke (das Kammergericht, die Neuwieder Sache und fränkische Kreisberichte betreffend) fehlten überhaupt;<sup>275</sup> wenn der Gesandte krank oder unpäßlich sei, sollte er die nötigen Erkundigungen durch den Legationssekretär einziehen.

Im Gegensatz zu Gemmingens Verhalten steht das des Gesandten in Wien, v. d. Lith, der trotz seines Versagens in der Einladung zur böhmischen Krönung Leopolds II.<sup>276</sup> sich während des ganzen Krieges mit viel Klugheit und Vorsicht, besonders auch in Rücksicht der „stachlichen holländischen Regimentsangelegenheit“<sup>277</sup> benahm und dafür von Frankenberg Fritsch gegenüber sehr gelobt wird.<sup>278</sup>

Nachdem Gemmingen schon seit 1794 vielfach unpäßlich und dann durch den Tod seiner Frau am 2. Dezember 1799<sup>279</sup> sehr mitgenommen war, starb er am 7. März 1800<sup>280</sup> an einem

272. PK Bl. 126. — Die angezogenen Berichte sind RG 118 und 119 von 1794 in Kriegs-A VI (s. u. S. 194 und Anm. 1017).

273. Sie finden sich in den Priv-A.

274. Kriegs-A IV. Ernst II. an Gemmingen, 25. April 1794. Vgl. u. Anm. 832.

275. Kriegs-A VIII. Ebenso vom 17. April 1795.

276. S. o. S. 42 und Anm. 135.

277. Näheres s. Kont-A und besonders WW VII. m. (vgl. S. 43).

278. PK Bl. 280. Gotha 15. Dezember 1796.

279. A. I. 57. Kondolation Ernsts II. vom 13. Dezember 1799 und Gewährung eines (unterm 5. d. M. nachgesuchten) Urlaubs. Vgl. die letzten RG von 1799 in Kriegs-A XIX (A. VII. 94.). — Stocker S. 113.

280. Meusel a. a. O.: 6. März 1800. — 7. März: Stocker S. 114. Vgl. folgende Anm., die Meusel widerlegt.



zu lange verheimlichten Leiden (Hernia incarcerata, eingeklemmter Bruch).<sup>281</sup> Seine Kränklichkeit darf indessen nicht als Entschuldigungsgrund für seine mangelhafte Berichterstattung und Saumseligkeit angesehen werden, die (Frankenberg und) den Herzog oft aufs Aeüßerste erbitterte.<sup>282</sup> An der rastlosen Tätigkeit des gelähmten gräflichen Gesandten Christian Hiskias Heinrich von Fischer (1731—1796)<sup>283</sup> hätte sich Gemmingen ein Beispiel nehmen können.

So ruhte die Außenpolitik Sachsen-Gotha-Altenburgs fast ganz auf den Schultern Frankenbergs, der auch sehr oft unter dem Uebermaß seiner Geschäfte zu leiden hatte.

Die Gesinnung der Regierenden in Gotha gab keinerlei revolutionären Anlaß,<sup>284</sup> obwohl auch nach Thüringen „Aufruhrapostel“ der französischen Revolution kamen.<sup>285</sup> Die große Beschwerde der Altenburger Anspanner vom 24. Februar 1790 war lediglich die Folge früherer, erfolgloser Beschwerden und in der Lage der Bauern begründet.<sup>286</sup> Dagegen wurden die ernsthaften Unruhen des Jahres 1790 im benachbarten Kursachsen und Schönburg auch durch Zeitungsberichte, „daß es in Frankreich sehr gut zugehe“,<sup>287</sup> Broschüren usw. geschürt — mutmaßlich stand sogar ein französischer Advokat dahinter,<sup>288</sup> jedenfalls war

---

281. A. I. 58. RErn 25 vom 7. März 1800, Schreiben des württembergischen Gesandten v. Seckendorf (Schick S. 36; damals auch Stimmführer für Sachsen-Coburg, Reuß a. a. O. 1801 II S. 297) an Ernst II. vom gleichen Tage (franz.) und Antwort des Herzogs vom 14. März 1800. — Am Tage zuvor hatte Gemmingen noch einen Bericht diktirt. Die Obsignation wurde im Beisein Seckendorfs durch Ernesti und seinen Strelitzer Kollegen vollzogen. RErn 25. — Ernst II. nennt den Toten „un de mes plus anciens et fidèles serviteurs“. An Seckendorf a. a. O.

282. Ehwald MGG 1904 S. 32 Anm. 13

283. Zu Schick S. 36 Anm. 119 vgl. Kiewning a. a. O. S. 25 f. und National-Zeitung der Teutschen, 1796 Sp. 1134 f., 1797 Sp. 98 f.

284. Bessenrodt, Gothabuch S. 311.

285. Politisches Journal 1790 S. 1171 f.

286. Brandt a. a. O. S. 116.

287. Hellmuth Schmidt, die sächsischen Bauernunruhen des Jahres 1790. (Diss. phil. Leipzig 1907, Teildruck und) Mitt. d. Vereins f. Geschichte der Stadt Meißen Bd. VII, Meißen 1909, S. 275. — O. Schuster u. F. A. Francke, Geschichte der Sächsischen Armee. Leipzig 1885. Bd. II S. 188 f.

288. Pol. Journal 1790 S. 1089 (vgl. ebenda S. 964 f. u. ö.).

der „französische Freiheits-Unsinn“ schuld.<sup>289</sup> Beim Eingreifen des Militärs traten die Schönburger Bauern aus Penig teilweise auch auf Altenburger Gebiet über.<sup>290</sup> Doch schien dem Hofrat Brand von der kursächsischen Untersuchungskommission „der Geist der Empörung und seine Aeüßerung“ im Herzogtum Altenburg, „wo man ebenfalls Spuren davon bemerkt hat“, und in der reussischen Grafschaft Gera „in seinen Ursachen und Wirkungen gar sehr von den chursächsischen Unruhen verschieden zu seyn“.<sup>291</sup>

Innenpolitische Einflüsse der französischen Revolution, die in H. A. O. Reichard einen wackeren Gegner der Feder fand,<sup>292</sup> sind für Gotha nicht festzustellen. Die Stellungnahme des Herzogtums zu den außenpolitischen Fragen der Zeit von 1790 bis 1797, die in der französischen Revolution ihre Ursache haben, aufzuzeigen, ist die eigentliche Aufgabe der vorliegenden Studie; ihre Lösung soll in den folgenden Kapiteln versucht werden.

---

289. Pol. Journal 1791 S. 24.

290. H. Schmidt S. 412.

291. Ebenda S. 421 f., vgl. S. 420, wonach Brand zuerst meinte, die „so ziemlich erhaltene Ruhe“ in Altenburg sei „blos in den von Seiten Chursachsens genommenen Maßregeln“ begründet.

292. Bessenrodt, Gothabuch S. 311 f. — Vgl. o. Anm. 83 und 167. — Ueber (H. A. O. Reichards) „Revolutions-Almanach“ (s. u. Anm. 652) verweise ich auf die Ausführungen Dr. O. Bessenrods in RF IV, 7 a. a. O. und im „Pflüger“ Jg. 3, 1926 (herausgegeben von B. Klett) S. 469—471 (H. A. O. Reichards „Revolutions-Almanach“, ein Denkmal deutscher Geistesgeschichte.). — S. a. Ed. Müller, grimmige Feinde des alten gelehrten Gotha, in RF VI, 21.

## 2. Kapitel.

### Die Haltung Sachsen-Gotha-Altenburgs auf dem Regensburger Reichstage bis zu seinem Beitritt zum Reichskriege. 1790—1793.

#### 1. Die elsässische Frage und die Sicherheit des Reiches bis zum Tode Kaiser Leopolds II.<sup>293</sup>

Von den Auswirkungen der August-Beschlüsse der französischen Nationalversammlung<sup>294</sup> war Sachsen-Gotha-Altenburg nicht betroffen worden, denn die sogenannte „elsässische Präension“<sup>295</sup> hatte keinerlei Bedeutung und Wirkung mehr; in den Akten findet sich auch kein Hinweis darauf. Als aber die Beschwerden der im Elsaß und in Lothringen begüterten und berechtigten Reichsstände über jene Beschlüsse von der National-

---

293. Zum ganzen Abschnitt vgl. L. Häusser, deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des Deutschen Bundes, Hendel-Ausgabe 1933, Bd. I S. 260 ff. — Heigel a. a. O. I S. 352 ff. — Schick a. a. O. S. 42 ff. — Kiewning a. a. O. S. 3—6, 23 ff. — Girtanner, hist. Nachrichten a. a. O. (1. und 2. Aufl.) IV S. 291 f. (328 ff.), V S. 92—109 (55 ff.), auch folgende Bände. — Politisches Journal 1790 ff. (s. Register). — Vgl. o. Anm. 33.

294. Die Beschwerden selbst können hier unberücksichtigt bleiben; die Eingaben und Aktenstücke sind abgedr. bei Reuß a. a. O. Bd. XXIV bis XXVI, XXIX, XXX, XXXIII—XXXVII und vereinzelt in den zeitgenössischen Journalen (Literaturverzeichnis II. B. a.). — Wichtiger sind hier drei Aufsätze in C. U. D. Eggers, deutsches Magazin, Hamburg u. a. 1791 ff.: „Authentische Verhandlungen im Churfürsten-Collegio über die Elsasser Angelegenheit...“ in Bd. II S. 477—528, „Verhandlungen im Reichsfürsten-Collegio über die Elsasser Angelegenheit“ in III S. 191—214, anschließend S. 215—230 „Fernere Verhandlungen im Churfürsten-Collegio über die Elsasser Angelegenheit“, vgl. Reuß a. a. O. XXXV und in den Akten die gedr. Protokolle. — Siegmund Frhr. v. Bibra, Journal von und für Deutschland, 7. Jg. Frankfurt a. M. 1790 Bd. II S. 493 ff., 8. Jg. 1791 Bd. I S. 469 bis 492 („Reichstagsverhandlungen über die Angelegenheiten verschiedener Deutschen Reichsstände in Frankreich“). — Ausführlich Hoff a. a. O. I S. 70—113, 123 ff. — Vgl. dazu noch „Ueber die Mitwirkung des deutschen Reiches zu dem französischen Revolutionskriege“ in Neueste Staatsanzeigen (Fortsetzung der Schlözer'schen) Bd. VI, Germanien 1798, (4. Heft) S. 945 ff.

295. S. o. S. 34.

versammlung kurzerhand abgewiesen worden waren, wandten sich die einzelnen Stände des Reiches an den Reichstag zu Regensburg und riefen den Schutz des deutschen Reiches an. In Gotha wurden zwar die von dem Komitialgesandten Philipp v. Gemmingen eingeschickten Berichte mit den umfangreichen Beilagen zunächst zu den Akten gelegt.<sup>296</sup> Der Gesandte meldete unterm 25. März 1790,<sup>297</sup> Mecklenburg-Schwerin habe ihn zur Unterstützung des Gesuchs des Bischofs von Speyer angewiesen, und er sende das Schreiben<sup>298</sup> seiner Bündigkeit halber ein, und bat um gleichmäßige Instruktion von Gotha; er habe übrigens nächstens selbst eine Beschwerde Hessen-Darmstadts anzu-  
bringen.<sup>299</sup>

Der Herzog hatte ebenfalls ein Schreiben des Bischofs mit der Bitte, seine Sache beim Reichstage zu unterstützen, erhalten<sup>300</sup> und forderte Gemmingen auf, die Meinungen anderer Höfe bei ihren Gesandten zu erforschen und darüber zu berichten.<sup>301</sup> Dieser begnügte sich indessen mit der weiteren Einsendung der am Reichstage mitgeteilten Beschwerden und bezog sich endlich am 3. Dezember 1790 auf seine mehrfachen Anträge auf Instruktionserteilung,<sup>302</sup> die er unterm 10. Dezember erhielt:<sup>303</sup> Der Herzog hatte zwar Gemmingens Bericht über die Gesinnungen der mächtigsten Höfe vergebens erwartet, hielt es aber für unbedenklich, wenn er auf Befragen oder, falls „etwas in der Sache in Proposition komme“,<sup>304</sup> antworte, daß Kaiser

---

296. Sämtliche St. G. in Rev-A I bis IV (A. VII. 62—65), ab 1793 im Supplementband zu den Kriegs-A (A. VII.) 99.

297. Rev-A I Bl. 123 f., RG 24.

298. Ebenda Bl. 125, Beilage A zu RG 24. Datiert Schwerin, 12. Februar 1790.

299. Die erste in Rev-A I Bl. 127 ff. (RG 27 vom 9. April 1790), weitere s. Akten und Literatur a. a. O. (Anm. 294, 296), besonders Jaup-Crome, Journal für Staatskunde u. Politik, Frankfurt 1792. — Gemmingen legitimierte sich am 2. Mai 1790 für den neuen Landgrafen, s. Reuß XXX S. 44.

300. Rev-A I Bl. 1 f. (mit gedr. Beilagen), datiert Bruchsal, 20. Januar 1790. Es wurde nicht beantwortet.

301. Ebenda Bl. 126, Reskript vom 29. März 1790.

302. Ebenda Bl. 270, RG 103.

303. Ebenda Bl. 273, Ernst II. an Gemmingen.

304. Ueber dergleichen Fachausdrücke s. Schick a. a. O. S. 20—26. Sie lassen sich nicht gut umschreiben.



und Reich sich der betroffenen Stände auf nachdrücklichste Weise annehmen und ihre Besitzungen vor der französischen Nationalversammlung kräftigst schützen sollten; weiterer Bericht sei erwünscht! Dies scheint Gemmingen vorläufig unmöglich gewesen zu sein, zumal die Dinge am Reichstage erst im folgenden Frühjahr, und auch dann sehr langsam, in Fluß kamen.<sup>305</sup>

Unter dem 4. April 1791 bat Kurmainz den Herzog wie die übrigen Mitglieder des Fürstenbundes um Unterstützung des kommenden kaiserlichen Kommissions-Dekrets, die elsässischen Beschwerden betr.<sup>306</sup> Gotha erkundigte sich sofort beim Ministerium zu Hannover nach der Haltung des Kurfürsten-Königs zu diesem Schreiben.<sup>307</sup> Die Antwort verspätete sich durch die Erwartung des Dekrets bis zum 4. Mai und konnte nur vorläufig sein, da es auch dann noch nicht vorlag: Man müsse nähere Erläuterungen der Beschwerden abwarten und nichts übereilen, sondern die Sache zunächst in lebhafte Bewegung bringen, um seine Aufmerksamkeit zu zeigen und einen ernstlichen Eindruck auf Frankreich zu machen. Ompteda sei bisher nur instruiert, die Bereitwilligkeit Georgs III. zur Deliberation zu erkennen zu geben und Einfordern der Instruktion zu versprechen. Weitere Mitteilung erfolge nach Vorlage des Dekrets. — Daraufhin beschloß man in Gotha seine klare Stellungnahme ebenfalls hinauszuziehen, was in den folgenden Anweisungen für Gemmingen deutlich zum Ausdruck kam.

---

305. Ueber die Hindernisse s. Schick S. 44 f. — Hoff I S. 130 f.

306. Rev-A II Bl. 1 mit hs Beilagen (Mainzer Schreiben vom 29. März 1791 an die Könige von Preußen und Großbritannien sowie den Kurfürsten von Sachsen) 2 ff. — Außer an die Mitglieder des Fürstenbundes hatte sich Mainz auch an andere (interessierte) Stände gewandt (z. B. Speyer). S. Häberlin, Staatsarchiv, Leipzig 1796 ff., Bd. I S. 30 f., Häusser I S. 273 f. — Antworten s. bei A. v. Vivenot, Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs während der französischen Revolutionskriege, 1790 bis 1801, Wien 1873 ff., Bd. I S. 156 ff. — Gothas Antwort und die badische Kommunikation mit Gotha s. u. S. 73.

307. Rev-A II Bl. 9 f., Min-Schreiben vom 9. April 1791. — Die Anwesenheit des brit. Gesandten in Dresden, Eden, in Gotha vom 13.—21. April (s. o. S. 45) ist vielleicht auch zu politischen Gesprächen benutzt worden. — Die Antwort a. a. O. Bl. 56 ff.

Dieser sandte unterm 2. Mai das kaiserliche Kommissionsdekret<sup>308</sup> mit seinen umfangreichen Beilagen ein, welches am 26. April 1791 in Regensburg überreicht worden war und zur Beratung der elsässischen Frage aufforderte.<sup>309</sup> In der Sitzung vom 9. Mai teilte Kurmainz fünf Fragen zum Dekret (Beratungspunkte) mit; der Verlaß zur Beratung wurde auf den 20. Juni genommen.<sup>310</sup> Dazu meinte Herzog Ernst,<sup>311</sup> Ehre und Würde des Reiches verlange zwar, daß es sich seiner Stände von Reichswegen mit allem tunlichen Nachdruck annahme und deren „Reichsfriedenschlußmäßige Gerechtsame und Freyheiten“<sup>312</sup> zu erhalten suchen müsse; um aber eine Instruktion geben zu können, müsse ihm erst bekannt sein, wie sich Kursachsen, Kurbrandenburg und Kurbraunschweig verhielten. Was deren Gesandte Gemmingen vertraulich mitteilten, solle er sofort berichten.

Außer dem Wunsch, die eigene Entscheidung zu verzögern, lag dem Herzog auch daran, in einer Sache, an der er nicht direkt beteiligt oder betroffen war, sich möglichst den Führern des Fürstenbundes anzuschließen, um bei ihnen nicht anzustoßen; vorsichtige Zurückhaltung schien ihm das Rätlichste.

Jener meldete ihm im Wechsel<sup>313</sup> eine Erklärung des kurbraunschweigischen Gesandten, die nicht über das hinaus ging, was das Ministerium Hannover auf die gothaische Anfrage mitgeteilt hatte; dieses sandte aber unterm 20. Mai ein vom Vortag datiertes Promemoria nach Gotha, worin auf elf Seiten umständlich die Fragen des kaiserlichen Hofdekrets behandelt wurden.<sup>314</sup>

---

308. Ebenda Bl. 25 ff., abgedr. Reuß XXXV S. 199—202. — Häusser I S. 272 f. — Pol. Journal 1791 S. 522 f., 556.

309. Rev-A II Bl. 23 f., RG 35.

310. Ebenda Bl. 155, RG 37 mit Anlage A, Bl. 156. — Diese Fragen (Häusser a. a. O.) s. ferner Reuß a. a. O. S. 203 ff., pol. Journal 1791 S. 524, 557, 621; vgl. Schick S. 45 f. — Eggers II S. 478 ff. und III S. 192 f. — Girtanner a. a. O. S. 141 ff.

311. Rev-A II Bl. 158, Ernst II. an Gemmingen, 13. Mai 1791.

312. Das Wort „Besitzungen“ im Entwurf durchgestrichen.

313. A. a. O. Bl. 159 f., RG 39 vom 13. Mai 1791.

314. Ebenda Bl. 161 mit „Pro Memoria“ Bl. 162—167. Dieses bekannte „Pro Memoria“ abgedr. in Häberlins Staatsarchiv I, S. 21—30 und Reuß a. a. O. S. 206—214, vgl. ebenda S. 240 ff. — Eine Widerlegung abgedr. bei

Gemmingen<sup>315</sup> konnte über die Meinung Kursachsens und Kurbraunschweigs nur Vermutungen äußern und kleidete seine eigenen „unmaßgeblichen Gedanken“ in den Entwurf eines Votums: Die beanstandeten französischen Nationalversammlungsschlüsse seien widerrechtlich und reichsschlußwidrig; mithin erwarte man, daß „in Ansehung der Reichsfürsten eine Ausnahme von jenen Nationalschlüssen Reichsfriedenschlußmäßig gemacht werden würde“; der Kaiser möge diese Erklärung des Reiches genehmigen und unter Beifügung der Protokolle an Frankreich senden. — So wünschte der Gesandte, daß Gotha abstimme; von der Androhung verfassungsmäßiger und völkerrechtlicher Maßnahmen sei noch zur Zeit abzusehen; er sei weiter bemüht, die Instruktionen der mächtigsten Höfe auszuforschen; die von Dresden und Berlin seien bald, die von Hannover — die Anweisung ging von London über Hannover an Ompteda — später zu erwarten.

In Gotha wollte man indessen auch weiterhin noch Zeit gewinnen, und da Herzog Ernst seinen Söhnen nach Frankfurt entgegengefahren war,<sup>316</sup> setzte Frankenberg die Richtlinien für ein Schreiben an Gemmingen auf,<sup>317</sup> wonach dieser auch auf seinen Entwurf hin noch nicht mit einer Final-Instruktion rechnen könne, bevor das am 13. Mai erlassene Schreiben nicht genauer befolgt sei. Von vertrauter Seite sei mitgeteilt worden, daß einige Höfe dahin stimmen wollten, daß 1. das Reich schlechterdings auf den Friedensschlüssen und Traktaten beharren und nichts nachgeben dürfe und 2. eine außerordentliche Reichsdeputation secundum paritatem religionis zu beschließen und zur Prüfung der geschehenen Reklamationen, zur Verneh-

---

Eggers III, S. 71—99. — Vgl. Hannovers Abstimmung, Schick S. 46 f. mit Nachweisen.

315. Rev-A II Bl. 168 ff., RG 42 vom 20. Mai 1791.

316. Erbprinz August (natürlich nicht Friedrich, wie es im pol. Journal 1789 S. 1335 heißt) und Prinz Friedrich weilten aus erzieherischen und gesundheitlichen Gründen (Nachweise s. o. Anm. 3 und 4) von 1788 bis 1791 in Genf. — Herzog Ernsts Reise (23. bis 28. Mai 1791) s. Ehwald MGG 1904 S. 39 Anm. 22 und Fourierbuch Friedenstein 1791 II. — Am Tage der Rückkehr war auch der Herzog von Meiningen in Gotha, er reiste am 29. früh wieder ab. Fourierbuch ebenda.

317. Das Reskript ging unterm 27. Mai ab; vor dem Entwurf (Rev-A II Bl. 174) ein Blatt (173) mit diesen Richtlinien.

mung von Vorschlägen und Unterhandlungen, auch zur Erörterung weiterer Maßregeln und Berichterstattung an das Reich zu verordnen sei.<sup>318</sup> Gemmingen sollte höchst vorsichtig erkunden, welchen Eingang diese Vorschläge bei den mächtigeren Höfen und ihren Gesandten fänden, ob schon einige und welche diesfalls einverstanden seien? und ob zu erwarten stehe, daß sich die Mehrheit der Stimmen dahin einigen werde? und wohin besonders der Wiener Hof und Kurmainz sich darüber vernehmen lassen dürften? Man erwartete schleunigen Bericht von dem Erfolg seiner Nachforschungen.<sup>319</sup>

Die Richtlinien sandte Frankenberg an v. Rotberg mit der Bemerkung: „Ich weiß für den Augenblick nichts schicklicheres, um Zeit zu gewinnen, einen sichern Fuß zu haben, und nichts zu übereilen“ und der Bitte um Weitergabe des Schriftstückes an den Assistenzrat v. Hoff.

Mit gleicher Zurückhaltung wurde ein Schweriner Ministerialschreiben vom 25. Mai<sup>320</sup> unterm 3. Juni<sup>321</sup> beantwortet. Dessen Herzog wollte um das Verhalten seiner Mitstände gegenüber einer schriftlichen offiziellen Anzeige der bekannten Deklaration des französischen Ministers des Auswärtigen, Montmorin,<sup>322</sup> wissen. Gotha war eine solche Anzeige nicht zugekommen; man konnte nur empfehlen, es bei einer förmlichen Eingangsbestätigung zu belassen, ohne eine Äußerung über die Sache selbst beizufügen, und riet im übrigen, sich mit dem benachbarten Berliner Ministerium in Verbindung zu setzen.<sup>323</sup> — Spätere Kommunikationen Schwerins mit Gotha sind nicht nachweisbar.<sup>324</sup> —

318. Diese beiden Punkte hatte der Schreiber wörtlich von der vorletzten Seite des hannöverischen Promemoria (s. o. Anm. 314) abzuschreiben. Notiz auf Frankenburgs Richtlinien.

319. Entwurf und Richtlinien a. a. O.

320. A. VII. 61. („Acta die Französische Revolution betr.“) Bl. 16.

321. Ebenda Bl. 17.

322. Ueber ihn (1745—1792) Masson a. a. O. vielfach. — Vgl. Pierre Larousse, grand dictionnaire universel, Paris (1865) Tome XI p. 521 f. — Die angeführte Declaration vom 23. April 1791 s. auch pol. Journal 1791 S. 472 ff., 1049 u. ö. (s. Register), eine anonyme Antwort S. 732—743. — Girtanner a. a. O. V S. 277—285 und VI S. 143.

323. Asch zeigt in seiner Arbeit, wie dieser Rat späterhin befolgt wurde.

324. In den von mir herangezogenen Akten.



Gemmingen meldete unterm 6. Juni 1791,<sup>325</sup> da ihm von „verschiedenen höchsten Orten“ aufgegeben worden sei, die Meinungen der Höfe von Dresden, Berlin und Hannover zu erforschen, habe er bis zum vorigen Donnerstag vergebens auf Kundschaft gelegen, an welchem Tage die Gesandten dieser drei Höfe (Görtz, Hohenthal und Ompteda)<sup>326</sup> bei ihm zu Mittag speisten, wobei Ompteda die Meinung seines Hofes eröffnete;<sup>327</sup> das hannöversische Ministerium sei diesfalls bereits mit den anderen Höfen in Kommunikation getreten, was Gemmingen mit der Instruktion in dieser Sache nächstens zukommen würde. Dieser sprach hierüber mit den beiden Grafen, die anscheinend, besonders Hohenthal, noch weitere Instruktionen erwarteten; beide waren mit dem kurbraunschweigischen Vorschlag, besonders was die Reichsdeputation anging, nicht einverstanden, da man durch Aufstellung einer solchen den Rechten der betroffenen Stände zu nahe trete und ihre Sache als zweifelhaft ansehe! „Es scheint ihnen vielmehr das Projectum Voti, das ich entworfen habe, mehr einzuleuchten“; trotzdem sandte Gemmingen einen neuen Entwurf ein,<sup>328</sup> der sich dem kurbraunschweigischen Wunsche nach einer Deputation näherte und doch die Bedenken der beiden anderen Gesandten berücksichtigte; dazu gab er eine ausführliche gelehrte Erklärung.

Auch der neue Entwurf des Votums fordert, daß die deutschen Fürsten von den fraglichen Nationalversammlungsschlüssen ausgenommen würden, verlangt aber nun Ersatz des bisherigen Schadens durch die „bereits getroffene gewalttätige Einrichtung“, und zwar im vollen Umfange, „wozu man erbötig sei, einen Vergleich einzuleiten“.<sup>329</sup>

Auf Veranlassung Görtz' zeigte Gemmingen unterm 15. Juni<sup>330</sup> an, daß Kurbraunschweig keine Mehrheit erhalten,

325. Rev-A II Bl. 185 f., RG 47.

326. S. o. S. 41.

327. Die man in Gotha bereits kannte (Promemoria, s. o.), denn Gemmingen hörte von Ompteda nur, was jene beiden Punkte enthielten.

328. Rev-A II Bl. 187 f., Anlage A zu RG 47.

329. Wohl durch die Deputation, denn sonst wäre Gemmingens Bemerkung, daß er sich dem kurbraunschweigischen Wunsche etwas nähere, unverständlich.

330. A. a. O. Bl. 202, RG 49. Vgl. Eggers III (Verhandl.) S. 191. — Zu Pfingsten (12./13. Juni) weilte Herzog Karl August in Gotha, um am 13.

sondern überstimmt werde; Görtz hatte ihm auch die am Vortage erhaltene Berliner Instruktion auf Verlangen mitgeteilt;<sup>331</sup> auch Kurmainz näherte sich dieser Meinung oder ginge wohl noch weiter, wie er bei einer kürzlichen Unterredung mit dessen Gesandten gemerkt habe.

Diesen Bericht mit der Berliner Instruktion überbrachte eine Stafette am 17. Juni früh, und nun<sup>332</sup> mußte sich Gotha schnell entscheiden, denn am 20. sollten die Beratungen beginnen! Frankenberg entwarf eiligst ein Votum, welches über v. Rotberg an den Assistenzrat v. Hoff gelangte, der auch dazu passende Antwortschreiben an Kurmainz und Baden — Markgraf Karl Friedrich hatte sich auf das gleiche Mainzer Schreiben hin mit Gotha unterm 7. April des Jahres in Verbindung gesetzt<sup>333</sup> — möglichst bei der nächsten Session des Geheimen Rates vorlegen sollte.

Mainz<sup>334</sup> gegenüber entschuldigte man die verspätete Antwort, versprach, die bedrängten Stände nach allen Kräften zu unterstützen, und legte seine Auffassung der Sache dar, wobei man sich an das letzte Gutachten Gemmingsens hielt; zu einer bestimmten Erklärung sei man bisher völlig außerstande gewesen, der Herzog hoffe aber, daß bei den Beratungen allzu große Meinungsverschiedenheiten vermieden werden könnten und ein ausführbarer Reichsschluß gefaßt werde; die Würde des Reiches dürfe nicht länger beleidigt werden (nämlich durch

---

mit Gemahlin und Sohn nach Eisenach zu reisen. Ob politische Gespräche geführt wurden, ist nicht festzustellen, aber umso wahrscheinlicher, als sich keinerlei Korrespondenz zwischen Gotha und Weimar feststellen läßt. Fourrierbuch Friedenstein 1791 II.

331. Rev-A II Bl. 203 ff., Beilage A zu RG 49. — Vgl. sein Votum (ebenda Bl. 285—287) bei Reuß XXXV S. 226—230, Eggers II (Authent. Verhandlungen) S. 502—505.

332. Die folgenden Einzelheiten aus den Anweisungen Frankenburgs an v. Hoff. Rev-A II Bl. 208.

333. Ebenda Bl. 16 f. — Laut Vermerk a. a. O. sollte die hannöversische Antwort abgewartet werden.

334. Ebenda Bl. 209. Abgedr. bei Vivenot, Quellen, I S. 168 f., wo fälschlich „Fürst Ernst von Sachsen-Weimar“ steht, was auf S. XVIII. in „Herzog von Sachsen-Weimar“ verbessert wurde. Es muß natürlich, auch in den Registern, „Herzog von Sachsen-Gotha“ heißen! Das Schreiben ist datiert „Friedenstein, 18. Juni 1791“ (s. o. S. 29 die Kritik an Vivenot; vgl. Anm. 70).

die französische Nationalversammlung), und er habe nach Erforschung der Meinungen seiner Mitstände seine Komitialgesandtschaft unterm gleichen Datum angewiesen, so zu stimmen, daß er den Beifall Mainz' zu finden hoffe.

Gemmingen wurde der Eingang des letzten Projectum Voti und der Berliner Instruktion bestätigt; danach sei in Gotha gleichfalls ein Aufsatz gefertigt worden, der zur Stimmabgabe beiliege.<sup>335</sup> Gleichzeitig<sup>336</sup> antwortete der Herzog dem Markgrafen von Baden, und sein Ministerium dankte dem hannöverschen für dessen beide Schreiben vom 4. und 20. Mai mit dem Promemoria; diesen Antworten wurde das gothaische Votum beigelegt, wie auch einem herzoglichen Schreiben nach Coburg-Saalfeld; dessen Herzog befahl darauf dem coburgischen Gesandten in Regensburg, wie Sachsen-Gotha zu stimmen und überhaupt in dieser Angelegenheit mit Gemmingen einig vorzugehen.<sup>337</sup> — Inhaltlich ähneln alle diese Schreiben dem an Kurmainz und nehmen auch auf dieses Bezug.

Das umfangreiche Votum, welches die Meinung des Herzogs weitläufig auseinandersetzt, ist ein Meisterstück einer diplomatischen Erklärung am Regensburger Reichstage, wobei man die Bedeutung der in Beratung stehenden Frage, die Tatsache, daß Gotha selbst nicht geschädigt war, und die trotz manchen Schärfen unverkennbare Vorsicht in der Wahl der Ausdrücke berücksichtigen muß. Geflissentlich wird die französische Nationalversammlung nicht erwähnt — den Grund gibt einer der folgenden Berichte Gemmingens an — und die Krone Frankreich als Garant der von Frankreich selbst verletzten Friedensschlüsse angesprochen; und wenn der Sinn des Antrags auch nur ist, daß sich der Kaiser nochmals beim König von Frankreich verwenden möge, so wird als Ziel doch die der Sache angemessene und von der beleidigten Würde von Kaiser und Reich geforderte

---

335. Entwurf Rev-A II Bl. 206 f., gedr. Rfprot. vom 4. Juli 1791 ebenda Bl. 307 f., 311 und abgedr. bei Reuß XXXV S. 259—262, 269.

336. Die Schreiben Ernsts II. an Gemmingen (Rev-A II Bl. 205), Kurmainz (o. Anm. 334), Coburg-Saalfeld (Bl. 211 f.) und Baden (Bl. 213 f.) sind wie das Min-Schreiben nach Hannover (Bl. 215) vom gleichen Tage, 18. Juni 1791, datiert.

337. Ebenda Bl. 273 f., Antwortschreiben vom 28. Juni 1791, ps am 6. Juli.

„vollständige Remedur und Genugtuung“ angegeben, die völkerrechtlich genauer begründet wird und nur in völliger Wiederherstellung und Entschädigung jedes geschmälernten Besitzes und Rechtes gesehen werden kann.

Gemmingen erhielt dieses gothaische Votum am 23. Juni und zeigte es sofort Hohenthal und Görtz „in dem zwischen uns bestehenden vertraulichen Vernehmen“;<sup>338</sup> besonders Görtz fand es sehr schön und der Sache angemessen. Hohenthal war noch nicht instruiert und Oesterreich ebenfalls nicht; weshalb auch die Beratungen ohne bestimmten Termin vertagt wurden. Gemmingen meinte, ob die Kunde<sup>339</sup> von der mißglückten Flucht Ludwigs XVI. die Lage ändere, müsse abgewartet werden: einige Gesandte hielten ein Schreiben an den wahrscheinlich wieder in Arrest gebrachten König für zwecklos; denn ein solches sollte dem Kaiser durch das Reichsgutachten, das zur Beratung stand, empfohlen werden (Antrag Kurbrandenburgs). Dennoch einigte man sich auf einer Konferenz beim kurmainzischen Direktorialgesandten am 2. Juli auf eine Beratung der Elsasser Sache am 4. des gleichen Monats.<sup>340</sup> An diesem Tage legte auch Gemmingen sein Votum für Gotha und Altenburg ab. Die Mehrheit ging mit Magdeburg,<sup>341</sup> Bremen<sup>342</sup> wurde weit überstimmt.<sup>343</sup> Das Protokoll des Fürstenrates wurde nicht, wie sonst üblich, gedruckt, da einige Höfe ihr Votum geheim-

338. Rev-A II Bl. 271, PS I ad RG 55 vom 30. Juni 1791. Vgl. o. S. 41.

339. Vgl. Anlage C zu PS I ad RG 55 (a. a. O. Bl. 272) mit PS II ad RG 55 in A. I. („Reichstags-Sachen Miscellanea“) (\*\*\*. 31. Bl. 1 und dessen gedr. Beilage D (A. I. (\*\*\*. 31. Bl. 2): „Besondere Beylage zu dem LXXXVIII. Stück der Historischen Nachrichten“ (Regensburger priv. Hist. Nachr., s. Standortkatalog a. a. O. Nr. 768, S. 33) — Gemmingen bezeichnet sie im PS II als „die bekannte Kaiserische Zeitung“ — vom 30. Juni 1791, die von der geglückten Flucht Ludwigs XVI. zu berichten weiß. Darüber vgl. Deutsche Zeitung 1791 Sp. 444 (1. Juli) und 449 (8. Juli) u. a. (s. Register), Girtanner VI S. 8 ff., pol. Journal 1791 S. 684 ff.

340. Schick S. 46. — Girtanner a. a. O. VI S. 143 f. — Pol. Journal 1791 S. 782.

341. = Kurbrandenburg. Das Votum s. Rev-A II Bl. 285 ff., abgedr. Reuß XXXV S. 226—230. — Eggers, Bibra s. Anm. 343.

342. = Kurbraunschweig. Das Votum Rev-A II Bl. 293 f., abgedr. Reuß a. a. O. S. 240—242. — Eggers, Bibra s. folg. Anm.

343. Rev-A Bl. 275, RG 56 vom 4. Juli 1791. — Zu den genannten Nachweisen s. noch Reuß XXXVI S. 47—52, Eggers (Authent. Verh.) II S. 477 bis 528, Bibra a. a. O. 1791 I S. 479—489. — Schick S. 46 f. — Das Votum



halten wollten,<sup>344</sup> und kam mit den nächsten Komitialberichten auf den Friedenstein.<sup>345</sup> Wegen einer fehlenden Stimme wurde das Konklusum am 11. Juli auf den 15. vertagt,<sup>346</sup> doch stand es schon fest, daß die Mehrheit für Erlassung eines kaiserlichen Schreibens an den König von Frankreich war, wie Kurbrandenburg/Magdeburg vorgeschlagen hatte.<sup>347</sup>

Inzwischen war aber das Vermutete eingetreten: Die Lage Ludwigs XVI. nach seiner mißglückten Flucht hatte die Haltung des Kaisers geändert.<sup>348</sup> In der Nacht vom 12. auf 13. Juli erhielt der Konkommisсар durch Stafette ein kaiserliches, von Colloredo<sup>349</sup> unterschriebenes Reskript vom 9. Juli, wodurch er angewiesen wurde, die Elsasser Sache für jetzt noch zu sistieren. Er las das Schreiben Gemmingen vor, der sich Notizen machte:<sup>350</sup> Zu dem Schreiben, welches der Kaiser nach dem Wunsche der Mehrheit der Reichsstände an Frankreich richten solle, sei nichts zu bemerken, wenn man bestimmt sagen könne, an wen es gerichtet werden müsse; man werde hoffentlich dem Kaiser nicht zumuten, als erster „den König von Frankreich

---

Vorpommerns (Schweden!) fand Gemmingen „sehr gut patriotisch und der Eigenschaft eines Garants des Westphälischen Friedens gemäß abgefaßt“; mit diesem Votum (abgedr. Reuß XXXV. S. 289—292) wurde der Aufruf abgebrochen. Rev-A II Bl. 322 ff.

344. Pol. Journal 1791 S. 782. — RG 57 (s. folg. Anm.).

345. Rev-A II Bl. 278 f., RG 57 vom 7. Juli 1791. — Protokolle ebenda Bl. 280—291, 293—296, 302—324, Anlagen zu RG 57 bis 59.

346. Wegen Württemberg (s. u.). — Ebenda Bl. 301, RG 59 vom 11. Juli 1791.

347. Ebenda Bl. 325—329, RG 60 vom 14. Juli 1791 mit den Protokollen vom 6. und 11. d. M., Bl. 330—342, 343—352. — Gemmingen setzt in RG 60 weitläufig die Haltung Oesterreichs vor und nach Erhalt neuer Weisung (s. Text und Anm. 350) auseinander.

348. Häusser a. a. O. I S. 296 f. — Heigel a. a. O. I S. 392 f. — Vgl. u. S. 87 f. u. Anm. 400.

349. Schick S. 38.

350. Der österreichische Gesandte hatte den Komitalen in der Woche vorher die Wünsche des Kaisers in der Sache mitgeteilt, auch daß man Bedacht auf die Befestigung des Reichs im Innern und an den Grenzen nehmen sollte. So hatte er auch Gemmingen besucht. Auf die Stafette hin sprach der Konkommisсар (noch Leykam, Schick S. 31) bei ihm vor: die Umstände hätten eine andere Richtung gewiesen. RG 60. — Vgl. dazu und zum folgenden Text Schick S. 47 und Häusser I S. 276. — Abschrift des erwähnten Schreibens Rev-A II. Bl. 362, Anlage A zu RG 62 (danach die Zitate).

exautorisiert vom Thron anzusehen und des Endes bei einer etwa aufzustellenden Thronverwaltung ein Kaiserliches Reichschreiben übergeben zu lassen“. Dies solle den Gesandten gesagt werden, „unter der Hand, in hergebrachtem Vertrauen“, zur Erwägung, ob ein solches Schreiben an Frankreich im Augenblick tunlich sei, „ohne die wirklich unternommene Veränderung anzuerkennen oder dort anzustoßen“. — Gemmingen und der Konkominissar waren sich einig, daß es beim Beschlusse bleiben sollte, daß zur Zeit aber kein Reichsgutachten darauf gegründet werden dürfte; man müsse die neuen Beschwerden erwägen und auf die Sicherheit des Reiches im Innern und an den Grenzen bedacht sein. Auch meinte Gemmingen, könne der Punkt der Sicherheit nicht länger vernachlässigt werden, besonders nötig sei die Ziehung eines Kordons von Basel bis Luxemburg,<sup>351</sup> um dem Eindringen der vielen brotlosen Leute, deren Zahl dauernd in Frankreich wachsen müsse, vorzubeugen; der Kordon könne sehr nützlich werden, wenn sich einmal eine Frucht- oder Einfuhrsperre gegen Frankreich als notwendig erweise. Ein solcher Kordon sei ohne nachteilige Folgen schon vor 3 Jahren gezogen worden.<sup>352</sup>

Auf diesen umständlichen Bericht erhielt Gemmingen die Weisung,<sup>353</sup> wegen der sehr wichtigen „Bedachtnahme auf des deutschen Reiches Sicherheit sowohl im Innern als auf den Grenzen“ sich mit den Gesandten der drei Kurhöfe Dresden, Berlin und Hannover über die dortigen Gesinnungen darüber vertraulich zu vernehmen (vor der Berichterstattung war dies Gemmingen nicht möglich gewesen) und Bericht zu erstatten; im übrigen wurde seine Haltung gebilligt.

Zu seinem letzten Berichte teilte der Gesandte am 15. Juli mit, man sei in Regensburg der Meinung, daß durch die Lage des Königs von Frankreich „die Aufnahme des Conclusi selbst nach den Majoribus nicht sistiert“, daß aber das Reichsgut-

---

351. Ein Lieblingsgedanke Gemmingens (vgl. o. S. 61), der nicht von ihm selbst stammte. S. pol. Journal 1789 S. 1365 und Schick S. 46 mit Anm. 18. Vgl. u. S. 79.

352. RG 60 a. d. O.

353. Rev-A II Bl. 353 f., Ernst II. an Gemmingen, 18. Juli 1791.

achten ausgesetzt werden könnte, das schon aus technischen Gründen hätte vertagt werden müssen.<sup>354</sup>

Gemmingen konnte dann die Berichte des Grafen Görtz an Weimar und Baden<sup>355</sup> einsehen, in denen er ein ausgiebiges Reichsgutachten forderte, da die Umstände immer dringender würden; im Kurfürstenrate wolle eine Mehrheit (Kurböhmen und die rheinischen Kurfürsten) den vorderen Reichskreisen den „Sekuritätspunkt“ zur Sicherheit der Reichsgrenzen empfehlen; diese werde allgemein beherzigt. Die Berichte an die Haupt-(Kur-)Höfe, die Gemmingen nicht mitgeteilt wurden, brächten nur allgemeine Sätze, drängten wie die der anderen Gesandten auf die Ziehung eines Kordons und auf Rüstung der „assozierten vorderen Reichskreise“; das Weitere, sagte der Konkommissar zu Gemmingen, ergebe sich dann von selbst.<sup>356</sup>

Weiter hatte der Gesandte unter der Hand gehört, man werde sofort auf das Triplum der Reichskontingente antragen, besonders Preußen sei dafür, und Oesterreich wolle 28—30 000 Mann geben; mehrere Höfe schienen über diese Fragen zu korrespondieren, und ob nicht Herzog Ernst durch sein Ministerium sich mit dem Berliner in Verbindung setzen wolle? Kurbraunschweig beharre nämlich weiter auf einer Deputation trotz der Ablehnung durch die Mehrheit. — Er war wie Hohenthal gegen ein Verbot der demokratischen Schriften,<sup>357</sup> da ein solches landesherrliche Rechte verletzen würde. — Ein Konklusum in der elsässischen Sache war noch nicht zustandegekommen; der wahre Grund sei doch wohl die Untunlichkeit eines Schreibens an den König von Frankreich.<sup>358</sup>

Was die Aussetzung des Gutachtens anging, wurde Gemmingen angewiesen, der Mehrheit beizutreten; eine Instruktion in der Sicherheitsfrage werde folgen. Wenn über ein Verbot demokratischer Schriften weiter beratschlagt würde, so sollte er sich nicht daran beteiligen und gänzlichen Mangel einer In-

---

354. Ebenda Bl. 355 f., RG 61. Die Tabelle der verschiedenen Meinungen war noch nicht fertiggestellt, nach der die Mehrheit ermittelt wurde.

355. S. o. S. 41 und Anm. 130.

356. Rev-A II Bl. 357—361, RG 62 vom 18. Juli 1791.

357. Die andere Begründung s. o. S. 61 angeführt.

358. RG 62 a. a. O.

struktion vorschützen; er sollte über die Instruktionen mächtiger Höfe berichten.<sup>359</sup> Gleichzeitig teilte das gothaische Ministerium<sup>360</sup> dem weimarischen mit, von Regensburg sei gemeldet worden, daß eine Mehrheit des Kurfürstenkollegiums den vorde-  
ren Reichskreisen den Sekuritätspunkt durch den Kaiser an-  
empfehlen wolle; auf Befehl Herzog Ernsts erbitte es in dieser  
wichtigen Angelegenheit, in Abwesenheit Herzog Karl Augusts,  
die Meinung und Entschließung der Weimarer Kollegen.<sup>361</sup>

Gemmingen konnte inzwischen die Protokolle des Kur-  
fürstenrates<sup>362</sup> einsenden und berichtete am 22. Juli,<sup>363</sup> daß die  
Gesandten Oesterreichs, Kurpfalz', Mainz', Kölns (auch als Hoch-  
und Deutschmeister) angewiesen seien, die kreisausschreibenden  
Fürsten aufzufordern, den inneren Ruhestand des Reiches zu be-  
sorgen und Anstalten dazu zu treffen; von einem Kordon, wor-  
auf er (Gemmingen) angetragen habe,<sup>364</sup> sei jedoch noch nicht  
die Rede, obwohl Oesterreich und Pfalz auf Sicherung der Ruhe  
an den Grenzen angetragen hätten.<sup>365</sup> Im nächsten Bericht mel-  
det der Gesandte,<sup>366</sup> sein österreichischer Kollege habe ihm einen  
Entwurf des Fürstenrats-Konklusums vorgelesen; ein württem-  
bergisches Schreiben<sup>367</sup> ginge schon auf die Zurückhaltung des  
Schreibens an den König von Frankreich ein und wolle dies  
dem Kaiser überlassen (das Votum wurde am 29. Juli zu Proto-  
koll gegeben).<sup>368</sup>

Weiter meldet Gemmingen stolz: „Nach einem mir vorge-  
zeigten Berliner Rescript haben die in der Elsasser Sache ab-

---

359. Rev-A II Bl. 363 f. Ernst II. an Gemmingen, 22. Juli 1791.

360. D. h. das Geheimratskollegium (Originale: Herzogl. . . Geheime Räte); die Entwürfe sind unterschrieben: Ministerium (statt sonst: Ernst oder Ernst HzS [Herzog zu Sachsen]).

361. A. a. O. Bl. 365; ebenfalls vom 22. Juli 1791.

362. A. a. O. Bl. 367—371, Anlagen A bis C zu RG 63 vom 21. Juli 1791.  
— Vgl. o. Anm. 341—343, gedr. Nachweise.

363. Rev-A II Bl. 381, RG 64.

364. Nämlich beim Herzog für seine Instruktion, o. S. 77.

365. Vorher Kurmainz, Nachweis (Schick) s. o. Anm. 351.

366. Rev-A II Bl. 382, RG 65 vom 25. Juli 1791.

367. Abschrift ebenda Bl. 383, Beilage A zu RG 65 (vgl. Beilage B, eben-  
da Bl. 384: „Zusatz zum Votum“) datiert Hohenheim, 23. Juli 1791.

368. Ebenda Bl. 387—390 (vgl. Rev-A III Bl. 9 f.), abgedruckt bei Reuß  
XXXVI S. 17—22 (32 ff.)



gelegten Chursächsischen, Sachsen-Gothaischen und Vorpommerischen Vota zu Berlin am meisten Beyfall gefunden“.<sup>369</sup>

Am 6. August, kurz vor der Abfassung des Reichsgutachtens, gab der Gesandte für Gotha und Altenburg eine Ergänzung zu seinem Votum ab,<sup>370</sup> dem dann auch Coburg beitrug, worin man sich bezüglich des Schreibens an Frankreich und in der Ablehnung einer Prüfung der Beschwerden einiger Reichsstände über die Eingriffe der französischen Nationalversammlung in ihre iura quaesita, weil unnötig, der Mehrheit anschloß. — Soweit befolgte er die letzte Weisung des Herzogs.

Der Schlußsatz aber: „also werden hingegen seine herzogliche Durchlaucht in Ansehung des Punkts der — wegen Erhaltung und Befestigung der inneren und äußeren Sicherheit des deutschen Reiches, dessen Rechte und des Bestandes des konstitutionsmäßigen Verbands zu ergreifenden kräftigen und zweckdienlichen Maßregeln sich nach Ihrer bekannten und bewährten patriotischen Denkungsart, nach dem in dieser Sache abgelegten Haupt-Voto, und nach einem neuerlichen Reskript vom 22. verfloßenen Monats, von den dahin gehenden Reichsmittständen keineswegs zu trennen“ wurde vom Herzog nicht gebilligt, da gerade in diesem Sicherheitspunkt eine Instruktion noch folgen sollte! Er schrieb unterm 15. August an Gemmingen, er wundere sich, wie der Gesandte sich so ganz gemessen habe äußern können, da das — in der Ergänzung zum Votum von Gemmingen genannte — Reskript vom 22. Juli ihn ausdrücklich angewiesen hätte, darüber die Instruktionen mächtiger Höfe, nötigenfalls sogar durch Stafette,<sup>371</sup> einzuschicken; dies sei umso mehr erwartet worden, als man wegen der Wichtigkeit der Sache mit verschiedenen Höfen in Verbindung getreten sei (s. u.); „bei künftigen dergleichen Vorfällen“ solle er nicht weiter auf solche Weise vorgehen, sondern den Anweisungen genauer Folge leisten und die endliche Entschließung des Her-

---

369. Rev-A II Bl. 385, RG 66 vom 29. Juli 1791. — Auf dieses Lob kam Gemmingen auch in späteren Berichten gerne zurück, vgl. o. Anm. 271.

370. Rev-A III (A. VII. 64) Bl. 14 f. (gedr. Rfprot.), abgedruckt Reuß XXXVI S. 37 f. und Eggers (Verhandlungen) III S. 203 f.

371. Was der Kosten wegen nur in den allerwichtigsten und eiligsten Fällen geschehen sollte.

zogs abwarten. Sein Urlaub auf einige Wochen wurde unter der von Gemmingen selbst genannten Bedingung<sup>372</sup> gebilligt.

Gemmingen hatte unzweifelhaft mit seiner Äußerung zur Sicherheitsfrage seine Instruktion überschritten,<sup>373</sup> ob aus Mißverständnis oder mit Absicht, klärt er selbst nicht auf, da er eine Entschuldigung nicht nötig fand. Er hatte aber selbst dem Herzog vorgeschlagen, in dieser Sache mit Berlin zu konferieren, und wenn man ihm eine diesbezügliche Entschliebung auch nicht mitteilte, so mußte er mit solchen Kommunikationen rechnen, zumal er von Gotha von derartigen Verhandlungen nur dann Nachricht erhielt, wenn dort angenommen oder gewünscht wurde, daß Gemmingen davon auch durch den Gesandten des Verhandlungspartners eingeweiht wurde.<sup>374</sup>

Indessen trat Gemmingen diesen Urlaub nicht an, da keine ordentlichen Ferien waren und immerhin Wichtiges vorkommen konnte.<sup>375</sup> Seine Augustberichte<sup>376</sup> enthalten außer weiteren Beschwerden der Reichsstände nur die noch ausstehenden Protokolle, Konklusa und das Reichsgutachten vom 6. August.<sup>377</sup> Seine Ratifikation ließ lange auf sich warten.<sup>378</sup>

Da Gotha am Reichstage seine Schuldigkeit mit der Ablegung seiner Stimmen getan hatte und sich mit dem Sicherheits-

---

372. Er bat in RG 70 vom 11. August 1791 (Rev-A III Bl. 12 f., mit dem o. erwähnten Protokoll) um Urlaub: er Sorge dafür, daß er jederzeit von Wichtigem benachrichtigt werden könne. — Reskript Ernsts II. a. a. O. Bl. 29.

373. Vgl. dagegen die vorsichtige Äußerung Kursachsens (Rev-A II Bl. 370 f., abgedr.) bei Eggers (Fernere Verh.) III S. 219.

374. Auch ein Zeichen, wie problematisch sein Einfluß auf die äußere Politik Gothas war. Vgl. o. S. 61.

375. Rev-A III Bl. 153, RG 86 vom 13. Oktober 1791.

376. Rev-A II Bl. 386 ff., RG 67 vom 1. August 1791 und Rev-A III Bl. 1 bis 26, 30—60, 65—87, RG 68 bis 72 und 74 mit Beilagen. — Andere, gleichzeitige Angelegenheiten vgl. Schick S. 48 Anm. 27. Dazu vgl. auch die zeitgenössischen Journale.

377. Rev-A III Bl. 66—69, Beilage A (hs) zu RG 72 vom 18. August 1791 und ebenda Bl. 89—92, (gedr.) Anlage A zu RG 75 vom 29. Juli 1791; abgedr. Reuß XXXVI S. 64—71. — Pol. Journal 1791 S. 870, 897, 920. — Girtanner a. a. O. VI S. 144 f. — Neueste Staatsanzeigen a. a. O. VI S. 951. — S. auch u. Anm. 379.

378. S. u. S. 87.

problem außerhalb des Reichstags befaßte, brauchen wir auf jene Dokumente hoher Reichspolitik und ihre unmittelbaren Folgen hier nicht näher einzugehen.<sup>379</sup>

Die Stellungnahme Gemmingsens zu dieser Sicherheitsfrage auf dem Reichstage war dem Herzog — Frankenberg war vom 12. Juli bis 20. August von Gotha abwesend zur Kur in Karlsbad<sup>380</sup> — höchst unangenehm. Als er nämlich am 5. August bei der Rückkehr von einer Reise nach Frankfurt<sup>381</sup> noch keine Antwort auf das nach Weimar erlassene Ministerialschreiben vom 22. Juli vorfand,<sup>382</sup> ließ er ein gleiches nach Hannover abgehen, worin der höchst nachteilige Einfluß des fraglichen Antrages einiger Kurfürsten auf den allgemeinen Frieden und die Ruhe des deutschen Reiches noch stärker betont wurde; der Herzog, der bei so wichtigen Fragen sich gerne an die Meinung des Königs von Großbritannien halte, sei in großer Sorge und lasse um schnelle Nachricht von den Beschlüssen Sr. Majestät bitten, um bei einer wirklichen Beratung am Reichstage auch seinerseits zur Erhaltung und Befestigung der allgemeinen Wohlfahrt durch seine Stimmen beitragen zu können. Hannover, schon mit dem gothaischen Votum vom 11. Juli unzufrieden und durch den Widerspruch des Ministerialschreibens mit Gemmingsens Zusatz, der einen Tag später abgegeben und natürlich als von Gotha befohlen angesehen wurde, mißgestimmt, antwortete nur kurz:<sup>383</sup> da Gotha in Regensburg anders als Bremen gestimmt habe, so habe man angenommen, daß dort auch die Sicherheitsfrage von anderem Standpunkte aus betrachtet und

---

379. Darüber Schick S. 47, Häusser I S. 276 f. und Heigel I S. 148, der dort einen Leitartikel der gothaischen Zeitung zitiert, nach Schlözer, vgl. o. S. 25 (und Anm. 18). — Weitere Aktenstücke s. Reuß a. a. O.

380. Fourierbuch 1791 III. — Am 12. Juli war der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt mit zwei Söhnen zur Tafelzeit in Gotha. Ebenda.

381. Ebenda. Der Herzog war vom 29. Juli bis 4. August abwesend. Vgl. o. S. 36. Vorher war Herzog Georg von Meiningen am 26.—28. Juli in Gotha gewesen; vom 9.—16. August weilte Herzog Ernst mit den Prinzen in Meiningen. Ebenda. — Ob diese Besuche auch politischen Charakter trugen, ist aktenmäßig nicht nachweisbar.

382. Rev-A II Bl. 391 f., datiert vom 5. August 1791.

383. Unterm 11. August; Rev-A III Bl. 27 f.

die Meinung Sr. Majestät dabei von keiner Anwendung sein werde; durch die vorausgesehene Uneinigkeit sei die Angelegenheit so verwirrt worden, daß der Ausgang und die Folgen für das deutsche Reich sich nicht beurteilen ließen; ob über die Sicherheitsvorkehrungen und Armaturanstalten, die beiläufig unerwarteter Weise getroffen werden wollten, etwas ordnungsgemäß beim Reichstage zur Beratung vorliege, wisse man nicht; da aber der König ohnehin keine Notwendigkeit dafür sehe, sei der Gesandte angewiesen, keinen Anteil daran zu nehmen.

Die unmittelbare Folge dieses Schreibens war der bereits erwähnte Verweis für Gemmingen. Nach Frankenbergs Rückkehr entschuldigte sich Gotha in Hannover durch ein Ministerialschreiben vom 22. August.<sup>384</sup> Der Herzog habe keineswegs gemeint, sich von der Abstimmung des Königs zu trennen, man habe des großen Widerstandes gegen eine Reichsdeputation halber diese im Votum lediglich übergangen; in der Sicherheitsfrage herrsche völlige Uebereinstimmung, und es sei dem Herzog sehr aufgefallen, daß sein Gesandter ohne nähere Instruktion und auch ohne die ihm aufgebene Vernehmung mit dem kurbraunschweigischen Gesandten zu beobachten — wie sich aus den beigelegten Abschriften der an ihn ergangenen Reskripte vom 18. und 22. Juli<sup>385</sup> ergebe — ganz willkürlich und der Absicht zuwider einen Zusatz zu Protokoll gegeben habe, was ihm sofort nach seinem Bericht sehr ernstlich verwiesen sei. Diese vertrauliche Mitteilung des Sachverhalts sei umsomehr nötig, als der Gesandte sich im Votum ausdrücklich auf das Reskript vom 22. Juli berufen habe, „da gleichwohl davon in gedachtem Reskript nicht mit einem Worte gedacht ist, wie Ew. Exz. sich selbst überzeugen können, Uns<sup>386</sup> aber dadurch von dem Verdachte, als ob wir mit Ihnen über eine Angelegenheit in Kommunikation zu treten vermögend wären, worüber bereits verschiedene Tage vorher die hiesige Komital-Gesandtschaft mit positiver Instruktion versehen worden, freisprechen werden“.

---

384. Ebenda Bl. 63 f.

385. S. o. S. 77 und 78 und (Entwürfe) Anm. 353 und 359.

386. Das Gothaer Geheimratskollegium (Absender). — Zitate aus dem Entwurf (o. Anm. 384).



Für diese Aufklärung dankte Hannover unterm 31. August<sup>387</sup> und meinte, der König beurteile die Angelegenheit des Deutschen Reichs bloß nach dem, was dessen Konstitution, Wohlfahrt und Interesse erfordere, unabhängig von allen Nebenrücksichten und selbst von seinen eigenen besonderen Verhältnissen; da er Anspruch auf das Vertrauen seiner Mitstände habe, so habe es dem Ministerium um so mehr leid getan, „dessen Mangel in dem Betragen der Deroseitigen Komitialgesandtschaft in manchen Fällen wahrzunehmen“. Zwischen Gotha und Hannover war also trotz der Entschuldigung durch Gemmingens Fehler eine Entfremdung eingetreten; unmittelbare Folgen scheint sie nicht gehabt zu haben, weder Ompteda noch Gemmingen haben von dieser Ministerial-Korrespondenz erfahren.<sup>388</sup>

Noch bevor Gotha sich Hannover gegenüber entschuldigte, war die langerwartete Antwort des weimarischen Kollegiums vom 17. August eingetroffen, die sich durch Abwarten der Rückkehr Karl Augusts herausgezogen hatte. Karl August sah in der Elsasser Sache immer noch mehrere Wege, wie die Fürsten durch gütliche Unterhandlung zu ihrer Entschädigung kommen könnten, außer den bisher ergangenen Vorstellungen; es sei voreilig, „das ganze teutsche Reich in einen Krieg mit Frankreich, der jedem Reichsfürsten lästig sein müßte, zu verwickeln“. Er werde niemals seine Stimme zur Aufstellung des Reichskontingents ablegen und so seine Gesandtschaft in Regensburg in-

---

387. Rev-A III Bl. 93 f., ps 4. September 1791. Vgl. dazu meine kurze Charakteristik der Haltung Ernsts II. o. S. 48 mit Anm. 172.

388. Hier sei vorweggenommen, daß Ompteda Ende November 1791 Gemmingen erklärte, Hannover betrachte die Anrufung Rußlands als Garanten des Westfälischen Friedens (Reuß XXXVI S. 193 ff.) durch Kurtrier (wegen der französischen Uebergriffe im Elsaß) als der Wahlkapitulation Art. 27 § 3 zuwider. Rev-A III Bl. 249 ff., RG 101 vom 28. November 1791 (mit einer merkwürdigen gedr. Beilage „Mainstrom, den 24. November“ mit Nachrichten über die gelungene Flucht Ludwigs XVI. mit dem Dauphin und der Königin, vgl. o. Anm. 339). Das Schreiben des Kurfürsten an die Kaiserin vom 12. September und die Antwort, Petersburg 4. Oktober 1791, sind abgedruckt bei Eggers III S. 336—344. — Zu Schick S. 47 Anm. 26 ist zu ergänzen, daß Trier auch Schweden in gleicher Eigenschaft wie Rußland anrief, wie Gemmingen unterm 1. Dezember 1791 meldet. Rev-A III Bl. 252 f., RG 102 mit Min-Schreiben Coblenz, 22. November 1791, an den Trierer Komitialgesandten in Regensburg, in Abschrift. — Die Wahlkapitulation Leopolds II. ist abgedr. im pol. Journal 1791 (s. Register).

struieren; er müßte sich aber äußersten Falles gefallen lassen, was gemäß eines Mehrheitsbeschlusses ein Reichsgutachten den Reichsständen auferlegen würde. Zur Sicherheit der vorderen Reichskreise und bezüglich der Vorschläge in Ansehung der demokratischen Grundsätze würde er jedem Beschluß willig beitreten. — Die Geheimen Räte überließen den Gothaer Kollegen, ob sie die Meinung Herzog Ernsts darüber mitteilen wollten.<sup>389</sup> Eine Rückäußerung Gothas ist indessen nicht vorhanden.<sup>390</sup> —

In Frankreich wurde Ludwig XVI. wieder als König eingesetzt, nachdem er am 14. Sept. den Eid auf die Verfassung geleistet hatte. Er teilte die Annahme der Konstitution allen auswärtigen Mächten mit;<sup>391</sup> ein solches Notifikationsschreiben, datiert Paris 19. September 1791, erhielt der Herzog von Gotha durch den französischen Gesandten in Dresden, Montesquiou,<sup>392</sup> mit einem Schreiben des Gesandten an Frankenberg, datiert Dresden 3. Oktober 1791, und einem Exemplar der Konstitutionsakten vorgelegt.<sup>393</sup> Frankenberg versicherte in seiner Antwort, dem Herzog die Akte gezeigt zu haben, und übersandte ein (von Frankenberg aufgesetztes) Antwortschreiben des Herzogs an den Allerchristlichsten König; beide Schreiben sind da-

389. Rev-A III Bl. 61 f., ps 20. August 1791. Uebereinstimmend die Haltung Karl Augusts während des Reichskriegs, vgl. Andreas, Rede S. 16 ff., Kämpfe S. 21 ff. — H. Virck, Karl August und die deutsche Politik. Programm Weimar 1915. Programm-Nr. 990, 1915. — Ulrich Crämer s. o. S. 27.

390. In Gothaer Akten nicht nachweisbar.

391. Zu diesem Absatz vgl. besonders Girtanner a. a. O. VII S. 68—114 und pol. Journal 1791 mehrfach (s. Register). — Im Folgenden ist zugrundegelegt St. G. C. („Auswärtige Potenzen-Angelegenheiten“) III. 18. „Act des Königs von Frankreich Majt. Notification der von ihm angenommenen Constitution betr. 1791.“

392. S. o. S. 38.

393. C III. 18. Bl. 1—3 und 5—40. — Bl. 1: Montesquiou an Frankenberg, mit 2: Copie de la lettre de Sa Majesté. — Bl. 3 ist der Original-Brief: Au Duc de Saxe-Gotha. (Gez.) Louis (und tieferstehend) Montmorin. (Vgl. Anm. 322). Der Umschlag trägt die Aufschrift: A Mon Cousin le Duc de Saxe Gotha Prince du St. Empire. Der wörtlich gleichlautende Brief Ludwigs XVI. an den Kurfürsten von Mainz ist abgedr. bei Vivenot, Quellen I S. 258. Vgl. auch u. Anm. 398. — Bl. 5—40: (gedr.) La Constitution Française, Présentée au Roi par l'Assemblée Nationale le 3 Septembre 1791. A Paris (Baudouin) 1791.

tiert vom 5. Oktober 1791.<sup>394</sup> — Gotha war einer der ersten Höfe, die auf die Notifikation antworteten; das Schreiben an den König wurde laut „Wiener Zeitung“ vom 3. Dezember 1791 mit anderen in der Sitzung der Assemblée législative vom 16. November verlesen;<sup>395</sup> es ist lediglich eine mit diplomatischen Höflichkeiten ausgeschmückte Bestätigung des kgl. Briefes und erwähnt die Konstitution selbst nicht; man wollte dazu in Gotha keine Stellung nehmen, schien aber über die Lage des Königs nun beruhigt zu sein.

Jene Zeitung sandte der gothaische Gesandte in Wien, Wilhelm Heinrich v. d. Lith,<sup>396</sup> mit seinem Bericht vom gleichen Tage<sup>397</sup> ein; da diese Antwort des Herzogs „alle Souveräne gleich gehen macht“, und er (Lith) als sein Minister am Wiener Hofe „auch hierüber besprochen werde“, so bat er geziemend um eine Abschrift des kgl. Schreibens wie der darauf erlassenen Antwort.<sup>398</sup> Sein Wunsch ist indessen wohl nicht erfüllt worden, zumal man sicher war, daß die gothaische Antwort keine besondere Bedeutung besaß (wie Lith angenommen zu haben scheint); es ist in der Sache gar nichts weiter erfolgt, jedenfalls schweigt sich das Aktenstück darüber aus.

---

394. C III. 18. Bl. 4: Beide franz. Entwürfe auf diesem Blatt. — Die Antwort des Herzogs (à Sa Mté Très Chrétienne), gez. E., ist in guter Uebersetzung abgedruckt bei Girtanner VII S. 113. — Frankenberg adressiert: à M. de Montesquiou, Min. Plenip. de S. M. tr. Chr. à la Cour Elect. de Saxe, A. Dresde und zeichnet, wie immer: Fbg.

395. S. auch Masson a. a. O. p. 125 u. allgemein p. 114 suiv. den Bericht Montmorins vom 31. September 1791: „les petites Etats répondaient par quelques phrases de politesse“ (p. 115.). — Larousse a. a. O. XI p. 522.

396. S. o. S. 36 f.

397. C III. 18. Bl. 41—43, RL 78 mit Beilage.

398. Eine Korrespondenz über eine gleichmäßige Antwort (was Girtanner a. a. O. vermutet) ist für Gotha aktenmäßig nicht nachweisbar und auch zeitlich nicht möglich; sie könnte jedoch mit dem Coadjutor Dalberg (s. o. S. 43), der laut Fourierbuch Friedenstein 1791 IV vom 5. bis 6. Oktober in Gotha weilte, besprochen worden sein. — Die andersartige Mainzer Antwort wurde von Montmorin uneröffnet zurückgeschickt (da er ja durch die übliche Abschrift ihren Inhalt erfuhr), vgl. Wiener Zeitung a. a. O.; sie ist abgedruckt bei Vivenot a. a. O. S. 264. — Der Landgraf von Hessen-Kassel scheint auf ein Schreiben Ludwigs XVI., ebenfalls vom 19. September 1791, garnicht geantwortet zu haben. F. G. L. Strippelmann, Beiträge zur Geschichte Hessen-Cassels. Hessen. — Frankreich. Jahr 1791 bis 1814. Heft I, Marburg 1877, S. 28 f. — Bei Girtanner und Vivenot finden sich auch andere Schreiben.

Es mag noch erwähnt werden, daß am 16. Oktober 1791 im kurfürstlichen Kollegium nochmals Verhandlungen zur Elsasser Frage stattfanden, wobei die Notifikation Ludwigs XVI. an alle Höfe eine große Rolle spielte.<sup>399</sup> Pfalz, Sachsen und Brandenburg glaubten, daß der König wieder freie Gewalt erhalten habe, und der Kaiser sich jetzt wieder bei ihm in der Elsasser Sache verwenden könne. Aus mancherlei Gründen<sup>400</sup> ratifizierte jener das Reichsgutachten vom 6. August erst durch das Dekret vom 10. Dezember<sup>401</sup> des Jahres.

Die Besonnenheit Leopolds II.,<sup>402</sup> seine Ostpolitik und Zurückhaltung und Mäßigung Frankreich gegenüber hatte bisher den Krieg im Westen vermieden, obwohl eine friedliche Lösung der Elsasser Frage durch die Haltung der französischen Legislative Ende Februar 1792 unmöglich gemacht wurde, der Emigrantenkonflikt die Spannung verschärft und das Defensivbündnis Oesterreichs und Preußens vom 7. Februar 1792 bereits mit dieser Möglichkeit eines Krieges gegen Frankreich gerechnet hatte.<sup>403</sup> Seit Anfang Januar dieses Jahres<sup>404</sup> hatte der gothaische Gesandte in Wien, v. d. Lith, auf die „kriegerischen Aspekten“ hingewiesen:

„Die Bramarbasaden der Neufranken und die verdächtigen Benehmungen der Osmannen“ schienen den Befehl an verschiedene Regimenter, sich marschfertig zu halten, bewirkt zu haben; wohin sie bestimmt seien, ließe sich vermuten und sei die Auswirkung der Verträge von Reichenbach (1790) und Pill-

---

399. S. Eggers (fernere Verh.) III S. 221—230 (besonders Sachsen S. 228).

400. Ausführlich A. Schultze, Kaiser Leopold II. und die französische Revolution, Diss. phil. Göttingen 1899, S. 62.

401. Rev-A III Bl. 302—308, Beilage A zu RG 106 vom 15. Dezember 1791, abgedr. Reuß XXVI S. 72—85. — Eggers III S. 329—335. — Pol. Journal 1791 S. 1372—1375. — Jaup-Crome, Journal a. a. O. S. 609—636. — Girtanner VIII S. 25—27. — Hoff I S. 132 f. — Vgl. o. Anm. 379.

402. Zu den folgenden Bemerkungen über Leopold II., die sich an die Berichte v. d. Liths in Kriegs-A (A. VII. 76, Vol.) I halten, vgl. Häusser I S. 245 ff., 300 f., 307 ff.; Heigel I S. 239 ff., 361 ff., 405 ff., 458 ff., 507 ff.; Schick S. 48 f. und die angeführte Diss. von A. Schultze. — Dazu die zeitgenössischen Journale, besonders Deutsche Zeitung 1792 S. 171 f. u. a., 416—426, 431—440. — Hoff I S. 133 f. — Chr. Girtanner, politische Annalen, Berlin 1793—1794, Bd. I S. 11 ff. — Vgl. auch u. S. 94.

403. Schick S. 48. Vgl. Deutsche Zeitung 1791 S. 691 f.

404. Kriegs-A I Bl. 8 f., RL 1 vom 4. Januar 1792.



nitz (August 1792). Zu Neujahr sei der Kaiser nicht so frisch wie vor zwei Jahren gewesen; seine Politik und tiefe gründliche Staats- und Regierungskunst erscheine nach und nach in immer größerem Glanze. „Dies zeigt sein Benehmen zwischen Preußen-Rußland und der Pforte, und noch mehr sein Betragen gegen das anarchische Frankreich. Jede seiner diesfallsigen Erklärungen — selbst die letzte, woran sich mancher ihn übelverstehende deutsche Patriot gestoßen haben mag, war ein Meisterstück; denn sie ließen noch immer den Weg der Gewalt, so wie den der Güte offen. Da nun Letztere gegen jene Freiheits-Schwärmer nichts mehr nützt, so zeigt Er (Leopold) allmählich jene Seite“.<sup>405</sup>

V. d. Lith, der für die französische Revolution kein Verständnis hatte und Leopold sehr verehrte (die Lage von „Louis le prisonnier“ ist ihm ziemlich klar, ohne daß er Mitleid mit ihm zeigt, aber er nimmt den „freiheits-fanatichen Kronen-Schändern“ sehr übel, daß sie sich, wie man behauptete, gegen den weisen Leopold die „allerausgelassensten und niederträchtigsten Ausdrücke“ erlaubt haben), hielt das Gerücht von einer Allianz Frankreich-England gegen die österreichisch-preußische wahrscheinlich nur für „das Lieblingsphantom hirnloser Clubs“.<sup>406</sup> Man sage, der Kaiser werde sich nur defensiv gegen die Franzosen verhalten und das deutsche Reich decken, Preußen ebenso, und nur dann offensiv vorgehen, wenn sich auch Rußland gegen die Franzosen erklären würde. Die täglich fürchterlicheren Kriegsrüstungen des Kaisers möchten bald der Franken Frechheit zähmen.<sup>407</sup> Verschiedentlich wies v. d. Lith auf Unpäßlichkeiten des Kaisers hin,<sup>408</sup> doch kam dessen Tod am 1. März 1792 ganz überraschend;<sup>409</sup> auch in Gotha wurde er würdig betrauert.<sup>410</sup>

---

405. Ebenda. RL 1.

406. Kriegs-A I Bl. 12 f., RL 13 vom 1. Februar 1792.

407. Ebenda Bl. 17 f., RL 15 vom 8. Februar 1792.

408. Außer den angezogenen noch RL 2 vom 7. Januar 1792. Ebenda Bl. 10 f.

409. So die Literatur (s. o. Anm. 402), z. B. Häuser I S. 309 ff., Heigel I S. 506 ff. — Vgl. aber pol. Journal 1792 S. 225 ff.

410. Das Trauerreglement s. Fourierbuch Friedenstein 1792 I unterm 17. März, vgl. 1792 II unterm 15. April.

## 2. Weitere Reichstagsverhandlungen bis zum Rheinübergang Custines.

Die kritische Lage bei Kaiser Leopolds plötzlichem Tode am 1. März 1792 hatte zur Folge, daß der Regensburger Reichstag auch während des Zwischenreiches unter Hinzuziehung der Reichsvikarien die Reichstagsarbeit aufrecht erhielt.<sup>411</sup> Franz II., der zunächst als König von Ungarn und Böhmen die Regierung in den habsburgischen Erblanden übernommen hatte, äußerte beim Empfang des diplomatischen Korps am 18. März den für die Gesandten schmeichelhaften Wunsch, sie bald bei sich akkreditiert zu sehen.<sup>412</sup> Man hielt den Krieg mit Frankreich nach der letzten französischen Forderung, daß sofort alle Truppen von den Grenzen entfernt werden sollten,<sup>413</sup> für unvermeidlich, selbst Fürst Kaunitz; König Franz hatte beim Cercle mit v. d. Lith als ansbachischem Gesandten gesprochen und gab sich übrigens ganz wie Joseph II.<sup>414</sup>

Die französische Kriegserklärung vom 20. April meldet Gemüngen unterm 30. April.<sup>415</sup> Und v. d. Lith berichtet am 2. Mai,<sup>416</sup> die Franzosen hätten endlich wirklich den Krieg angekündigt, jedoch nicht dem Reiche, sondern bloß dem Erzherzog von Oesterreich; formell war die Kriegserklärung allerdings an den König von Ungarn und Böhmen gerichtet, sie bedrohte aber das ganze Reich, dessen Oberhaupt dieser auch bald werden sollte.<sup>417</sup> Darum wurde die Frage der „Assoziation der vorderen Reichskreise“ — Leopold II. hatte schon am 3. Dezember 1791 dazu aufgefordert<sup>418</sup> — von Oesterreich und Preußen am 12. Mai

---

411. Ausführlich bei Schick S. 48—53.

412. Kriegs-A I Bl. 21 ff., RL 23 vom 19. März 1792.

413. Ebenda (Bl. 23). — Vgl. dazu Girtanner hist. Nachr. VIII mehrfach, besonders S. 166 ff. und pol. Journal 1792 mehrfach (s. Register).

414. Kriegs-A I, RL 23 und 29 vom 14. April 1792, Bl. 24.

415. Ebenda Bl. 26, RG 35. — Vgl. Kiewning S. 36. — Deutsche Zeitung 1792 S. 440 f., 486. — Hoff I S. 134.

416. Kriegs-A I Bl. 27, RL 37. — Mit seinem Berichte vom 12. Mai (ebenda Bl. 41 ff.) sandte er die als Beilage zur Wiener Zeitung Nr. 37 unterm 8. Mai gedr. Kriegserklärung ein. Diese und die Gegenerklärung usw. abgedr. bei Reuß XXXVI S. 224 ff. — Vivenot, Quellen I S. 402. — Pol. Journal 1792 S. 451—476, 501 u. a.

417. Die beschleunigte Wahl erfolgte am 5. Juli 1792, Schick S. 52 f. — Vgl. Deutsche Zeitung 1792 S. 500.

418. Schick S. 53.

1792 erneut aufgeworfen; Gemmingen erhielt das Schriftstück<sup>419</sup> an diesem Tage aus dem kurbrandenburgischen Quartier, schickte es aber erst am 14. nach Gotha, nachdem ihn Tags zuvor Görtz aufgesucht und ihm die Sache „mündlich und angelegentlichst empfohlen“ und die baldigste Einsendung um so mehr verlangt hatte, als der Herzog wegen Henneberg mit zum Fränkischen, also zu einem der vorderen Reichskreise gehöre.<sup>420</sup>

In dieser Erklärung erwarteten beide Majestäten, die auch fernerhin die Stände der vorderen Kreise wie ihre eigenen Provinzen schützen wollten, von diesen entweder in corpore oder einzeln werktätige und schnellste Unterstützung, deren Art ihnen zur Erleichterung selbst überlassen wurde (Truppen, freie Werbung und Geld oder Naturalienlieferung). Bei mangelnder Unterstützung oder Einwendungen mußten beide Höfe ihre Verteidigungsanstalten auf ihre eigenen Provinzen und die ihnen verbundenen Reichsstände beschränken. Bei der Lauheit der Reichsstände und der Haltung Pfalzbayerns<sup>421</sup> war diese Drohung sehr verständlich.

In Gotha fürchtete man sie indessen nicht, zumal sich Görtz mit der Zugehörigkeit zum fränkischen Kreise geirrt hatte; Gemmingen erhielt sofort nach Eingang seines Berichts mit jener Erklärung Weisung,<sup>422</sup> von sich aus — falls es nicht schon geschehen sei — zu äußern, daß er die Erklärung zwar eingeschickt hätte, daß ihm aber bei weiterem Nachdenken beigegangen wäre, daß der Herzog kein Stand des Fränkischen Kreises wäre, ob er gleich in diesem Kreise <sup>7</sup>/<sub>12</sub> des Amtes Themar mit Sachsen-Coburg-Saalfeld gemeinschaftlich administrierte.<sup>423</sup>

---

419. Kriegs-A I Bl. 30 f., Beilage A zu RG 40. — Abgedr. Girtanner hist. Nachr. VIII S. 466 ff. und pol. Journal 1792 S. 556 ff. — Vgl. Schick S. 54.

420. (Was natürlich falsch war, s. weiter unten). Kriegs-A I Bl. 29, RG 40.

421. Schick a. a. O. Anm. 60 ff. — Ueber Kurpfalz die dort angeführte Diss. von Rudolf Schrepfer, Pfalzbayerns Politik im Revolutionszeitalter von 1789—1793, München 1903. — Neueste Staatsanzeigen a. a. O. VI S. 592. — Hoff I S. 137. — Girtanner hist. Nachr. X S. 397 ff. — Pol. Journal 1791 S. 996 u. ö.

422. Kriegs-A I Bl. 32. Reskript Ernsts II. vom 18. Mai 1792.

423. S. o. S. 32 und 35.

Auf dem Friedenstein bewahrte man auch die Ruhe, als bei den herzoglich sächsischen Häusern gleichlautende<sup>424</sup> Schreiben des Grafen Hartig,<sup>425</sup> datiert Prag den 19. Mai, bei Coburg-Saalfeld, Meiningen und Hildburghausen größte Verlegenheit und Besorgnis auslösten, wie aus ihrem Notenwechsel mit Gotha Ende Mai und Anfang Juni hervorgeht.<sup>426</sup>

Hartig forderte im Auftrage seines Monarchen das Gleiche wie jene österreichisch-preußische Erklärung am Reichstage, nämlich „reichsverfassungsmäßige Hilfe wegen Sicherstellung des bedrohten deutschen Reichs“ durch die dem Könige geschehene französische Kriegserklärung.<sup>427</sup> Georg von Meiningen, der als Fränkischer Kreisstand der Assoziation angehörte, sagte sofort einen verhältnismäßigen Beitrag in Geld zu, um sich nicht nachteiligem Argwohn auszusetzen, behielt sich das Weitere aber bis nach dem Eingang der vertraulichen Kommunikation mit den übrigen herzoglich sächsischen Häusern vor. Ernst II. fand dieses schnelle Eingehen auf den Antrag nicht gerade klug, obwohl er anerkannte, daß Georg als Fränkischer Kreisstand andere Rücksichten zu nehmen hatte als die Stände des „bei einer Assoziation der vorderen Reichskreise inaktiven Obersächsischen Kreises“.<sup>428</sup>

Auch hielt man in Gotha den Antrag Hartigs, der Zusicherungen von Hilfeleistungen durch seinen Kanal Sr. Majestät hinterbringen zu dürfen gebeten hatte (also eine Antwort erwartete), für zu frühzeitig gestellt, nämlich vor einer dahingehenden Regensburger Entschliebung.<sup>429</sup> Da Ernst II. seine abwartende

---

424. Kriegs-A I Bl. 46 f. (mit Trauerrand) und in Abschrift (von Meiningen mitgeteilt) Bl. 52—54.

425. S. o. S. 37. Er residierte damals in Prag.

426. Kriegs-A I Bl. 48—59 und 64—80. Einzelnachweise erübrigen sich wie das Eingehen auf Einzelheiten, da es nur auf Gothas Standpunkt ankommt.

427. Wie sich der Herzog von Coburg-Saalfeld nicht ganz zutreffend ausdrückte, denn von „reichsverfassungsmäßiger“ Hilfe war weder bei Hartig noch in jener Erklärung die Rede, vielmehr von „freiwilliger“ Hilfe!

428. Worauf der Herzog von Hildburghausen besonders hinwies. — Auch wies Herzog Ernst seinen Schwager Georg darauf hin, daß die Entschliebung eines einzelnen Kreisstandes von den andern als „praejudizierlich“ und nachteilig aufgenommen werden könnte.

429. Die Oesterreich und Preußen der Zeitersparnis halber umgehen wollten. Schick S. 53 mit Anm. 59.



Haltung so lange wie möglich bewahren wollte, erklärte er Coburg-Saalfeld und Meiningen gegenüber eine Kommunikation mit anderen Reichsständen für notwendig. Sobald er sich zu einer dilatorischen Antwort entschlossen habe, versprach er, ihnen davon Mitteilung zu geben, was unterm 5. Juni, auch an Hildburghausen, geschah. Indessen schloß sich Coburg-Saalfeld wegen Coburg dem Vorgehen (Coburg-)Meiningens an und teilte dies Gotha unterm 8. Juni mit.

Tatsächlich aber stand Gothas Antwort bereits fest, bevor Ernst II. am 1. Juni <sup>430</sup> bis zum 5. Juni 1792 nach Weimar abreiste (wo er Karl Augusts Einverständnis mit seiner Ansicht feststellte, was er den übrigen Herzögen gegenüber betont), denn einem gothaischen Ministerialschreiben in dieser Sache nach Berlin wurde diese schon abschriftlich beigelegt; beide Entwürfe <sup>431</sup> sind vom 2. Juni datiert; wann das Schreiben an Hartig abging, ist nicht festzustellen, vermutlich aber erst nach der Aussprache in Weimar. <sup>432</sup>

Das Ministerialschreiben nach Berlin spricht offen von der Verlegenheit, in die der Herzog durch das (ebenfalls abschriftlich beigelegte) Schreiben Hartigs gesetzt worden sei, weil er glaubte, sich und seinen Reichsmitständen schuldig zu sein, der Abgabe einer positiven Erklärung über diesen wichtigen Gegenstand die gemeinsame Deliberation und einen förmlichen Reichschluß vorhergehen lassen zu müssen. Da seine Lande in keinem der assoziierten Reichskreise gelegen seien, so müßte er abwarten, „was von Obersächsischen Kreisausschreibamtswegen nach Vorschrift der Reichskonstitution“ an ihn gelangen werde, da er im übrigen seine reichsverfassungsmäßige Verbindlichkeit gewiß nie verkennen werde und sich seiner reichsständischen

---

430. Nach der Tafel, zu der Baron Grimm und Frankenberg geladen waren. Fourierbuch Friedenstein II. — Diese mündliche Aussprache (s. Text) machte natürlich eine schriftliche Kommunikation überflüssig.

431. Kriegs-A I Bl. 60 f. Min-Schreiben nach Berlin und Bl. 62 f. die Antwort des Herzogs an Hartig.

432. Die erste Antwort an Coburg, aus der ich weiter unten einen Absatz zitiere, trägt merkwürdigerweise die Datierung Weimar, den 1. Juni 1792 (a. a. O. Bl. 58 f.), was aber auch ein Schreibfehler sein kann; sie stimmt inhaltlich mit der gleichzeitigen nach Meiningen völlig überein (Bl. 56 f.).

Obliegenheiten auf keine Weise zu entziehen gedenke, vielmehr nach einem gefaßten Reichsschlusse zu den dadurch zu bestimmenden Verteidigungsanstalten im Reiche nach seinem Vermögen und nach Kräften beizuwirken sich beeifern werde.

Der Herzog hoffte im voraus, daß der König von Preußen diese Haltung billigen werde, hatte aber seinen Räten ausdrücklich befohlen, diese vertrauliche Aeußerung dem Berliner Ministerium zu eröffnen; sie baten um die Gefälligkeit, Sr. Majestät darüber einen der wahren Lage der Sache angemessenen Vortrag zu tun und ihn zugleich um allenfallsige Verwendung für den Herzog beim Könige von Ungarn und Böhmen zu ersuchen, damit die Antwort Gothas an Hartig „nicht etwa aus einem un-rechten Gesichtspunkte betrachtet und gemißdeutet, sondern vielmehr sich versichert gehalten werde, daß“ der Herzog in dem reichsgesetz- und konstitutionsmäßigen Wege seine auf-richtige patriotische Denkungsart zu Tage zu legen, und beiden Majestäten seine „unabänderliche Verehrung zu betätigen sich jederzeit ein angenehmes Geschäfte machen werde“. — Die äußere Politik Ernsts II. war eben eine Reichspolitik auf dem Boden des bestehenden Reichsverbandes!

Daß bei allen solchen Erwägungen aber auch immer die Sorge um Land und Untertanen mitspielt, und die Entscheidung zwischen verschiedenen Möglichkeiten von ihrer Wirkung auf diese abhängig sei, drückt der Herzog gegen Schluß der Antworten auf die ersten Kommunikationsschreiben aus Coburg und Meiningen sehr deutlich aus: „Sollten indessen die Sachen in eine Lage kommen, die die Beiwirkung des ganzen Reiches nötig machen würde“, so gedenke er sich seinen reichsständischen Obliegenheiten nach einem desfallsigen gemeinsamen Reichsschluß keineswegs zu entziehen; er sei dann vollkommen einverstanden, daß die Leistung eines verhältnismäßigen Betrages in Gelde den Untertanen am zuträglichsten sei und man sich vorzüglich dahin entschließen werde, unter weiterer vertraulicher Kommunikation. Als einzelner Reichsstand und aus eigenem Entschlusse wie sein Schwager Georg von Meiningen etwas zuzusagen, lehnte der Herzog ab, wenn es nicht über den Weg des Reichstags im Rahmen einer Reichsdeliberation geschehen konnte, und auch dann werden wir immer feststellen, daß er

sich gerne nach dem Vorbilde anderer Reichsstände, von nun an besonders Kursachsens, richtete.<sup>433</sup>

Die schon erwähnte Antwort an Hartig,<sup>434</sup> das Musterbeispiel einer ausweichenden (dilatorischen, s. o. S. 92) Antwort, ist auch aufschlußreich über die Stellungnahme des Herzogs zur Lage Frankreichs.<sup>435</sup> Er bedauert zu vernehmen, „daß die Versuche des weiland Kaisers zur Wiederherstellung des verwirrten Zustandes in Frankreich und der vernichteten Autorität des Allerchristlichsten Königs und die in Verbindung mit verschiedenen europäischen mächtigen Höfen angeschlagenen weisen Maßregeln Sr. Majestät gehegten ruhmvollen Absicht und friedfertigen Gesinnungen gänzlich verfehlt, vielmehr wider alles Erwarten bei der sich so nennenden französischen Nationalversammlung eine ganz entgegengesetzte Wirkung, und zuletzt gar den tollkühnen Entschluß bewirkt haben, dem Könige von Ungarn und Böhmen den Krieg zu erklären und diesen so mit jenen Mächten in die Notwendigkeit zu setzen, zur Sicherheit seiner Reiche und Staaten der drohenden Gefahr mit Ernst und Nachdruck zu begegnen“. Ganz unzweifelhaft werde die ihm von Gott verliehene Macht völlig ausreichen, den Uebermut des zudringlichen und durch innere Unruhe und den zerrütteten Zustand seiner Kriegsmacht so sehr geschwächten Feindes unter göttlichem Beistande in kurzem zu dämpfen und sich einen glorreichen Frieden zu verschaffen, wodurch die Beihilfe der in dem bekannten Kreis-Assoziations-Bund stehenden Reichskreise dabei ganz überflüssig sein werde.

Sollte sich gleichwohl wider alles Vermuten die Gefahr dergestalt vergrößern, daß des gesamten deutschen Reiches tätige Hilfe sich dabei nötig machen und darüber ein förmlicher Reichsschluß erfolgen würde, so könnte sich der König versichert halten, daß er allem beizuwirken sich so verbunden halten als beeifern würde, „was nach einem solchen Erfolg“<sup>436</sup> ihm „von Reichs- und Obersächsischen Kreisausschreibamtswegen

---

433. Vgl. o. S. 42.

434. S. o. Anm. 431.

435. Eine gewaltige Aenderung gegenüber dem Schreiben an Ludwig XVI. (o. S. 85 f.); vgl. o. S. 47 f.

436. = Erfolgen; bezieht sich auf den Reichsschluß.

reichskonstitutionsmäßig angesonnen“ werde; Hartig möge dahin seine, des Herzogs, patriotische Gesinnungen und Verehrung eröffnen.

Hinter diesen schmeichelhaften Wendungen über die Macht des Wiener Hofes, die einer Hilfe im Augenblick gar nicht bedürfe, mußte Hartig die Ablehnung des Herzogs, außerhalb des üblichen Weges über Reichstag und Reichskreise irgendeine tätige Hilfe zu gewähren, deutlich erkennen. So ist auch keine Antwort darauf erfolgt. Das Schreiben an Hartig teilte Ernst II. versprochenermaßen nach seiner Rückkehr von Weimar seinen Vettern mit, wie oben bereits erwähnt wurde.

Inzwischen erwog Georg von Meiningen den von Hildburghausen ausgegangenen Gedanken an eine Hauskonferenz, die er mit einer gerade stattfindenden Konferenz seiner und der Hildburghäuser Räte in Debit- und Administrationssachen<sup>437</sup> in Meiningen vereinigen wollte, und bat um Entsendung eines gothaischen Bevollmächtigten zu dieser Konferenz, auf welcher auch die Forderung Hartigs und der inzwischen angekündigte preußische Truppendurchmarsch<sup>438</sup> beraten werden sollten; wenn Gotha verhindert sei, möchte es trotzdem Nachricht geben.

Ernst II. sandte die am 6. Juni nachmittags erhaltenen beiden Meininger Schreiben<sup>439</sup> am 7. früh an Frankenberg, der sie an Rotberg mit der Notiz weitergab, daß nichts weiter zu tun sei, als sich nicht auf den Meiningischen Antrag einzulassen, und eine entsprechende Antwort im Entwurfe beifügte, die mit der Nürnberger Post vom gleichen Tage<sup>440</sup> abgehen sollte.<sup>441</sup> Die Entscheidung lag also bei Frankenberg; da auch Rotberg ein-

---

437. Georg von Meiningen war Debitkommissar für Hildburghausen (die Nachweise s. o. Anm. 139) wie Ernst II. für Coburg-Saalfeld (s. o. S. 42).

438. S. u. S. 99.

439. Da vor der Absendung des Schreibens (datiert vom 3. Juni) mit jener Anregung die gothaische Antwort vom 1. Juni eingetroffen war (o. Anm. 432), hielt Georg im zweiten Schreiben vom 5. Juni die Einladung ausdrücklich aufrecht. Kriegs-A I Bl. 72—76, beide Briefe in einem Umschlage (ps s. Text).

440. Den Postenlauf s. im Hofkalender und ausführlich bei Klebe a. a. O.

441. Nachdem ihr v. Hoff eine bessere Form gegeben habe. Kriegs-A I Bl. 77, Frankenberg an Rotberg.



verstanden war,<sup>442</sup> so entschuldigte sich Herzog Ernst in der Antwort an Meiningen,<sup>443</sup> von seinem Wege im Einverständnis mit Weimar nicht abgehen und an der Konferenz nicht teilnehmen zu können, zumal da das Schreiben an Hartig bereits abgegangen sei; sollte der Reichskrieg wirklich ausbrechen oder es sonst nötig sein, so würde er sich gerne zu einer „konferenzialischen Zusammenschickung vertrauter Räte“ verstehen.<sup>444</sup> An eine „Reichsassoziatio“ glaubte er nicht; selbst dann sei nur gemeinsames Handeln der Kreise möglich;<sup>445</sup> Georg möge sich auch damit beruhigen, daß die Könige von Ungarn-Böhmen und Preußen von ihren Mitständen nichts verlangen würden, als was Reichsgesetze und -verfassung erheischten und gestatteten.

Herzog Ernst II. wollte also von sich aus nichts zur Unterstützung der Aktion der deutschen Großmächte gegen Frankreich beitragen, bevor sich das Reich, also der Regensburger Reichstag dazu zustimmend geäußert hatte, weil er diese (für die mindermächtigen Reichsstände so wichtige) Reichsbehörde nicht beiseitesetzen lassen wollte. Dies scheint man in Berlin auch als den eigentlichen Grund seiner ablehnenden Haltung angesehen zu haben, denn das Antwortschreiben<sup>446</sup> hebt ausdrücklich hervor, daß sowohl eine „Assoziatio der Reichskreise“ als die förmliche Verwilligung von Römermonaten erst nach Wiederbesetzung des Kaiserthrones erfolgen könne; das Ministerium machte aber geltend, daß es die unglücklichsten Folgen nach sich ziehen würde, wenn man die Sicherheit des Reiches von einem so weit herauszuschiebenden Reichsschlusse abhängig mache. Der Sinn von Hartigs Antrag sei, die außerordentlich großen Aufopferungen und die enorme Last der ver-

---

442. Notiz Rothbergs ebenda.

443. A. a. O. Bl. 78 f., Entwurf (v. Hoff's).

444. Nach den Recessen von 1680/81 (s. o. S. 31, 40 u. Anm. 44) gingen Hauskonferenzen (vgl. Anm. 108), auch auf Anregung der Agnaten, stets von Gotha aus; eine Konferenz in Meiningen auf dessen Einladung anzunehmen, wäre ein Präzedenzfall dagegen gewesen (vgl. auch den Vorbehalt auf der Konferenz zu Eisenach Okt. 1795 u. S. 219); von Gothas Standpunkt aus war beidemale eine solche unnötig.

445. Was schon im Begriffe der „Assoziatio“ liege. Antwortschreiben a. a. O.

446. Kriegs-A I Bl. 82. Min-Schreiben (gez. Haugwitz) Berlin, 15. Juni 1792.

einigten Höfe zur Beschützung des deutschen Reiches zu erleichtern. Solche freiwillige und zuvorkommende Beiträge würden von den späteren Römermonaten abgerechnet werden; Hartigs Antrag könne so wenig beunruhigen, als die Antwort des Herzogs einer Mißdeutung fähig sein. Auf alle Fälle sollte der preußische Gesandte in Wien, wenn nötig, allen etwaigen nachteiligen Eindrücken dieser Antwort vorbeugen.

Trotz dieser Versicherung war der übrige Inhalt dieses Ministerialschreibens für den Herzog nicht beruhigend, zumal es dort wörtlich hieß: „Man kann nicht in Abrede stellen, daß die Französische Kriegs-Erklärung gegen das Haus Oesterreich durch den Reichsschluß in der Elsasser-Sache veranlaßt worden, und daß das deutsche Reich ohne die Beschützung der beiden vereinigten Höfe sich in der mißlichsten Lage befinden würde.“ Doch zu gleicher Zeit <sup>447</sup> teilte das hannöverische Ministerium die Gesinnungen König Georgs III. über den Krieg zwischen Oesterreich und Frankreich mit: Die Elsasser Sache habe gar nichts damit zu tun, sie sei noch bei der Reichsversammlung anhängig, die Verhandlungen seien weder abgebrochen, noch auch zum unmittelbaren Bruche mit Frankreich geeignet oder günstig; ebensowenig könne von einem „Konzert wegen der inneren französischen Revolution und Konstitution“ die Rede sein, da davon das deutsche Reich keine Kenntnis erhalten <sup>448</sup> und es daher als etwas völlig Fremdes zu betrachten habe. Aber den inzwischen erfolgten öffentlichen Feindseligkeiten der Krone Frankreich — Angriff auf die deutschen Reichsländer des Königs von Böhmen, Besetzung der Bistümer Basel und Lüttich und Bedrohung mehrerer anderer Reichsländer (Emigrantenfrage!) — gegenüber trete der allgemeine Reichsverband und noch näher die friedensschlußmäßige allgemeine Reichsgarantie ein, wonach den angegriffenen Reichsständen die Unterstützung und Hilfe des gesamten deutschen Reiches nicht versagt werden könne und

---

447. Zufällig auch vom 15. Juni; ebenda Bl. 92 f. Zur Frage der Schuld an der französischen Kriegserklärung vgl. Schick S. 48. Vgl. auch Kiewning S. 37.

448. Wohl aber einzelne Reichsstände durch die o. S. 85 angeführte Notifikation. — Das Reich hatte übrigens die Konstitution nicht anerkannt, s. pol. Journal 1791 S. 664.

geleistet werden müsse, wenn der König von Ungarn-Böhmen und die andern von Frankreich angegriffenen Stände diese Institutionen beanspruchten. König Georg nehme an den Verbindungen und Absichten anderer Mächte keinen Anteil, sei aber als Reichsstand bereit, „wenn bei der allgemeinen Reichsversammlung auf constitutionsmäßige Art der Krieg gegen Frankreich beschlossen wird“, seiner Obliegenheit durch Stellung seines Truppenkontingents zu genügen.

Diese Eröffnung war eine „Wirkung des besonderen und genauesten Vertrauens“ zu den gothaischen Geheimräten, wie ausdrücklich betont wurde. Die zeitweilige Verstimmung Hannovers schien also völlig geschwunden; die gothaische Antwort<sup>449</sup> stellte die Zufriedenheit des Herzogs über die Uebereinstimmung seiner Gedanken mit denen des Königs fest, die er sich gerne zum Leitfaden dienen lasse.

Diese Antwort entspricht völlig der Haltung Ernsts II., der auch nur als Reichsstand handeln und wie König Georg die nächsten Verhandlungen auf dem Reichstage abwarten wollte. Nie hätte der Herzog von sich aus Verhandlungen mit anderen Höfen über Fragen begonnen, die noch nicht beim Reichstage vorlagen oder angekündigt waren, von zwingenden Fällen vielleicht abgesehen; Gemmingen mußte ihn sehr schlecht kennen, als er in seinem Berichte vom 23. Juni<sup>450</sup> dem Herzoge anheim stellte, ob er nicht sogleich mit anderen Höfen wegen des beim Reichskriege am besten sofort zu stellenden Triplums in Verbindung treten wolle? Krieg mit Frankreich sei unvermeidlich, das Reich müsse aber sofort teilnehmen, da ihm sonst der Anteil an den Eroberungen erschwert werden könnte.

Der Gesandte trat auch endlich seinen längst bewilligten Urlaub an und reiste für 2—3 Wochen auf seine Güter in Schwaben,<sup>451</sup> da nach der Kaiserwahl „die Geschäfte dahier wieder eifriger als jemals betrieben werden“.<sup>452</sup>

In Gotha waren seine letzten politischen Berichte über die Legitimation des neuen französischen Gesandten beim Reichs-

---

449. Kriegs-A I Bl. 94, Min-Schreiben vom 20. Juni 1792.

450. Ebenda Bl. 89 f., RG 55.

451. Thalheim bei Heilbronn, S. o. S. 62.

452. RG 55,

tage, Caillard,<sup>453</sup> die während des Urlaubs der Legationssekretär Ernesti<sup>454</sup> fortsetzte, kaum beachtet worden, wie eine „Nota“ auf dem Entwurfe der Antwort auf eine diesbezügliche Anfrage Georgs von Meiningen<sup>455</sup> beweist: Die wegen Caillard erstattete Relation sei in der Geheimen Repositur nachzusuchen und hier beizulegen, (mit dem Zusatz Frankenbergs), „welches freilich schon vorher geschehen sollte“. Herzog Georg hielt nämlich in dieser Angelegenheit und über ein Gutachten des Grafen von Soden,<sup>456</sup> die Forderungen fränkischer Kreisstände an Frankreich betreffend,<sup>457</sup> ein gemeinschaftliches Votum der Ernestiner für notwendig; Ernst II. antwortete dazu, ihm sei das Gutachten zur Zeit noch nicht zu Gesicht gekommen,<sup>458</sup> seine Meinung im fränkischen Kreise, dessen Kreisstand er nicht sei, auch ohne jede Bedeutung. Die Legitimationssache Caillard sei vorläufig den Komitialgesandten zu überlassen. — Beide Angelegenheiten hatten für Gotha kein Interesse.

Der Besuch des Prinzen Ludwig von Preußen vom 21. bis 23. Juni 1792 hängt mit dem Durchmarsch des an den Rhein ziehenden preußischen Heeres zusammen.<sup>459</sup>

Schon vorher und in der Folge erschienen häufig preußische und sächsische Offiziere bei Hofe, der Höhepunkt aber war die

---

453. Ueber Caillard (1737—1807), nachmalig französischer Gesandter zu Berlin, s. Larousse a. a. O. III p. 78. Ausführlicher Nouvelle Biographie Universelle, p. p. Didot frères, Paris 1852 suiv. Tome VIII p. 107—109. — S. u. Anm. 467.

454. S. o. S. 59.

455. Kriegs-A I Bl. 113 f., Schreiben vom 9. Juli 1792, ps erst am 22. Juli. — Entwurf der Antwort (ebenda Bl. 115) vom 23. Juli.

456. Preußischer Gesandter am fränkischen Kreise. ADB XXXIV S. 532 bis 537. — Seine Schrift: Die Franzosen in Franken im Jahre 1796, Nürnberg 1797, wird weiter unten herangezogen werden.

457. Kriegs-A I Bl. 86 f., Beilage C zu RG 54 vom 22. Juni 1792, in der Gemmingen auch zum ersten Male von Caillard berichtet. — Vgl. Supplementband (A. VII. 99) Bl. 1—18, RG 39 vom 25. April 1793 mit gedr. Beilage A.

458. Kriegs-A I Bl. 115 (o. Anm. 455, Antwort).

459. Fourierbuch 1792 II. — Ebenda zum 20. Juni eingehftet: „Außerordentliche Beilage zur (Gothaer) Politischen Zeitung. 25. Woche. Dienstag, den 19. Juni 1792“ über den Durchmarsch der Preußen durch Gotha. — Vgl. Durchmarschakten (A. VII. 106 f.) mit allen Kommunikationen (Berlin und die sächsischen Nebenlinien, Anweisungen und Berichte der Altenburger Regierung usw.) I Bl. 1—124. Anschließend Truppendurchzüge von 1793 ff.,



Durchreise König Friedrich Wilhelms II. von Preußen am 12. Juli früh,<sup>460</sup> der sich vor dem „Mohren“<sup>461</sup> in Gotha während des Pferdewechsels mit Herzog Ernst unterhielt, begleitet von Bischoffswerder und dem etwas später eintreffenden Kronprinzen. Nach einer Parade verließen die hohen Gäste die Stadt am gleichen Tage. Und auch der Gothaer Hof siedelte am 15. August nach Altenburg über,<sup>462</sup> wo vom 18. August bis 30. September ein Landtag gehalten wurde, der eine Vermehrung des Dragonerregimentes und neben dem ordinären Militär-Quantum von 50 000 Gulden einen außerordentlichen Zuschuß von 12 000 Gulden und die Bewilligung von Kriegssteuern ergab.<sup>463</sup> Fürst Reuß-Lobenstein weilte vom 10. bis 12. September in Altenburg.<sup>464</sup> Erst am 4. Oktober kamen Herzog, Herzogin und Gefolge — in dem sich auch Minister v. Frankenberg und Rotberg befanden — nach Gotha zurück.<sup>465</sup>

Herr von Gemmingen verließ am 31. Juli seine Güter und traf am 3. August, einen Tag vor Görtz und Ompteda, in Regensburg wieder ein.<sup>466</sup> Nun hätte die Caillardsche Angelegenheit<sup>467</sup> beraten werden können — bisher hatte die Abwesenheit wichtiger Gesandter den Entschuldigungsgrund abgeben müssen —, wenn nicht der kurmainzische Direktorialis krank geworden wäre.<sup>468</sup>

---

auch sächsischer Truppen (seit Febr. 1793) u. a. mehr, worauf in dieser Arbeit nicht eingegangen werden kann. Vgl. o. S. 23. — Vgl. auch Human a. a. O. (Anm. 33) S. 8 ff. — Am 22. und 23. Juni war auch Karl August von Weimar in Gotha. Fourrierbuch a. a. O.

460. Fourrierbuch 1792 III. — Tags zuvor war Ernst II. in Erfurt.

461. Das berühmte alte Gasthaus in Gotha.

462. Fourrierbuch 1792 III und Bd. 1792 „Altenburg“. — S. Deutsche Zeitung 1792 S. 635—639: Aus Altenburg (Register S. 867: Liebe der Untertanen gegen den Herzog).

463. Nachweise s. o. Anm. 40. — Ausführlich J. E. Fabri, Beiträge zur Geographie, Geschichte und Staatenkunde Bd. I Stück I, Nürnberg 1794, S. 147—191. — Vgl. Kuhn, Thümmel a. a. O. S. 79.

464. Fourrierbuch 1792 „Altenburg“.

465. Fourrierbuch 1792 IV.

466. Kriegs-A I Bl. 127, RG 68 vom 6. August 1792.

467. S. o. S. 98 f. — Girtanner, hist. Nachr. VIII S. 469, IX S. 239 f. — Pol. Journal 1792 S. 794, 995, 1009. — Schrepfer a. a. O. S. 37 f.

468. Kriegs-A I Bl. 127, 129 und 133, RG 68—70 vom 6., 9. und 10. August 1792.

Gemmingen meinte zur Haltung Kursachsens (in dieser Legitimationssache), es werde sich Preußen anschließen, „besonders wenn es mit dem Beitritt zu dem Bündnis zwischen Oesterreich und Preußen seine Richtigkeit hat, woran fast gar nicht zu zweifeln ist“.<sup>469</sup> Hier war er freilich im Irrtum, denn der Kurfürst hatte seine neutrale Haltung seit der Pillnitzer Zusammenkunft nicht geändert.<sup>470</sup>

Als man am 31. August endlich über Caillard beraten konnte, wurde er wegen der veränderten Umstände und der Suspendierung Ludwigs XVI. von Frankreich gar nicht mehr als Gesandter, sondern nur als „Particulier“ angesehen; nachdem Kurmainz mitgeteilt hatte, daß er solches bereits eingesehen und sich mangels offizieller Nachrichten zurückhalte, wurde am 3. September Kursachsen als Reichs-Erzmarschall ersucht, beim Regensburger Stadtmagistrat zu bewirken, daß die schon längst verordnete Aufmerksamkeit auf alle Fremden, besonders Franzosen, verdoppelt und natürlicherweise auf Caillard ausgedehnt werde.<sup>471</sup> Dieser forderte auch bald einen Paß, um ganz abzugehen, erhielt einen (auf 8—10 Tage befristet) und reiste vor dem 17. September wirklich nach der Schweiz ab, nachdem schon viele Erklärungen und Instruktionen der Gesandten am Reichstage auf seine Ausweisung gelaute hatten.<sup>472</sup>

Inzwischen waren die Komitalen mit einer viel wichtigeren Angelegenheit beschäftigt, die sie für fast drei Vierteljahre in Anspruch nahm: dem kaiserlichen Hofdekret vom 1. September 1792.<sup>473</sup> Gemmingen sandte es noch am Tage der Diktatur

---

469. RG 68.

470. Gretschel-Bülau, Geschichte des Sächsischen Volkes und Staates Bd. III, Leipzig 1853, S. 219—221, 312 ff. — Böttiger-Flathe a. a. O. Bd. II (2. Aufl.) S. 593 f., vgl. Böttiger a. a. O. (1. Aufl.) S. 428 ff. — Pol. Journal 1792 S. 852, 1008. — Schuster-Francke a. a. O. II S. 189 f.

471. Kriegs-A I Bl. 152, RG 77 vom 3. September 1792.

472. Einzelheiten s. a. a. O. Bl. 134 ff., 168, 170, 184 und 186, RG 78 mit Beilagen, 81—83 (vom 17. September, mit Abschrift des Passes als Beilage A).

473. Kriegs-A I Bl. 158—162, Beilage A zu RG 79 vom 7. September 1792, Bl. 196—271 die Beilagen dazu, eingesandt mit RG 85 vom 21. September 1792. — Das Dekret abgedr. Girtanner, hist. Nachr. X S. 401—404, pol. Ann. II S. 3 bis 19. — Pol. Journal 1792 S. 942—948 u. ö. — Vgl. Hoff I S. 135. — Neueste Staatsanz. VI S. 952. — Inhaltsangabe und ausführliche Darstellung der Beratungen darüber bei Schick S. 56 ff.

(7. September) ein, an welchem Tage auch die Besprechungen schon begannen.<sup>474</sup> Am Nachmittage des 10. September erhielten die Gesandten auf einer Konferenz beim Direktorium (Kurmains) eine bis ins Einzelne gegliederte Aufstellung der vorläufigen Beratungspunkte (entsprechend den Punkten III—VII des Hofdekrets).<sup>475</sup>

Am selben Tage erließ das Berliner Ministerium ein Schreiben nach Gotha,<sup>476</sup> welches die Zustimmung zum Reichskriege als gegeben annahm und sich daher zu den übrigen Punkten des Hofdekrets rückhaltslos äußerte (Notwendigkeit der Stellung des Triplums des Kreismilitärs und der Bewilligung von 100 Römermonaten zur Reichsoperationskasse (RKOK), das Kommando der Reichsarmee entweder für den Herzog von Braunschweig selbst oder seinem Generalkommando unterstellt, kategorische Feststellung, daß Neutralitätserklärungen im gegenwärtigen Falle so gut wie völlige Lossagung vom Reichsverbande seien). Gotha wurde ersucht, wenn es der Berliner Meinung beipflichte, seine Komitialgesandtschaft schleunigst anzuweisen, mit der brandenburgischen gemeinschaftlich vorzugehen und die Sache zu befördern; und man versprach sich in Berlin, daß die Geheimen Räte ihren ganzen Einfluß für die Ergreifung entschlossener Maßregeln gegen die französische Nation einsetzen würden. — Eine ähnliche allgemeine Erklärung der brandenburgischen Komitialgesandtschaft sandte Gemmingen mit seinem 81. Bericht vom 13. September ein.<sup>477</sup>

Da der ganze Hof Ernsts II. des Landtages wegen in Altenburg weilte, mußte die Antwort auf das Berliner Schreiben bis zum 12. Oktober<sup>478</sup> ausgesetzt werden, da die nötigen Akten dort nicht zur Hand waren, und man außerdem mit den anderen sächsischen Häusern eine nähere Verabredung im Gesamthause treffen wollte. —

---

474. Kriegs-A I Bl. 163, RG 80 vom 10. September.

475. Diese Punkte s. bei Schick S. 57 — Kriegs-A I Bl. 173—175, Beilage B zu RG 81 (s. weiter unten).

476. Ebenda Bl. 166 ff.

477. Ebenda Bl. 168 f. und 170—172, RG 81 und Beilage A, dazu. Der 22. Oktober wurde als Beginn der Verhandlungen bestimmt (Verlaßtag). Vgl. Schick S. 57 nebst Anm. 74.

478. Kriegs-A I Bl. 242. Darüber weiter unten.

Weimar hatte am 14. September ein Ministerialschreiben nach Gotha wegen der Forderungen Gothas, Weimars und Meiningens an Frankreich für die im siebenjährigen Kriege gelieferten Rationen und der früheren vergeblichen Verhandlungen des Barons Grimm deswegen erlassen,<sup>479</sup> und kurz darauf, vier Tage später,<sup>480</sup> ein weiteres wegen der Instruktion auf das kaiserliche Hofdekret. Man wollte mit Gotha gleichförmig vorgehen und bat deshalb um Mitteilung der gothaischen Ansicht darüber; dasselbe wünschte Meiningen unterm 14. des Monats.<sup>481</sup>

Der Herzog wollte allein keine EntschlieÙung fassen, weshalb von Altenburg aus am 24. September ein Ministerialschreiben nach Hannover, in einem äußerst vorsichtigen Tone gehalten, erlassen und baldige Antwort nach Gotha erbeten wurde.<sup>482</sup> Anknüpfend an das letzte hannöwerische Schreiben vom 15. Juni (s. o.), wollte man über das kaiserliche Hofdekret in weitere Kommunikation treten unter abschriftlicher Mitteilung des Schreibens des Berliner Staatsministeriums. Dessen Anträge erschienen in Gotha in einigen Punkten etwas auffallend und lästig, besonders die alsbaldige so starke und ungewöhnliche Bewilligung von 100 Römermonaten. Zur Abwendung ungleicher Meinung hielt man eine genaue Zusammenstimmung und gemeinsame Aeueßerung unter den einverstandenen und um das Wohl ihrer Untertanen bekümmerten Ständen erforderlich. Auf ausdrücklichen Befehl des Herzogs bat man um baldige Mitteilung der dortigen Gedanken, wie man sich ohne besorglichen Nachteil äußern solle?

Als dieses Schreiben bereits abgegangen war, traf in Gotha der erste Teil des von Gemmingen bereits unterm 10. September versprochenen Entwurfes des Votums ein.<sup>483</sup> Eine förmliche

---

479. Ebenda Bl. 178 f. — Grimms Bemühungen s. Osten S. 262 und Schärer p. 213 ff. — Auch andere Forderungen ähnlicher Art wurden damals wieder hervorgeholt, vgl. Ferdinand Siebigk, eine Anhaltische Forderung an die Krone Frankreich oder an das Haus Bourbon von 1590. Mitt. d. Vereins f. Anhaltische Geschichte u. Altertumskunde, Bd. I Dessau 1897, S. 274—279.

480. Kriegs-A I Bl. 180 f.; beide Weimarer Schreiben ps am 22. September 1792.

481. Ebenda Bl. 182 f., ps 23. September 1792.

482. Ebenda Bl. 218.

483. Kriegs-A I Bl. 190 f., Beilage A zu RG 84 vom 20. Sept. 1792 (Bl. 189). Die einzelnen Fragen und Beratungspunkte s. o. Anm. 475. — In den Aeue-



Kriegserklärung sei unnötig (Punkt I), man wisse gar nicht, an wen sie zu richten sei; besser sollte eine Erklärung veröffentlicht werden, worin die vom Reiche für den Einfall der Franzosen zu nehmende Selbstgenugtuung gerechtfertigt werde. Punkt II und III sollten bejaht werden; man sei befugt, dem Reichsschluß von 1791 streng nachzusetzen, also mit Gewalt in Elsaß und Lothringen einzudringen und alles, worauf man im Westfälischen und den folgenden Frieden verzichtet habe, besonders die französischen Niederlande, Franche-Comté, Metz, Toul und Verdun, wieder in Besitz und in den „Reichs-Nexus“ zu bringen; dazu sei die gesetzlich größte Macht nötig, also das Triplum von 120 000 Mann. Zu Punkt IV bis VII sollte man eine besondere und ausführliche Aeußerung vorbehalten (Gemmingen wollte mit der Ausarbeitung so fertig werden, daß dieser Nachtrag acht Tage nach dem ersten Teil zu Protokoll gegeben werden könnte), einer Mehrheit im Punkte VI aber sofort beistimmen. Zu Punkt VIII meinte er, bei diesem Kriege sei keine Neutralität zu gestatten und auch zu erwarten, daß sich kein Reichsstand von dem Reichsschluß vom 10. Dezember 1791 in der Elsasser Sache trennen werde.

In seinem Schreiben vom 28. September <sup>484</sup> an Gemmingen vermied Ernst II., auf diesen Entwurf einzugehen; er wollte ihm zeitig eine Instruktion wegen des Votums zugehen lassen, vorher aber noch die Meinungen Kursachsens, Kurbraunschweigs und der übrigen altweltfürstlichen Häuser über die Anträge des Kommissionsdekrets erfahren; der Gesandte sollte sich mit deren Gesandten vertraulich vernehmen, besonders mit den beiden kurfürstlichen, <sup>485</sup> und das Erfahrene einberichten, „damit darauf bei Erlassung der erforderlichen Instruktion behörige Rücksicht genommen werden“ könne.

Im Wechsel berichtete Gemmingen, man sei größtenteils einig, die Frage (I) nach dem Reichskrieg bejahend zu beant-

---

rungen zu Punkt II, III u. VIII nähert Gemmingen sich der Haltung Kurbrandenburgs (Ministerialschreiben und Erklärung beim Reichstage, s. o.).

484. Kriegs-A I Bl. 219, datiert von Altenburg, Bestätigung vom Eingang der RG 84 und 85 (s. o. Anm. 473).

485. Kurbrandenburgs Haltung kannte man ja, vgl. o. Anm. 483.

worten.<sup>486</sup> Im nächsten Bericht vom 27. September<sup>487</sup> änderte er seine Meinung zu Punkt II; er sei zu ausführlich gewesen und halte nunmehr unvorgreiflich dafür, sich darüber gar nicht positiv zu äußern und das Nötige für später vorzubehalten, höchstens könne man sich mit Magdeburg (= Kurbrandenburg) vereinigen. Er selbst riet zum Ersteren, weil man erst die Zeit und das Kriegsglück anzeigen lassen sollte, welche Ansprüche geltend gemacht werden könnten.

Unzweifelhaft unter dem Eindruck der preußischen Siege hielt er jetzt den besten Zeitpunkt dafür gekommen, „da die schon lang nachgeführte Prätension auf Jülich, Cleve und Berg pp zu Gunsten des Hauses Sachsen durchgesetzt werden könnte. Die Geschichte und die Erfahrung lehret, wie bei Gelegenheit von Kriegen immer die mehresten Prätensionen, welche man sonst zur Vermeidung eines Kriegs hat schlafen lassen, geltend gemacht worden“, meinte er und verwies u. a. auf die diesbezügliche Stelle im Münsterischen Frieden (1648) Art. IV. § 46. Jetzt sei bereits Krieg, die Vermeidung eines solchen insbesondere jener Sache wegen komme nicht mehr in Betracht. Man müsse nun auf das *Ius potius* des sächsischen Hauses eingehen und die Urkunden zu dessen Begründung aufsuchen, um nach Zeit und Ort eine förmliche Deduktion darauf zu bauen. Er wollte im Gesandtschaftsarchiv nachschlagen lassen und stellte dem Herzog anheim, ob er im gothaischen Archive nicht die gleiche Nachsuchung anstellen lassen wollte. An Schriften,<sup>488</sup> die er größtenteils kenne, fehle es ohnehin nicht.<sup>489</sup>

Gemmingen scheint aber selbst eingesehen zu haben, daß die Frage der „Jülichischen Sukzession“ mit dem derzeitigen Kriege nichts zu tun hatte, denn er kommt auf seinen Vorschlag nicht wieder zurück und dürfte auch wohlweislich bei seiner folgenden Unterredung mit Hohenthal diese Sache überhaupt nicht erwähnt haben.

---

486. Kriegs-A I Bl. 220, RG 86 vom 24. September 1792.

487. Ebenda Bl. 223, RG 87.

488. Aufgeführt bei B. G. Weinart, Litteratur des Staatsrechts und der Statistik von Sachsen, I. Theil Meissen 1802, S. 90—96.

489. Kriegs-A I Bl. 225 f., RG 88 vom 28. Sept. 1792. — Dieser Bericht ist ein Beweis für das mangelnde Verständnis der gothaischen Politik und die Begrenztheit der Logik Gemmingens. — Vgl. o. S. 59.

Auf des Herzogs Schreiben antwortete er,<sup>490</sup> weder die kur-sächsische noch die kurbraunschweigische Instruktion sei eingetroffen; wenigstens die erstere sei abzuwarten, ehe anderen Höfen anzuraten wäre, einen endlichen Entschluß zu fassen. Ueber die Instruktion der kaiserlichen Minister hoffte er vom Konkominissar, bei dem er am Berichtstage speisen sollte, Näheres zu erfahren. — Am Tage zuvor war er bei Hohenthal, um nach dessen Instruktion zu fragen und mit ihm über seinen Entwurf zu sprechen. Gemmingen ist ehrlich genug mitzuteilen, daß sein Kollege eine Kriegserklärung an die Krone Frankreich als notwendig bezeichnete und ihm seine Aeüßerung zu Punkt II auch nicht gefiel; doch habe er das spätere Einlenken Gemmingens mit einer Art von Befriedigung wahrgenommen. Im übrigen waren beide gleicher Meinung. — Nach der Ratssitzung konnte Gemmingen aber nur eine kurbraunschweigische Erklärung einsenden, die Ompteda verlesen hatte.<sup>491</sup>

Kurz nach diesem Berichte traf in Gotha auch die Antwort von Hannover auf das Ministerialschreiben ein.<sup>492</sup> Das Ministerium erwartete noch die Entschließung des Königs, dessen Gesinnungen im allgemeinen auch in Gotha schon bekannt seien.<sup>493</sup> Man sollte sich den ähnlichen Vorgang von 1674<sup>494</sup> als Anleitung nehmen; alle vorigen Friedensschlüsse zwischen Frankreich und dem deutschen Reiche aufzuheben sei sehr gefährlich, jeder Völkerrechtspraxis zuwider und würde das Reich in eine unabsehbare bedenkliche Verwicklung ziehen. Sofort nach Erhalt der königlichen Befehle wolle man das Weitere mitteilen; bis dahin riet das hannöverische Ministerium dem Herzog, die Instruktion nach Regensburg zurückzuhalten, was vermutlich auch von anderen Höfen geschehe.<sup>495</sup> Man bat, die

---

490. Kriegs-A I Bl. 327 ff., RG 89 vom 1. Oktober 1792.

491. Kriegs-A I Bl. 230, Beilage A zu RG 89. — Pol. Journal 1792 S. 1138.

492. Kriegs-A I Bl. 234 f., Min-Schreiben vom 4. Oktober 1792. Vgl. Schick S. 59 nebst Anm. 83.

493. Durch das Min-Schreiben vom 15. Juni, s. o. S. 97 f.

494. Bekanntlich trat damals das Deutsche Reich (im „Raubkrieg Ludwigs XIV. gegen Holland“) der europäischen Koalition gegen Frankreich bei.

495. Vgl. Schick S. 58 ff. nebst Nachweisen, dazu pol. Journal 1792 gelegentlich.

gothaische Komitialgesandtschaft zur „Unterhaltung eines beständigen Konzerts“ mit der Hannovers anzuweisen, die Ompteda vollständig erwidern werde. Auch lag eine Abschrift der Antwort des hannöverischen Ministeriums an das Berliner (auf das gleiche Schreiben, das Gotha abschriftlich mitgeteilt hatte) bei;<sup>496</sup> aus dem angegebenen Grunde habe man keine Möglichkeit der Äußerung gehabt.

Diese Antwort Hannovers an Berlin wurde als Vorbild für die gothaische vom 12. Oktober<sup>497</sup> genommen. Gleichzeitig dankte man dem hannöverischen Ministerium; der Herzog wolle ohnehin nichts überstürzen, werde also auch wegen Einholens weiterer Aufschlüsse über die Gesinnungen vertrauter Höfe noch einige Zeit mit Instruktionserteilung warten; er bitte um nähere Mitteilung von der Entschliebung Sr. Majestät.

Das Ministerialschreiben nach Berlin entschuldigte die Verzögerung<sup>498</sup> und gab die vorläufige Zusicherung, daß der Herzog sich seiner reichsständischen Obliegenheit keineswegs entziehen, vielmehr alles zur „Zernichtung der feindlichen Absichten“ Erforderliche mit anzugehen bereit sei, bezüglich der vorgeschlagenen Maßregeln sich die älteren Vorgänge in ähnlichen Fällen zur Leitung dienen lasse und danach in Erwägung, daß das Protokoll nach dem 20. Oktober<sup>499</sup> noch einige Zeit offen bleibe, die Komitialgesandtschaft zeitig genug instruieren werde.

Mit dieser nichtssagenden Antwort legte man sich in keiner Weise fest und gewann außerdem Zeit. Deutlicher teilte man Weimar und Meiningen mit: Die wichtige Sache erfordere äußerste Vorsicht, man glaube die Instruktionserteilung nicht übereilen zu dürfen, sich vielmehr der Gesinnungen vorstimmender, zumal mächtigerer Stände (Meiningen gegenüber werden hier die Kurhöfe von Dresden und Hannover genannt) versichern zu müssen, wozu die Offenhaltung des Protokolls noch Zeit gebe.

---

496. Kriegs-A I Bl. 236, datiert vom 28. September 1792.

497. Kriegs-A I Bl. 242—245 alle vier Min-Schreiben in der Reihenfolge: an Min. Berlin, Hannover, Weimar und (gleichfalls mit Entschuldigung der Verzögerung) an Meiningen.

498. Mit den o. S. 102 angegebenen Gründen (Aufenthalt in Altenburg und Einziehung näherer Erkundigungen usw.).

499. Ein kleiner Irrtum, der Verlaß war auf den 22. (RG. 81, s. o. Anm. 477) genommen.



Während man nach Meiningen nur allgemein bemerkte, es sei bekannt, daß einige Höfe ihre Instruktion nicht so schnell geben würden und man sich immer über das Benehmen der Stände bei ähnlichen Angelegenheiten aus älteren Akten zu unterrichten habe, auch um weitere Kommunikation ersuchte, bat man Weimar, sich über Kursachsens Meinung zu informieren und das Ergebnis mitzuteilen, wofür man im gegenseitigen Vertrauen die vorläufige Antwort auf ein Ministerialschreiben nach Hannover beilegte.<sup>500</sup> Weiter schlugen die Gothaer Geheimen Räte eine mündliche Besprechung beider Ministerien über die Modalitäten bei Aufstellung des Reichskontingents und über andere im Hofdekret vorgelegte oder sonst zu erwägende Punkte vor, wenn die Sachen zur Reife gediehen seien. Man dachte an eine Zusammenkunft in Erfurt, ließ diese Ortsbezeichnung aber dann doch im Schreiben fort.<sup>501</sup>

Gotha wollte also eine Hauskonferenz (mit Meiningen, Coburg-Saalfeld und Hildburghausen) noch vermeiden und die Führung dieser Nebenlinien behalten mittels weiterer Kommunikationen, hielt aber auch ein Zusammengehen mit Weimar für notwendig und schlug dabei den Weg gemeinsamer Besprechungen ein.<sup>502</sup> Man rechnete auch schon mit der Erklärung des Reichskrieges, und die von Gemmingen eingesandten Instruktionen und Reskripte anderer Höfe, vor allem aber das ihm von Görtz mitgeteilte brandenburgische Votum, das zweifelsohne mit den kaiserlichen Ministern verabredet worden war, konnten diese Meinung nur bestätigen. Aber einen Entschluß wollte man erst nach Erhalt der kurbraunschweigischen Instruktion fassen. Daher entschuldigte sich Ernst II. bei dem Coburger Vetter, der nicht einseitig vorgehen wollte, und deshalb um Mitteilung seiner Meinung bat, damit, daß seine gleich anfangs aus dem gleichen Grunde geplante Kommunikation nur durch das Abwarten von Erkundigungen gehindert worden sei; er hoffe, solche bald zu erhalten, und bat um kurze Nachsicht wegen seines Votums.<sup>503</sup>

---

500. Das vom 4. Oktober 1792 (s. o. Anm. 492).

501. Im Entwurf durchgestrichen.

502. S. u. S. 114.

503. Kriegs-A I Bl. 262 f., Coburg den 16. Oktober 1792, ps 20. Oktober; die Antwort vom 22. Oktober ebenda Bl. 264.

Was die erwähnte Anregung Weimars wegen einer Geltendmachung der Forderungen an Frankreich, die aus dem siebenjährigen Kriege herrührten, betraf, so wurde Weimar gegenüber schriftlich nichts weiter erwähnt; doch sandte man jenes Schreiben abschriftlich nach Meiningen mit dem Zusatz, daß man für nötig hielt, Baron von Grimm, der die damaligen Verhandlungen betrieben habe, um seine Meinung zu befragen.<sup>504</sup> Grimm dürfte aber abgeraten haben, und der baldige Umschwung der politischen Lage durch den Rheinübergang Custines machte die ganze Angelegenheit illusorisch. —

Das hannöverische Ministerium konnte unterm 20. Oktober<sup>505</sup> die „Substanz der Instruktion“ nach Gotha mitteilen. Die darin geäußerten Ansichten des Königs lagen gänzlich in der Linie der früheren Mitteilungen, stellten die völlige Uebereinstimmung mit den Gedanken des Hofdekrets fest und gipfelten in zwei Sätzen, die zusammengefaßt die Antwort auf die erste Frage des Hofdekrets ergaben: 1. Der König hielt das deutsche Reich jetzt für berechtigt, „den status quo in Elsaß und Lothringen dermalen mit gewaffneter Hand herzustellen“; 2. die im Hofdekret ausdrücklich reklamierte Reichsgarantie müsse gewährt werden und sei der eigentliche Gesichtspunkt der ganzen Sache; Hannover lehnte aber die förmliche Kriegserklärung und noch stärker (II) die Aufhebung der bisherigen Friedensschlüsse ab, forderte (III) das Duplum<sup>506</sup> und wollte die Bestimmung des Kommandos dem Kaiser mit Genehmigung des Reiches überlassen (IV). Da jeder Stand für sein Kontingent sorgen müsse, sei die Entschließung und Bewilligung zu einer KKOK auszusetzen (V). Bei Punkt VIII hieß es, daß „über die Neutralität das Reichsverband bereits völlig“ entscheide und es dabei bleiben solle, um aller Mißdeutung vorzubeugen. Nur zu VI und VII war man im wesentlichen mit Kurbrandenburg einer Meinung.

In Gotha erkannte man den Widerspruch der Haltung Hannovers zu der Berlins in den wichtigsten Punkten deutlich und

---

504. Ebenda Bl. 256, Min-Schreiben vom 15. Oktober 1792. — Weiteres in dieser Angelegenheit (vgl. auch o. S. 99, Gutachten Sodens, nebst Anm. 457) aktenmäßig nicht nachweisbar.

505. Kriegs-A I Bl. 275 mit Beilage (Substanz...) Bl. 276—278, sehr ausführlich. Vgl. o. S. 106 f. mit Nachweisen.

506. Das Duplum der Reichsarmee ist der eigentliche Kriegsfuß.

hatte eine dritte Meinung in Gemmingens Gutachten vor sich, dessen zweiter Teil am 22. Oktober<sup>507</sup> von Regensburg abging; was davon beibehalten oder abgeändert werden sollte, überließ der Gesandte höherem Ermessen, zumal er selbst einsah, am Schlusse zu scharf vorgegangen zu sein. Er wünschte eine weitere Ausarbeitung des Votums in Gotha, wenn nur seine Grundlage, „besonders in Ansehung der allgemeinen Kriegskasse“ dabei beibehalten werde.<sup>508</sup> Die Beratung war wegen Erkrankung des kurmainzischen Gesandten an Podagra ausgesetzt worden.<sup>509</sup>

In seiner weiteren Abstimmung wollte Gemmingen sich zur Frage VI des Hofdekrets auf seine vorige Äußerung<sup>510</sup> beziehen, zu III—V teils Magdeburg beitreten, teils hatte er eine eigene Ansicht und riet, für Einzeinheiten vormalige Reichsgutachten zu Grunde zu legen. Ausführlich begründete er, warum er (VII) zwar mit Magdeburg für die Aufrechterhaltung von Briefwechsel und Handel mit Frankreich sei, aber den Buchhandel angenommen und alle französischen Bücher und Schriften verboten haben wollte.<sup>511</sup> Der Schluß des Entwurfes, auf den er sich im Bericht (s. o.) bezieht, ist ein Zusatz zu Punkt VIII: „falls eine Mehrheit denjenigen (Reichsstand), der seine Pflicht mißkennen und untätig bleiben würde, als Reichsfeind wie die Franzosen ansehen und behandeln wollte, sei man auch diesseits (Gotha) einverstanden“. Herzog Ernst hätte freilich solche Zusätze zu Punkt VII und VIII nie gebilligt!

Als weitere Beilage konnte Gemmingen das in der Eile von ihm selbst abgeschriebene kursächsische Votum einsenden.<sup>512</sup> Von besonderer Bedeutung auch für Gotha erwies sich in der Folge die Antwort des Kurfürsten auf Frage IV und V: Jeder Stand solle sein Kontingent selbst stellen, ausrüsten und verpflegen, zur Errichtung einer RKOK aber 30 Römermonate zur

---

507. Kriegs-A I Bl. 279, RG 98 und Beilage A dazu (Fortsetzung des projektierten Voti) Bl. 281—286. Die ausführlichen Begründungen und Einzelheiten können hier wegbleiben.

508. Hierher gehört das o. in Anm. 271 Vorweggenommene.

509. Darüber Schick S. 61 nebst Anm. 91.

510. Im Protokoll; er wollte ja Punkt IV—VII als Nachtrag zum ersten Teil des Votums bringen (s. o. S. 104).

511. Vgl. o. S. 61 und Anm. 269.

512. Kriegs-A Bl. 288, PS ad RG 98 und Beilage C dazu, Bl. 289 f.

Disposition des kommandierenden Reichsgeneralfeldmarschalls zu entrichten haben. Zu Frage VI—VIII äußerte er sich wie Magdeburg, mit dem er auch in Punkt I—III wenigstens sinn- gemäß übereinstimmte.<sup>513</sup>

Zur selben Zeit erhielt Frankenberg von Weimar die Antwort auf das von Gotha angeregte Ministerialschreiben nach Dresden<sup>514</sup> mitgeteilt. Es war gleichen Inhalts mit dem Votum, enthielt aber eine Schlußbemerkung, daß die Komitialgesandtschaft zu vertraulicher Kommunikation mit den Höfen, mit denen der Kurfürst in der „reichsständischen Assoziation“ („Fürstenbund“) stand, angewiesen sei. —

Am 26. Oktober<sup>515</sup> glaubte man am Reichstage noch nicht, daß schnell votiert werde. Die kurbraunschweigische Instruktion brachte für Gotha nichts Neues.<sup>516</sup>

Die Regensburger Verhandlungen und die Haltung einzelner Stände wurde natürlich durch die militärische Lage im Westen stark beeinflusst.<sup>517</sup> Auch in Gotha war das Erscheinen einer französischen Armee unter Custine bekannt geworden; man hatte die Besetzung und Brandschatzung vieler Orte und die Bedrohung mehrerer Reichsstände mit gleichem Schicksal vernommen; dazu liefen viele allgemeine, obwohl unverbürgte Gerüchte „von einer bevorstehenden großen Aenderung in den öffentlichen Angelegenheiten im Reiche“ um. Alles dies ver-

---

513. Dresden war für eine förmliche Kriegserklärung, sah alle Friedensschlüsse als gebrochen an, trat für das Triplum ein (um es zur Sicherung der Reichsgrenzen, Schaffung hinlänglicher Genugtuung für die beeinträchtigten deutschen Reichsstände und Angehörigen und zur Bewirkung einer Vergütung aller durch den Friedensbruch verursachten Schäden und Kosten gegen Frankreich zu gebrauchen) und schlug den Herzog von Braunschweig zum Reichsfeldmarschall mit Generalkommando vor. Ebenda.

514. Priv-A (St. G. A. VII. 70) Bl. 1 f. Min-Schreiben Dresden, 22. Oktober 1792, an Weimar auf dessen Anfrage vom 19. d. M. — Ein Begleitschreiben an Frankenberg fehlt in diesem Aktenband, es wurde ihm vermutlich bei seinem Besuche in Weimar (s. u. S. 114) übergeben.

515. Kriegs-A I Bl. 297 f., RG 100. — Die kurbraunschweigische Instruktion befand sich in andern Händen, so daß Gemmingen nur ihren Inhalt erfuhr. Ebenda.

516. Ebenda Bl. 299 f., RG 101 vom 29. Oktober 1792 und Beilage A, Bl. 301 bis 303. — Vgl. o. S. 108 f. und Anm. 505. — Da das Duplum (s. o. Anm. 506) nicht genügte, hätten er (Gemmingen) und andere auf das Triplum der Reichsarmee angetragen. RG 101.

517. Schick S. 58 f. — Vgl. u. Anm. 519.



mehrte natürlich in Gotha noch die Anstände wegen einer Stellungnahme zum Hofdekret, worauf wir im nächsten Abschnitt zu sprechen kommen.<sup>518</sup>

### 3. Der Beitritt des Herzogtums zum Reichskriege gegen Frankreich.<sup>519</sup>

Obwohl man in Gotha durchaus in der Lage war, dem Komitialgesandten eine Instruktion zu erteilen, so hatten sich doch die Gründe zu einer Zurückhaltung der eigenen Meinung, wie wir sahen, noch vermehrt. In diesem Sinne ergingen am 29. Oktober 1792 herzogliche Schreiben an Gemmingen und Coburg-Saalfeld sowie ein Ministerialschreiben an Meiningen.<sup>520</sup>

Im Einverständnis mit Weimar<sup>521</sup> wurde dem Gesandten mitgeteilt, daß man die Klärung der Lage abwarten wollte, zumal die Beratung am 22. Oktober ausgesetzt worden und im letzten Berichte<sup>522</sup> gar nicht die Rede davon war. Der Herzog erkannte in wohlwollenden Worten Gemmingens Bemühungen an, einige der vornehmsten kurfürstlichen Voten zu Händen zu bringen; die Instruktion wäre auch sofort erfolgt, wenn nicht die unvermuteten Ereignisse am Rheine und die Rücksicht auf die dort betroffenen Reichsstände ihn bewogen hätten, sie zurückzuhalten. Man meinte in Gotha, daß jede Uebereilung der ständischen Stimmabgabe in dieser wichtigen Angelegenheit<sup>523</sup> die nahegelegenen Stände einer großen Gefahr und den bedenk-

---

518. Das hier Vorweggenommene nach den in Anm. 520 aufgezählten Schreiben.

519. Zu diesem Abschnitt vgl. Häuser I S. 373 ff. — Heigel II, 50 ff.; Hoff I S. 135. — Kiewning S. 40 ff. — Pol. Journal 1792 (s. Register). — Girtanner, hist. Nachr. IX ab S. 390 u. X verschiedentlich. — Deutsche Zeitung 1792 Sp. 850 ff., 854 f. und 1793 Sp. 228 f., 479 f. — S. besonders Schick S. 59 ff. — Vgl. u. Anm. 540.

520. Kriegs-A I Bl. 291 f. (Ernst II. an Saalfeld-Coburg), 295 f. (Ernst II. an Gemmingen) und 293 f. (Min-Schreiben nach Meiningen). — Die Schreiben nach Coburg und Meiningen sind inhaltlich fast gleich und berücksichtigen das an Gemmingen mit.

521. S. u. S. 114 f.

522. Wohl RG 99 (nicht in den Hauptakten), s. folgende Anm.

523. So nach Meiningen und Coburg. — An Gemmingen heißt es: Beratschlagungen über die Aufstellung des Reichskontingents. — RG 100 vom 26. Oktober 1792 (s. o.) dürfte erst nach Abgang der Schreiben eingelaufen sein.

lichsten Folgen ohne Not aussetzen, und daher dem Hauptzwecke mehr nachteilig als förderlich sein würde, da für die betroffenen Reichsstände noch keine Hilfe abzusehen,<sup>524</sup> und deren freie Stimmabgabe durch den Druck der Umstände gänzlich behindert sei. Gemmingen sollte diese Meinung dort, wo er es ratsam und zuträglich finde, behutsam und vertraulich eröffnen und über alle Vorgänge, auch über die ihm bekannt werdenden Gesinnungen anderer Reichsstände bei dem unerwarteten Ereignisse und vom Fortgang der Beratungen ungesäumt berichten.

So besorgt der Herzog wegen der Lage seiner am Rheine begüterten Mitstände war, so wenig glaubte er an eine unmittelbare Gefahr für seine Lande, im Gegensatz zu seinem Schwager Georg von Meiningen.<sup>525</sup> Dieser rechnete bereits mit einem Durchmarsche französischer Truppen durch die sächsischen und fränkischen Lande und hielt ein genaues Einverständnis aller sächsischen Häuser, wie bisher, für notwendig und zweckmäßig. Er schilderte seine bisherigen Maßnahmen und bat Ernst II. um Mitteilung der seinigen und der sonstigen Meinungen und Entschlüsse. Dieser glaubte, bei den damaligen Zeitläuften zwar überhaupt alle mögliche Vorsicht anwenden, einen französischen Durchmarsch aber noch nicht besorgen zu müssen, und wollte sich im Notfalle nach Zeit und Umständen richten. Beide Herzöge hielten es für das beste, in einem solchen Falle unter gegenseitiger Mitteilung aller Maßnahmen den durchgehenden Truppen freundlich und gutwillig zu begegnen, um die Last der Untertanen erträglicher zu machen und größeres Unheil zu verhüten, aber Ernst II. hielt „eine jede diesfallsige vorläufige

---

524. „...oder das Reich durch Vorrückung eines beträchtlichen Teils einer oder andern der combinirten Armeen gedeckt werden solle...“ So nach Meiningen und an Gemmingen, wo vorher unter Bezugnahme auf eine Anmerkung desselben eingeschaltet wird: „...oder zu hoffen steht, daß solche in kurzem erfolgen könne, oder...“ — Nach Coburg wurde diese ganze Stelle (Anm. 524) weggelassen. — Zu dieser Kritik an der Kriegsführung vgl. Häusser I S. 393.

525. Kriegs-A I Bl. 306—308, Schreiben Georgs vom 30. Oktober 1792, ps am 4. November, und Antwort Ernsts II. vom 5. November 1792. — Die bisherigen Maßnahmen beider Herzöge bestanden hauptsächlich in einer scharfen Fremdenkontrolle usw.

öffentliche Ankündigung in mancherlei Betracht für bedenklich und schädlich“.<sup>526</sup>

Dieses Schreiben dürfte in Meiningen beruhigend gewirkt haben, zumal Ernst II. zum Schlusse nochmals freundschaftliche Kommunikation im Falle eines solchen Durchmarsches versprach und seinen Schwager um Gleiches ersuchte. Kurz darauf rieten die gothaischen Geheimen Räte den Meininger Kollegen, sich im Fränkischen Kreise der Mehrheit anzuschließen, und baten um eine Mitteilung der dort gefaßten Beschlüsse.<sup>527</sup> —

Bei den Regensburger Verhandlungen zeigte es sich, daß die gothaischen Befürchtungen begründet waren.<sup>528</sup> Gemmingen war damals unpäßlich und konnte zwar den Sitzungen beiwohnen, aber nur das Wichtigste berichten.<sup>529</sup> Aber inzwischen war, nach der Einnahme von Mainz und Frankfurt durch Custine, Frankenberg in Weimar gewesen und hatte dem Ministerium seine Aufwartung gemacht.<sup>530</sup> Er legte dort seine Ansicht über die französische Revolution dar und riet, beim kursächsischen Ministerium vorzuschlagen, der Kurfürst möchte ein Korps seiner Truppen an die Grenze des Obersächsischen Kreises, oder mindestens seiner thüringischen Lande vorrücken lassen, um sie gegen die „neuen frechen Republikaner“ zu sichern, wenn sie ihre Streifzüge bis ins mainzische Erfurt ausdehnen sollten.<sup>531</sup>

---

526. Dies bezieht sich auf folgenden Satz in Georgs Brief: „Nicht minder sind an allen Aus- und Eingängen der diesseitigen Orte und Dorfschaften gedruckte Zettel, woraus zu ersehen, daß solche zu den hiesigen Herzogl. Meiningischen Landen gehörig, angeschlagen worden. A. a. O. Bl. 306.

527. Ebenda Bl. 312—314, Min-Schreiben Meiningen, 3. November 1792, an Gotha, ps 8. November, und Antwort vom 9. November 1792. — Gotha brauchte sich nicht zu den geheimen Beratungen jenes Kreises zu äußern, da es nicht Fränkischer Kreisstand war wie Meiningen (s. o. S. 35).

528. Schick S. 60 ff. und dortige Verweise.

529. Kriegs-A I Bl. 309, RG 102 vom 1. November, und 315 f., RG 103 vom 5. November 1792. — Ueber die Beilage (317) s. u. „Konklusum-Projekt“.

530. Wohl gegen Ende Oktober, zwischen dem 21. und 29. X. oder zwischen dem 29. Oktober und 2. November, an welchen Tagen Frankenberg auf dem Friedenstein speiste (Fourierbuch 1792 IV). Er selbst gibt das im Text angeführte Datum (Nachweise s. u.). Richtgebend sind ferner die Daten der Schreiben an und von Weimar (s. o. Anm. 514 und u. 534) in den Priv-A. — Im Fourierbuch Weimar 1792 ist ein Besuch Frankenburgs (bei Hofe) in dieser Zeit nicht erwähnt.

531. Kriegs-A II Bl. 32 (s. u. S. 127 Hinweis im „Text und Anm. 594, vgl. u. Anm. 538).

Später trafen sich Frankenberg und Fritsch in Erfurt, ohne daß ein genaues Datum zu bestimmen wäre; Frankenberg kommt in der PK gelegentlich auf beide Besprechungen zurück.<sup>532</sup>

Weimar hatte sich, teils dem gothaischen Wunsche und teils der eigenen Sorge vor einer Beunruhigung durch die Franzosen zufolge, bei Kursachsen direkt Rat geholt und berichtete unterm 6. November darüber an die Gothaer Geheimen Räte.<sup>533</sup> Kursachsen hatte auf das Weimarer Ministerialschreiben vom 27. Oktober<sup>534</sup> unterm 1. November geantwortet und sich auf Anweisungen bezogen, die der Kurfürst als kreisausschreibender Fürst des Obersächsischen Kreises bereits am 23. Januar 1792 an seine Mitstände<sup>535</sup> erlassen hatte, worauf er aber von keiner Seite eine Nachricht „von den zu Erreichung dieses Zwecks getroffenen Vorkehrungen“ erhalten habe; im Verfolge der Bewegungen der Franzosen von Mainz aus habe er die vorläufige Veranstaltung getroffen, um nach Erfordernis der Umstände seine Lande zu decken,<sup>536</sup> wodurch er den Wunsch Weimars zu erfüllen und seine eigene Absicht zu erreichen hoffte. Nötigenfalls werde sich der Kurfürst mit seinen Kreismitständen, besonders den fürstlich sächsischen Häusern, über die gemeinschaftliche Verteidigung weiter vernehmen. Weimar hatte für diese Beruhigung gedankt und erklärt, daß man der zugesagten weiteren Vernehmung mit Vergnügen entgegen sehe und es an Mitwirkung nicht fehlen lassen werde.<sup>537</sup>

In einem Postskript teilte Weimar Gotha mit, daß man auch wegen der kursächsischen Instruktion für Regensburg (s. o. S. 108) in Dresden angefragt und das betreffende „Inserat“ ver-

---

532. PK Bl. 61, Gotha 22. Februar 1794 u. ö.

533. Kriegs-A I Bl. 318 u. 320, ps 9. November 1792, inliegend die Abschrift des weiter unten angeführten Min-Schreibens Dresden an Weimar vom 1. November, ps 5. November, Bl. 319. — Zu beiden PS (Bl. 321 u. 320) mit „Inserat“ Dresden, 1. November 1792, nach Regensburg (s. Text).

534. Abschrift in Priv-A Bl. 8 f. „In Weimar von Fritsch erhalten“, Vermerk Frankenburgs ebenda. Vgl. o. Anm. 530.

535. Im St. G. nicht aufgefunden; es muß sich um einen Erlaß im Verfolg eines kaiserlichen Schreibens vom 3. Dezember 1791 an die kreis-ausschreibenden Fürsten handeln, vgl. Reuß XXXVI. S. 86—89.

536. S. pol. Journal 1792 S. 1195, 1236, 1324 und 1793 S. 106.

537. Weiter heißt es, man sei „vorläufig versichert, daß der fürstlich Sachen-Gothaische Hof ein Gleiches zu tun sich bereit und willig finden lassen werde“. Priv-A Bl. 9.



traulich mitgeteilt bekommen habe; darin erachtete der Kurfürst eine nähere Ueberlegung der Finalentschließung in den französischen Angelegenheiten beim Reichstag für notwendig und behielt sich Weiteres vor. Weimar hatte seinerseits den Grafen Görtz wiederholt zu genauer Befolgung der ihm zuletzt erteilten Instruktion angewiesen.<sup>538</sup>

Zur gleichen Zeit erklärte Coburg-Saalfeld, in völliger Uebereinstimmung mit Gotha, seinem Reichstagsgesandten noch keine Instruktion erteilt zu haben, und bat um weitere Kommunikation.<sup>539</sup>

In Regensburg kamen die Beratungen „in materia belli“ schließlich am 16. November wieder in Gang,<sup>540</sup> nachdem der kurböhmische Gesandte eine Meldung aus Wien erhalten und bekannt gemacht hatte, daß die Grenzen durch zwei Korps gedeckt würden.<sup>541</sup> Gemmingen gab auf seine Anweisung vom 29. Oktober<sup>542</sup> hin die Worte „noch nicht instruiert“ im Fürstenrate zu Protokoll; ein Nachtrag sei allenfalls auch nach dem Kon-

---

538. Vgl. die Abschrift eines Schreibens Karl Augusts an Görtz vom 28. Oktober 1792 in Priv-A Bl. 3 f. mit Bl. 8 f. ebenda (s. o. Anm. 534), wo gesagt wird, Custines Vorrücken bedrohe (Fulda), Hessen (Franken), vielleicht gar Thüringen (das mainzische Erfurt). Das Schreiben an Görtz drückt Pessimismus über eine Einigung am Reichstage und Erwartung großer Veränderungen an den Höfen und bei den Abstimmungen aus; im übrigen vertritt Weimar die gleiche Meinung wie Gotha im Schreiben an Gemmingen vom 29. Oktober 1792 (s. o. Anm. 520).

539. Kriegs-A Bl. 323. Der Herzog an Ernst II., 5. November 1792.

540. Zum Folgenden vgl. neben Schick usw. (o. Anm. 519) besonders „Das deutsche Reich in Waffen gegen Frankreich“ in Girtanners pol. Annalen II S. 1—19 nebst gelegentlichen Aktenveröffentlichungen ebenda Bd. II ff. — Neueste Staatsanzeigen VI S. 952 ff. — Ferner Eggers V S. 205—246 („Neueste Reichstags-Verhandlungen über die Elsasser Angelegenheit und den Reichskrieg gegen Frankreich“), wo die Abstimmungen im Kurfürstenrate vom 16. u. 23. November, die Konklusa und das Reichsgutachten enthalten sind. — Girtanner, hist. Nachr. X S. 407.

541. Kriegs-A I Bl. 324 f., RG 104 vom 9. November 1792. — Die Erklärung eingesandt mit RG 105 vom 12. November, Beilage A, ebenda Bl. 328 f. — Vgl. Girtanner, hist. Nachr. X S. 404 ff. — Pol. Journal 1792 S. 1196 ff. — Die Meldung aus Wien dürfte das Schreiben Ph. Cobenzls an Borié, Wien 5. November 1792 sein, welches Vivenot, Quellen II S. 336 abdruckt.

542. S. o. Anm. 520. Er erhielt sie erst am 6. November. Kriegs-A I Bl. 333, RG 108 vom 18. November 1792.

klusum möglich, wie es schon früher geschehen sei.<sup>543</sup> An diesem Tage kam man beim Aufrufe bis Holstein-Glückstadt, es schien eine Mehrheit auf „Führung des Kriegs zu seiner Zeit“ erreicht zu sein.<sup>544</sup> Unterm 18. November meldete der Gesandte, daß die Mehrheit im Kurfürstenkollegium und ihren Stimmen im Fürstenrate entsprechend wohl auch dort für den Krieg sei; man hätte allerdings nicht so zu eilen brauchen, zumal die Reichsarmee nicht so geschwinde zusammenkomme. Hilfe sei nur von den kaiserlichen, preußischen und alliierten Truppen möglich, daneben eine Deckung der Grenzen entsprechend den Maßnahmen Hannovers, Kursachsens<sup>545</sup> und Pfalz.<sup>546</sup> Bei solchen Umständen und „eminenter Majora für Krieg“ war Gemmingen der unmaßgeblichen Meinung, daß Herzog Ernst nicht zurückbleiben könne, und stellte anheim, ob nicht 1. er auf Führung des Krieges ähnlich wie Magdeburg stimmen solle und 2. der Herzog ebenso wie Hannover und Kursachsen sogleich eine Anzahl Truppen gegen die Grenze vorrücken lassen wolle? Wenn er Instruktion durch Stafette erhalte, könne er vielleicht noch vor dem Konklusum votieren, was freilich schicklicher wäre, als erst nachher diesem beizutreten, „da ich dann noch wünschte, bei Ablegung des Voti sogleich mit anzeigen zu können, daß Höchstdieselben bereits Truppen haben vorrücken lassen“. Doch stellte er alles höheren Einsichten anheim.<sup>547</sup>

Nach der Ratssitzung teilte er noch mit, daß bereits durchvotiert und vom Direktorium auf Beschluß angetragen worden sei.<sup>548</sup> Konklusa und Reichsgutachten waren nicht mehr zweifelhaft: Das Triplum wurde bewilligt und sofortiges Vorrücken der Truppen gefordert.<sup>549</sup> Das Ratifikationsdekret folgte ver-

---

543. Ebenda Bl. 330, RG 106 vom 15. November 1792 angekündigt. — Die Stelle im hs Protokoll vom 16. November (s. u. Anm. 549) ebenda Bl. 350.

544. Ebenda Bl. 332, RG 107 vom 16. November 1792.

545. S. o. Anm. 536.

546. Darüber die Arbeit von Schrepfer.

547. Kriegs-A I Bl. 333 f., RG 108 (s. o. Anm. 542).

548. Ebenda Bl. 335, PS ad RG 108, datiert 19. November 1792.

549. Ebenda Bl. 369, RG 110 vom 23. November 1792, und 378, RG 111 vom 26. November 1792. — Schick S. 62. — Protokolle und Konklusa sandte Gemmingen im Laufe des November ein als Beilagen zu RG 109—111, Kriegs-A I Bl. 339 mit Unterbrechungen bis 410. — Vgl. Pol. Journal 1792 mehrfach; das Reichsgutachten vom 23. November 1792 abgedr. ebenda S. 1271 f., Girtanner, hist. Nachr. X S. 407 ff. u. Eggers a. a. O. S. 238—246.

hältnismäßig rasch (22. Dezember 1792)<sup>550</sup> und hatte die üblichen Erlasse an die Reichskreise usw. zur Folge.<sup>551</sup>

Die drei Berichte Gemmingsens vom 16., 18. und 19. November<sup>552</sup> wurden unterm 24. November mit einem langen Ministerialschreiben Weimar mitgeteilt.<sup>553</sup> Die sächsischen Höfe, meinte Gotha, könnten nun nicht länger Anstand nehmen, ihre Gesandten zu instruieren; man hätte vor der Stimmabgabe aber gerne noch die Weimar von Dresden zugesagte Mitteilung der Instruktion an Hohenthal abgewartet, die versprochenermaßen nach Gotha weitergegeben worden wäre. Man wollte nun bei keinem der vorstimmenden mächtigeren Höfe, besonders wegen der mit einigen gepflogenen Kommunikation, anstoßen; obwohl Gemmingsen geraten, wie Magdeburg zu votieren, und gleichwohl dieses Votum einzuschicken vergessen habe,<sup>554</sup> werde er ungesäumt dahin instruiert werden, daß er der im Protokolle bereits vorhandenen Mehrheit völlig beitreten und durch mündliche Äußerung bei den vornehmsten Gesandtschaften die Verspätung der Abstimmung mit der „nach den Hausverträgen notwendigen Kommunikation im fürstlich sächsischen Gesamthause, vor Fassung einer Finalentscheidung“, und deren Verzögerung durch das Vorrücken einer französischen Armee am Rhein entschuldigen sollte, „und wie alle sächsischen Häuser bei allen zweckmäßigen Maßregeln reichsverbandsmäßig bewirken wollten“.

---

550. Ratifikationsdekret: Kriegs-A I Bl. 441—444, Beilage zu RG 120 vom 24. Dezember 1792. Abgedruckt bei Eggers V S. 325—338. — Bibra 9. Jg. 1792 S. 919—930. — Girtanner hist. Nachr. X. S. 410—417. — Pol. Journal 1793 S. 20—27. — Vgl. Hoff I S. 139.

551. Erlasse: Kriegs-A I Bl. 447—451, Beilage zu RG 121 vom 27. November 1792. Abgedruckt Girtanner, hist. Nachr. X S. 417—424, pol. Annalen II S. 10—17. — Pol. Journal a. a. O. S. 27 f. — Eggers, a. a. O. V S. 338—356, auch VI S. 1022—1030.

552. Nämlich RG 107, 108 und PS ad RG 108 (s. o.) auszugsweise; diesbezügliche Anweisungen am Schluß des Min-Schreibens an Weimar (folg. Anm.) und bei den angeführten RG.

553. Kriegs-A I Bl. 362—365, danach der erste Entwurf mit Ergänzungen Frankenbergs Bl. 366—368.

554. Gemmingsen wird angenommen haben, daß die unterm 13. September (s. o. S. 102) eingesandte kurbrandenburgische Erklärung genügt habe, zumal Ernst II. am 28. September Brandenburg nicht weiter erwähnte (s. o. S. 104).

Zu dem Antrag Gemmingens wegen Vorrückens einer Anzahl Truppen an die Grenzen glaubte man in Gotha, daß er anzuweisen sei: falls ihm eine dahingehende Anregung geschehen sollte, zu äußern, wie er einen solchen Schritt „nicht anders als für sehr bedenklich und für die herzoglich sächsischen Lande gefährlich“ ansehen müsse, indem die Stellung ihrer schwachen Kontingente wohl den Feind heranzulocken und das Kriegsglück über die Untertanen herbeizuziehen, nicht aber ihn von den Grenzen abzuhalten und wegzutreiben imstande sein würde. — Das gothaische Ministerium bat auch um baldige Antwort, um dann mit den anderen (sächsischen) Höfen in weitere Kommunikation treten zu können und gleichzeitig bei Herzog Ernst auf Instruierung seines Gesandten, wenn dies den Beifall Weimars gefunden hätte, anzutragen.

Weiter erinnerte Gotha an den alten Wunsch der sächsischen Häuser, die überaus lästige Stellung des Kontingents in natura durch eine freilich den bloßen Unterhaltungsaufwand im Felde übersteigende Geldhilfe an die RKOK zu erstatten,<sup>555</sup> was der inneren Ruhe und Sicherheit zugute kommen und die Gefahr für die Untertanen bei einer feindlichen Ueberziehung vermindern würde, der vielen Schwierigkeiten bei Anwerbung oder Aushebung der abgehenden (d. h. noch fehlenden) Mannschaft gar nicht zu gedenken. Dieser Gedanke müsse nun realisiert werden; man schlug daher vor, daß das weimarische Ministerium das kursächsische über die Tunlichkeit dieses Plans schleunigst befragen und des Kurfürsten Unterstützung und Rat deswegen erbitten solle, „wie diesem Plane bei der Reichsversammlung oder bei den mächtigeren bereits kriegführenden Ständen der erwünschte Eingang und Beifall zu verschaffen sei?“ Wenn Weimar den Vorschlag genehmige und die kursächsische Erklärung beifällig ausfiele, werde man selbst sofort Kurbraunschweig um eine gleiche Verwendung angehen.

Umgehend erfolgte die Antwort Weimars.<sup>556</sup> Man erwartete täglich die Instruktion des Herzogs für Graf Görtz; Karl

---

555. Vgl. hierzu und zum Folgenden Asch a. a. O. S. 12—14.

556. Kriegs-A I Bl. 389—392, Min-Schreiben vom 27. November 1792. — Ich kann im Text nur auf das Wichtigste eingehen, was zur Beantwortung des Gothaer Schreibens dient.



Augusts Abwesenheit werde die von Gotha an die Hand gegebene Entschuldigung, der man sich auf jeden Fall bedienen müsse, noch verstärken. Da die eisenachischen Lande gegen einen französischen Einfall bis jetzt gar nicht gesichert seien, so war man entschlossen, des Herzogs bestimmte Entscheidung darüber abzuwarten, ob man sich stillschweigend die Wirkung der Stimmenmehrheit gefallen lassen oder dieser ausdrücklich beitreten sollte; die Geheimen Räte waren vorläufig, aus dem angegebenen Grunde, für das Erstere.

Vollkommene Uebereinstimmung bestand zwischen Gotha und Weimar darüber, daß die Zusammenziehung von Truppen an den Grenzen für die sächsischen Lande zu gewagt sei.<sup>557</sup> Auch herrschte in Weimar der gleiche Wunsch bezüglich der Ablösung des Reichskontingents durch eine Geldzahlung an die RKOK, doch glaubte man, daß ein solcher Antrag nicht bei der Reichsversammlung zu stellen sei, weil dann viele, wenn nicht der größte Teil der Mitstände sich anschließen würde,<sup>558</sup> er müsse vielmehr bei den beiden Höfen selbst gestellt werden. Wegen der gleichen Bedenklichkeiten wollte Weimar auch Kur-sachsen nicht um Unterstützung angehen; da aber Gotha wohl früher als Weimar mit seiner Abstimmung zum Reichs(fürsten-rats)protokoll hervortreten werde, so könnte der Herzog vielleicht durch seine Gesandtschaft einen Versuch dahin machen,<sup>559</sup> und zugleich das kurbraunschweigische Ministerium deswegen angegangen werden.

Diese ablehnende Haltung scheint in Gotha sehr verstimmt zu haben; es erfolgte weder eine Rückäußerung nach Weimar, noch erging eine Instruktion an Gemmingen, und auch wegen der Ablösung des Reichskontingents unternahm man zunächst keine Schritte, zumal die Aussicht auf Erfolg nicht groß war;

---

557. Es habe den „sogenannten Franken“ (Franzosen) doch sogar in Freundeslanden nicht an Vorwänden gefehlt, Feindseligkeiten durch Erpressungen auszuüben!

558. Wodurch die Absicht der Höfe von Wien und Berlin, denen an der Verstärkung ihrer Armeen durch bewaffnete Mannschaft am meisten gelegen sein müsse, vereitelt oder mindestens erschwert würde. Vgl. dazu u. S. 136.

559. Gemmingen bei Graf Hohenthal in Regensburg? Die Stelle ist unklar. Das Schreiben zeigt überhaupt die Unsicherheit des Weimarer Geheimen Rates.

aus den von Gemmingen im November 1792 eingesandten Protokollen des Kurfürstenrates<sup>560</sup> konnte man auch die ablehnende Haltung Kursachsens ansehen.<sup>561</sup>

Gleichzeitig kam aus Wien ein Alarmruf v. d. Liths, der unterm 28. November eine Erkrankung des Kaisers — Erkältung oder Vergiftung — meldete,<sup>562</sup> bald aber die stete Besserung in seinem Befinden anzeigen konnte.<sup>563</sup> Jene Vermutung war gar nicht abwegig, wurde doch auch bei Leopolds II. Tode von Vergiftung gesprochen,<sup>564</sup> auch sollten die „Illuminaten“<sup>565</sup> den Tod Josephs II. und Leopolds II. verursacht haben und wollten nun auch Franz II. umbringen!<sup>566</sup>

Das Nicht-Abstimmen der sächsischen Herzöge hatte die höchst unangenehme Folge, daß ein preußisches Reskript Graf Görtz befahl, den Ernestinischen Häusern das gerechte Befremden über ihre Haltung auszusprechen.<sup>567</sup> Zuerst wollte Ernst II. sofort nach Erhalt dieser Erklärung<sup>568</sup> unterm 17. Dezember an Gemmingen ein Schreiben erlassen, welches laut einem Postskript so gefaßt war, daß es unbedenklich vorgezeigt werden konnte, besonders dem kurbrandenburgischen Gesandten,

560. Kriegs-A I Bl. 398 ff., Beilagen (Prot. vom 16., 19. und 23. November 1792) zu RG 113 vom 30. November 1792. S. Eggers a. a. O. (o. Anm. 540).

561. Kriegs-A I Bl. 401 f. — Eggers a. a. O. V S. 219 ff.

562. Kriegs-A I Bl. 396, RL 73, ps am 6. Dezember 1792. — Der Tod des Kaisers wäre von unüberschbaren Folgen wegen der Haltung Kurpfalz' (vgl. Schrepfer a. a. O.), welches dann mit Sachsen „Vicariatshof“ sei. Im gleichen Bericht erwähnt v. d. Lith auch Gerüchte von einer „verborgenen Ligue gegen Oesterreich und Preußen“ und sagt: „Es soll Höfe geben, die lieber französische oder russische (Trier, s. o. Anm. 388) Sklaven werden wollen als sich mit jenen beiden Höfen zu Verteidigung der deutschen Freiheit zu vereinigen“.

563. Kriegs-A I Bl. 411—413 f., 429, RL 74 und 76—78 vom 1. bis 12. Dezember 1792.

564. Girtanner, pol. Ann. I S. 12.

565. Ernsts II. Beziehungen zum „Illuminatenorden“ s. o. Anm. 169.

566. „Lithische Berichte“ (AAA III. 69, s. o. Anm. 87) Bl. 303 ff. RL 79 vom 15. Dezember 1792. Vgl. auch ebenda die folgenden RL.

567. Kriegs-A I Bl. 414, RG 116 vom 13. Dezember 1792, mit Beilage B, Reskript vom 27. November 1792, Bl. 416.

568. Ebenda Bl. 415, Beilage A zu RG 116, Erklärung Görtz' vom 10. Dezember 1792

dem allenfalls eine Abschrift gegeben werden sollte.<sup>569</sup> Da aber das kaiserliche Ratifikationsdekret vom 22. Dezember (s. o.) noch ein Reichsgutachten über die Errichtung einer RKOK forderte,<sup>570</sup> und da bei dieser Beratung die sächsischen Häuser Gelegenheit hatten, auch ihre Abstimmungen „in materia belli“ nachzuholen, so wollte der Herzog sich Preußen gegenüber lieber durch die Tat als durch Worte rechtfertigen, sodaß durch die neue Instruktion an Gemmingen vom 28. Dezember 1792 (s. u.), die Coburg, Meiningen und Weimar noch am gleichen Tage mitgeteilt wurde,<sup>571</sup> jenes Reskript an Gemmingen samt Postskript überflüssig wurde und daher nicht abging.

Coburg gegenüber<sup>572</sup> betonte Ernst II., daß eine Absendung dieses Schreibens (an Gemmingen) nicht ohne vorhergegangene Kommunikation erfolgt wäre, und diese würde fortgesetzt, wenn es zur neuen Beratung (über die RKOK) kommen werde, wobei der völlige Beitritt zum Konklusum vom 23. November erfolgen könne. Ebenso schrieben die gothaischen Geheimen Räte nach Weimar; die preußische Aeußerung sei mit der reichsständischen Stimmfreiheit nicht wohl vereinbarlich; der Abgang des zuerst geplanten Reskripts sei aus verschiedenen „Ew. Exz. am besten bekannten Rücksichten“ unterblieben,<sup>573</sup> ob und wie Weimar dieser ganz „unverfänglichen Maßnehmung“ beitreten wolle? Diese „Maßnehmung“ ist die erwähnte Instruktion für Gemmingen, welche wiederum nur eine vorläufige war: Die den plötzlich eingetretenen Umständen sehr angemessene

---

569. Ebenda Bl. 417—419 und (PS) 420, nicht abgegangen laut Vermerk, vgl. Text.

570. Entsprechend Punkt V des Hofdekrets vom 1. September 1792, dessen Beratung sich noch lange hinzog. S. o. S. 101 f. und Anm. 475.

571. Kriegs-A I Bl. 433—436, zuletzt die Instruktion an Gemmingen.

572. Der Herzog von Coburg hatte unterm 19. Dezember, ps. 25. Dezember 1792, Kriegs-A I Bl. 431 f., mitgeteilt, er habe der gothaischen Kommunikation, die ihm laut Schreiben vom 29. Oktober (o. S. 112) versprochen worden sei, vergeblich entgegengesehen, und bat nun nochmals um Mitteilung der Meinung Ernsts II. über das abzulegende Votum, aber auch über die Stellungnahme dem preußischen Befremden gegenüber. — Nach Meiningen wurde dieser Briefwechsel mit Coburg (die Antwort Gothas s. vorige Anm.) und mit der Instruktion an Gemmingen abschriftlich mitgeteilt.

573. Wohl die Bestrebungen, durch eine Geldzahlung an Preußen um die Stellung des Kontingents in natura herumzukommen. Deshalb waren Thümmel und Grimm im Hauptquartier zu Frankfurt a. M. S. u. S. 136.

Eile, mit der über den Punkt der schleunigen Aufbringung des Kontingents beraten, Beschluß gefaßt und sofort ein Reichsgutachten erlassen worden sei, bevor im fürstlichen (sächsischen) Gesamthause ein „desfallsiges Einverständnis“ erzielt worden sei, habe den Herzog an der Ablegung seiner Stimmen verhindert. Zwar sei Gemmingen die reichspatriotische Haltung Gothas aus verschiedenen Reskripten, auch aus seiner Abstimmung in der Elsasser Sache satksam bekannt und von jedermann anerkannt; aus dem mit seinem Berichte vom 24. Dezember<sup>574</sup> eingesandten Ratifikationsdekret habe man aber ersehen, daß der Kaiser noch ein Gutachten über die RKOK erwarte, und so würde sich hierdurch die beste Gelegenheit darbieten, die völlige Beistimmung zum letzten Konklusum vom 23. November unter kurzer Bemerkung der Hindernisse, die einer früheren Abstimmung in den Weg getreten seien, im wiedereröffneten Protokoll nachzuholen. Daher solle Gemmingen schleunigst berichten, sobald es zu einer neuen Beratung komme, damit er zeitig genug, wegen der Kommunikation im fürstlichen Gesamthause, die Finalinstruktion erhalten könne. Dies solle er überall dort äußern, wo er es für nötig erachte, und alle unverdienten Mißdeutungen des Benehmens des Herzogs ablehnen.

Damit war Gothas Haltung in Regensburg schon klar bestimmt: Beitritt zum Konklusum vom 23. November, d. h. Zustimmung zur schleunigen Stellung des dreifachen Kontingents. Ob dasselbe in natura gestellt oder aber durch eine Geldzahlung abgelöst werden konnte, darüber hatten gerade Verhandlungen begonnen; der Wille zur Erfüllung seiner reichsständischen Pflicht war jedenfalls bei Gotha vorhanden.<sup>575</sup> Das Postskript eines vom 4. Dezember datierten Berliner Reskripts,<sup>576</sup> von Gemmingen auf Görtz' Bitte mitgeteilt, schien dem zweiten Wege

---

574. Kriegs-A I Bl. 440, RG 120; Ratifikationsdekret S. o. S. 118 und Anm. 550.

575. Vgl. eine bezeichnende Aeußerung Hannovers, zit. bei Schick S. 62 nebst Anm. 98. — Vgl. über die Haltung Mecklenburg-Schwerins Asch S. 13 f.

576. Kriegs-A I Bl. 439, Beilage A zu RG 119 vom 20. Dezember 1792. — Der Schlußsatz (die Geldhilfe betr.) ist zweifellos in Gotha rot unterstrichen worden, und wird von Frankenberg Fritsch gegenüber zitiert (PK Bl. 3 f., Gotha 5. Januar 1793). — Vgl. Berliner Min-Schreiben an Mecklenburg-Schwerin vom 22. Oktober 1792, bei Asch S. 12 f.



günstig: es enthielt nämlich Vorschläge für die Zusammensetzung der Reichsarmee und schlug wegen der großen Schwierigkeiten bei der Bildung und Verpflegung einer solchen vor, die stärkeren oder kreisweise zusammengeschlossenen Kontingente an die kaiserliche und preußische Armee anzuschließen; Kursachsen, hieß es, habe bereits zugestimmt und schließe sein Kontingent der preußischen Armee an,<sup>577</sup> ebenso könnten der Ober- und Niedersächsische, Fränkische und Westfälische Kreis (wo z. T. Kurbrandenburg Mitdirektor war) handeln, die übrigen aber ihre Kontingente zur kaiserlichen Armee stoßen lassen. So wären alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt, und die Reichsstände, welche ihr Kontingent in eine Beihilfe an Geld zu verwandeln wünschten, könnten dieserhalb mit der Macht, mit der sie sich vereinigen sollten, ein Abkommen treffen. Diese Vorschläge Berlins kamen den Wünschen der sächsischen Häuser sehr gelegen; Georg von Meiningen ließ durch seine Geheimen Räte das erwähnte Postskript an Görtz unterm 28. Dezember<sup>578</sup> ebenfalls überreichen und um die Mitteilung der gothaischen Instruktion darüber bitten; er wollte das preußische Anerbieten, Geld statt Truppen zu stellen, annehmen. Wohl mit Rücksicht auf das erwähnte herzogliche Schreiben vom gleichen Tage an Herzog Georg<sup>579</sup> erfolgte keine sofortige Antwort, und Georgs Aufenthalt in Gotha vom 13. bis 19. Januar 1793 dürfte zu mündlicher Aussprache darüber benutzt worden sein.<sup>580</sup>

Die Beratung über die RKOK, bei welcher Gelegenheit Herzog Ernst dem letzten so wichtigen Reichsgutachten beitreten wollte, wurde am 27. Dezember 1792 auf die letzte Woche im

---

577. Böttiger-Flathe a. a. O. II S. 611. — Gretscher-Bülau a. a. O. III S. 312. — (Schuster-Francke a. a. O. II S. [190—]192). — Pol. Journal 1793 S. 221, vgl. vorher S. 106 ebenda! — Frankenberg sah in der Haltung Kursachsens, eines Kreisdirektors, eine Schädigung des kaiserlichen Ansehens. PK Bl. 4. An Fritsch, Gotha, 7. Januar 1793.

578. Kriegs-A II (A. VII. 77.) Bl. 4, Min-Schreiben, ps 3. Januar 1793, Bl. 3, 5.

579. S. o. Anm. 572.

580. Fourierbuch 1793 I. — Am 14. kam die Herzogin von Weimar auf ihrer Reise nach Frankfurt durch (und am 5. März durch Gotha zurück). Vom 15. bis 19. Januar weilten der Erbprinz und Prinz Carl von Rudolstadt auf dem Friedenstein. Ebenda.

Januar des folgenden Jahres festgesetzt;<sup>581</sup> gleichzeitig teilte Gemmingen mit, daß Ompteda erklärt habe, das kurbraunschweigische Kontingent, auf 4000 Mann aufgerundet, befinde sich bereits auf dem Marsche. Der Gesandte erhielt das Schreiben des Herzogs am 4. Januar 1793 und sandte sogleich den Entwurf eines Votums ein,<sup>582</sup> mit welchem Ernst II. zufrieden war — es war fast wörtlich aus seinem Reskript abgeschrieben<sup>583</sup> —, doch wünschte er über die Zahl der Römermonate eine Rücksprache Gemmingens mit Hohenthal und Ompteda.<sup>584</sup> Darauf schlug Gemmingen unterm 10. Januar vor, gemäß dem Antrag Magdeburgs und der wahrscheinlichen Mehrheit auf 30 Römermonate anzutragen, und bat um entsprechende Instruktion; er wollte vermeiden, daß ohne ihn beschlossen würde und ihm wieder nur der Beitritt zum Konkklusum bleibe; die Teilnahme an der Beratung war ihm Ehrensache.<sup>585</sup> Ein Bericht vom folgenden Tage befaßte sich mit dem Beitritt des Herzogs zum Konkklusum vom 23. November 1792, was er den meisten Gesandten mitgeteilt habe: „Jedermann erwartete dies“. Preußen wolle zu Gunsten von Hessen-Kassel auf die Uebernahme von Truppen, für die Geld bezahlt würde, verzichten, auch Darmstadt sei eventuell bereit, Preußen ziehe aber Kassel vor. „Ew. Durchlaucht werden zweifelsohne Ihr Kontingent selbst stellen“. Der Gesandte legte seinen Bericht an den Herzog von Mecklenburg-Schwerin bei; dieser wollte aber der Entfernung wegen nur Geld geben und Truppen weder stellen noch übernehmen.<sup>586</sup>

Weiter war in Regensburg die Erhebung des Prinzen Friedrich Josias von Coburg zum Befehlshaber einer zu errichtenden Reichsarmee bekannt gegeben worden und die Beratung über die

---

581. Kriegs-A I Bl. 445 f., RG 121 vom 27. Dezember 1792. — Vgl. Schick S. 63 ff.

582. Kriegs-A II Bl. 8 f., RG 2 vom 7. Januar 1793 mit Beilage A.

583. PK Bl. 17. Frankenberg an Fritsch, Gotha 12. Dez. (verschrieben für Jan.) 1793.

584. Kriegs-A II Bl. 10, Friedenstein 11. Januar 1793.

585. Ebenda Bl. 11, RG 3.

586. Ebenda Bl. 13, RG 4 vom 11. Januar 1793, und 15—18, Beilage B dazu (8. November 1792). Vgl. Asch S. 14 und Schick S. 82 Anm. 182.

Zustimmung des Reiches eingeleitet,<sup>587</sup> wofür man nur zu danken habe.<sup>588</sup>

Inzwischen hatte Weimar unterm 2. Januar 1793 sein Einverständnis mit dem Nachholen der bisher unterbliebenen Stimmführung „in Ansehung der französischen Kriegsangelegenheit“ mitgeteilt und entsprechende Instruktion an Görtz erlassen,<sup>589</sup> wenn nicht von Frankfurt (Herzog Karl August) entgegengesetzte Befehle kämen.<sup>590</sup> Fritsch wollte den auf Instruktion wegen der RKOK dringenden Gesandten auf das möglichst niedrige Quantum, 20—30 Römermonate als äußerstes, anweisen und rechnete mit Frankenberg's Zustimmung. Dieser sah 30 Römermonate als das Höchste an und meinte, daß man sich mit der Instruktion nicht zu beeilen brauche.<sup>591</sup> Karl August ließ Görtz dann instruieren, „den Majoribus“, die wahrscheinlich auf 30 Römermonate gingen — was auch wirklich geschah — beizutreten, und hatte den „ökonomischen Gedanken, ob wegen der nicht gestellten Kontingente (s. 2. Kap.) eine Verwilligung derentwegen nicht ganz unnötig sei oder doch nur sehr gering sein könnte?“<sup>592</sup> Diesen Gedanken fand Frankenberg nicht nur ganz unvergleichlich, sondern auch in der Natur der Sache gegründet: „Kommt keine eigentliche Reichsarmee zustande, so sollte auch eine RKOK billig wegfallen.“<sup>593</sup>

Frankenberg rechnete offensichtlich mit den von Gemmingen übermittelten preußischen Vorschlägen vom 4. Dezember 1792 (s. o.). Gleichzeitig sandte er einen ausführlichen Auf-

---

587. Kriegs-A II Bl. 19, RG 5 vom 14. Januar 1793. Das Kommissionsdekret vom 9. Januar 1793 ebenda Bl. 20 f., Beilage A zu RG 5, und abgedruckt bei Eggers V S. 357—360. — Girtanner, hist. Nachr. X S. 425, pol. Ann. II S. 17. — Pol. Journal mehrfach. — Schick S. 68 f.

588. Kriegs-A II. Außer RG 5 noch Bl. 96 f. und 102, RG 15—17. S. a. u. Anm. 621 und 658.

589. Kriegs-A II Bl. 6 f., Min-Schreiben, ps 5. Januar 1793.

590. PK Bl. 1 f., Fritsch an Frankenberg, datiert 2. Januar, abgegangen laut Vermerk am 5. Januar 1793 mit reitender Post; Bestätigung eines (nicht aufgefundenen) Schreibens Frankenberg's vom 29. Dezember 1792 mit abschriftl. Beilage „Nachtgedanken“ (s. u. Anm. 634).

591. Ebenda Bl. 4, Antwort vom 5. Januar 1793. Frankenberg äußert hier und später mannigfache Bedenken gegen eine RKOK.

592. PK Bl. 19 f., Weimar, 15. Januar 1793, abgegangen am 19. mit reitender Post.

593. Ebenda Bl. 21 f., Antwort Frankenberg's vom 24. Januar 1793.

satz<sup>594</sup> an Fritsch über die Frage der Deckung des Obersächsischen Kreises, den Karl August durch Fritsch gewünscht hatte,<sup>595</sup> wobei er von seinem Ende Oktober 1792 in Weimar unterbreiteten Vorschlag ausging;<sup>596</sup> inzwischen hätten sich die Umstände gänzlich verändert, Frankfurt sei gerettet, und Mainz werde wohl bald nachfolgen;<sup>597</sup> für den nächsten Feldzug rechnete er mit 250 000 Mann<sup>598</sup> gegen Frankreich. Im höchst unwahrscheinlichen Falle, daß dieses zahlreiche Heer (kaiserliche, preußische und Reichsvölker) den Franzosen keinen hinlänglichen Widerstand leistete und weichen mußte, würde kein Damm deren siegreichen Waffen Einhalt gebieten können, besonders nicht einige tausend Mann in der vorteilhaftesten Stellung bei Vacha (Plan Karl Augusts), und mehr könne Kursachsen nicht vermissen, nachdem es schon sein Kontingent entbehren müsse. Wenn trotz der ungeheueren Macht die „Ohnehosen“ siegen, „so lasst uns ja nicht den Gedanken beugehen, ihnen Wider-

---

594. Fehlt in der PK; in Kriegs-A II Bl. 32—36 zwei Entwürfe (Handschrift Frankenbergs und Reinschrift) mit Vermerk Frankenbergs: „An den Gehr. Fritsch in Weimar geschickt“. Datiert wie der erwähnte Brief vom 24. Januar 1793 (PK).

595. In der PK Bl. 4 (Anm. 591) hoffte Frankenberg, daß Karl August seine Sorge um die Deckung des Obersächs. Kreises nun aufgebe, da der Grund, die Bedrohung durch Custine, nun weggefallen sei; weder Karl August noch sein Ministerium seien kompromittiert, wenn der Sache nicht nachgegangen werde. Denn Fritsch hatte ihm eine Abschrift eines herzogl. Schreibens, welches von Frankfurt aus nach Dresden gehen sollte, mitgeteilt, und ebenso Frankenbergs Meinung Karl August, der sich daraufhin zu einer Aenderung seiner Absicht entschloß: statt des Antrags auf Vorrücken eines sächsischen Korps sollte mit Kursachsen „wegen Aufstellung eines Observationskorps zur Deckung der Obersächsischen, besonders Thüringischen Lande, ein eventuelles Konzert gefaßt“ werden; auch über eine Mitwirkung der sächsischen Häuser sollte das Dresdener Ministerium befragt werden. Karl August rechnete mit Gothas Unterstützung und Beitritt zu allen Verabredungen und beauftragte Fritsch, Frankenbergs Gesinnungen darüber zu erbitten. PK Bl. 19 f. S. Text und Anm. weiter unten. — Ueber Karl Augusts Pläne s. jetzt am besten die von Prof. Andreas angeregte Heidelberger Diss. von Georg Bahls, Karl August als Soldat, Berlin 1931, besonders Kap. III, S. 67—81.

596. S. o. S. 114.

597. Dies geschah aber nicht in 4—5 Wochen, wie Frankenberg meinte, sondern erst am 22. Juli 1793 durch die Preußen. Girtanner, hist. Nachr. XIV S. 457. — Pol. Journal 1793 S. 781 ff.

598. Diese Zahl sei noch zu niedrig; „die Emigrierten, die freylich weder Deutsche, noch Ungarn sind, in den Kauf gegeben“. PK Bl. 21 f.



stand zu leisten — wir gehen alsdann mit Europa unter“, schreibt er an Fritsch.<sup>599</sup> In diesem Satze liegt die Grundlage der gothaischen Außenpolitik in der Folgezeit, wenn die Franzosen in Deutschland standen!

Auch vermutete Frankenberg, daß Kursachsen jetzt ein Defensionssystem sicher unnötig und lästig finden würde; käme es aber dazu, so würde dies sehr beschwerlich für Weimar und Gotha sein, die dann mit ins Spiel gezogen würden und mit Ehren sich dem nicht entziehen könnten, das Ihrige beizutragen, was ohne den mindesten Nutzen, aber mit „großen Umstatten für Kassen und Untertanen“ verbunden sei.<sup>600</sup>

Auf diese Denkschrift Frankenburgs und sein Privatschreiben antwortete Fritsch resigniert: da man gothaischer Seits eine kursächsische Truppendeckung für unnötig halte, habe man (in Weimar) nur die Gründe Gothas an Karl August weitergeben können und erwarte dessen Befehle.<sup>601</sup> Karl August nahm die Gründe Frankenburgs beifällig auf, und das Projekt wurde aufgegeben.<sup>602</sup>

Kursachsen hatte indessen unterm 9. Januar 1793 drei kreisausschreibamtliche Schreiben nach Gotha gesandt, die die vom Kaiser in Verfolg des Reichsschlusses vom 23. November 1792 erlassenen „Avokatorien“ und „Inhibitorien“ betrafen;<sup>603</sup> Ernst II. bestätigte ihren Eingang am 25. Januar und versprach.

---

599. Ebenda; das Uebrige aus der Denkschrift Frankenburgs, Kriegs-A II a. a. O.

600. „Die baaren Männer oder Kaiser-Gulden, die wir zum Contingent zu stellen bekommen, sind fast genug!“ Frankenberg riet Fritsch, an den sächsischen Minister v. Wurmb zu schreiben, der Herzog habe bisher Anstand genommen, dem Kurfürsten in der bewußten Angelegenheit zu schreiben, da alle Besorgnis eines weiteren französischen Vordringens geschwunden sei. Denn Fritsch hatte bereits an Wurmb geschrieben (Abschrift für Frankenberg PK Bl. 16, unterm 8. Januar 1793 mitgeteilt, datiert 11. Dezember 1792). PK Bl. 21 f.

601. PK Bl. 25, dat. Weimar 29. und abgegangen am 31. Januar 1793. Sagt nichts über ein weiteres Schreiben an Wurmb.

602. Womit Dresden sicher einverstanden sei. Frankenberg an Fritsch, Gotha 16. Februar 1793, Bestätigung eines (fehlenden) Briefes Fritschs vom 13. Februar, worin dieser Karl Augusts Meinung mitteilt. PK Bl. 31.

603. A. VII. 67. „Acta die bey Gelegenheit des Reichskrieges gegen Frankreich erlassenen kaiserl. Avokatorien und Inhibitorien betr. 1793.“ Bl. 1 ff. (S. u. Anm. 606). — Dreizahl: s. o. S. 35.

wie üblich, ihre genaue Beobachtung und ungesäumte Publikation,<sup>604</sup> weshalb auch sofort die nötigen Weisungen und Schreiben ergingen.<sup>605</sup> Bei den Patenten wurden die kursächsischen<sup>606</sup> zum Vorbild genommen, die Frankenberg von Langensalza, noch bevor sie dort angeschlagen waren, holen ließ. Nur in einem Punkte wich Gotha vom Vorbild ab, nämlich im Vorwort zum inhibitorischen Mandat, wo die Worte „in die französischen Lande oder zum Behuf der französischen Armee“ eingerückt wurden, damit niemand auf den Gedanken kam, „wir und jeder deutsche Reichs-Stand sperre gegen seine deutschen Nachbarn — das wäre des wahren Hobbes', bellum omnium contra omnes!“ Denn diese sonderbare Auslegung der Verbots- und Sperrmandate sei tatsächlich geschehen und sollte nun den Schwachen durch diese Einschaltung genommen werden; es sei ihm, schreibt Frankenberg,<sup>607</sup> sehr lieb, wenn in Weimar und Eisenach diese Vorsicht nachgeahmt würde; so sei zu hoffen, daß die irrige Meinung nicht wieder in unserer Gegend um sich greifen würde. Den Zusatz nahm man daraufhin auch in Weimar in das Patent auf, „um der Schwachen im Volk willen“.<sup>608</sup>

Gemmingens Votum war mittlerweile mit einigen Abänderungen genehmigt worden, obwohl er von seiner Kommunikation mit Hohenthal und Ompteda noch keine Nachricht gegeben hatte;<sup>609</sup> sollten sie sich über die RKOK anders äußern

604. A. VII. 67., Bl. 27. An den Kurfürsten von Sachsen.

605. Ebenda Bl. 28. Ernst II., Friedenstein 25. Januar 1793, an hiesige Regierung, mut. mut. an die Regierung in Altenburg, wohin auch eine Abschrift des Kommunikationsschreibens an Saalfeld (Bl. 28 f.) gesandt wurde (Antwort des Herzogs vom 1. Februar 1793, Bl. 33 ebenda). Die gedr. Mandate, abgedruckt in den Goth. Wöch. Anfragen u. Nachrichten Nr. 6 vom 8. Februar 1793, S. 35—40, (20 Stück Avokatorien und 19 Inhibitorien) kamen am 3. Februar zur Expedition, sie wurden auf die Ämter verteilt; je 2 gingen nach Rudolstadt für die Ilm- und Paulinzeller Expedition (s. o. S. 32); Entwürfe A. VII. 67 Bl. 34 f., Vermerk Bl. 35.

606. Diese Patente ebenda Bl. 16—18, lagen mit den kaiserlichen Schreiben (Bl. 1—15; s. o. Anm. 551) an Kursachsen dessen kreisausschreibamtlichen Schreiben (Bl. 21—26) bei.

607. PK Blatt 23 f. An Fritsch, Gotha 26. Januar 1793.

608. Ebenda Bl. 25, s. o. Anm. 601.

609. Kriegs-A II Bl. 23 ff. — Zugrunde gelegt (nach Eingang der RG 4 und 5 abgefaßte) Schreiben Ernsts II. an Coburg-Saalfeld (Bl. 23 f.) und Gemmingen (25 f.), ferner Min-Schreiben nach Weimar und Meiningen

als in der Instruktion angenommen, so sollte er schleunigst Nachricht geben. Weiter befahl ihm der Herzog, den vorzüglichsten Gesandtschaften gegenüber das Eintreten Gothas für die Sicherung des Reiches gegen Frankreich zu äußern, und daß die Ablegung des Votums nur durch die Gründe des Reskripts vom 28. Dezember 1792<sup>610</sup> gehindert worden sei, was besonders Brandenburg gegenüber betont werden sollte. Die Unzufriedenheit der kurbrandenburgischen Note vom 27. November 1792 über die Ernestinischen Häuser könne Herzog Ernst um so weniger treffen, da er durch eine eigene Gesandtschaft<sup>611</sup> in Frankfurt vom König die Zufriedenheit über seine reichspatriotischen Gesinnungen verspürt hätte.

Im Votum wurden jene Gründe für die Nichtabstimmung in der Kontingentsfrage umständlich angeführt, aber ohne auf jene brandenburgische Note Bezug zu nehmen.<sup>612</sup> Vielmehr erklärte Gotha getreu seinen am 6. August 1792 in der Elsasser Sache dargelegten reichspatriotischen Gesinnungen „den vollkommenen Beitritt zum Konklusum vom 23. November 1792 und zu allem, was zur besten Einrichtung der RKOK dienlich erachtet werde“; vorderhand wurde auf die Verwilligung von 30 Römermonaten angetragen. — Für die Ernennung des Prinzen Coburg sollte Gemmingen die lebhafteste Danksagung des Herzogs bezeugen, falls sie bei der Beratschlagung zur Sprache käme.<sup>613</sup>

Abschriften der Instruktion, also des Votums, wurden im Gefolge der gothaischen Schreiben vom 28. Dezember 1792 (s. Anm. 610) Coburg-Saalfeld, Weimar und Meiningen mitgeteilt und den beiden Letzteren überlassen, ihre Gesandtschaften ebenso zu instruieren.

Weimar lobte die Instruktion, hatte aber sein diesbezügliches Reskript an Görtz erst nach Frankfurt zur Unterschrift

---

(gleichlautend, Bl. 29), alle mit Votum Gothas (Entwurf Bl. 27 f.) (vgl. Text u.); datiert vom 18. Januar 1793.

610. Alle Schreiben von diesem Datum s. o. S. 122.

611. Thümmel und Baron Grimm, s. u. — Thümmel machte von einer ihm mitgegebenen Note über die preußische Unzufriedenheit keinen Gebrauch (s. PK mehrfach, vgl. u. Anm. 640).

612. Dies war das Ergebnis des mehrfachen Meinungsaustausches Frankenberg-Fritsch darüber (PK). Vgl. u. Anm. 640.

613. Obwohl die Beratschlagung beider Gegenstände gleichzeitig erfolgte, sind die Protokolle gesondert gedr. Vgl. u. Anm. 621.

des Herzogs senden müssen; indessen konnte es schon wenige Tage später in Gotha<sup>614</sup> vorgelegt werden, dessen Votum weitgehend zum Vorbild genommen war; in einem Postskript wurde Görtz angewiesen, wegen der RKOK vorsichtig zu äußern, ob sie nicht überhaupt unnötig sei, oder sonst und nur zur Vertreibung der Franzosen aus Deutschland vielleicht wenige Römermonate genügten? Er sollte aber doch der Mehrheit beitreten. Gotha<sup>615</sup> war auch damit einverstanden und sagte zu, falls diese Meinung durchgehe, seinen Gesandten ebenso zu instruieren, weshalb man um Görtz' Bericht darüber bat. —

Beide Länder wollten zwar das Reich gegen weitere Invasionen gedeckt sehen, wünschten aber doch nur ein defensives Verhalten des Reichskörpers.

Gotha schloß sich auch dem einmütigen Danke an Hessen-Kassel für sein patriotisches Benehmen und die Verhinderung des weiteren Vordringens der Franzosen in Deutschland an.<sup>616</sup> Dann wurde Gemmingen unterm 1. Februar angewiesen, bei der Beratung über die „Verschärfung der Avokatorien und Inhibitorien“<sup>617</sup> der Mehrheit beizutreten und vor allem seinen Beitritt zum Novemberbeschluß anzuzeigen.

Dieser war auch schon, unterm 28. Januar 1793, erfolgt.<sup>618</sup>

Für die RKOK wurden, wie erwartet, 30 Römermonate bewilligt,<sup>619</sup> und ebenso allgemein wurde der Verschärfung der

---

614. Kriegs-A II Bl. 37—42, Min-Schreiben vom 22. und 25. Januar 1793 und inliegend (Bl. 40 f.) Karl Augusts Instruktion vom 22. Januar; beide Schreiben ps am 26. Januar 1793.

615. Ebenda Bl. 43, Min. Gotha an Min. Weimar, 28. Januar 1793. — Vgl. o. S. 126.

616. Ebenda Bl. 44 und 46, RG 7 vom 25. Januar und 8 vom 28. Januar 1793, sowie Bl. 47, Schreiben Ernsts II. an Gemmingen auf darin enthaltene Anträge. — Pol. Journal 1793 S. 195. — Girtanner, hist. Nachr. X S. 425, pol. Ann. II S. 17 f.

617. Wie Schick S. 67 treffend formuliert: „Kampf gegen die Ausbreitung der Revolution im eigenen Lande“.

618. Kriegs-A II Bl. 61 f., S. 14 des gedr. Rfprot. von diesem Tage. Votum Sachsen-Gothas (Altenburg Bl. 62, S. 16). S. folg. Anm.

619. Kriegs-A II Bl. 55 ff., Protokolle usw., Beilagen zu RG 10—13 vom 4. bis 11. Februar 1793. — Ueber die Verhandlungen s. Schick S. 64 f. — Das Reichsgutachten vom 1. Februar 1793 (Beilage B zu RG 12, a. a. O.) ist abgedruckt bei Eggers V S. 380—382. — Girtanner, hist. Nachr. X S. 425 ff. und pol. Ann. II S. 18 f. — Pol. Journal 1793 S. 195. — Deutsche Zeitung 1793 Sp. 222.



Avokatorien und Inhibitorien zugestimmt,<sup>620</sup> ohne daß sich die Stellungnahme Sachsen-Gotha-Altenburgs besonders aus den übrigen Abstimmungen heraushob.<sup>621</sup>

Somit waren die sächsischen Häuser dem Novemberbeschluß des Reichstages beigetreten und mußten also auch am Reichskriege teilnehmen; aber dieser war noch gar nicht erklärt! Die Verhandlungen darüber werden uns im nächsten Kapitel beschäftigen, wo auch noch Weiteres über die Frage der Reluution des Reichskontingents nachzuholen sein wird.

---

620. Kriegs-A Bl. 96 ff., RG 15 und 16 vom 18. und 21. Februar 1793; Beitritt Gothas zur „Schärfung“ S. 5 des gedr. Rfprot. vom 15. Februar, ebenda Bl. 100, Beilage A zu RG 16. — Näheres s. Schick S. 66 f. — Zu dem Antrag wegen der „Schärfung“ hatte Frankenberg unterm 16. Februar 1793 an Fritsch geschrieben (PK Bl. 31): „Da haben die Herren wieder etwas recht Verschmitztes ausgedacht! Nicht ein Franzose wird damit aus Deutschlands Grenzen vertrieben und nicht ein sogenannter Jacobiner weniger in unsern Grenzen sein. Es gibt aber doch wieder etwas zu ingrossieren und anzuschlagen — die Herren haben sich auch nicht verstanden, denn einige haben von Schärfung der Avokatorien gesprochen, worin wohl die bestehen mag? Sollen vielleicht die deutschen, in französischen Diensten befindlichen Unterthanen geviertheilt werden, wenn Wir sie bekommen? Galgen und Rad steht ja schon drauf“.

621. Gotha konnte sich auch zurückhalten, vgl. o. S. 65. — Den Dank für die Ernennung des Prinzen Coburg s. Kriegs-A II Bl. 106 im gedr. Rfprot. vom 15. Februar (von dem in Anm. 620 genannten getrennt gedr.) S. 7; Beilage A zu RG 17 vom 22. Februar 1793. Reichsgutachten s. u. S. 139 und Anm. 658.

### 3. Kapitel.

#### Die Teilnahme Sachsen-Gotha-Altenburgs an den Verhandlungen des Reichstages über den Reichskrieg. 1793—1795.

##### 1. Die Reluution des Reichskontingents und die Frage der offiziellen Erklärung des Reichskrieges.<sup>622</sup>

In einem Reichskriege war jeder Reichsstand verpflichtet, gemäß seinem „Matrikular-Anschlag“ ein Reichskontingent zu stellen, wobei es üblich geworden war, daß kleinere Stände ihr Kontingent durch größere oder Stände mit hohem Militärfuß (beide Hessen) stellen ließen und dafür diesen Ständen Gelder zahlten;<sup>623</sup> dieses Verfahren wurde als „Reluution“ bezeichnet. Um eine solche Reluution waren, wie wir gesehen haben, auch die sächsischen Herzogtümer bemüht, und durch das mehrfach erwähnte Postskript einer preußischen Note an Görtz vom 4. Dezember 1792<sup>624</sup> ermutigt worden.

Laut Gemmingens Bericht vom 21. Januar 1793 hatte man in Regensburg erwartet, daß Herzog Ernst sein Kontingent „in natura“, d. h. in Mannschaft, stelle; Gemmingen sah einen „gewissen Begriff von Ehre“ damit verbunden; seine „ohnmaßgeb-

---

622. In diesem Abschnitt kann nur die Grundlage der Reluitionsfrage und das Wichtigste der Tatsachen mitgeteilt werden, vgl. o. S. 23 nebst Anm. 10. Auch die in der PK niedergelegten Gedanken Frankenbergs (und Fritschs) können nur angedeutet werden. — Ueber die Reichsarmee sei auf gelegentliche Mitteilungen der zeitgenössischen Journale (so Deutsche Zeitung 1795 Sp. 225) verwiesen, besonders s. aber „Schilderung der jetzigen Reichsarmee, nach ihrer wahren Gestalt. Köln 1796“ (von Fr. Chr. Laukhard), Auszug daraus in Häberlins Staatsarchiv I S. 418—474. — A. v. Vivenot, Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen als Reichsfeldmarschall, Wien 1864—1866, Bd. I, II 1. und 2. Abt. vielfach. — Treffend auch Biedermann a. a. O. I S. 42 ff.

623. Asch a. a. O. S. 12 f. Vgl. überhaupt Mecklenburgs Haltung.

624. S. o. S. 123 f. und Anm. 576.

lichen Gedanken“<sup>625</sup> standen aber ganz im Gegensatz zu den Wünschen des Herzogs und Frankenbergs. Während diese mit möglichst billiger Reluition des eigenen Kontingents davon kommen wollten, wünschte der Gesandte, daß der Herzog außer der Naturalstellung seines Kontingents noch andere Stände des Obersächsischen Kreises übernehme,<sup>626</sup> was er sich sehr einfach vorstellte, ohne die mannigfaltigen Lehns- und sonstigen Bindungen dieser Stände zu berücksichtigen! Er und v. d. Lith<sup>627</sup> malten dem Herzog die großen Vorteile mit den schönsten Farben aus, wenn er außer seinem Kontingent noch die der anderen sächsischen Häuser usw. stellte. „Wir haben nie ein Wort darauf geantwortet, und das Wort Contingent ist nicht aus unserer Feder gegen die beyden Herren geflossen“, schreibt Frankenberg an Fritsch.<sup>628</sup>

In Gotha war man gar nicht in der Lage, andere Stände mitzuvertreten.<sup>629</sup> Die blühende Entwicklung der Fürstentümer Gotha und Altenburg nach der Wiedergutmachung der Schäden des Siebenjährigen Krieges wieder in Frage zu stellen, konnte die Absicht weder des Herzogs noch seiner Räte sein. Vielmehr wollte man lieber Geld als Menschen und so wenig Geld wie möglich für einen Reichskrieg opfern, der den Landesinteressen gänzlich entgegen war.

Andererseits aber gebot des Herzogs Charakter und seine loyale Haltung als Reichsfürst ihm von vornherein, allen einzugehenden Verpflichtungen pünktlich nachzukommen.<sup>630</sup> Und da sich immer mehr die Gleichartigkeit seiner Lage und Interessen mit Kursachsen zeigte — die preußische Aktivität lehnte

---

625. Kriegs-A II Bl. 30 f., RG 6. (Vgl. o. S. 125 [RG 4] und u. Anm. 629). Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden.

626. Er nennt a. a. O. Sachsen-Weimar-Eisenach, Coburg, Anhalt, Quedlinburg, Anhalt-Bernburg wegen der Abtei Gernrode, Schwarzburg, Mansfeld, Stolberg, Reuß und Schönburg; s. Hoff S. 40 f. und Büsching a. a. O. 8. Teil.

627. S. u. S. 138.

628. PK Bl. 41, Gotha 30. März 1793.

629. Vgl. Galletti I S. 358 ff. und o. S. 43. — Gemmingens Ansicht in RG 6 ist falsch, seine Vorschläge mißkennen völlig die Meinung des Herzogs und die Bedürfnisse des Landes. Für den Gesandten ist bezeichnend, daß er für den Herzog Werbeplätze in ritterschaftlichen Orten und vielleicht in einigen Reichsstädten aufschlagen zu lassen versuchen, und mit seinen eigenen Gütern in Franken und Schwaben den Anfang machen will!

630. Thümmel, Beiträge a. a. O. S. 99.

der Herzog ab, und die Haltung Hannovers (Großbritannien) wurde immer mehr von Gründen bestimmt, die für den Herzog als Reichsstand nicht galten —, so ist die sich immer mehr zeigende Anlehnung an diesen Kurfürsten um so leichter verständlich, als er sowohl das Familienoberhaupt der Wettiner als auch Direktor des Obersächsischen Kreises war, dem Gotha und Altenburg angehörten.<sup>631</sup>

Zunächst waren die Verpflichtungen der Kreisstandschaft noch mit denen der Reichsstandschaft zu vereinbaren; daß diese sich einmal widersprechen könnten, daran dachte man um die Jahreswende 1793 noch nicht; mit dem Beitritt zum Novemberbeschluß wurde Sachsen-Gotha-Altenburg Teilnehmer am Reichskrieg gegen Frankreich. Ob dieser bereits formell erklärt war oder noch nicht, war eine Frage zweiten Ranges; tatsächlich standen Erwägungen über die Ablösung der Kontingentstellung in natura durch eine Reluution im Vordergrund der friedensteinischen Politik.

Der günstigste Ort für die notwendigen Verhandlungen schien Frankenberg weder Wien noch Berlin<sup>632</sup> oder Regensburg zu sein, sondern Frankfurt am Main,<sup>633</sup> das Hauptquartier König Friedrich Wilhelms II. von Preußen. Dieser<sup>634</sup> sollte ein Gesuch Gothas an den Wiener Hof unterstützen, „daß man sich mit einem zur RKOK einzuzahlenden Geldaequivalente von Seiten Unsers Hofes, statt einer Naturalkontingentsstellung begnüge“. Denn der Kaiser mußte vor allem seine Einwilligung geben, es war aber zu fürchten, daß diese nicht ohne preußische Unterstützung zu erlangen war, da der Kaiser durch eine zahlreiche, recht mächtige Reichsarmee und seine eigenen Truppen bei den Kriegsoperationen einen großen Ausschlag geben wollte.

---

631. S. o. S. 35.

632. Unterm 5. Januar 1793 wandte sich Meiningen an diese beiden Höfe (Min-Schreiben vom 11. Januar 1793 mit den Abschriften davon an Min. Gotha). Darüber s. Kont-A I (A. VI. [3.] 31.), auch den anschließenden Briefwechsel.

633. PK Bl. 18 (17 f., s. o. Anm. 583).

634. Die folgenden Bemerkungen nach den „Nachtgedanken“ (s. o. Anm. 590) in PK Bl. 8 ff. — Ich mußte mich auf das Notwendigste beschränken.



Solche Wiener Betrachtungen und Nebenabsichten fielen beim preußischen Hofe weg, der eine tüchtige, lenkbare und überall brauchbare Reichsarmee zur Unterstützung seiner eigenen Operationen wünschen mußte; je mehr einzelne Kontingente da waren, desto untätiger war die Reichsarmee. Preußen konnte in Wien gute Gründe für Gothas Wunsch anbringen und auf Erfolg rechnen, da des Kaisers heißester Wunsch die Beibehaltung der preußischen Allianz und die Anstrengung aller Kräfte seines Verbündeten war.

Außerdem betonte Gotha, keine eigennützigen Rücksichten bei der Relution zu haben, und wollte auch eine Summe als Ausgleich für die ersparte Mobilmachung zahlen, so daß die Ungleichheit der Leistungen sich zum Nachteil Gothas als nur zahlenden Standes ergab. Das Fehlen seines Kontingents konnte auch kein Verlust im Reichskriege gegen Frankreich sein, da zu dessen nachdrücklicher Führung Geld gehörte und über dessen Fehlen in früheren Reichskriegen immer von der RKOK Klage geführt worden war; es war nur zuträglich, meinte man in Gotha, wenn über die Römermonate hinaus Geld einfließe. Die Bitte war nur für Gotha und Weimar gedacht (obwohl alle Stände in Betracht kamen, deren „Kontingent in triplo“ 1000 Mann nicht überstieg).

Schließlich mußte besonders Preußen an der Aufrechterhaltung der Ruhe im Obersächsischen Kreise liegen, und im Gothaischen und besonders in Altenburg war kein Mann der dort verteilten Dragonerregimenter<sup>635</sup> entbehrlich, da sie zur Abhaltung des Bettelgesindels und zur Vermeidung von Unsicherheit und Unruhen nötig erschienen, denn Kursachsens Nachbarschaft war gefährlich, auch herrschte geheimer Unwille bei den vom Altenburger Adel abhängigen Untersassen.<sup>636</sup>

Dieser und anderer von Herzog Karl August von Weimar in Erwägung zu ziehender Gründe sollte sich der Geheime Rat Hans Wilhelm v. Thümmel<sup>637</sup> in Frankfurt bedienen. Thümmel wurde nämlich von Herzog Ernst als außerordentlicher Bevoll-

---

635. Vgl. o. S. 43.

636. S. o. S. 64 f.

637. S. o. S. 55.

mächtiger<sup>638</sup> mit dem Legationssekretär K. E. A. v. Hoff<sup>639</sup> im Januar 1793<sup>640</sup> in der Relutionsangelegenheit dorthin gesandt, wo er die Unterstützung des Barons Grimm<sup>641</sup> fand.

Diese Verhandlungen mit dem Prinzen Friedrich Josias von Coburg, den preußischen Staatsmännern in der Umgebung des Königs, dem Herzog von Weimar und zuletzt mit dem Prinzen Heinrich XIII. Reuß (Erbprinz Reuß-Lobenstein)<sup>642</sup> auf Grund der PK und der Kontingentsakten zu verfolgen, geht über den Rahmen dieser Arbeit hinaus und muß einer Spezialstudie vorbehalten bleiben. Die Unterhandlungen hatten infolge der kräftigen Unterstützung des Königs von Preußen schließlich den gewünschten Erfolg: Eine „Punktation“ vom 10. Februar 1793<sup>643</sup> erließ dem Herzog die Naturalstellung des Kontingents gegen ein bedeutendes Äquivalent in barem Gelde.<sup>644</sup>

Thümmel, der am 22. Februar 1793 nach Gotha zurückkam,<sup>645</sup> hatte sich für die genaueste Erfüllung der „Punktation“ verbindlich gemacht, vorausgesetzt, daß Prinz Coburg die Punkte sich gefallen lasse und sie zur kaiserlichen Ratifikation befördere.<sup>646</sup> Außerdem sprach Prinz Reuß XIII. in der Folgezeit persönlich in Gotha und Weimar vor; die Ratifikation erfolgte

---

638. So er selbst Beiträge S. 99.

639. S. o. S. 24 und Anm. 13.

640. Er speiste noch am 3. Januar laut Fourierbuch 1793 I mit der Herzogin auf dem Zimmer. Vom gleichen Datum ist eine ihm mitgegebene Note über die preußische Unzufriedenheit (s. o. S. 121 ff., 130) (Abschrift von der Hand Friederike v. Frankenburgs PK Bl. 5 ff.), mit Abschrift des Reskripts an Gemmingen vom 28. Dezember 1792 (s. o. Anm. 571). Von dieser Note sollte er nach eigenem Ermessen Gebrauch machen oder nicht und entschied sich für Letzteres. Näheres s. PK.

641. S. o. S. 37. Er wurde vom König sehr hervorgezogen. PK Bl. 3.

642. Er war ein Jugendfreund Frifris (s. o. S. 52) und der ältere Bruder des damaligen Wiener Gesandten in Berlin. — Frankenberg machte sich über die possierliche Wahl des kaiserlichen Hofes lustig; Reuß sei ein billiger, gut denkender Mann, der auf das Beste seines Vaters und dessen Land bedacht sein müsse... — PK Bl. 26 und 28, Gotha 10. und 13. Februar 1793. An Fritsch.

643. Entwurf Thümmels in Kont-A I.

644. Thümmel, Beiträge S. 99.

645. Fourierbuch Friedenstien 1793 I. — Am gleichen Tage kam auch Grimm nach Gotha (und blieb). Vgl. PK Bl. 30 (16. Februar) und 33. — Am 6. März ging Thümmel wieder nach Altenburg. Fourierbuch ebenda.

646. BK Bl. 32 f., Gotha 21. Februar 1793.

allerdings erst Ende Mai,<sup>647</sup> nachdem man schon durch einen Bericht v. d. Liths in Sorge geraten war. Dieser meldete unterm 27. Februar, <sup>648</sup> daß die Angebote verschiedener Reichsstände, Geld statt Truppen zu geben, durchgängig abgeschlagen seien: „Man braucht jetzt hier kein Geld, sondern dressierte Soldaten, welche man für Geld nicht kaufen kann“. Schon oben ist erwähnt worden, daß er wie Gemmingen dafür war, daß Herzog Ernst die Kontingente sämtlicher sächsischen Häuser stellen sollte.<sup>649</sup> — Uebrigens schloß Prinz Coburg auch mit anderen Ländern solche Konventionen, z. B. mit Mecklenburg-Schwerin.<sup>650</sup>

Während solcher Verhandlungen waren längst gothaische Truppen mit den Franzosen in Kampf geraten: das gothaische Regiment in holländischen Diensten.<sup>651</sup> Dessen erstes Bataillon machte in Willemstadt <sup>652</sup> das 16tägige Bombardement mit, welches die Stadt ganz verwüstete. Die Aufhebung der Belagerung am 16. März 1793 meldete der gothaische Leutnant Johann Adolf Bube dem Erbstatthalter und wurde dafür mit einem spanischen Rohr beschenkt, in dessen goldenem Knopf Ort und Datum eingraviert waren.<sup>653</sup> Der Regimentskommandeur Schepern <sup>654</sup>

---

647. Kont-A I, Schreiben des Prinzen Coburg an Ernst II. vom 30. Mai 1793. Vgl. PK Bl. 48 vom 8. Juni 1793 u. f.

648. „Lithische Berichte“ (AAA III. 69.) Bl. 328, RL 9.

649. Diesen Bericht v. d. Liths teilte Frankenberg Thümmel mit, der den gerade in Dresden weilenden Prinzen Reuß XIII. damit anspornen sollte (PK Bl. 37, Gotha 17. März 1793, an Fritsch), anscheinend vergeblich; auch kam Reuß entgegen seinem Versprechen nicht nochmals nach Gotha (ebenda Bl. 42, 11. April 1793) und Gotha wandte sich direkt an Prinz Coburg, ohne von diesem zunächst eine Antwort zu erhalten; Frankenberg beruhigte sich indessen, als der Prinz die erste Rate der Relutionsgelder quittierte (PK Bl. 45, 2. Mai 1793 an Fritsch). Alles Nähere s. PK und Kont-A I und II (A. VI. [3.] 33).

650. Asch S. 15.

651. S. o. S. 44.

652. Dazu s. Girtanner, hist. Nachr. XII S. 458 f. — Pol. Journal 1793 S. 248, 251, 282 und 323. — Deutsche Zeitung 1793 Sp. 235. — PK Bl. 41 (s. o. Anm. 151). — (H. A. O. Reichards) Revolutions-Almanach von 1794, Göttingen bei Christian Dieterich, S. 281 ff. und 390. — Ueber den Revolutions-Almanach s. o. Anm. 292.

653. M. Popp, Johann Adolf Bube, RF VIII, 4. — Dort auch weitere Nachrichten über das Regiment, s. a. folg. Anmerkungen.

654. Ueber ihn s. WW VII. m. 38.

wurde kurz darauf während eines Aufenthaltes im Haag sehr geehrt.<sup>655</sup>

In den Jahren 1793 und 1794 führte Prinz Friedrich sein Regiment selbst. Auf dem Rückzug nach dem Gefecht bei Kortryk wurde er schwer verwundet.<sup>656</sup>

Als die sächsischen Häuser am 28. Februar 1793 dem Novemberbeschlusse über das Triplum beitraten — mit Ausnahme Brandenburgs und Kursachsens gaben alle Stände des Obersächsischen Kreises Relutionsgelder<sup>657</sup> —, standen immer noch vier Punkte (I, II, VII und VIII) des Hofdekrets vom 1. September 1792 zur Beratung. Schon hatte der Reichstag die Ernennung des Prinzen Coburg zum Oberbefehlshaber der zu formierenden Reichsarmee gutgeheißen,<sup>658</sup> als die heikle Frage der Erklärung des Reichskriegs gegen Frankreich endgültig in Angriff genommen wurde!<sup>659</sup> Gemmingen hatte längst den Entwurf eines Votums über jene vier Punkte eingesandt, auch die Meinungen der Kurfürsten, besonders zu Punkt I und II, vorgelegt<sup>660</sup> und wiederholte jetzt, unterm 23. Februar 1793,<sup>661</sup> daß er eine förmliche Kriegserklärung für unnötig halte; wegen Punkt VIII verwies er auf Hannovers Meinung und bat um eine Instruktion, die möglichst die Mitte zwischen Kursachsen und Kurbrandenburg mit gelegentlichen Annäherungen an Kurbraunschweig hielt.

Unterm 1. März erging an ihn folgende bündige Instruktion:<sup>662</sup> ad I erscheine eine Kriegserklärung gegen Frankreich überflüssig und könne in Ansehung der vorliegenden Kreisstände von mißlicher Folge sein; ad II sei die Aufkündigung

---

655. Er erhielt an der Tafel des Erbstatthalters den Sitz zwischen diesem und seiner Gemahlin. PK Bl. 44 (s. o. Anm. 151).

656. S. o. S. 22, Nachweise Anm. 4 (vgl. Galletti V S. 48 (noch zu Friedrichs IV. Lebzeiten geschrieben) mit Beck a. a. O. S. 452 f.!).

657. Deutsche Zeitung 1794 Sp. 268.

658. Das Reichsgutachten vom 18. Februar 1793 ist Beilage E zu RG 19 (s. u. Anm. 665; vgl. o. Anm. 587 und 621), Kriegs-A II Bl. 118—122.

659. Zum Folgenden vgl. Schick S. 69—74.

660. S. das vorige Kapitel, S. 101 ff. vorliegender Studie.

661. Kriegs-A II Bl. 112 ff., RG 18. Gemmingen wiederholt seine Ansicht zu allen vier Punkten.

662. Ebenda Bl. 115 f., Reskript Ernsts II. — Votum s. u. Anm. 668.



früherer Friedensschlüsse nicht nötig; ad VII sollten Handel und Korrespondenz mit Frankreich ungestört von Seiten des Reiches bleiben; ad VIII sei Neutralität mit der Reichsverfassung ganz unvereinbarlich. Die Meinung Hannovers<sup>663</sup> war demnach maßgebend für Gotha gewesen.<sup>664</sup>

Der Gesandte lobte unterm 28. Februar das Reichsgutachten über die „Volksverführer“ vom 18. des gleichen Monats, welches er mit verschiedenen Protokollen einsandte.<sup>665</sup> Er glaubte sich für Gotha verschiedenen, ganz zweckmäßigen Anträgen zu Punkt VII anschließen zu können, daß nämlich die Assignaten aus dem freien Handel ausgeschlossen würden und ihre Einführung nach Deutschland verhindert werde. Er verwies auf seinen Kordon-Antrag vom 14. Juli 1791, der damals keinen Beifall in Regensburg gefunden hatte.<sup>666</sup> Er schmeichelte sich, wenn jetzt etwas davon vorkommen sollte, solches auch in das gothaische Votum aufnehmen zu dürfen; dieses wurde ihm freilich sofort untersagt;<sup>667</sup> bezüglich der Assignaten jedoch könnte er äußern, daß es ungemein schädlich sei, wenn ihnen irgend ein Kurs im Reiche gestattet werde.

Gemmingens Abstimmung erfolgte am 11. und der Nachtrag wegen der Assignaten am 15. März;<sup>668</sup> Gemmingen fügte von sich aus bei Punkt I noch hinzu: falls die Mehrheit für die Erlassung einer ordentlichen Kriegserklärung sei, so trage der Herzog kein Bedenken, diesem ebenfalls beizupflichten; im übrigen hielt

---

663. S. o. S. 109.

664. In einem zweiten Schreiben vom gleichen Tage (a. a. O. Bl. 116) fragte der Herzog Gemmingen, warum er zur Ernennung des Prinzen Coburg „so unbestimmt, gleichsam *sub spe rati*“, trotz der Instruktion vom 18. Januar (S. o. S. 129 f., auch Anm. 609), abgestimmt habe? Gemmingen fügte daher seinem Nachtrag zum Votum am 15. März (s. u.) eine Erklärung an, daß dieser unbestimmte Sinn keineswegs vorhanden sei, er vielmehr schon unterm 18. Januar „ausdrückliche Weisung“ erhalten habe.

665. Kriegs-A II Bl. 117, RG 19, mit dem Reichsgutachten Anlage F Bl. 120—122, abgedr. bei Eggers V S. 509—512. — Pol. Journal 1793 S. 225 ff. und 603. — Girtanner, hist. Nachr. XII S. 252—255.

666. Vgl. o. S. 61 und 77. — Auch könnten in diesem Sommer leicht ansteckende Krankheiten einbrechen, die Pest. RG 19.

667. Kriegs-A II Bl. 134, Reskript Ernsts II. vom 4. März 1793, Antwort auf RG 19.

668. Kriegs-A II Bl. 178 f. und 188, Rfprot. vom 11. März S. 11—13 und vom 15. März 1793 S. 1; Beilagen A zu RG 26 vom 18. März 1793 u. RG 27.

er sich an seine Weisung. Mit dem 21. März <sup>669</sup> war für ihn die Sache am Reichstage erledigt, am folgenden Tage kamen die Konklusa und das Reichsgutachten <sup>670</sup> zustande: <sup>671</sup> der dem Reiche aufgenötigte Krieg wurde als Reichskrieg angesehen, entsprechend fielen die übrigen Beschlüsse aus; Bremen wurde wieder überstimmt. <sup>672</sup>

Gotha erhielt noch eine Unzahl Protokolle zugeschickt <sup>673</sup> und außerdem das kreisaußschreibamtliche Schreiben des Kurfürsten von Sachsen in der üblichen Dreizahl, worin das an ihn erlassene kaiserliche Schreiben vom 27. Februar wegen der RKOK mitgeteilt wurde. <sup>674</sup> Es wurde unterm 30. März beantwortet, wobei Ernst II. schon die Ausführung anzeigen konnte. <sup>675</sup>

Das umfangreiche Ratifikationsdekret vom 30. April 1793 <sup>676</sup> sandte Gemmingen erst unterm 17. Mai ein. Als Auswirkung der Erklärung des Reichskriegs ist auch der in Gotha vom 22. Mai bis 27. Juni dieses Jahres abgehaltene Landtag <sup>677</sup> anzusehen, dem ein Deputationstag vorausging. <sup>678</sup>

---

669. Ebenda Bl. 187, RG 27.

670. Kriegs-A III (A. VII. 78) Bl. 34—37, Beilage B zu RG 32 (s. u. Anm. 673) abgedr. bei Eggers V S. 776—784. — Pol. Journal 1793 S. 364 bis 368. — Girtanner, hist. Nachr. XII S. 250—252. — Vgl. Neueste Staatsanzeigen VI S. 953 f. — Deutsche Zeitung 1793 Sp. 479.

671. Gemmingen schlug dabei vor, diesmal das fürstliche Gutachten „pro basi duorum“ (s. Schick S. 23 f.) zu nehmen, wobei er von Hessen-Darmstadt unterstützt wurde, ohne durchzudringen, weil noch dieselbe Materie zur Beratung stand wie bei Triplum und RKOK (Schick S. 73 Anm. 143); sein Hauptgrund war dabei die Assignatenfrage, die im kurfürstlichen Konklusum nicht erwähnt wurde. Kriegs-A II Bl. 191, RG 28 vom 22. März 1793.

672. Alles Nähere s. Schick S. 73.

673. Kriegs-A II und III, Beilagen zu den RG 24 bis 32 (14. März bis 4. April 1793).

674. Kriegs-A II Bl. 201—212. Schreiben des Kurfürsten vom 22. März, ps 27. März 1793.

675. Ebenda Bl. 213—215, Antwort an den Kurfürsten und Schreiben Ernsts II. an Steuer-Obereinnahme Gotha, St.-O. Altenburg, Kammer Gotha und Magistrat Frankfurt. Diese Anweisungen ergingen schon am 25. d. M. — Frankfurt war als „Legstadt“ der RKOK bestimmt worden.

676. Kriegs-A III Bl. 72—84, Beilage A zu RG 48, abgedr. bei Eggers VI S. 877—911. — Pol. Journal 1793 S. 603, 675, vgl. 676—698. — Girtanner, hist. Nachr. XII S. 255—261. — Schick S. 74.

677. Fourrierbuch 1793 II. — Deutsche Zeitung 1793 Sp. 479 f. — Die zugehörigen Akten in U I. 85.

678. Vom 7. bis 21. Mai, Fourrierbuch a. a. O. — S. o. S. 32 und Anm. 56.

In Regensburg folgte eine kurze Zeit der Ruhe. Gemmingens Urlaubsgesuch Anfang Mai wurde anstandslos bewilligt,<sup>679</sup> wobei er nochmals erinnert wurde, seine Rechnung von der letzten Prager Belehnung<sup>680</sup> einzusenden; eine Abschrift des Schreibens wurde Gemmingen nachgesandt.<sup>681</sup>

Als er am 31. Mai zurückkehrte, stellte er mit Vergnügen fest, daß alle seine Höfe ihre Zahlungen an die RKOK bereits geleistet hatten;<sup>682</sup> außerdem kündigte er den Beginn der Deliberation über ein Verbot der akademischen Ordensverbindungen an, zu der Unruhen an der Universität Jena den Anlaß gegeben hatten.<sup>683</sup> Nach Abschluß dieser Beratungen mit dem Reichsgutachten vom 14. Juni 1793<sup>684</sup> kam in diesem Jahre nichts Erhebliches in Regensburg vor;<sup>685</sup> wir können uns mit einigen Stichproben aus den Berichten begnügen.

Ein kaiserliches Hofdekret vom 16. Juli 1793<sup>686</sup> enthielt die Berichte des Reichskammergerichts an den Kaiser über die

679. Kriegs-A III Bl. 57, RG 43 vom 3. Mai 1793 und Reskript Ernsts II. vom 10. d. Mts., Bl. 58. — Gotha fand kein Bedenken, dem Gesuch der Reichsstadt Regensburg auf Zurückhaltung von  $\frac{2}{3}$  ihres Kontingents (das ganze machte 120 Mann aus) zuzustimmen, wenn eine Mehrheit dafür sei. Ebenda und Schick S. 82 Anm. 183.

680. S. o. S. 58.

681. Das Schreiben selbst bestätigte bereits Ernesti. Kriegs-A III Bl. 85, PS ad RErn 48 vom 17. Mai 1793.

682. Ebenda Bl. 98 ff., RG 53 vom 3. Juni 1793 und Anlage A dazu, 1. Extrakt der RKOK (ultimo April 1793): unterm 8. April eingetragen: Fürstentümer Gotha, Altenburg und Zuehör, 1. Ziel ad 10 Römermonate (1 Römermonat betrug für Gotha-Altenburg 4040 fl.) 40 400 fl. — Die Zahlung für Henneberg und Mehlis (= Amt Themar und Mehlis) a. a. O. im 2. Extrakt (Beilage D zu RG 59, PS, vom 20. Juni 1793), ultimo Mai, mit der coburgischen (entsprechenden) Zahlung zusammen. — Alle diese Extrakte sind in Kriegs-A III ff. eingereiht. Vgl. u. Anm. 693.

683. RG 53. — Gotha war natürlich an der Universität beteiligt (die Verhandlungen deswegen gehörten in Frankenbergs Arbeitskreis) und an der Verhütung derartiger Unruhen interessiert (PK öfter), doch kann hier nicht darauf eingegangen werden. — Ausführlich Schick S. 74 ff. und dortige Verweise. — Pol. Journal 1793 S. 604.

684. Nicht in den Hauptakten. — Abgedruckt bei Eggers VI S. 1111 ff. — Deutsche Zeitung 1793 Sp. 480 und 688. — Reichsanzeiger 1793 (II) Sp. 17 f. — Pol. Journal 1793 S. 758 f. — Schick S. 77.

685. Schick S. 78.

686. St. G. bei Kammergerichtsakten (Vermerk auf RG 72), abgedr. bei Eggers VI S. 1195--1214. Dort auch weitere Aktenstücke zur Reichspolitik von 1793. S. auch Register des pol. Journal 1793.

während des französischen Einfalls getroffenen Sicherheitsanstalten und die für die Zukunft zu ergreifenden Maßregeln. Im Dekret wurde bemerkt, daß das Reichskammergericht „gleichsam die jetzigen Regierungsverfassungen in Frankreich anerkannt“ hätte, und das Reich darauf aufmerksam gemacht. Gemmingen war anderer Meinung, es sei lediglich mit der (französischen) Generalität verhandelt worden; wenn seiner Zeit Friede mit Frankreich gemacht werde, müsse die dann bestehende Regierungsform dennoch, allenfalls unter Vorbehalt, anerkannt werden, weil das jetzige Gouvernement die Macht in Händen habe.<sup>687</sup>

Am 9. August berichtete der Gesandte über die Wirkung der Befreiung Mainz<sup>688</sup> in Regensburg.<sup>689</sup> Nach dem evangelischen Gottesdienst<sup>690</sup> am Sonntag wurde ihm übel, er mußte schleunigst ins Bett und der weiteren Teilnahme an den Feierlichkeiten entsagen.<sup>691</sup>

Die Berichterstattung überließ er am 11. September Ernesti, um auf seine Güter nach Schwaben zu reisen.<sup>692</sup> Dieser klagte unterm 14. Oktober über die Reichstagsuntätigkeit wegen des Krieges; die Extrakte der RKOK — Gotha-Altenburg gehörte zu den pünktlichsten Zahlern<sup>693</sup> — waren manchmal das Einzige, was er einzusenden hatte!<sup>694</sup>

---

687. Kriegs-A III Bl. 111, RG 72 vom 2. August 1793.

688. S. o. Anm. 597.

689. Sie sei besonders wertvoll, da sonst Deutschland von Mainz aus mit ansteckenden Krankheiten befallen worden wäre; ob die Stadt tatsächlich ausgeräuchert worden sei (Essig gegen ein Art von Pest), war ihm noch nicht bestätigt worden. Kriegs-A III Bl. 117, RG 75. Vgl. o. Anm. 666.

690. Zur Feier des Sieges nahmen evangelische Gesandte, auch Gemmingen, am katholischen Gottesdienst teil, und der österreichische Direktorialis am evangelischen. RG 76.

691. Kriegs-A III Bl. 119, RG 76 vom 12. August 1793. — Vgl. Schicks Schilderung S. 79 f. nach dem Bericht des kurkölnischen Gesandten.

692. Kriegs-A III Bl. 139, RErn 87 vom 12. Dezember 1793.

693. RKOK-Extrakte s. o. Anm. 682. — Eggers bringt verschiedentlich Nachrichten von dem Zustande der RKOK, zuerst Bd. VI S. 1246 f., wobei Gotha, Weimar und Kursachsen als zu den beträchtlichsten Beträgen gehörig (die eingingen) mit aufgezählt werden. (Vgl. dort die treffende Schlußbemerkung!). S. auch ebenda VII, S. 587—590 und IX S. 191—193. — Pol. Journal, auch Reichsanzeiger mehrfach (s. jeweils Register).

694. Kriegs-A III Bl. 156 ff., RErn 96 mit dem 6. Extrakt, ultimo September 1793. — Ueber die allgemeine Lage 1793 s. ausführlich Schick S. 80 bis 88 und dortige Verweise, auch die zeitgenössischen Journale.



## 2. Das kaiserliche Kommissionsdekret vom 20. Januar 1794 und der Preußische Verpflegungsantrag.<sup>695</sup>

Das Jahr 1794 stand zunächst im Zeichen erhöhter Rüstungsforderungen an das Reich, die für Gotha höchst unerfreulich waren und denen man durch Hinweis auf die mit Prinz Coburg abgeschlossene Konvention<sup>696</sup> zu entgehen suchte; besonders lästig war die Artillerie-Forderung, auf die wir hier nicht einzugehen brauchen.<sup>697</sup> Herzog Ernsts Lande hatten sich gemäß einem Antrage Karl Augusts von Weimar vom November 1793<sup>698</sup> an den freiwilligen Beiträgen an Geld<sup>699</sup> und Lebensmitteln für die die Grenze Deutschlands deckenden preußisch-sächsischen Truppen beteiligt. Nun kam, für Gotha und andere Stände völlig überraschend, jener preußische Verpflegungsantrag<sup>700</sup> an das Reich, der wegen der zwiespältigen Haltung des Kaisers in Regensburg die Gesandten in Verwirrung setzte und dessen Zurückziehung, durch die englischen Subsidiensangebote (Lord Malmesbury!) erleichtert, Preußen schließlich den Weg zum Baseler Frieden vom 5. April 1795 gehen ließ.<sup>701</sup>

Der Kaiser unterstützte diesen preußischen Antrag versprochenenmaßen, aber nur als Reichsstand, und arbeitete als Reichsoberhaupt durch das Kommissionsdekret vom 20. Januar

695. Dazu vgl. das betr. (II.) Kapitel Schicks, S. 89—122 und die dort zitierte Literatur. Hier kann die europäische Politik bis zum Baseler Frieden nur gelegentlich angedeutet werden. Vgl. auch pol. Journal 1794. — Hoff I a. a. O. — Neueste Staatsanzeigen VI S. 956 ff. — Asch, Kiewning geben gelegentlich Parallelen.

696. S. o. S. 137.

697. Darüber ausführlich (Kont-A) A. VI. (3.) 32. und gelegentliche Hinweise in der PK.

698. Alles Nähere s. St. G. A. VII. 68. „Acta die von des Herrn Hertzen zu S-Weimar Durchl. angetragene freywillige Lieferung an Geld und Virtualien für die Kgl. Preuß. und Chursächs., die Grentzen Deutschlands deckende Corps d'Armée betr. 1793.“

699. Vgl. den „Aufruf“ (gedr.), den Gemmingen von Graf Görtz erhielt und mit RG 14 vom 14. Februar 1793 (Kriegs-A II Bl. 94 f., Beilage fehlt) einsandte, abgedr. im Anzeiger 1793 (I) Sp. 369—376 („Actum Regensburg 9. Februar 1793“) und Deutsche Zeitung 1793 Sp. 218 f., 1794 Sp. 272 f.

700. Das Reich sollte ab 1. Februar 1794 die interimistische Verpflegung der preußischen Truppen übernehmen. Schick a. a. O. (S. 90). — Deutsche Zeitung 1794 Sp. 222 u. ö. — Pol. Journal mehrfach.

701. Auf die übrigen Gründe braucht hier nicht eingegangen zu werden.

1793,<sup>702</sup> „die in dem dermaligen Reichskriege gegen Frankreich noch ferner vorzukehrenden Maßregeln betreffend“. dagegen. Durch dieses Dekret forderte der Kaiser Reichsgutachten 1. über Maßnahmen gegen die in der Kontingentstellung säumigen oder ungehorsamen Reichsstände und 2. über eine allgemeine Bewaffnung der deutschen Grenzbewohner und bat 3. um patriotischen Beirat.

In Gotha<sup>703</sup> wollte man beide Gegenstände, Kommissionsdekret und Verpflegungsantrag, in den folgenden Korrespondenzen möglichst auseinanderhalten.<sup>704</sup>

Herzog Ernst II. hielt die drei Punkte des Kommissionsdekrets für so wichtig, daß er seine Geheimen Räte mit dem hannöverischen Ministerium in vertrauliche Kommunikation treten ließ. Das Schreiben vom 31. Januar 1794 erwähnt die Konvention mit Prinz Coburg, durch die statt des Kontingents Geld gestellt wurde, zur Zufriedenheit des Kaisers; man bat um Mitteilung der Ansicht König Georgs über das Dekret, um mit dem Votum sich Bremen anschließen zu können.<sup>705</sup>

Ein weiteres Schreiben nach Hannover vom 3. Februar und gleichzeitige Schreiben der Geheimen Räte nach Wolfenbüttel.

---

702. Kriegs-A IV (A. VII. 79) (nicht paginiert), Beilage A zu RG 7 vom 23. Januar 1794, an die ich mich im Folgenden halte. Das Dekret abgedr. pol. Journal 1794 S. 113—124. — Deutsche Zeitung 1794 Sp. 221 ff. — Reichsanzeiger 1794 Sp. 297—300. — S. besonders Vivenot, Herzog Albrecht a. a. O. I S. 3 f.

703. Im Januar 1794 wurden 1000 französische Gefangene von Mainz nach Magdeburg überführt (Durchmarschakten I Bl. 298 ff. Anzeige Berlin, 20. Dezember 1793 usw.). Darunter befanden sich viele Kranke (Girtanner pol. Annalen VI S. 203—205), was eine Epidemie verursachte, der eine Anzahl Gothaer Bürger erlagen („Aus harten Kriegsjahren“, RF V, 3; vgl. Fourierbuch 1794 I, welches „p. p. 800 Mann“ Kriegsgefangene unter Eskorte am 16. Januar nennt, die am 19. abgeführt wurden und 30 Tote zurückließen. Vgl. auch Galletti, Gotha V S. 6 und Beck, Regenten S. 418.), weshalb sich Min. Gotha in Berlin beschwerte (Durchmarschakten I Bl. 304, Gotha 27. Januar 1793, ausführlich).

704. Die „Acta die von dem Kgl. Preuß. Hof von dem Reich verlangte Unterhaltung und Verpflegung seiner am Oberrhein gegen Frankreich stehenden Armée betr. 1794.“ sind unter der (jetzigen) Signatur A. VII. 69. von den Kriegs-A IV (s. o. Anm. 702) abgesondert worden, wobei einzelne Korrespondenzen falsch eingeordnet wurden, was ich durch (!) bei den Nachweisen anmerke.

705. Kriegs-A IV.

auf Herzog Ernsts ausdrücklichen Befehl, und des Herzogs selbst an den Kurfürsten von Sachsen und an Gemmingen hatten den preußischen Verpflegungsantrag zum Gegenstand.<sup>706</sup>

Darüber hatte der Gesandte umständlich nach Gotha berichtet.<sup>707</sup> Graf Görtz war am 29. Januar mit einer angeblich privaten Eröffnung zu ihm gekommen: Die freiwilligen Beiträge genügten nicht mehr für den Unterhalt der Armee; wenn kaiserlicherseits eine richtige Kriegssteuer erhoben werde, so könnte der König von Preußen dies, da es in seinen Landen ungewöhnlich sei, nicht tun, verlange daher um so mehr eine Verpflegung seiner Truppen von Seiten des Reiches, zumal er viele Magazine verloren habe; es waren 41 966 Rationen und 82 154 Portionen für die Rheinarmee ab 1. Februar. Auch übergab Görtz Gemmingen auf dessen Verlangen die Hauptpunkte schriftlich zum Einschicken.<sup>708</sup> In Gotha war man auf Grund des Berichtes Gemmingens der Meinung, es handele sich um eine private Mitteilung Görtz' und nicht um einen förmlichen Antrag Kurbrandenburgs, während er z. B. nach Mecklenburg-Schwerin<sup>709</sup> deutlicher zu erkennen gegeben hatte, daß es sich um einen offiziellen Antrag bei der Reichsversammlung handelte.

Gemmingen wurde von Gotha angewiesen, sich mit anderen vertrauten Gesandtschaften deswegen zu besprechen, die Meinung ihrer Höfe zu erforschen und wohin, falls es zur Beratung komme, die Abstimmungen gingen; besonders wichtig sei die Äußerung der kaiserlichen Minister, nämlich ob der kaiserliche Hof den Antrag Preußens begünstige?!<sup>710</sup>

Die Verlegenheit Herzogs Ernsts über Görtz' Antrag war umso größer, als er nicht finden konnte, wie die Reichsstände über ihre verbandsmäßigen Obliegenheiten, Kontingentstellung

---

706. Einzelnachweise s. weiter unten.

707. A. VII. 69., Bl. 1 f., RG 10 vom 30. Januar 94.

708. Ebenda Bl. 3 f., Beil. A: „Hauptpunkte des Antrags von der Kurbrandenburgischen Gesandtschaft“ (dies widerspricht der „privaten“ Eröffnung Görtz!). Vgl. auch die Präambel der verschiedenen Schreiben Gothas vom 3. Februar 1794.

709. So vom 30. Januar 1794. Asch S. 19. — Vgl. o. S. 59 und Anm. 261.

710. A. VII. 69. Bl. 5, vom 3. Februar, wie die im Folgenden zugrundegelegten Schreiben. — Vgl. Asch S. 20 f. über die Wirkung der Berichte Gemmingens und die der gothaischen sehr ähnliche Haltung Schwerins!

usw. und Zahlung von Römermonaten hinaus noch mit ganz ungewöhnlichen und drückenden Auflagen beschwert werden könnten. Er hatte seine vorjährige Konvention (sie wurde den Schreibern an die Höfe in vertraulicher Abschrift beigelegt) getreulich erfüllt und danach seiner reichsständischen Pflicht völliges Genüge geleistet; da er auch seine verwilligten Römermonate gezahlt hatte, so glaubte er sicher, nach § 3 der Konvention mit allen anderen Ansprüchen verschont zu bleiben, und daß sie nach § 4 noch ein Jahr fort dauere. Aber auch falls eine solche Verpflegung tunlich sei und eine Uebereinkunft mit Preußen zustande käme, so doch nur für den Teil der preußischen Truppen am Rhein, der das preußische Kontingent und die Hilfsvölker für den Kaiser übersteige!

Dies legten die Gothaer Geheimen Räte dem Wolfenbütteler Ministerium <sup>711</sup> dar und baten um seine und seines Herrn Meinung, Hannover <sup>712</sup> überdies noch um die Anweisung an seine Komitialgesandtschaft, um sie von Gotha aus, soweit nach der eigenen Lage tunlich, zum Leitfaden zu nehmen. Herzog Ernst dagegen wünschte des Kurfürsten von Sachsen „hohen Rat und einsichtsvolle Belehrung“, wie man sich bei etwaiger Beratung und Abstimmung am unverfänglichsten benehmen möchte? <sup>713</sup>

Inzwischen berichtete Gemmingen schon von sich aus über die Aufnahme des preußischen Antrags in Regensburg: einigen Gesandten war er aufgefallen, andere aber waren vollkommen der Meinung, daß man dem preußischen Verlangen nachgeben sollte; <sup>714</sup> unter der Hand — offiziell war ihm nichts davon bekannt — hatte er erfahren, daß der kurböhmische Gesandte hin und wieder, besonders gegen die kurfürstlichen Kollegen, geäußert habe, „daß man den kurbrandenburgischen Antrag hier-

---

711. A. VII. 69., Bl. 6 f.

712. Kriegs-A IV (!), unter Bezugnahme auf das Schreiben vom 31. Januar 1793.

713. A. VII. 69., Bl. 8—11, zwei Entwürfe. — Vgl. Asch S. 22.

714. Da „durch die Richtungen der vorderen Kreise und das Aufgebot des Landvolks, auch dessen Bewaffnung der Sicherheit des Reiches und der Bedeckung dessen Grenzen nicht genug gedient“ und es also ein großes Unglück sei, wenn der König von Preußen einen großen Teil der Truppen zurückziehe. RG 11.



mit unterstützt haben, selbst hingegen nachstehen wolle“,<sup>715</sup> und nach einer vorläufigen mündlichen Erklärung der kaiserlichen Minister vom 26. Januar (die er nur inoffiziell von einer Kanzlei erhielt) glaubte er, sie seien ganz für den preußischen Antrag,<sup>716</sup> mußte aber bald eingestehen, daß darüber die Meinungen geteilt waren;<sup>717</sup> indessen ginge die Sache Gotha-Altenburg, als zu einem der „rückliegenden Kreise“ gehörig, gar nichts an.<sup>718</sup>

In Gotha nahm man diesen Gedanken aber nicht auf, da er sonst sicher zumindest Meinungen gegenüber hervorgehoben worden wäre. Dieses dankte unterm 7. Februar für die gothaische Äußerung über das Hofdekret (s. u.), hielt für den Görtz'schen Antrag, ohne Ueberraschung darüber zu äußern — man glaubte auch an die kaiserliche Unterstützung —, einen gemeinsamen Schluß für nötig und wollte Herzog Ernsts Meinung wissen.<sup>719</sup>

In Gotha durfte man, nach Meinings bisheriger Haltung, annehmen, daß es von sich aus den preußischen Antrag unterstützen würde, und antwortete unterm 14. Februar nur kurz: Zu dem unerwarteten Antrage habe der Herzog noch keinen Entschluß gefaßt und glaube, von Regensburg und anderen Orten nähere Aufklärung erwarten zu müssen; man behalte sich eine

---

715. Kriegs-A IV (!), RG 11 vom 31. Januar 1794.

716. A. VII. 69., Bl. 12 f., RG 12 vom 3. Februar 1794 mit Beilage A. — Vgl. Schick S. 94!

717. Einige Gesandte meinten, dem Buchstaben nach unterstütze der Kaiser Preußen, andere sahen in der Erklärung noch keine Unterstützung; Gemmingen selbst enthielt sich, wie andere, dem Antrag auch Entschädigungsabsichten zu unterstellen. A. VII. 69., Bl. 14, RG 15 vom 13. Februar 1794. — Vgl. seinen gleichzeitigen Bericht nach Schwerin, worin er den Herzog in dessen abwartender Politik bestärkte. Asch S. 24.

718. Der Antrag gehe „ohnehin auf die vorderen Reichs-Kreise“. Aber Preußen wollte die Verpflegung durch diese nur bis zur Regelung durch einen allgemeinen Reichsschluß geleistet haben (Schick S. 90 und ff., vgl. Asch a. a. O.), was Gemmingen falsch ausgelegt haben dürfte. — Er wollte das ihm erst am 12. des Monats zugekommene herzogliche Reskript befolgen. RG 15.

719. A. VII. 69., Bl. 16, unter Bezugnahme auf das u. erwähnte gothaische Min-Schreiben vom 3. Februar 1794. — Gotha und Meinungen standen um die Jahreswende sowohl über die freiwillige Unterstützung Preußens (s. o. Anm. 698) als auch in Sachen des Reichskontingents usw. (s. Kont-A) in Korrespondenz.

spätere Äußerung vor.<sup>720</sup> Da die offizielle Kommunikation mit Meiningen bis Anfang April ruhte, kann angenommen werden, daß ein gelegentlicher Meinungsaustausch des dortigen Ministers Dürckheim mit Frankenberg, der vielleicht bei Herzog Georgs Anwesenheit am 8./9. Februar in Gotha angeregt worden war,<sup>721</sup> diese ersetzte.<sup>722</sup> —

In Regensburg war beim Ratsgang vom 24. Januar, wo Baron Hügel<sup>723</sup> zum ersten Male als österreichischer Direktorialis anwesend war,<sup>724</sup> beschlossen worden, baldmöglichst Instruktion zum Hofdekret einzuholen.<sup>725</sup> Meiningen teilte Gotha einen gleichmäßigen Antrag der Fränkischen Kreisversammlung auf allgemeine Armierung mit und bat um Mitteilung der Ansicht Herzog Ernsts und der Instruktion für Regensburg.<sup>726</sup> Eine solche Antwort konnte noch nicht gegeben werden, der Herzog war noch nicht entschlossen und hatte Gemmingen Erkundigungen aufgegeben, „wie das Kaiserliche Ansinnen angesehen werde, und wohin die vorzüglichen Stimmungen der Stände darüber ausfallen dürften“.<sup>727</sup> Man behielt sich weitere Kommunikation vor und wünschte Gegenseitigkeit deswegen.<sup>728</sup>

Frankenberg sah in solchen weiteren Forderungen ein ungleiches Spiel der großen mächtigen Reichsstände<sup>729</sup> mit den mindermächtigen.<sup>730</sup>

---

720. A. VII. 69., Bl. 17.

721. Fourrierbuch Friedenstein 1794 I.

722. S. u. Anm. 751. — Die Antwort vom 14. Februar kann auch eine Förmlichkeit sein, falls die Frage mit Herzog Georg besprochen wurde.

723. S. o. Anm. 262. — Reichsanzeiger 1793 (II) Sp. 666 und (Berichtigung) 895.

724. Schick S. 94 Anm. 30.

725. Kriegs-A IV, RG 8 vom 24. Januar 1794.

726. Ebenda, PS eines Schreibens vom 3. Februar 1794 (ebenda) beantwortet am gleichen Tage als PS. Vgl. (Hauptschreiben) o. Anm. 719.

727. Zitiert nach dem Schreiben an Meiningen. Das Reskript an Gemmingen vom 3. Februar (o. Anm. 710) muß gemeint sein, obwohl dort nur vom preußischen Verpflegungsantrag die Rede ist.

728. An Meiningen a. a. O.

729. Deren Herzensangelegenheit es zu sein schien, „sich nicht allein zu erschöpfen, sondern auch die mindermächtigen in Ohnmacht sinken zu sehen; die erstern haben große Ressourcen, die letztern ohngefähr keine — das macht ein ungleiches Spiel“. PK Bl. 60.

730. PK Bl. 60. Frankenberg an Fritsch, 6. Februar 1794.

Gemmingen äußerte sich zu den drei zur Beratung stehenden Punkten<sup>731</sup> unterm 10. Februar:<sup>732</sup> 1. Die Exekutionsordnung enthalte bereits Ziel und Maß eines Vorgehens gegen säumige Stände, der Herzog habe sich nichts vorzuwerfen und seiner Pflicht volles Genüge geleistet. Im Votum könnte beantragt werden, „daß nur denen bereits vorhandenen Reichsgesetzen nachgesetzt werden dürfe“. — 2. Zur allgemeinen Volksbewaffnung hatte Görtz Gemmingen mündlich eröffnet, der König von Preußen habe eine allgemeine Bewaffnung besonders der Landleute der „rückliegenden Kreise“ nicht für ratsam; in jenem 2. Punkte, sagt Gemmingen, war aber nur von Grenzbewohnern die Rede, die ohnehin gegenwärtig in den „vorderen Kreisen“ bewaffnet wurden, und dies war überhaupt eine Angelegenheit der Kreise; nach seiner Meinung handelte es sich nur darum, ob jene bereits getroffenen Anstalten, besonders des fränkischen Kreises,<sup>733</sup> „zu beloben“ seien. — 3. Betreffs der Verstärkung der Armee könnte Gotha vielleicht votieren: Man werde sich zwar nicht von dem trennen, was dieserhalb für nötig erachtet werde, erwarte aber von der bisher bewiesenen Tapferkeit der k. k. und k. preußischen Truppen zuversichtlich, daß es aller weiteren Anstrengungen der Reichskräfte nicht bedürfe. — Vielleicht fände der Herzog aber gut, daß er (Gemmingen) sich Kurachsen oder Brandenburg schicklich anschließe. Einige vorläufige Instruktionen lagen anscheinend vor; schriftliche Punkte eines „uniformen Votums“ waren noch nicht bekannt, er wollte solche einschicken, wenn er sie erhalte.<sup>734</sup> Ferner hatte Hohen-  
thal ihm mitgeteilt und in Gegenwart Omptedas wiederholt, „ein Rescript dahin erhalten zu haben, diejenigen Höfe, welche der bekannten Association von 1785<sup>735</sup> beygetreten, auf die gegenwärtigen Zeitumstände aufmerksam zu machen, und die Ge-

---

731. S. Schick S. 96; Punkt 3 abweichend vom Hofdekret (s. o. S. 145).

732. Kriegs-A IV, RG 14.

733. Pol. Journal 1794, S. 82 u. ö. (s. Register). — Deutsche Zeitung 1794 Sp. 222. — Aktenstücke s. Häberlins Staatsarchiv VI S. 470 ff., VII 63 ff. u. a. — Vgl. auch Heigel II S. 131 ff. — Schick a. a. O. nebst Nachweisen. — Fränkische Kreistagsakten s. o. Anm. 7.

734. Mit einem PS zu RG 14 (Kriegs-A IV) sandte Ernesti Bemerkungen über die von Schick S. 83, Anm. 185 angeführte „Gegenschrift“ ein.

735. „Fürstenbund“, s. o. S. 41.

sanden dieser Höfe diesfalls zur weitem Einleitung bey den Höfen selbst anzugehen.“ Darüber sei vielleicht eine Korrespondenz zwischen den Höfen selbst ratsam, meinte Gemmingen.<sup>736</sup> —

Unterm 13. Februar antwortete das hannöverische Ministerium auf das zweite gothaische Schreiben — das erste, welches sich mit dem Hofdekret befaßte, wurde erst nach wiederholter Mahnung am 2. April des Jahres beantwortet<sup>737</sup> — wegen des preußischen Verpflegungsantrags, auf die erste überraschende Nachricht hin habe man sofort einen Bericht an den König abgesandt und den Gesandten in Regensburg beauftragt, „alles in suspenso zu lassen“; dieser vorläufigen Antwort werde Weiteres nach Entschließung Sr. Majestät folgen.<sup>738</sup> —

Gemmingen brachte dann am 13. Februar in Erfahrung, daß Sachsen-Weimar (Graf Görtz!<sup>739</sup>) „pro rata“ Preußen wirklich unterstütze! Andere Gesandte fanden doppelte oder dreifache Lasten zu hart.<sup>740</sup> Der soeben von München zurückgekehrte kurpfälzische Gesandte hatte Instruktion, sich dem preußischen Antrage gerade entgegenzustellen, eröffnete dies aber noch nicht.<sup>741</sup> Dagegen meinte Görtz zu Gemmingen, seinem Antrage könne um so mehr nachgegeben werden, als die ganze Sache bloß temporär sei und sicher durch die baldige Abschie-

---

736. Kriegs-A IV, PS II ad RG 14.

737. S. weiter unten.

738. A. VII. 69., Bl. 19. „Die Sache ist von solcher bedenklichen Beschaffenheit und Wichtigkeit, daß sie die höchste Aufmerksamkeit und alle vertrauliche Zusammensetzung patriotisch gesinnter Reichsstände erfordern und wiedererwecken muß.“

739. S. o. S. 57.

740. Nicht in Mitleidenschaft gezogene Stände glaubten sogar, daß Preußen ruhig einige Truppen zurückziehen könnte, und daß die Grenze durch die Bewaffnung des Landmanns genug geschützt sei. Gemmingen war „dieser Meinung gar nicht zugetan“, er hatte wohl Vertrauen zum Landmann, aber ein Kordon ohne reguläres Militär sei leichter zu durchbrechen und dann nicht leicht wiederherzustellen: leichte und schwere Kavallerie sei unbedingt notwendig. RG 16.

741. Beim Ratsgang äußerte er in Gemmingens Gegenwart auf eine Frage, daß der Kurfürst im Bayrischen, Oberpälzischen usw. Anstalten zur Errichtung von Landmiliz und Aufgebot des Landvolks treffe. PS ad RG 16. — Vgl. Pol. Journal 1794 S. 180 u. ö.



Bung von Traktaten mit Wien und England<sup>742</sup> eine Milderung erfahren werde.<sup>743</sup>

Der Verpflegungsantrag blieb weiter Gegenstand der Regensburger Besprechungen, und ein geschriebener Aufsatz<sup>744</sup> über eine derartige Verpflegung und ihre Schwierigkeiten machte die Runde; Gemmingen hoffte, daß Preußen selbst von seiner Forderung abkommen werde. Hohenthal sagte ihm, daß Kursachsen durch Kontingentstellung und Römermonate zum beschlossenen Wehrstand jederzeit mitwirken werde und dasselbe von allen Ständen erwarte, zu aller andern Verpflegung aber niemals konkurrieren könne.<sup>745</sup> —

Unterm 20. Februar äußerte sich Weimar offiziell zu den beiden Anträgen auf Volksbewaffnung und Ernährung der preußischen Truppen von Reichswegen.<sup>746</sup> Ersterer erschien auch durch die Gefahr für die entfernter liegenden Gebiete gerechtfertigt und Letzterer von großer Billigkeit, da die preußische Hilfe unentbehrlich sei. Dennoch fand man in beiden Anträgen viel Bedenkliches und Gefährliches und wünschte bei dem, was Herzog Karl August deswegen zur Hand gegeben werden sollte, von der Einsicht der gothaischen Minister geleitet zu werden, und bat daher um deren Meinungen wie um die Herzog Ernsts.

Darauf antwortete Gotha unterm 24. Februar:<sup>747</sup> Beide Anträge seien von außerordentlicher Wichtigkeit und Bedenklich-

---

742. S. o. S. 144 und Schick a. a. O. (S. 91 f.).

743. A. VII. 69. Bl. 21—24, RG 16 und PS dazu (nach dem Ratsgang abgefaßt); PS: auch Baden gibt dem preußischen Antrag nach (wieder Görtz, s. o. Anm. 130), vgl. Erdmannsdörffer Bd. II.

744. A. VII. 69. Bl. 27 f., Beilage A zu RG 17.

745. Ebenda Bl. 25 f., RG 17 vom 17. Februar 1794. — Gemmingen glaubte, daß man von dieser Last freibleiben werde; die „rückliegenden Kreise“ brauchten sich noch gar nicht zu erklären und könnten das Verhalten der „vorderen“ abwarten (ähnlich sagt er in RG 14 (s. o. S. 150) zu Punkt 2 des Hofdekrets, die „vorderen Kreise“ müßten überhaupt das Meiste tun und immer die Ersten sein, von den „rückliegenden“ könne man nicht mehr als ihre kräftigste Unterstützung erwarten). — Vgl. Asch S. 26, der dort einen gleichzeitigen und vermutlich (mit RG 17, PS) gleichlautenden Bericht Gemmingens nach Schwerin anführt.

746. Kriegs-A IV (Originalbrief) und A. VII. 69., Bl. 29 (Abschrift), ps 22. Februar 1794.

747. Entwurf Kriegs-A IV und Extrakt (Verpflegungsantrag) in A. VII. 69., Bl. 30, womit dieses Aktenstück abbricht.

keit; die allgemeine Bewaffnung gehe laut Kommissionsdekret nur die vorliegenden Kreise an; die gesamte Reichsbewaffnung sei beschwerlich, besonders in den sächsischen Kreisen.<sup>748</sup> Man habe gute Hoffnung, daß viele ansehnliche Stände nicht für den preußischen Antrag stimmen werden und Preußen ihn fallen lassen dürfte; eine bestimmte Erklärung sei daher nicht eilig. Weitere Kommunikation wurde bis zu einer zu erwartenden Aufklärung vorbehalten.<sup>749</sup>

Frankenberg freute sich, daß Fritsch keinen Gefallen an einer allgemeinen Volksbewaffnung fand; er selbst hatte nie anders gedacht und dachte noch wie Ende 1792 in Weimar und Erfurt, als die Franzosen im Besitz von Frankfurt und Mainz waren;<sup>750</sup> jetzt konnte er umsoweniger einer Maßregel zustimmen, die ihm jederzeit und in jedem Falle mißlich und in ihren Folgen unübersehbar erschien. Darüber äußerte er sich im Einzelnen in einer Antwort auf einen Brief Dürckheims von Meinungen, welche beiden Schreiben er Fritsch mitteilte.<sup>751</sup> Noch vor Absendung des Privatbriefes an Fritsch konnte er das Weimarer Ministerialschreiben bestätigen: „Wir schütteln die Köpfe zu beyden Gegenständen, Bewaffnung und Verpflegung“. —

Gemmingen sandte unterm 21. Februar ein preußisches Schreiben an Kurmainz vom 31. Januar des Jahres ein, das die Bestätigung des Verpflegungsantrags an die sechs „vorderen Kreise“ darstellte, und in dem Gemmingen als „*conditio sine qua non*“ vorausgesetzt schien, daß jedes Aufgebot des Landvolks unterbleibe, da andernfalls die preußischen Truppen zurückgingen!<sup>752</sup> Diese Drohung wurde bald darauf ausgeführt! —

---

748. Der Ober- und der Niedersächsische Kreis gehörten beide zu den „rückliegenden Kreisen“.

749. Vgl. dazu Hannovers Min-Schreiben vom 13. Februar (o. Anm. 738) und RG 17 (o. Anm. 745).

750. PK Bl. 61, Gotha 22. Februar 1794. An Fritsch. Danach auch das Folgende. — Frankenberg in Weimar und Erfurt s. o. S. 114.

751. Beide Briefe sind französisch geschrieben. Mir sind nur die Abschriften für Fritsch bekannt: PK Bl. 64 (Dürckheims Brief vom 19. Februar) und 65 (Frankenbergs Antwort vom 22. Februar 1794). — Herzog Georg hatte seinen Minister (über ihn SMG Registerhefte, 91 ff.) beauftragt, mit den Staatsministern der übrigen sächsischen Häuser über die Frage der Volksbewaffnung u. a. zu verhandeln. Vgl. o. S. 149.

752. Diese „*conditio sine qua non*“ entspricht dem, was Schick S. 94 anführt. — Kriegs-A IV, RG 19 und Beilage A dazu.

Ueber die Haltung Kursachsens wurde Gotha sowohl durch ein Schreiben des Kurfürsten vom 22. Februar<sup>753</sup> als durch Gemmingens Meldung vom 28. des Monats unterrichtet.<sup>754</sup> Unterm 3. März<sup>755</sup> konnte der Gesandte das kursächsische Votum ein-senden, welches er sehr angemessen fand: es brauche von Gotha nur adoptiert zu werden!

Inzwischen war die österreichische Forderung nach einer Reichsarmee und auf die Aufhebung der Relutionen bekannt ge-worden.<sup>756</sup> Hildburghausen, welches sich (wie auch Coburg) bis-her der Stellung überhaupt entzogen hatte,<sup>757</sup> geriet in Besorgnis und Verlegenheit; es hielt diese österreichische wie die preu-ßische Forderung (Verpflegungsantrag) für ungegründet und un-erfüllbar; der Herzog bat seinen Vetter um vertrauliche Mittei-lung, ob noch Hoffnung vorhanden sei, von der Naturalstellung der Truppen verschont zu werden, oder was für Maßregeln zu deren Aufbringung ratsam seien, ferner um seine Meinung über den preußischen Antrag und zur bevorstehenden Abstimmung über das Hofdekret.<sup>758</sup> Die Antwort erfolgte Mitte März, be-ruhigte wegen der preußischen Forderung — sie sei vielleicht gar nicht zur Beratschlagung bestimmt, weshalb auch noch keine Instruktion von Gotha erlassen worden sei — und ver-wies andererseits auf das Zirkularschreiben Kursachsens vom

---

753. Ebenda. Die Gesandtschaft sei angewiesen, sich auch mit den Häusern des Fürstenbundes zu vernehmen, also auch mit dem Gesandten Herzog Ernsts (vgl. o. S. 150). S. auch die folgende Anm.

754. Kriegs-A IV, PS ad RG 22 vom 28. Februar 1794, Bestätigung einer (in den Kriegs-A und Kont-A nicht aufgefundenen) Instruktion vom 17. d. M. — Hohenthal hielt eine Kommunikation des Gothaer mit dem Dresdener Mini-sterium für sehr vorteilhaft, was er auch schriftlich auf einem Billett wiederholte, ohne daß Gemmingen es einsandte, wie ihm ausdrücklich be-fohlen war (Vermerk Frankenbergs auf diesem PS); Hohenthal hatte keine weitere Instruktion, „als mit den Gesandten der zu jener Assoziation ge-hörigen Höfe de Concert zu agiren“. PS ad RG 22.

755. Ebenda, RG 23 vom 3. März 1794 und Beilage A das Votum.

756. Kriegs-A IV, RG 22 vom 28. Februar 1794. Alles Nähere s. in Kont-A II. und (Gemmingens Verhandlungen mit Hügel) WW VII. q. 2. (Promemorien). — Vgl. Schick S. 107 und 164.

757. Schick S. 82 Anm. 182.

758. Kriegs-A IV. herzogl. Schreiben vom 28. Februar 1794.

31. Januar<sup>759</sup> und die Konvention (Gothas) über die Reluition, legte auch die verschiedenen Schreiben abschriftlich bei.<sup>760</sup> —

Am 31. März 1794 fungierte Baron Hügel in Regensburg zum letztenmal als Direktorialgesandter Oesterreichs — er war zum Konkominissar ernannt worden<sup>761</sup> —, und es wurde bekannt, daß zum Feldmarschall der selbständigen Reichsarmee der Wettiner Albrecht, Herzog von Sachsen-Teschen, ausersehen war.<sup>762</sup> Ebenso hörte man, daß die preußische Forderung an das Reich wegen der großen Subsidien beseitigt sei, womit Görtz' frühere Aeußerungen (meinte Gemmingen) übereinstimmten.<sup>763</sup>

So erschien es nicht mehr wichtig zu sein, daß Hannover unterm 8. März dem Gothaer Ministerium die Meinung König Georgs mitteilte:<sup>764</sup> Er beachte die preußische Forderung sorgsam; da aber das Reich nur „Hilfeleistender Teil“ sei,<sup>765</sup> konnte er nicht dafür halten, daß die preußische Forderung angemessen sei,<sup>766</sup> und wollte keinen Teil an einer solchen Bewilligung nehmen.

Da Hannover die Meinung der Gothaer Geheimen Räte dazu erfahren wollte, antworteten diese unterm 21. März,<sup>767</sup> Herzog Ernst sei mit dem König gleicher Ansicht und habe noch keine Instruktion gegeben, weil sich die Sache anscheinend zerschlage, und erinnerten an das Schreiben wegen des Kommissionsdekrets

---

759. 1794. S. Kont-A II.

760. Kriegs-A IV, Schreiben Herzog Ernsts vom 14. März 1794.

761. Schick S. 31. — Reichsanzeiger 1794 Sp. 426 und 729. — RG 26.

762. RG 26. — Deutsche Zeitung 1794 Sp. 464. — Ausführlich Vivenot, Herzog Albrecht a. a. O. I S. 46 ff. Bei dieser Wahl spielte des Herzogs Verwandtschaft, auch mit den ernestinischen Häusern, eine große Rolle. Ebenda S. 52 Anm. 2. — S. auch u. Anm. 771.

763. Kriegs-A IV, RG 26 vom 13. März 1794 und Beilage A, Nachricht von Mannheim, 5. März 1794 an Gemmingen. — Vivenot a. a. O. I S. 173 ff. — Vgl. Asch a. a. O. S. 27 f. — S. u. Text und Anm. 772.

764. Kriegs-A IV, Min-Schreiben.

765. Vgl. u. S. 159 und Anm. 791.

766. Auch stand der preußischen Forderung Art. IV § 15 der Wahlkapitulation Leopolds II. (s. o. Anm. 388; jener § pol. Journal 1791 S. 149) entgegen. — Gemmingen meinte (RG 31, s. u. Anm. 776), über die Anwendung dieses § gingen die Meinungen auseinander, er könnte leicht durch Stimmenmehrheit ausgeschaltet werden.

767. Kriegs-A IV, mit Dank für Hannovers Schreiben vom 13. Februar und 8. März d. J.



vom 20. Januar des Jahres. Denn dieses trat nun wieder in den Vordergrund der Interessen.

Seine baldige Beratschlagung zeigte Gemmingen am 17. März, unter Hinweis auf den Bericht vom 10. Februar, an <sup>768</sup> und versprach Bemühungen zur Erhaltung der sächsischen, brandenburgischen und kurbraunschweigischen Instruktion.

Inzwischen lief die Reluitionsache weiter, <sup>769</sup> und es erfolgte die Ratifikation eines Reichsgutachtens vom 26. August 1793 über die Reichsgeneralität <sup>770</sup> in Verbindung mit einem Kommissionsdekret vom 18. März 1794, die Zusammenziehung sämtlicher Reichs- und Kreiskontingente am obern Rheine und das dem Herzog zu Sachsen-Teschen übertragene Oberkommando betreffend. <sup>771</sup> Damit war die Reichsarmee geschaffen.

An jenem 13. März hatte Graf Görtz die Abberufung der preußischen Truppen vom Rheine verkündet, <sup>772</sup> was Gemmingen nicht einberichtet hatte. Jetzt erschien die Beibehaltung der preußischen Armee infolge der allgemeinen Lage überall rätlich, jedoch unter gewissen Bedingungen; <sup>773</sup> es war eine Mehr-

---

768. Kriegs-A IV, RG 28.

769. S. o. Anm. 756. — Die „Ausrichtung“ eines Reskripts vom 7. März hatte Gemmingen mit der „Punktation“ (s. o. S. 137) dem Konkommissar Hügel am 15. März übergeben lassen; Erstere nahm er an, Letztere war ihm bereits bekannt. Die Konvention, meinte Hügel, ginge zwar bis zum 1. März 1795; da aber jetzt andere Umstände herrschten und der Kaiser gehofft hätte, daß bei der jetzigen Notwendigkeit die vornehmsten höchsten Stände aus Patriotismus sich entschließen würden, mit eigener Mannschaft aufzutreten, gebe man die Hoffnung nicht auf und wollte darüber verhandeln, allenfalls durch einen besonderen Gesandten. PS ad RG 28. — Vgl. u. S. 167.

770. Darüber s. A. VI, (4.) 11 u. a. — Reichsanzeiger 1793 (II) und pol. Journal verschiedentlich. — Jenes Reichsgutachten abgedr. bei Eggers VI S. 1336 ff. — Vgl. Reichsanzeiger 1794 Sp. 730 und 993. — Pol. Journal 1794 S. 356 — 358.

771. Kriegs-A IV, Beilage A zu RG 30 vom 21. März 1794. — Neueste Staatsanzeigen VI S. 961. — Schick S. 106 f. — S. u. S. 166.

772. Diese Erklärung hat Gemmingen nach Gotha nicht einberichtet. Vgl. Asch S. 28 f., Bericht Gumpelzheimers vom 17. März 1794 nach Schwerin. — Deutsche Zeitung 1794 Sp. 463 f. — Schick S. 95.

773. Kriegs-A IV, RG 32 vom 27. März 1794; Gemmingen meint, eine solche preußische, vom Reich verpflegte Armee dürfe nicht über die Grenze gehen und der Feldmarschall müsse dem Reichsfeldmarschall untergeordnet werden. .

heit für Preußens Wunsch zu erwarten, der in der etwas veränderten Form Kurmainz' auf Geldsubsidien sowohl Preußen als auch den bisher widerstrebenden Ständen annehmbar erschien.<sup>774</sup>

Mit Rücksicht auf die zu erwartende Mehrheit im Kurfürsten- und entsprechend auch im Fürstenrate stellte Gemmingen anheim, ob Herzog Ernst ihn nicht beifällig instruieren wolle. Gegen den Antrag war allerdings Kurbraunschweig; Ompteda hatte ein Reskript vom 8. März <sup>775</sup> erhalten und es Gemmingen vertraulich mitgeteilt, der auf Verlangen eine eigene Meinung äußern wollte.<sup>776</sup> Ompteda glaubte jetzt noch an eine Mehrheit gegen den Verpflegungsantrag, meinte aber, man werde sich fügen, wenn sich Preußen den Bedingungen unterziehe.<sup>777</sup>

Gemmingen konnte ein Gerücht, Berlin habe mit Frankreich Frieden geschlossen,<sup>778</sup> schon im nächsten Bericht widerrufen; die Preußen sollten Halt gemacht haben oder schon wieder auf dem Rückmarsch sein. Der kurböhmische Gesandte hatte ihm eröffnet, daß der Kaiser, der (auf seiner Reise nach

---

774. Schick S. 95 mit Nachweisen. — Ausführlich über die Wirkung des Mainzer Reskripts vom 18. März 1794 (Beilage A zu RG 31) RG 31 und 32 (Votum Kölns, Beilage A), nach denen die Meinung H. v. Sybels (Geschichte der Revolutionszeit von 1789—1800) Bd. III S. 53 f. und 59 ebenso verständlich ist wie die Auslegung Schicks a. a. O. Anm. 37. — Vgl. u. Anm. 777.

775. Beilage B zu RG 31, gleichlautend mit dem Min-Schreiben vom gleichen Tage an Gotha (s. o.).

776. Kriegs-A IV, RG 31 vom 24. März 1794 (s. o. Anm. 766).

777. Was im Grunde dasselbe sei (wie Zustimmung), meint Gemmingen; auch sei der Antrag jetzt annehmbar (vgl. den Bericht Gemmingens und Gumpelzheimers nach Schwerin vom 27. März 1794 bei Asch S. 29), „nur muß der Nutzen für das Reich gewiß sein“. RG 33.

778. Kriegs-A IV, RG 33 vom 28. März 1794. Gemmingen glaubte das nicht, sonst aber müßte sich das Reich schleunigst aus der Schlinge ziehen. Die Einzelstände müßten jedenfalls auf der Hut sein, Verbindungen untereinander eingehen oder für eigenen Wehrstand sorgen, um eventuell einem Einfalle standhalten zu können; ein solcher gegen Franken und Schwaben sei wohl unmöglich; wahrscheinlicher sei, daß die Franzosen den Rhein zwischen Koblenz und Köln/Mainz überschreiten und einen Teil von Obersachsen (!) außer Westfalen und Kursachsen plündern könnten. — In RG 34 erläutert er dies: Trotzdem Kal'kreuth mit 20 000 Preußen um Mainz stehe (die dem Kaiser traktatenmäßig schuldige Hilfe), sei Vorsicht ratsam, da die Franzosen zwischen Mannheim und Mainz leicht den Rhein überschreiten könnten, um über Frankfurt, Fulda, Eisenach bis ins Gothaische, Wei-

den Niederlanden)<sup>779</sup> am Mittwoch durchpassieren<sup>780</sup> wollte, ein Korps frischer Truppen marschieren lassen werde und wünsche, daß die Stände wenigstens einmal ihr Kontingent in natura stellten.<sup>781</sup> —

Was das Kommissionsdekret vom 20. Januar 1794 betraf, so hatte der Gesandte seine Mitteilung vom 17. März<sup>782</sup> dahin ergänzt, daß seine Beratung am 7. April beginnen werde.<sup>783</sup> Nun folgte ein neuer Vorschlag für das Votum:<sup>784</sup> Zu Punkt I sollte der Kaiser gebeten werden, „status morosos“ (säumige Stände) bekannt zu geben, da man sich selbst keiner Verfehlung bewußt sei; zu II bringe das allgemeine Aufgebot nicht überall Sicherheit, durch Verpflegung und damit Beibehaltung der preußischen Truppen, zu den vorgeschlagenen Bedingungen, könne dasselbe erreicht werden; die Verpflegung sei Sache der Kreise. Zu III sollte alle weitere Vermehrung des Wehrstandes über das Triplum hinaus vermieden werden.<sup>785</sup> Ompteda war noch nicht instruiert, und Hohenthal hatte Gemmingen auf den Berichttag vertröstet, da jener bei ihm zu Mittag speiste.

Unterm 4. April<sup>786</sup> sandte er einen Extrakt eines kgl. preußischen Reskripts an Görtz ein, wonach dem Reiche freigestellt wurde, ob eine Unterstützung Preußens in Geld bewilligt und ein angemessenes Angebot getan werde, anstatt die Truppen durch das Reich zu verpflegen; dieses beruhte nur auf kurfürstlichen Vorstellungen, fügte Gemmingen hinzu.<sup>787</sup> Die In-

---

marische und Coburgische zu schweifen; sie würden sich dort nicht aufhalten, aber viel schaden.

779. Deutsche Zeitung 1794 Sp. 457 und 464 f. — Girtanner, hist. Nachrichten XV S. 351 f. — Pol. Journal 1794 mehrfach.

780. Dies geschah am 4. April früh (RG 36). Vgl. Schick S. 96.

781. Kriegs-A IV, RG 34 vom 31. März 1794.

782. RG 28 (s. o. S. 156).

783. RG 31 (s. o. Anm. 776). — Reichsanzeiger 1794 Sp. 994 f.

784. Kriegs-A IV, RG 35 vom 3. April 1794.

785. Gemmingen mochte fühlen, daß seine jetzigen Vorschläge mit seiner früheren Meinung nicht übereinstimmten, denn er rechtfertigt den preußischen Verpflegungsantrag nun damit, daß so die weitere Vermehrung des Wehrstandes und auch die sonst zugemutete Naturalstellung des Kontingents vermieden werde. RG 35. — Eine Aeußerung über Hohenthals Mitteilung findet sich nicht in den folgenden RG. S. u. S. 162.

786. Kriegs-A IV, RG 36 vom 4. April 1794.

787. Ebenda. Gemmingen hatte sich ganz zurückgehalten, da er nicht instruiert war. — Der Extrakt Beilage A zu RG 36, so sollte Graf Görtz

struktion, die er auf diesen Bericht hin erhielt, ist bedingt durch verschiedene Schreiben, die Anfang April in Gotha eingingen.

Zunächst teilte das hannöverische Ministerium die Meinung des Königs zu den beiden Hofdekreten vom 20. Januar und 18. März mit.<sup>788</sup> Es war dies die Antwort auf das gothaische Ministerialschreiben vom 31. Januar 1794.<sup>789</sup> Die Verwicklungen, die das erstere Hofdekret hervorgerufen hatte, seien dergestalt gewesen, daß nicht abgesehen werden konnte, ob und wann seine Beratung stattfinde; jetzt sei sie auf den 7. April angesetzt. Der König hatte keine Kenntnis von Versäumnissen irgendwelcher Reichsstände, es fehlte ja auch bisher eine eigene Reichsarmee. Obwohl er Truppen gestellt hatte, ohne Kosten des Reiches, so war er doch für die verfassungsmäßige Reichsarmee bereit, sein Kontingent zu stellen, und zweifelte nicht, daß dann die übrigen Reichsstände gleiche Bereitwilligkeit zeigten. Die gegenwärtigen Gesetze gegen säumige Stände genügten aber. Die Bewaffnung der Grenzbewohner sei nicht zu mißbilligen, doch könnte sie ebensowenig vom Reich auf allgemeine Weise verordnet werden.<sup>790</sup> Das bisher Geschehene sei gut, und das Weitere den Landesherrn und Kreisen zu überlassen. Zum Beirat, den der Kaiser wünscht (Punkt III des Hofdekrets), hieß es, das Reich müsse als „Hilfeleistender Teil“ angesehen<sup>791</sup> werden, mehr als bisher dürfe er den Ständen nicht ansinnen, als was „Reichsgesetz- und verfassungsmäßige Obliegenheit“ mit sich bringe. Das Kommissionsdekret vom 18. März enthalte Stücke der Verfassung und könne keinen Anstand finden. Uebrigens geschehe dem Wunsche des Kaisers am besten Genüge durch die Bildung einer eigenen Reichsarmee, deren Unzulänglichkeit nicht zu vermuten sei, und die also genüge.

---

den Gesandten antworten, die bei ihm wegen des Rückzugs der preußischen Truppen vorstellig geworden waren.

788. 20. Januar: s. o. S. 144 (Anm. 702) u. ö. — 18. März: s. o. S. 156 (Anm. 771).

789. Kriegs-A IV, Hannover 2. April 1794.

790. „Sie beruhet an sich in dem landesrechtlichen iure armorum, und muß in der Anwendung notwendig auf die Umstände, und auf die Localität ankommen (!)“. Ebenda.

791. Vgl. Schick S. 101. — Und das Reichsgutachten vom 22. März 1793?? — S. auch Neueste Staatsanzeigen VI S. 959 und 976 Anm.



Ueber die plötzliche Wendung in der Verpflegungssache, die jetzt offiziell in Proposition gebracht wurde, theilten die Hildburghäuser Geheimen Räte die Abschrift eines Berichtes des (hennebergischen) Gesandten Schwarzenau<sup>792</sup> mit. Man legte die Ansicht seines Herzogs dar, bat um Rückäußerung und behielt sich Weiteres vor.<sup>793</sup>

Gotha dankte und äußerte die Hoffnung, von seinem eigenen Gesandten weitere Nachrichten zu erhalten.<sup>794</sup> Sofort übersandten die Gothaer Geheimen Räte den Weimarer Kollegen eine Abschrift des Hildburghäuser Schreibens mit der Bemerkung, daß dieses gerade eingetroffen sei, als der Herzog die Instruktion für Gemmingen zu den Kommissionsdekreten vom 20. Januar und 18. März absenden wollte. Von der „Proposition“ des kurbrandenburgischen Antrags hatte Gemmingen im letzten Bericht vom 4. des Monats<sup>795</sup> nichts gemeldet; man hatte an eine private Äußerung Görtz' gedacht und war daher nicht gewillt, den Verpflegungsantrag im Votum zu erwähnen; wenn dieser Antrag vorkomme, sollte sich der Gesandte mangels Instruktion das Protokoll offenhalten. Man bat um nähere Mittheilung, falls in Weimar etwas bekannt werde.<sup>796</sup>

Weimar hatte Görtz bereits instruiert in der Gewißheit, daß die Unterstützung der preußischen Truppen am Rhein bewilligt werden mußte;<sup>797</sup> am besten richte man sich nach Kurmainz; Görtz sollte dem beistimmen, was von den Mitständen beschlossen werde. Wie Hildburghausen wollte man auch wegen des Dekrets vom 20. Januar eine gleichlautende Instruk-

---

792. Schwarzenau: Schick S. 35. — Der Bericht (PS zu Nr. 28) ist datiert Regensburg, 7. April.

793. Kriegs-A IV, Min-Schreiben vom 10. April 1794, ps 11. April.

794. Ebenda, Min-Schreiben vom 11. April 1794. Sonst ähnlich dem Schreiben nach Weimar.

795. Gemeint ist RG 36. — Vgl. Frankenbergs Randbemerkung Priv-A Bl. 11 (s. u. Anm. 799): „Hoho, und durch wen (wurde der Antrag am 7. April, von dem Fritsch a. a. O. redet, gestellt)? und davon sagt Gemmingen, der vom Rathhaus zurückkömmt, kein Wort!“

796. Kriegs-A IV, Min-Schreiben vom 11. April 1794, auf ausdrücklichen Befehl Herzog Ernsts.

797. Wenn auch niemand die Naturalverpflegung übernehmen wollte, so zeigte sich desto weniger Abneigung gegen eine Geldverwilligung (Hildburghausen a. a. O. scheint an Römermonate zugunsten Preußens gedacht

tion zu erreichen suchen, um dem Unangenehmen auszuweichen, das mit einem späteren Beitritt zu einem gefaßten Beschlusse verknüpft war. Weimar hoffte, Gothas Beifall und Uebereinstimmung zu finden.<sup>798</sup> Fritsch<sup>799</sup> fürchtete, Görtz vielleicht zu früh instruiert zu haben, aber dieser hatte zu sehr auf baldige bestimmte Anweisung gedrängt. Er selbst hatte vor den Hildburghäuser Herren Respekt bekommen<sup>800</sup> und konnte nicht verstehen, daß Frankenberg noch mit Gemmingen arbeiten konnte, der so unzuverlässig berichtete.

Meiningen hatte auf das Mainzer Reskript<sup>801</sup> hin seinen Gesandten ebenfalls instruiert,<sup>802</sup> wobei es die ganz verschiedenen Gegenstände der Kontingentstellung u. a. mit dem preußischen Subsidentraktat vermengte; Gotha fand dies nicht ratsam<sup>803</sup> und versprach die baldige Mitteilung der eigenen Entscheidung; auch Fritsch<sup>804</sup> war mit Meinings Haltung unzufrieden und hoffte, daß sich dessen Abstimmung in der ange-

---

zu haben), besonders von den gefährdeten Ständen; der Kaiser habe begonnen, den Antrag zu unterstützen, und nur Hannover sei aus besonderen Gründen dagegen. Es frage sich nur noch, wie weit man mit der Unterstützung gehen sollte; am besten richte man sich nach Kurmainz. — Karl August war schon vorher von der Billigkeit des preußischen Antrags überzeugt, da die preußische Hilfe unbedingt notwendig sei. So Min. Weimar an Min. Gotha; vgl. o. S. 152.

798. Kriegs-A IV, Antwortschreiben vom 12. April 1794, begleitet von einem Privatbrief Fritschs an Frankenberg (folgende Anm.).

799. Priv-A Bl. 10 f. vom 13. und 14. April 1794 (Randbemerkung Frankenberg s. o. Anm. 795. Weiteres o. S. 53 und 58 f., Anm. 206 und 254).

800. „Mich dünkt, die Leute denken richtig, und drücken sich gar hübsch und ihrer Lage angemessen aus.“ Ebenda. Vgl. o. S. 154.

801. Vgl. Anm. 774.

802. Kriegs-A IV, Min-Schreiben vom 7. April 1794 mit Abschrift des Schreibens Herzog Georgs an seinen Gesandten in Regensburg vom gleichen Datum.

803. Ebenda, Antwort vom 12. April 1794. Gotha zeigte die eigene Haltung auf; bei vorheriger Kommunikation hätte man unmaßgeblich einen kurzen Anstand infolge der neuen Wendung angeregt, wie man nach Hildburghausen geantwortet habe (Abschrift der Antwort dorthin wurde beigelegt). Reluition, Kontingentsstellung in natura und Römermonate seien Sache des Kaisers und der Sächsischen Häuser gemäß den Konventionen mit Prinz Coburg; Meiningen hätte daher wohl besser die Gründe auseinanderzusetzen, welche gegenüber dem letzten Obersächsischen Kreisarschreiben angeführt worden seien (s. o. Anm. 759).

804. Priv-A a. a. O. Bl. 10.

gebenen Form noch vermeiden ließe, was denn auch tatsächlich geschah.<sup>805</sup>

Gemmingen hatte indessen unterm 7. April eine Anzeige Görtz' erwähnt, unter welchen Bedingungen Preußen seine Mannschaft vollzählig beisammen halten würde.<sup>806</sup> Im Fürstenrat votierten nur wenige Stände, die meisten Gesandten waren, wie er selbst, noch ohne Instruktion. Magdeburg erklärte, jedoch nur „interloquendo“ nach Sachsen-Eisenach,<sup>807</sup> daß Preußen seine Truppen bis zum Entscheid des Reiches beisammen lassen werde.<sup>808</sup>

Herzog Ernst teilte seinem Gesandten zunächst unterm 11. April mit, daß er im Begriffe stand, ihm Instruktion zu erteilen, als er durch einen andern Weg<sup>809</sup> in Erfahrung gebracht habe, „es solle von den Reichs-Directoriiis diese Sache an die Reichs-Collegia in Form eines Antrags auf einen mit des Königs von Preußen Majst. von Reichswegen zu schließenden Subsidiens-Traktats zur Deliberation gebracht werden“. Da Gemmingen dies noch nicht angezeigt, nur von einer privaten Aeußerung des Grafen Görtz gegen ihn, und auch von der vertrösteten kursächsischen Instruktion nichts weiter berichtet habe, so solle er sich bei wirklicher Beratung der Sache vorläufig das Protokoll offenhalten und ungesäumt über das Verlangte und alles Wichtige, nötigenfalls durch Stafette, berichten.<sup>810</sup> —

Das gothaische Votum<sup>811</sup> ging dann in der Nacht vom 14. auf 15. April mit einem vom 14. datierten Schreiben an ihn ab, vermutlich nach Eingang des oben erwähnten Berichts vom 7. April.<sup>812</sup>

Die Instruktion hatte sich verzögert, hieß es in dem Schreiben, weil der Herzog über den preußischen und mainzischen

---

805. S. u. S. 164 f.

806. Kriegs-A IV, RG 37. — Deutsche Zeitung 1794 Sp. 463.

807. Rfprot. vom 7. April 1794, gedr. Beilage A zu RG 39 (s. u. Anm. 825), S. 19. Ebenda.

808. Ebenda, PS ad RG 37. — Reichsanzeiger 1794 Sp. 993 f.

809. Hildburghausen! S. o. S. 160.

810. Kriegs-A IV. Vgl. o. die gleichzeitigen Schreiben nach Weimar, Meiningen und Hildburghausen.

811. Kriegs-A IV zwei Entwürfe, maßgebend der 1., von Frankenbergs Hand. — Gedr. Rfprot. s. u. Anm. 814.

812. Kriegs-A IV mit Notiz über die Absendung und PS.

Antrag nähere Aufklärung erwartet hatte. Da anscheinend in dieser Sache noch keine „förmliche Proposition“ erfolgt sei, sollte Gemmingen das beiliegende Votum zum Dekret vom 20. Januar ablegen und, da er die Verspätung verschuldet hatte, sich deswegen rechtfertigen. Würden neue Umstände bekannt, so habe er unverzüglich Mitteilung zu machen; ein Nachtrag zum Protokoll wegen jenes Antrags sei vorzubehalten. Bezüglich des Kommissionsdekrets vom 18. März habe er Mitteilung zu machen und jedenfalls zur Ernennung des Herzogs von Sachsen-Teschen Gothas Beistimmung zu äußern.

Ein Postskript rügte Gemmingens ganz unerwartete Saumseligkeit und Nachlässigkeit, durch welche man verhindert war, die Lage am Reichstage in ihrem wahren Zusammenhange zu übersehen, mithin es unmöglich war, die Ablegung der Voten zeitiger zu bestimmen. Unter Beifügung einer Abschrift wurde ihm Schwarzenaus Bericht nach Hildburghausen vorgehalten.<sup>813</sup> Gemmingen wurde daher ersucht, künftig sorgfältiger und genauer zu berichten und zunächst den Inhalt der bereits abgelegten Abstimmungen zu melden!

Dieses Postskript geht zweifellos auf Frankenberg zurück, von dem auch das Votum stammt, welches Görtz als weimarerischer Gesandter in Vertretung des erkrankten Gemmingen am 28. April im Fürstenrate verlas.<sup>814</sup> Heben wir das Wichtigste daraus hervor:

Zu Punkt I sollte es dem Kaiser überlassen werden, gegen seit Erlaß des Dekrets säumig befundene Reichsstände, die dem Herzog aber unbekannt waren, mit kaiserlichen Ermahnungen und geschärften Verordnungen nach den vorhandenen Reichsgesetzen zu verfahren; es diene dem Herzog zur Beruhigung, daß er sich nicht den mindesten Vorwurf deswegen zu machen, sondern „seinen reichsständischen Pflichten das vollständige Genüge geleistet“ habe.

---

813. S. o. S. 160. Weil Gemmingen die Proposition des kurmainzischen Antrags nicht gemeldet hatte, war Ernst II. noch im Zweifel, ob solches geschehen sei (oder ob sich Hannover durchgesetzt habe, s. o. S. 157). Vgl. Schick S. 101.

814. Kriegs-A V (A. VII. 80) Bl. 24 f., S. 11—12 des gedr. Rfprot. von diesem Datum, Beilage A zu RG 49 vom 5. Mai 1794, ebenda Bl. 19 ff.



Wegen Punkt II war der Herzog überzeugt, daß die von mehreren Reichsständen ausgeführte Bewaffnung ihrer Untertanen an den Reichsgrenzen alles erschöpfe, was zu diesem Gegenstand „dermalen zu tun und zu beraten sei, und würde die Fortsetzung und Erweiterung dieser mit größter Klugheit zu verbindenden Maßregel der weisen, nach Zeit, Ort und Umständen, zu ermäßigenden Anordnung der Landesherrschaften, in Zukunft bloß derdings heimzugeben sein“.

Zu Punkt III glaubte der Herzog, daß das deutsche Reich gemäß dem Ziele dieses Krieges<sup>815</sup> „zu einem weitem, als was durch die bisherigen Reichsschlüsse festgesetzt, und verordnet worden, nicht verbunden sei“, und hoffte auf weitere tätige Hilfe des Königs von Preußen. In festem Vertrauen darauf würde der Herzog zu allem, „was in Bezug auf diesen Gegenstand etwa noch in förmliche Proposition gebracht werden sollte, und mit dem Reichssystem und den Reichssatzungen vereinbarlich sein würde“,<sup>816</sup> jederzeit willig und nach Kräften die Hände bieten.

Bei diesem Votum ist zwar an einigen Stellen der Einfluß Hannovers nicht zu verkennen, aber im Großen und Ganzen ist Gothas Meinung von der der Mehrheit in Regensburg nicht verschieden.<sup>817</sup> —

Noch am 14. April wurde dieses Votum den gothaischen Nebenlinien mitgeteilt, mit dem Hinweis, daß man keine weiteren Nachrichten erhalten habe.<sup>818</sup> Meiningen hatte seinen Gesandten gerade angewiesen, sich nach dem Sachsen-Gothaischen Votum zu richten und von der bisherigen Instruktion nur die Erklärung über die Unmöglichkeit der Kontingentstellung in

---

815. Die Anfälle des Feindes abzuwehren, des Reiches Grenzen vor dessen grausamer Behandlung zu sichern, den ihres Eigentums und ihrer Rechte beraubten Reichsständen vermöge der ihnen schuldigen Reichsgarantie ausreichende Genugtuung und Entschädigung zu verschaffen. Vgl. dazu Gothas Abstimmung in der Elsasser Sache o. S. 74 f. und Anm. 335.

816. Dieser Satz geht auf den preußischen Verpflegungsantrag!

817. Vgl. über die Verhandlungen Schick S. 96—100.

818. Min-Schreiben von diesem Datum an Meiningen, Hildburghausen und Coburg, Kriegs-A IV nach dem 2. Entwurf des Votums. Inhaltlich ähnlich, mit dem Wunsche weiterer gegenseitiger Kommunikation. Nur nach Hildburghausen schrieb man abweichend, Gemmingen habe bezüglich der Meldung Schwarzenaus nichts berichtet.

natura beizubehalten; die von Gotha unterm 12. April geäußerte Besorgnis hatte also gewirkt. Nach Erhalt des gothaischen Votums wurde sofort ein zweites Reskript an den meiningischen Gesandten geschickt, im Coburger Votum auch jene Sache nicht zu erwähnen und behutsam zu sein, Herzog Georg werde seine eigene Resolution beschleunigen. Abschriften beider Weisungen sandte man nach Gotha und hob das vollkommene Einverständnis über die beiden Hauptpunkte (Verteidigung und Kontingente) hervor, auch, daß man sich nach Gotha richte.<sup>819</sup>

Gemmingen teilte unterm 10. April zwei weimarische Instruktionen<sup>820</sup> und ein Gutachten Seckendorfs<sup>821</sup> zu Punkt III mit<sup>822</sup> und äußerte sich nochmals selbst zu Punkt I und II;<sup>823</sup> am folgenden Tage verbesserte er seine eigenen Anträge, indem er seine frühere Forderung, daß die preußischen Truppen nicht über die Reichsgrenzen geführt werden dürften,<sup>824</sup> gemäß dem kurmainzischen Antrage dahin abänderte, daß sie zur Ziehung einer besseren Grenze zwischen Rhein und Mosel verwendet werden sollten, sie müßten aber dem Reichsgeneralfeldmarschall unterworfen bleiben. Kursachsen habe sich zu Punkt III noch nicht förmlich erklärt, neige aber auf allen Fall zur Verpflegung preußischer Truppen.<sup>825</sup>

Nach dem eingesandten Fürstenratsprotokoll vom 7. April hatte er beim Aufruf Gothas geantwortet: „Sehe noch der Instruktion entgegen“, welcher Aeußerung sich Sachsen-Weimar angeschlossen hatte.<sup>826</sup> Ferner sandte er ein Kommissionsdekret

---

819. Kriegs-A IV, Min-Schreiben vom 15. April 1794; die Beilagen beide vom 14. April datiert.

820. Ebenda, Beilagen A und B zu RG 38, beide vom 28. März 1794. A: Schärfung der Ausfuhr nach Frankreich sei nötig (dazu vgl. Vorschläge Weimars vom Januar 1791 u. a. in Rev-A II); B: Instruktion zum preußischen Verpflegungsantrag, S. o. S. 160.

821. Württembergischer Gesandter, s. o. Anm. 281.

822. Beilage C zu RG 38, Gutachten vom 31. März 1794.

823. Kriegs-A IV, RG 38 vom 10. April 1794. — Einiges davon auch im Votum, doch muß offen bleiben, ob diese RG am 14. April bereits in Gotha vorlag, da er nur seine Gedanken aus RG 35 (s. o. S. 158) wiederholte.

824. Vgl. o. Anm. 773.

825. Kriegs-A IV, RG 39 vom 11. April 1794.

826. S. 17; Beilage A zu RG 39. — Weimar votierte dann am 14. April, s. Rfprot. von diesem Tage, S. 9—10, Beilage A zu RG 44 vom 24. April 1794. Ebenda.

von diesem Datum ein, worin die Verwilligung „anderweiter er-giebiger Römermonate“ gefordert wurde;<sup>827</sup> ein weiteres vom gleichen Datum<sup>828</sup> betraf einige mit dem Kommissionsdekret vom 18. März zusammenhängende Fragen: so wurde auf Natu-ralstellung der Kontingente gedrungen, wozu Gemmingen Hügel gegenüber äußerte, daß die ausgemachten Relutionsjahre ein-gehalten werden müßten.<sup>829</sup>

Das Schreiben des Herzogs mit dem Votum hatte er zwar zu spät, nämlich erst am 17. April erhalten; es konnte aber doch noch zu Protokoll gegeben werden, da mit Rücksicht auf viele fehlende Stimmen noch nicht konkludiert worden war. Er hatte inzwischen selbst ein Votum entworfen und fragte an, ob davon noch Einiges in das vorgeschriebene hineinkommen sollte? Er könne sich nichts vorwerfen, besonders aber nicht Saumselig-keit, zumal er zwei- bis dreimal wöchentlich berichtet habe; er komme auf das Schreiben noch zurück.<sup>830</sup>

Seine weiteren Berichte brachten nichts Neues, außer den eingesandten Protokollen. Die Instruktionen in Regensburg gin-gen durcheinander, es tauchten wieder einmal Friedensgerüchte auf, schließlich zeigte es sich, daß die Mehrheit immer mehr dahin ging, ein preußisches Korps Hilfstruppen bei der Hand zu behalten.<sup>831</sup>

Ernst II. erließ unterm 25. April ein weiteres Schreiben an Gemmingen;<sup>832</sup> sein fleißiges Berichten sei wohlgetan gewesen, der Vorwurf aber noch vergrößert worden, da die Anzeige ver-schiedener wichtiger Umstände vermißt wurde; immer noch

---

827. Ebenda, Beilage B zu RG 39. — Reichsanzeiger 1794 Sp. 994. — Schick S. 108 gibt irrtümlicherweise das Datum 23. März an; unter diesem Datum waren Zirkularschreiben an die Reichskreise (ohne den Schwäbi-schen) ergangen, auf die das folgende Dekret Bezug nimmt; beide Dekrete sind vom 7. April 1794. — Vgl. auch RG 40 (s. u.).

828. Beilage A zu RG 40. — Reichsanzeiger a. a. O. — Schick S. 108 f. nebst Anm. 97, vgl. Schick S. 168 nebst Anm. 22.

829. Kriegs-A IV, RG 40 vom 14. April 1794.

830. Kriegs-A IV, RG 41 (vom 17. April 1794) und Beilage A (Entwurf des Votums).

831. Ebenda, RG 42—44 vom 18., 21. und 24. April 1794 mit verschiede-nen Beilagen. Kurbraunschweig und andere votierten nur teilweise, zwi-schendurch wurden Nachträge zu Protokoll gegeben usw.

832. Kriegs-A IV. — Ein Absatz ausführlicher o. S. 63 angeführt (Anm. 274).

fehlte die kursächsische Instruktion! Andere Höfe besaßen schon das kurfürstliche Protokoll vom 14. April, welches eben wegen Kursachsen besonderes Interesse hatte, zumal dieses gegenwärtig im Fürstenrate keine Stimme hatte;<sup>833</sup> es fehlte ein Fürstenratsprotokoll; auch wollte der Herzog Bericht über den Stand der Reluitionsfrage haben. Andererseits hatte sich Gemmingen verschiedentlich wiederholt, man vermißte die Genauigkeit und den Zusammenhang der Berichte und die Berücksichtigung der herzoglichen Reskripte. Auch behalte es mit dem ihm unterm 14. zugeschickten Votum „ohne einigen Zusatz oder Erweiterung sein unabänderliches Anwenden“, und sollte es beim nächsten Ratsgang abgelegt werden. Gemmingen sollte berichten, wie das Kommissionsdekret vom 7. April, weitere Römermonate betreffend, besonders von den evangelischen Kurhöfen angesehen werde, und überhaupt zeitig die Meinungen anderer Stände erforschen!

Der Gesandte bekam auf dieses Schreiben des Herzogs am 27. April ein „Gallfieber“ und mußte Görtz bitten, sein Votum zu verlesen (s. o.); er sandte das angeforderte Kurfürstenratsprotokoll ein, in dem Kursachsen noch nicht ganz votiert hatte,<sup>834</sup> und berichtete über seine mehrfachen Gespräche mit Hügel über die Reluition; Hügel habe schließlich geäußert „niemand solle übereilt werden, bestimmte Erklärungen und Versicherungen, daß sogleich Anstalten zur Naturalstellung getroffen würden, genügten; von einer besonderen Gesandtschaft an die Höfe hoffe man noch Abstand nehmen zu können“.<sup>835</sup>

Das kursächsische Votum zum Punkte III bildete dann allein das Kurfürstenratsprotokoll vom 28. April und forderte

---

833. Hildburghausen, welches turnusgemäß (s. o. S. 34) die hennebergische Stimme im Fürstenrate führte, teilte sein Votum unterm 22. April (Min-Schreiben, Kriegs-A V Bl. 1—4 einschließlich der Beilage; ps 29. April) abschriftlich mit; soweit darin auf den preußischen Subsidiantrag eingegangen war, hatte man sich nach den neuesten Nachrichten geäußert, doch sollte der Gesandte von diesem Teile nur unter besonderen Umständen Gebrauch machen; außerdem war ihm vertrauliches Benehmen mit dem gothaischen aufgegeben worden.

834. Kriegs-A V Bl. 13, Beilage A zu RG 46.

835. Ebenda Bl. 5 f., RG 46 vom 28. April 1794. — Extrakt dieser RG in Kont-A II, vgl. ebenda die Anweisungen an Gemmingen vom (24. März, Protest gegen die Aufhebung der Reluitionen) 5. und 12. April 1794.

Verstärkung der Reichskontingente.<sup>836</sup> Der Fürstenrat war nun auch zur Uebernahme eines preußischen Truppenkorps in Subsidien bereit.<sup>837</sup> Am 5. Mai kamen die Konklusa und das Reichsgutachten zustande,<sup>838</sup> wenn auch nicht ohne Protest, besonders Bremens,<sup>839</sup> womit die Beratung des Kommissionsdekrets vom 20. Januar endlich abgeschlossen wurde.

Der Verlaß wegen der drei noch rückständigen Kommissionsdekrete vom 18. März und (zwei) vom 7. April wurde auf den 16. Juni genommen; Instruktionen waren noch keine da, aber Gemmingen versprach Erkundigungen und Einsendung eines Gutachtens besonders wegen der weiteren Römermonate; andere Voten ganz einzusenden, konnte er sich nicht anheischig machen, da dies von der Bereitwilligkeit der Kollegen abhing.<sup>840</sup> Zur Ernennung des Herzogs von Sachsen-Teschen habe man nur seinen Dank zu äußern; die Verwilligung von Römermonaten wurde wegen des großen Geldvorrats in der RKOK<sup>841</sup> nicht für dringend gehalten, doch würde man sich allenfalls bereit finden lassen.<sup>842</sup>

Unterm 19. Mai sandte Gemmingen ein kurzes Votum ein,<sup>843</sup> das vom Herzog unterm 26. Mai mit weiterer Kürzung genehmigt wurde.<sup>844</sup> — Baron Hügel eröffnete Gemmingen, daß der Kaiser an 100 oder, wenn die Stände sich dadurch zu be-

---

836. Kriegs-A V Bl. 16 f., Beilage A zu RG 48 vom 2. Mai 1794.

837. Ebenda Bl. (15 und) 18, RG (48 und) 49 vom 5. Mai 1794: eminentissime Majora. — Rfprot. mit Gothas Abstimmung s. o. Anm. 814. — Die 3. Fortsetzung des Rfprot. Bl. 35—39, Beilage A zu RG 51 vom 9. Mai 1794.

838. Reichsanzeiger 1794 Sp. 1066 und 1081. — Kriegs-A V Bl. 43—45 Konklusa, Beilage A zu RG 53 vom 15. Mai 1794, abgedr. bei Eggers VIII S. 135—144. — Reichsgutachten a. a. O. Bl. 46—48, Beilage B zu RG 53. — Pol. Journal 1794 S. 539 f. und 555.

839. Schick S. 102 f., vgl. S. 115 Anm. 133.

840. Kriegs-A V, RG 49 und (Bl. 40 f.) 52 vom 12. Mai 1794.

841. Ueber 600 000 fl., genauer in RG 52 und im 13. Extrakt (ultimo April 1794), ebenda Bl. 49 f., Beilage D zu RG 53. — S. auch Eggers IX S. 191 ff.

842. RG 52, vgl. das eingesandte Votum.

843. Kriegs-A V Bl. 59 f., Beilage A zu RG 55 vom 19. Mai 1794; ohne Zahl der Römermonate.

844. Ebenda Bl. 61, Reskript an Gemmingen mit (Bl. 62 f.) dem umgeänderten und signierten Projekt-Votum.



schwert fühlten, wenigstens an 50 bis 60 Römermonate denke; da aber Kurbraunschweig, Wolfenbüttel u. a. auf 30 instruiert seien — Weimar generaliter „ad Majora“ —, so ging seine Meinung ebenfalls auf 30 Römermonate.<sup>845</sup>

Er wurde daraufhin unterm 2. Juni angewiesen, im Votum die gleiche Zahl einzusetzen, die Kursachsen verwillige; unter Hinweis auf seine Aussprache mit Hügel konnte der Gesandte gelobt werden.<sup>846</sup> Gotha setzte Coburg, Hildburghausen und Weimar in Kenntnis, daß man die gleiche Anzahl Römermonate geben wollte wie Kursachsen, auch wenn dieses auf 40 bis 50 und darüber ging.<sup>847</sup>

Gemmingen freute sich über das Schreiben vom 26. Mai, daß es ihm endlich geglückt war, des Herzogs Beifall zu verdienen. Immer mehr Stände gingen auf 30 Römermonate, und er bat um schleunige Mitteilung, was er zu Protokoll geben sollte, da am 16. Beratung war.<sup>848</sup> Da er aber im Wechsel das Schreiben des Herzogs vom 2. Juni erhielt, war weitere Korrespondenz unnötig. Gemmingen stimmte ganz bei, mit Kursachsen gleich zu stimmen, selbst wenn dieses auf 50 Römermonate gehe, denn die Sache müsse mit Ernst angegriffen und der Kaiser kräftigst unterstützt werden, damit doch einmal diesem leidigen Krieg ein Ende gemacht werde; Gemmingen hoffte, das Votum am 16. abzulegen, damit es anderen „zur Nachfolge“ nütze.<sup>849</sup>

---

845. RG 58 vom 26. Mai 1794. Kont-A II und (Extrakt) Kriegs-A V Bl. 64.

846. Kriegs-A V Bl. 65 f., zwei Entwürfe.

847. Entwürfe Kont-A II und Extrakte Kriegs-A V Bl. 67 f., Min-Schreiben vom 4. und 5. Juni. — Ein Schreiben nach Meiningen wird unnötig gewesen sein, weil Coburg-Saalfeld die Stimme führte. Außerdem wollte Karl August am 2./3. Juni in Gotha (Fourierbuch Friedenstern 1794 II), mit dem das Votum besprochen worden sein dürfte, wobei er Herzog Georgs Meinung mitgeteilt haben kann, da er mit diesem Ende Mai verschiedentlich in Barchfeld und Kissingen war. S. Kalender (der Herzogin Louise Eleonore von Sachsen-Meiningen, Gemahlin Georgs I., s. o. Anm. 139) auf das Jahr 1794, Thüringisches Staatsarchiv Meiningen, Hzgl. Geh. Archiv XV FF Nr. 18. (Frdl. Mitteilung von Herrn Archivrat Dr. Engel in Weimar). — Karl August von Weimar wollte nach dem Fourierbuch Weimar 1794 vom 4. Mai (mit Unterbrechungen) bis 3. Juni in Ilmenau.

848. Kriegs-A V Bl. 69, RG 61 vom 5. Juni 1794.

849. Ebenda Bl. 71, RG 64 vom 12. Juni 1794.

Er stimmte dann auch wie Kursachsen auf 30 Römermonate,<sup>850</sup> obwohl im Kurfürstenrat selbst Majora auf 50 gingen;<sup>851</sup> der Fürstenrat blieb bei 30.<sup>852</sup> Auch war Gotha unter denjenigen Ständen, die eine genauere Rechnungsablage über die Art der bisherigen und künftigen Verwendung der RKOK-Gelder forderten.<sup>853</sup>

Das Merkwürdigste bei den Abstimmungen war die allerdings längst vorausgesehene Zurückziehung des preußischen Verpflegungsantrags im Magdeburger Votum vom 16. Juni.<sup>854</sup>

Das Reichsgutachten vom 27. Juni 1794 ging dann auf die Verwilligung von 50 Römermonaten entsprechend dem Kurfürstenkonklusum.<sup>855</sup> Im Reichsfürstenratsprotokoll vom gleichen Tage dankte Gotha für die Ernennung des Herzogs von Sachsen-Teschen zum Reichsgeneralfeldmarschall.<sup>856</sup> Die Zah-

---

850. Ebenda Bl. 84, Beilage A zu RG 68 vom 23. Juni 1794, S. 12 des Rfprot.

851. Ebenda Bl. 96, RG 70 vom 27. Juni 1794, findet Gemmingen es sehr merkwürdig, daß die Stände, die nichts geben konnten oder wollten, auch durch Reichsschlüsse von den Zahlungen befreit waren (wie die geistlichen Kurfürsten am Rheine; daher Majora im Kurfürstenrat!) auf 50 Römermonate stimmten, was Frankenberg (Randbemerkung ebenda) „sehr natürlich“ fand.

852. Ebenda Bl. 72, RG 65 vom 16. Juni 1794.

853. Schick S. 109 Anm. 100.

854. Rfprot. a. a. O. Bl. 80 f., S. 4 f. — Vgl. Kriegs-A V Bl. 73 f., RG 66 vom 19. Juni 1794. — Deutsche Zeitung 1794 Sp. 465 f. — Schick S. 103 f.

855. Kriegs-A V Bl. 118 f., Anlage B zu RG 72 vom 3. Juli 1794. — Schick S. 112. — Das Ratifikationsdekret vom 6. Juli. Kriegs-A V Bl. 129 f., Beilage A zu RG 77 vom 17. Juli. (Schick S. 113), abgedr. bei Eggers VIII S. 331 f. — Vgl. Reichsanzeiger 1794 II Sp. 124 und 185.

856. Kriegs-A V Bl. 120 ff., RG 73 vom 4. Juli 1794 mit Rfprot. vom (im Text) genannten Datum; Gotha dort S. 6. — Bemerkung dazu in RG 73: Wie bei anderen, so wurde auch bei Gotha das „Elogium des Prinzen Coburg“ vermißt; Gemmingen meinte, das Votum sei ihm genau vorgeschrieben gewesen, doch habe man sich den Zusatz im Konklusum ohne Widerspruch gefallen lassen (vgl. dazu Schick S. 109 Anm. 99!), aber gegen die erneute Zugrundelegung des kurfürstlichen Konklusums zum Reichsgutachten protestiert usw. — Protokolle und Reichsgutachten der Römermonats- und Ernennungsangelegenheit sind gemeinsam, a. a. O. Beilagen zu RG 68—73.

lungsanweisungen des Kurfürsten von Sachsen<sup>857</sup> wurden zusichernd beantwortet.<sup>858</sup>

Inzwischen hatte ein Ratifikationsdekret vom 14. Juni<sup>859</sup> die Maßregeln des Reichsgutachtens vom 5. Mai bestätigt. Die Forderungen des Reiches im Jahre 1794 waren aber noch nicht zu Ende, die größten und beschwerlichsten sollten erst noch kommen!

### 3. Die Forderung des Quintuplums und die letzten Versuche zur Verstärkung der Kräfte des Reiches im Kriege gegen Frankreich.<sup>860</sup>

Die gefährliche militärische Lage im Sommer 1794 bewog den Kaiser, in einem Hofdekret vom 13. August<sup>861</sup> das fünffache Reichskontingent („Quintuplum“) von allen Ständen zu fordern, zum ersten Male seit Bestand des Reiches.<sup>862</sup> Sofort nach Eingang des Dekrets, am 29. August, wandte sich Herzog Ernst II. an den Kurfürsten von Sachsen, um seine Entscheidung zu erfahren, und drückte den Wunsch nach einer einheitlichen Haltung im Obersächsischen Kreise aus.<sup>863</sup> Gleichzeitig forderte er Gemmingen auf, die Gesinnungen der anderen Höfe darüber

---

857. Kriegs-A V Bl. 147—155, Kreisausschreiben vom 9. August 1794, ps 16. August.

858. Ebenda Bl. 156, Ernst II. an den Kurfürsten, 18. August 1794. — In einem PS zu RG 100 (Kriegs-A V Bl. 201) meinte Gemmingen zu der Verwilligung von 50 bzw. 30 Römermonaten, daß hierbei Majora nicht bindend seien (vgl. Schick S. 23 Anm. 53); indessen hätten sich einige Stände aus eigener Initiative noch dem Konklusum angeschlossen und 50 Römermonate bewilligt, so der Kurfürst von Sachsen, wie Hohenthal Gemmingen mitgeteilt hatte. Gotha schloß sich dem stillschweigend an (s. u. S. 179).

859. Ebenda Bl. 92 ff., Beilage B zu (Extrakt aus) RG 69 vom 26. Juni 1794 (Original Kont-A II), abgedr. bei Eggers VIII S. 322—330. — Pol. Journal 1794 S. 786—788.

860. Zu diesem Abschnitt vgl. Schick S. 114—122 und (Kap. IV) S. 163 bis 179. — Deutsche Zeitung 1794 Sp. 675 und 896 f. — Pol. Journal vielfach. — Neueste Staatsanzeigen VI S. 965 ff.

861. Kriegs-A V Bl. 170—176, Beilage A zu RG 94 vom 25. August 1794. — Pol. Journal 1794 S. 935—943. — Reichsanzeiger 1794 II Sp. 561.

862. Schick S. 116, Anm. 134 zitiert Vivenot, Hrg. Albrecht I S. 205. — Zur Beurteilung der äußeren Lage s. Schick a. a. O. (S. 114 ff.) mit Nachweisen.

863. Kriegs-A V Bl. 177.

zu erforschen und posttäglich zu berichten, damit er zeitig instruiert werden könnte.<sup>864</sup>

Durch dieses Hofdekret und ein ähnliches Promemoria des kaiserlichen Gesandten am Fränkischen Kreise vom 14. August<sup>865</sup> geriet Meiningen in große Verlegenheit und sandte für alle Fälle eine vorläufige gleichlautende Instruktion nach Regensburg und Nürnberg ab. Gleichzeitig legte man eine Abschrift davon Gotha vor und bat um dessen Meinung dazu,<sup>866</sup> worauf ausweichend geantwortet wurde, Gotha führe beim Fränkischen Kreise kein Votum, im Obersächsischen sei noch nichts von neuen Kriegszurüstungen erwähnt worden, eine Entscheidung scheine mithin noch nicht nötig zu sein; man verwies auf Erklärungen der kaiserlichen Minister Buol und Hügel<sup>867</sup> und wollte auch die Kommunikation fortsetzen.<sup>868</sup>

Auch bat der Herzog von Hildburghausen um Ernsts II. Meinungsäußerung wegen der fünffachen Armatur; er selbst wünschte ein Einverständnis der Agnaten und eventuell eine gemeinsame schriftliche oder mündliche Beratung vertrauter Räte.<sup>869</sup> Ernst II. war zu einer derartigen Zusammenkunft im Einverständnis mit den übrigen Nebenlinien bereit, erklärte aber, daß noch kein Entschluß zwecks Instruktion oder sonstiger Vorkehrungen möglich sei und er auf eine Aufklärung durch seinen Komitialgesandten hoffe.<sup>870</sup>

Dieser erkannte die Notwendigkeit der Vermehrung der Streitkräfte des Reiches aus tatsächlichen Gründen an; in sechs Wochen sollte über das Hofdekret beratschlagt werden, und er beantrage eine Erhöhung, wenn nicht auf das Fünffache, so doch auf das Vierfache („Quadruplum“), zumal ein Friede nur erzwungen werden könne, „wenn Ernst gemacht wird“.<sup>871</sup>

---

864. Ebenda Bl. 177 f., vom gleichen Datum (s. Text).

865. Abgedr. pol. Journal 1794 S. 943—951. — Vgl. o. Anm. 733.

866. Kriegs-A V Bl. 179 ff., Abschrift inliegend; ps 31. August 1794.

867. Kont-A III (A. VI. [3.] 34.), RG 89 vom 14. August 1794. — Vgl. WW VII q 2. — Ueber Buol s. Schick S. 33.

868. Kriegs-A V Bl. 184, Min-Schreiben vom 1. September 1794.

869. Ebenda Bl. 185, 187, Hildburghausen 31. August 1794, ps 4. September.

870. Ebenda Bl. 186, Friedenstein 5. September 1794.

871. Ebenda Bl. 188 f., RG 96 vom 29. August 1794.

Meiningen bat erneut um die gothaische Meinung über das Hofdekret, hatte die eigene aber nicht geändert.<sup>872</sup> Gotha teilte antwortlich mit, die Beratung erfolge erst in sechs Wochen, Gemmingen solle einflußreiche Meinungen erforschen.<sup>873</sup> Auch Karl August von Weimar wünschte Herzog Ernsts Meinung wegen der fünffachen Armatur zu wissen.<sup>874</sup>

Gemmingen beantwortete das erwähnte Schreiben an ihn unterm 8. September,<sup>875</sup> konnte aber noch keine Instruktionen, sondern nur Privatmeinungen der Gesandten mitteilen: die meisten, Hohenthal, Görtz, Ompteda und Schwarzenau<sup>876</sup> hatten keine Bedenken, für die fünffache Armatur zu stimmen und Ernst zu machen; Kurmainz sollte sogar schon willfährig instruiert sein!

Da am Reichstag nichts weiter vorfiel, reiste Gemmingen Mitte September auf seine Güter. Es waren nur einige willfährige Instruktionen zum Quintuplum bei katholischen Gesandten eingegangen.<sup>877</sup> Görtz sagte Ernesti, der in Gemmingens Abwesenheit berichtete, daß jetzt Mainz, Trier, Brandenburg, Baden, Hessen-Darmstadt, Fulda, Bamberg, Würzburg und Württemberg durchaus beifällig und ohne Einschränkung auf die fünffache Armatur gingen. Kursachsen noch ohne Instruktion sei und lediglich Kurpfalz zur Zeit darauf nicht ganz eingehen könne.<sup>878</sup>

Der Kurfürst von Sachsen antwortete Herzog Ernst unterm 14. September, daß er zwar für das Quadruplum stimmen lassen wollte, bei der schwierigen Lage aber doch auf das Quintuplum

---

872. Ebenda Bl. 190, 192, Min-Schreiben vom 6. September 1794, ps 7. September.

873. Ebenda Bl. 191, Friedenstein 8. September 1794, Min-Schreiben.

874. Ebenda Bl. 193, Min-Schreiben Weimar, 5. September 1794, ps (Bl. 195) 6. September, inliegend Abschrift eines Schreibens des Herzogs von Sachsen-Teschen an Karl August in Kontingentsangelegenheiten. — Dieses Min-Schreiben wurde nicht sofort beantwortet; am 14. September weilten dann die Herzöge von Weimar und Meiningen bei Ernst II. in Reinhardsbrunn. *Fourierbuch Friedenstein 1794 III.*

875. *Kriegs-A V* Bl. 199 f., RG 100. — PS dazu s. o. Anm. 858.

876. *Vertrat* Hessen-Darmstadt und Henneberg, s. o. Anm. 792.

877. *Kriegs-A V* Bl. 204. *RErn* 103 vom 15. September 1794.

878. *Kriegs-A VI* (A. VII. 81, ab hier nicht paginiert), PS I ad *RErn* 104 vom 18. September 1794.



gehen würde, daß in beiden Fällen aber nur die wirklichen Kombattanten gerechnet werden sollten;<sup>879</sup> Hohenthal teilte Ernesti „gemäß der Kommunikation des Gothaer Ministeriums mit dem Dresdener“ die Instruktion, aber ohne jenen Zusatz, am 1. Oktober vertraulich mit.<sup>880</sup>

Gotha sandte eine Abschrift des Schreibens des Kurfürsten nach Weimar, die eigene Instruktion war aber wegen der Abwesenheit des Herzogs, der sich in Hummelshayn erholte,<sup>881</sup> noch nicht fertig.<sup>882</sup> Frankenberg hatte die sächsische Antwort noch nach Eisenach zu einem Besuch bei Herzog Karl August und Voigt<sup>883</sup> mitnehmen können; er fand wenig Trost „im Dresdener wenn und aber“ und den fruchtlosen Voraussetzungen; darauf (auf den Zusatz, s. o.) werde Gotha mit keiner Silbe eingehen; er hielt aber für nötig und nützlich, die „gleich durchgehende Kontingentsstellung“ zu berühren, und die vier-, auch die fürchterliche fünffache Armatur nur zu bewilligen, wenn sie einmütig oder durch Stimmenmehrheit beschlossen werde.<sup>884</sup>

Die Weimarer Geheimen Räte fanden Kursachsens Haltung ganz angemessen, nahmen an, daß Karl August ebenso instruieren werde, und behielten wegen seiner Abwesenheit Weiteres vor.<sup>885</sup>

Um Zeit zu gewinnen, wartete Frankenberg die auf den Abend des 4. Oktober angesetzte Rückkehr Herzog Ernsts nicht

879. Ebenda. — Vgl. Paul Hassel, das Verhältnis Kursachsens zu den Präliminarien des Baseler Friedens 1794/95. Neues Archiv f. sächs. Geschichte Bd. XII, Dresden 1891. S. 206.

880. Kriegs-A VI, PS ad RErn 108 vom 2. Oktober 1794.

881. Fourierbuch 1794. — Am 4. Oktober kehrte er von Altenburg, wohin er sich von Hummelshayn für einige Tage begeben hatte, zurück. Fourierbuch 1794 IV.

882. Kriegs-A VI, Min-Schreiben vom 30. September 1794.

883. S. o. Anm. 32. — Dieser Besuch Ende September bekam ihm sehr schlecht (doppelter Rheumatismus, Katarrh und Fieberanfall). PK Bl. 116. — Mitte September trafen Frankenberg und Fritsch sich auf des Letzteren Anregung in Erfurt im „Römischen Kaiser“ (PK Bl. 108 (11. September 1794) und 109 (18. September), zwischen diesen Daten); von der Besprechung brachte Frankenberg nichts zu Papier (PK Bl. 114, s. u.).

884. PK Bl. 116 f., Gotha 1. Oktober 1794 (falsch eingheftet).

885. Kriegs-A VI, Min-Schreiben vom 3. Oktober 1794.

ab und setzte ein Projektum Voti auf.<sup>886</sup> Daran wurde gemäß der Mitteilung Kursachsens die vier- oder, wenn nötig, fünffache Armatur bewilligt, jedoch der fünfte Mann vorbehalten (zum Dienst innerhalb des Herzogtums).<sup>887</sup> Frankenberg riet Weimar, dem das Votum durch Ministerialschreiben vom 4 Oktober mitgeteilt wurde, im Begleitschreiben an Fritsch,<sup>888</sup> Karl August durch Stafette um eine Resolution auf das Gutachten seines Ministeriums bitten zu lassen; Montag den 6. gehe die Beratung an, wohl acht Tage vor dem Konklusum; ihm selbst genüge es, die Meinung der Weimarer Kollegen zum Entwurf des Votums zu hören, da er „nicht wohl dafür“ sei, daß Herzog Ernst länger als künftigen Mittwoch mit der Instruktion an Gemmingen anstehe.

Weimar<sup>889</sup> war noch außerstande, seine Entschliebung mitzuteilen, glaubte aber, für das Quadruplum eintreten zu sollen, und äußerte Besorgnis, bei Bewilligung des Fünffachen den fünften Mann zur inneren Kreis- und Landesdefension vorzubehalten, da dieses unliebsames Aufsehen erregen könnte und überhaupt nur von einigen Ständen erwähnt werden würde; es sei deshalb rätlich, Erkundigungen einzuziehen, ob mehrere Vota so lauteten, und im verneinenden Falle den Vorbehalt wegzulassen. Fritschs Privatmeinung ging aufs Quadruplum,<sup>890</sup> aber Frankenberg fürchtete davon beim Kaiser eine ungünstige Aufnahme, während er an eine üble Deutung des Vorbehalts wegen des fünften Mannes nicht glaubte; Fritschs Bedenken könne aber gegründet sein, und er bescheide sich, in eigener Sache nicht Richter zu sein. Um lieber zuviel als zu wenig Vor-

---

886. „Man weiß bei unbilligen und harten Zumutungen nicht was, nicht wie man sich äußern soll, um nirgends anzustoßen“. PK Bl. 113.

887. Kriegs-A VI, Min-Schreiben mit „Votum“.

888. PK Bl. 113. Frankenberg glaubte, diesen Gedanken, etwas zu Hause zu behalten (was Fritsch früher so gut fand), unverfänglich anwenden zu können. — Am Ende dieses Begleitschreibens bestätigt Frankenberg den Eingang des Weimarer Min-Schreibens, das aber am Gothaer und an seinem Brief nichts änderte.

889. Kriegs-A VI, Min-Schreiben vom 6. Oktober 1794 (Antwort auf das Gothaer vom 4. Oktober und) mit Begleitschreiben Fritschs (nicht aufgefunden), was aus Frankenbergs Antwort ersichtlich ist

890. Dieses und das Folgende nach PK Bl. 114, Brief Frankenbergs an Fritsch.

sicht zu gebrauchen, habe er beim Herzog beantragt, daß in dem morgen<sup>891</sup> — 8. Oktober — zu erlassenden Reskript an Gemmingen diesem befohlen werde, das Votum vor Ablegung dem kursächsischen Gesandten um so mehr zu zeigen, da dieser vom Kurfürsten zu vertraulicher Kommunikation mit ihm angewiesen war,<sup>892</sup> und ihn zu fragen, ob er einen Anstand an dieser Stelle finde? Je nach Hohenthals Antwort sollte Gemmingen die eine oder andere Variante<sup>893</sup> des Votums gebrauchen.<sup>894</sup> Demgemäß schrieb der Herzog an seinen Gesandten. Das Votum wurde mit der nötigen Aufklärung bezüglich des Vorbehalts des fünften Mannes auch nach Meiningen, Hildburghausen und Coburg-Saalfeld mitgeteilt.<sup>895</sup>

Gotha wollte also praktisch oder theoretisch — das bedeutete jener Vorbehalt — für das Quadruplum eintreten und wünschte eine möglichst einstimmige Beschlußfassung am Reichstage. Der Vorbehalt wurde indessen im Votum fortgelassen (s. unten). Es mag hier erwähnt werden, daß eine Stafette mit Schreiben und Votum nach Meiningen, wo auch gerade Herzog Karl August von Weimar weilte, Hildburghausen und Coburg und weiter nach Regensburg ging; Meiningen und

---

891. So a. a. O.; da aber PK Bl. 114 wie das Reskript an Gemmingen vom 8. Oktober datiert ist, auch die Kommunikationsschreiben (u. Anm. 895), hat Frankenberg jene Stelle wohl vor Mitternacht geschrieben! Vgl. o. S. 54.

892. Nach dem Schreiben des Kurfürsten und Hohenthals Kommunikation (s. o. S. 173 f.).

893. Die Varianten finden sich im Schreiben an Gemmingen, im Votum, in den Kommunikationsschreiben und in der PK a. a. O. — Die abgegebene Variante s. unten im Text zitiert, die andere soll hier angeführt werden: „... sollten, nicht allein unter der soeben ausgedrückten billigen Bedingung (= Einmütigkeit), sondern auch unter dem hinzugefügten Vorbehalte mitzustimmen, daß der auf diese Weise zu stellende fünfte Mann in eines jeden Standes Lande noch vor der Hand zurück- und in Bereitschaft gehalten würde, auf den äußersten Notfall bei näher anrückender Feindesgefahr, in Verbindung mit dem Militair der benachbarten Stände oder eines ganzen Crayses oder mehrerer Craysse pp wie es die Conjunctionen an Hand gäben, gegen die drohende Gefahr gebraucht zu werden.“ — Man wollte also den Vorteil nicht nur für sich allein haben.

894. Dies geschah aus Aufmerksamkeit gegen Kursachsen; Frankenberg wünschte, daß Hohenthal darüber nach Dresden einberichtete. PK Bl. 118 f., Gotha 15. Oktober 1794. — Die immer stärkere Anlehnung an Kursachsen ist noch deutlicher aus den Kont-A zu ersehen. Vgl. auch o. S. 42.

895. Kriegs-A VI. Min-Schreiben (vom 8. Oktober 1794). — Das Votum konnte Frankenberg am 7. Oktober mit Voigt besprechen. PK Bl. 114 f.

Hildburghausen hatten diese Kommunikation von Gotha „verlangt“, wie Frankenberg an Fritsch schreibt.<sup>896</sup>

Gemmingen war am 4. Oktober nachts nach Regensburg zurückgekommen, um der Beratung des Hofdekrets beizuwohnen. Er hatte keine einzige Instruktion vorgefunden, „wäre daher besser weggeblieben. Will aber als Zeuge beiwohnen und berichten“. Die Mehrheit ginge auf das Quintuplum, und Kur-sachsen stimme gemäß der Beilage.<sup>897</sup> In einem Postskript berichtete er über die Beratung; der Kurfürstenrat ging einstimmig und der Fürstenrat mit 55 Stimmen (Majora)<sup>898</sup> auf das Quintuplum; einige wenige hatten sogar von „Exekutionserkennung gegen die morosen Stände“ gesprochen.<sup>899</sup>

Am 9. Oktober fehlten unter 14 Stimmen noch die der Ernestiner; Frankenberg bemerkt zur wiederholt berichteten Einmütigkeit des Kurfürstenrats: „Wir werden sehen unter welchen Bedingungen und Einschränkungen“;<sup>900</sup> das Protokoll ergötzte ihn sehr.<sup>901</sup>

Der Gesandte stellte, nachdem er am 6. „Nondum instructus“ zu Protokoll gegeben hatte,<sup>902</sup> am 10. Oktober sein schließliches Gutachten in Aussicht, also reichlich spät; er konnte überhaupt nicht konkurrieren, was aber nichts zu bedeuten habe, der nächstfolgende wirksame Beitritt könne alles wieder gutmachen.<sup>903</sup>

Am 12. erhielt er zu seiner großen Beruhigung das herzogliche Reskript und Votum „in dieser für ganz Deutschland und die Menschheit interessanten Sache“ und sprach sofort mit Hohenthal und Görtz, die ihre Freude über das Votum äußerten;

---

896. PK a. a. O. Er hatte nicht genügend Abschreiber zur Hand, um Min. Weimar das Votum mitzuteilen!

897. Kriegs-A VI, RG 109 vom 6. Oktober 1794 (Beratungstag) und Beilage A, ähnlich PS ad RErn 108 (s. o. S. 174 und Anm. 880).

898. Von 100 Stimmen, s. Schick S. 13.

899. Kriegs-A VI, PS ad RG 109. — Vgl. Schick S. 120.

900. Kriegs-A VI, RG 110 mit Vermerk Frankenburgs.

901. Ebenda, Beilage A zu RG 111. — Es wurde von Fritsch Frankenberg ebenfalls übersandt und sofort zurückgeschickt. PK Bl. 120, Gotha 18. Oktober 1794. Besonders erbaulich war ihm der patriotische Eifer von Kurtrier und die Willfährigkeit von Brandenburg und Hannover, „da beide nicht eine Klaue (?) zur Reichsarmee stellen“. PK a. a. O.

902. Kriegs-A VI, Beilage B zu RG 111; S. 12 f. des gedr. Rfprot.

903. Ebenda, RG 111 vom 10. Oktober 1794.

die Stelle bezüglich des fünften Mannes sollte aber weggelassen werden.<sup>904</sup> Weimar war noch nicht instruiert;<sup>905</sup> im Fürstenrat zeigte sich am 13. Oktober „eminente Majora“ für das Quintuplum, und sein Konklusum wurde pro basi duorum genommen;<sup>906</sup> am gleichen Tage erging das Reichsgutachten.<sup>907</sup>

Gotha hatte zwar in seinem Votum den Wunsch geäußert, daß „eine dreifache Armatur mittelst wirklicher Ins-Feld-Stellung der 120 000 Mann ausmachenden Reichskontingente zur Verteidigung der Reichsgrenzen und Beschirmung der am meisten bedrohten Stände für hinreichend geachtet werden“ könnte, aber doch zum Quadruplum unter der billigen Bedingung die Hände geboten, „daß diese Maßregel, wenn sie für unumgänglich nötig würde gehalten worden sein, auch allgemein und durchgängig beliebt, und in die Erfüllung gebracht werde: Ja! mit so großen Unstaten es auch für Ihre Lande und Untertanen würde geschehen müssen, wären jedoch Ihre Hzgl. Durchl. nicht abgeneigt, auch auf das Quintuplum, wenn Ihre höchsten und hohen Mitstände darauf anzutragen belieben sollten, unter der soeben ausgedrückten Bedingung, mitzustimmen“.<sup>908 909</sup> — Die falsche Auslegung dieses Votums durch Vivenot ist bereits von Schick berichtet worden.<sup>910</sup>

---

904. „Meine Vermutung ist eingetroffen, und Gr. Hohenthal hat die Zurückbehaltung des 5. Mannes aus unserem Voto herausgewünscht“. PK Bl. 120 a. a. O.

905. Kriegs-A VI, RG 112 vom 13. Oktober 1794. — Unter diesem Datum teilte Weimar seine Instruktion nach Gotha mit, die sich an die gothaische anlehnte und vom 12. Oktober datiert ist. A. a. O., Min-Schreiben mit zwei (!) Abschriften.

906. Ebenda, PS ad RG 112. — Vgl. Eggers IX S. 194 Anm.

907. Kriegs-A VI, Beilage B zu RG 114 vom 17. Oktober 1794, abgedr. bei Eggers IX S. 194—196. — Deutsche Zeitung 1794 Sp. 897. — Hoff I S. 136 f. — Neueste Staatsanzeigen VI S. 966. — Pol. Journal 1794 S. 1130 f. und 1173 f. — Reichsanzeiger 1794 II Sp. 1155.

908. Die andere Variante s. o. Anm. 893.

909. Kriegs-A VI, Beilage A zu RG 113 vom 16. Oktober 1794, Rfprot. vom 13. Oktober 1794 S. 1 f. Gotha-Altenburg und S. 3 f. Henneberg (Hildburghausen, dessen Herzog seine Freude über die fast gleichen Voten, nach Kommunikation der Gesandten, in einem Schreiben (vom 25. Oktober) an Herzog Ernst ausdrückte. Ebenda.). — Weitere Protokolle und Konklusa Beilage zu RG 112—114, ebenda.

910. Schick S. 120, Anm. 147; Vivenot, Hzg. Albrecht I S. 344. — Es soll doch bemerkt werden, daß Vivenot im Jahre 1794 von „Sachsen-Koburg-Gotha“ spricht,



Wegen der Zahlung der 50 Römermonate, denen sich Gotha stillschweigend angeschlossen hatte, ergab sich noch ein Mißverständnis. In einem Zirkularschreiben vom 29. Oktober gab der Kurfürst von Sachsen Nachricht, daß noch rückständige Römermonate zu zahlen seien (für Coburg, Gotha, Hildburghausen, Meiningen und Weimar zusammen 3747<sup>1</sup>/<sub>2</sub> fl.) und bessere Angaben bei Zahlungen an die RKOK gemacht werden sollten.<sup>911</sup> Gotha war sich keiner Rückstände bewußt und konnte dies auch durch Quittungsabschriften beweisen, ebenso seine genauen Angaben bei den Zahlungen; man sah das Ganze als ein Mißverständnis beim Rechnungswesen an.<sup>912</sup>

Jenes Zirkularschreiben war wohl eine Folge eines Hofdekrets vom 9. Oktober 1794<sup>913</sup> „die noch rückständigen Kriegsprädestinationen betreffend“, das die Naturalstellung der Kontingente und die Vollendung der „Exekutionsordnungs-Revision“ forderte.<sup>914</sup> Von den beigelegten Kreisberichten<sup>915</sup> befaßten sich die des Obersächsischen Kreises ausführlich mit der Haltung Sachsen-Gothas.<sup>916</sup>

Dieses hatte Ende September den gothaischen Kriegsrat Ernst Ludwig Hend(e)rich<sup>917</sup> ins Hauptquartier des Herzogs von Sachsen-Teschen zu Verhandlungen über eine Erneuerung der Relutionskonvention oder eine Kontingentvertretung Gothas durch andere Truppen entsandt, die indessen scheiterten; nach einem Besuch des Erbprinzen Reuß vom 23. bis 28. November 1794<sup>918</sup> als Gesandter des Herzogs von Sachsen-Teschen wurde

---

911. Kriegs-A VI mit beigelegtem Zettel. — Weimar erhielt ein gleiches Schreiben, Abschrift Priv-A Bl. 39, und natürlich auch die anderen Herzogtümer.

912. Kriegs-A VI, Ernst II. an den Kurfürsten, 5. November 1794, mit Beilagen (Quittungen). — Gotha hatte unterm 11. November als 1. und 2. Ziel der verwilligten 50 Römermonate 25 derselben, 10 100 fl., bezahlt. 18. Extrakt der RKOK von ultimo September, Beilage A zu RG 116 vom 23. Oktober 1794. Ebenda.

913. Ebenda, Beilage A zu RG 117. — Pol. Journal 1794 S. 1175 f.

914. Kriegs-A VI, RG 117 vom 24. Oktober 1794.

915. Sie bilden zwei gesonderte Aktenbände, A. VII. 100 und 101 (Bd. I, II).

916. Bd. II (101) Bl. 37 ff. mit Abschriften verschiedener Dokumente aus den Kont-A.

917. Galletti, Gotha V S. 23. — UU V. a. 31. und WW VII. a. 55.

918. S. Fourierbuch Friedenstern 1794 IV. — Vgl. u. S. 197 (Anm. 1043).

eine neue Konvention unterm 5. Dezember 1794<sup>919</sup> abgeschlossen, die zunächst eine Erhöhung der Reluitionssumme für das Triplum bis Ende Februar 1795 vorsah.

Im März 1795 sollte sich das Quintuplum (536 Dragoner) in Bewegung setzen. Die Konvention wurde unterm 22. Januar 1795 ratifiziert.<sup>920</sup> Die Aufstellung dieser Truppenzahl erforderte neue Steuerbewilligungen der gothaischen Landstände.<sup>921</sup>

Im Zusammenhang mit der kaiserlichen Forderung des Quintuplums für den Reichskrieg gegen Frankreich stehen Assoziationspläne einzelner Reichsstände, bekannt als die „Wilhelmsbader Konferenz im Jahre 1794“, welche aber mangels Interesse anderer Höfe ein Versuch bleiben mußten.<sup>922</sup> Noch Ende Juli dieses Jahres hatten Verhandlungen über eine neue „Fürstenunion“ zur Rettung der Existenz des deutschen Reiches durch eine eigene Wehrmacht verbündeter Reichsstände (Unionsarmee) begonnen, und die fürstlichen Hauptträger des Planes, Markgraf Karl Friedrich von Baden und Landgraf Wilhelm IX.<sup>923</sup> von Hessen-Kassel trafen sich Ende September mit ihren Räten in Wilhelmsbad zu mündlichen Besprechungen, deren vorbereitende Schriftstücke und Protokolle samt dem dazugehörigen Briefwechsel mit anderen Fürsten und Ständen, die zur Unterstützung oder zum Beitritt aufgefordert wurden, als wichtige Quellen zur Geschichte Hessen-Kassels<sup>924</sup> und Badens<sup>925</sup> fast ein Jahrhundert später veröffentlicht wurden.<sup>926</sup>

919. Abschrift in Kont-A III. — Thümmel, Beiträge S. 99. — Galletti, Gotha V S. 12. — Beck, Regenten S. 411 ist ungenau. — Vgl. o. Anm. 10.

920. Alles Nähere s. Kont-A III, auch PK vielfach. — Truppeneinmärsche 1794 ff. s. Durchmarschakten a. a. O.

921. Galletti, Gotha V S. 12. — Akten s. o. Anm. 56. — Ueber die Ausrüstung usw. s. Kont-A Bd. 36 f., vgl. Ehwald MGG 1904 S. 32.

922. Dies ist der Tenor von Hopf, die Wilhelmsbader Konferenz im Jahre 1794. Mitt. a. d. Mitglieder d. Vereins für hess. Geschichte, Kassel 1908/09. S. 21—25. — Schick S. 124 nebst Anm. 7.

923. Als Kurfürst: Wilhelm I. — Ueber ihn Ph. Losch a. a. O. — Seit 1802 war er Schwiegervater Herzog (Emil Leopold) Augusts, s. Tafel B zu vorliegender Arbeit und die Literatur über Herzog August (o. Anm. 3).

924. Strippelmann a. a. O. Heft 1 S. 59—162, V. Abhandlung.

925. Erdmannsdörffer a. a. O. Bd. II, Einleitung S. XXII—XXVI und Abschnitt IV S. 155—308.

926. Trotz des Scheiterns jener Pläne ist es nicht ohne Reiz, an Hand weiteren Aktenmaterials festzuhalten, wie sich ein patriotisch denkender

Bereits Anfang August 1794 hatte Erbprinz Reuß (Heinrich XIII.) in Frankfurt dem badischen Minister v. Edelsheim empfohlen, auch die sächsischen Häuser zum geplanten „Fürstenkonzert“ hinzuzuziehen,<sup>927</sup> und am 2. Konferenztage (30. September) wurde beschlossen, unter anderen Ständen<sup>928</sup> auch Gotha, Meiningen und Weimar zum Beitritt aufzufordern;<sup>929</sup> Landgraf Wilhelm IX. erbot sich, an die Herzöge von Gotha und Meiningen, Markgraf Karl Friedrich aber, an den Herzog von Weimar zu schreiben.<sup>930</sup> Demzufolge wurde Ernst II. von Gotha-Altenburg durch den Landgrafen unterm 19. Oktober<sup>931</sup> von dem Fürstenverein unterrichtet und zum Beitritt aufgefordert: „zu einer Verabredung über einen so wichtigen Gegenstand“ und andere Rettungsmaßregeln (für das Reich) sei er, der Landgraf, immer bereit und sehr gefälliger Rückäußerung entgegen.

Die Kommunikationsschreiben der Herzöge von Weimar und Gotha<sup>932</sup> kreuzten sich, und Herzog Ernst schickte den so abschriftlich erhaltenen Brief des Markgrafen von Baden an

---

und um seine Lande (die zu dieser Zeit zwar nicht direkt vom Feinde bedroht waren, wie die der Veranstalter, aber auch unter dem Reichskriege zu leiden und große Anforderungen zu erfüllen hatten) besorgter Fürst wie Herzog Ernst II. von Gotha-Altenburg und sein Staatsminister von Frankenberg solchen Bestrebungen gegenüber verhielten.

927. Erdmannsdörffer II S. 169.

928. Häberlins Staatsarchiv I S. 216 f., Anm. — Auch Anhalt-Dessau und Mecklenburg-Strelitz, nicht aber Schwerin. Vgl. Asch S. 23.

929. Nämlich zur „Fürstenunion“! — Vivenot, Herzog Albrecht I S. 347 f. ist ungenau und zum mindesten mißverständlich: „Es war in den ersten Tagen des Octobers (!), als die angedeutete Zusammenkunft nach Wilhelmsbad einberufen (!) wurde. Kurmainz, . . . , Sachsen, . . . , Sachsen-Weimar, Gotha, Meiningen, . . . waren geladene Gäste.“ (sinngemäß zu ergänzen: zur Konferenz!). Sie wurden aber auf Grund der Zusammenkunft zum Beitritt zu dem dort Beschlossenen eingeladen!

930. Erdmannsdörffer II S. 186 und 196. — Strippelmann S. 70 u. ö., besonders S. 77 (Sachsen-Weimar, nach Erdmannsdörffer zu berichtigen!) und S. 93.

931. Original Kriegs-A VI. — Inhaltsangabe des Schreibens bei Strippelmann S. 126 f. — Eine Abschrift erhielt Edelsheim von hessischer Seite. Erdmannsdörffer II S. 217.

932. Kriegs-A VI, Karl August an Ernst II., 28. Oktober 1794 mit Abschrift des Schreibens des Markgrafen vom 9. Oktober 1794 (s. u.) und der Antwort darauf (s. u. S. 182 f.). — Ebenda Entwurf des Schreibens Herzog Ernsts an Karl August vom 29. Oktober 1794, dessen Ausfertigung laut Notiz eine Abschrift des Kasseler Schreibens (s. o.) und des (1.) Entwurfs der Antwort (s. u.) beigelegt war.

Karl August<sup>933</sup> Frankenberg zu, der darüber an Fritsch in Weimar schrieb: „Ich bebe zurück von den Verhandlungen im Wilhelmshaus und den dabei gebrauchten Ratgebern<sup>934</sup> — welche Widersprüche, welche Inconsequenzen. — Ein halb Dutzend Herzoge, Markgrafen und Landgrafen sollen das Reich retten, das Wien ins Verderben stürzen (!) — die ziehen ihre Truppen zurück, und jene sollen sich vor den Riß stellen! Wer erstaunt nicht!“<sup>935</sup>

Herzog Ernst hatte die Kommunikation mit Karl August gewünscht, da den guten Absichten unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstanden: die Kräfte des Landes waren durch die Aufstellung des fünffachen Kontingents erschöpft, von der ganzen Sache mußte Preußen wegen des „Fürstenbundes“ wissen,<sup>936</sup> und es war ungewiß, ob Kursachsen, Kurbraunschweig und andere Mitglieder desselben teilnehmen wollten und konnten. Der (von Frankenberg entworfene) Aufsatz einer Antwort nach Kassel lag bei, vor der Ausfertigung wollte der Herzog aber die Meinung Karl Augusts abwarten. Im Aufsatz<sup>937</sup> dankte er für das ehrende Ansinnen, er sei aber gebunden durch das letzte Reichsgutachten; bei seinem eingeschränkten Militärfuße sei das Quintuplum eine große und erschöpfende Beschwerde des Landes, er (der Herzog) könne daher der persönlichen Neigung, sich anzuschließen, nicht folgen; schließlich erwähnte er noch die Mainzer Friedensvorschläge.<sup>938</sup> Frankenberg hatte die Ablehnung durch Worte wie „dermalen“ und „vor der Hand“ gemildert.<sup>939</sup>

Noch am Tage des Abganges seines Schreibens nach Weimar dürfte Herzog Ernst die Meinung Karl Augusts — unabhän-

---

933. Abgedr. bei Erdmannsdörffer II S. 198 ohne Datum (s. vorige Anm.), das aber aus S. 243 hervorgeht.

934. Vgl. Erdmannsdörffer II S. XXII ff. und (Protokoll) S. 184. — Striippelmann S. 76 u. ö. — Vivenot a. a. O. S. 348.

935. PK Bl. (122—)124, Gotha (29. und wie obiges Zitat) 30. Oktober 1794.

936. Der Landgraf hatte von seinen Verhandlungen mit Preußen nichts mitgeteilt! Friedrich Wilhelm II. billigte die Zusammenkunft, s. Striippelmann S. 89 u. ö.

937. Kriegs-A VI, zwei gleiche Entwürfe.

938. Darüber s. das nächste Kapitel.

939. PK Bl. 123 f.

gig davon, s. o. — erfahren haben, der mit der Aufstellung des Quintuplums alles zu tun geglaubt hatte, was gefordert und erwartet werden könne: „ein mehreres ohne allzu große Beschwerde meiner Untertanen und Lande nicht zu bewirken stehet“. So habe er dem Markgrafen ablehnend geantwortet<sup>940</sup> und überließ Gotha eine Kommunikation mit den übrigen gothaischen Linien.<sup>941</sup>

Ernst II. dankte unterm 31. Oktober,<sup>942</sup> verwies auf sein voriges Schreiben, hielt es aber nach dem Brief des Markgrafen von Baden an Karl August für besser, jenes Ansinnen nicht ganz von der Hand zu weisen, sondern erst Zeit gewinnen zu suchen, in Kommunikation mit den übrigen sächsischen Häusern und andern Mitgliedern des Fürstenbundes zu treten, auch Preußens und des Kaisers Haltung<sup>943</sup> zu erforschen; auch unter dem Einfluß der Friedensgerüchte und des Mainzer Antrags auf Frieden wurde der erste Entwurf der Antwort nach Kassel umgeändert, zumal Frankenberg auf das Weimarische Schreiben hin glaubte, daß er gar nichts taue: „Man muß Zeit gewinnen, bis der Plan ins Wasser fällt; wenn der Krieg dauert, stehen die Franzosen eher an der Weser und Donau als die Union zustandekommt!“ Am folgenden Tage (Sonntag, 31. Oktober) sei große Beratung darüber; Fritsch erhalte eine Antwort durch Expressen, wobei er (Frankenberg) vielleicht Karl August einen Gedanken über dessen Schreiben an den Markgrafen selbst eröffnen<sup>944</sup> werde.<sup>945</sup>

940. Noch undatierte Abschrift, s. o. Anm. 932. — Die Ausfertigung vom 4. November 1794 ist abgedr. in den „Grenzboten“ 1869 (Jg. 28) III S. 47 ff. und Erdmannsdörffer II S. 243 f.

941. Er habe Gotha das Nötige eröffnet, an die übrigen (herzoglichen Häuser) dies aber nicht tun können, „denn da sie als Nebenlinien von Gotha angesehen werden, so erfordert das Herkommen, daß Gotha ihnen solche Angelegenheiten mitteilt“. Karl August an Karl Friedrich von Baden a. a. O.

942. Kriegs-A VI, zwei Entwürfe. Beigelegt das neue (2.) Konzeptschreiben an Kassel (s. u. Anm. 947).

943. Darüber s. Häberlin a. a. O. I S. 216—227 (vgl. auch ebenda IV S. 372 ff.).

944. Dürfte nicht geschehen sein. — Als Ergebnis der Beratung sind die Entwürfe in Anm. 942 zu betrachten, vgl. auch u. Anm. 1015.

945. PK Bl. 124. Dieser unheimlich lange Brief von zwei Tagen endet nach einer Entschuldigung über die „Herzenserschütterung“: „Es ist ja darauf angesehen, daß kein Mensch seinen gesunden Verstand behalten soll!“



Der neue Entwurf des Schreibens nach Kassel wurde laut Vermerk (zunächst) nicht ausgefertigt, sondern nur als Konzept schreiben dem Brief an Karl August beigelegt; es ging dann unterm 4. November<sup>946</sup> nach Kassel ab.<sup>947</sup> Es heißt jetzt, Bedenklichkeiten erlaubten nicht, den eigenen Neigungen zu folgen, auch sei erst Kommunikation mit den übrigen sächsischen Häusern nötig; besonders komme es darauf an, ob nach Stellung des fünffachen Kontingents die „so sehr erschöpften Mittel Meiner Lande und Untertanen noch auslangen werden, die zu einer Unionsarmee heizuschaffende Mannschaft und Geldsummen, ohne den besorglichen Ruin Meiner Untertanen aufzubringen“. Eine bestimmte Äußerung müsse daher, auch wegen des kurmainzischen Antrags, aufgeschoben werden.

Unterm 6. November teilte Herzog Ernst Meiningen, Saalfeld-Coburg und Hildburghausen mit,<sup>948</sup> daß auf das Kasselsche Schreiben vertrauliche Kommunikation zu pflegen und vorläufig die beiliegende Antwort abzusenden sei. Meiningen antwortete umgehend, daß es unterm 30. Oktober<sup>949</sup> fast gleichlautend wie Gotha nach Kassel geschrieben und eine Kommunikation nur wegen der Friedensgerüchte unterlassen habe.<sup>950</sup>

Der Herzog von Coburg-Saalfeld schrieb unterm 14. November,<sup>951</sup> ihm sei von Kassel nichts mitgeteilt worden, er hegte die gleiche Ansicht wie Gotha und wünschte Frieden gemäß dem Mainzer Antrage; er bat um Nachricht, was Kassel gegenüber beschlossen werde. Hildburghausen schwieg sich aus. Dann scheidet diese Angelegenheit aus dem thüringischen Gesichtskreise völlig aus; spätere, endgültige Antworten sind weder von Weimar noch von Gotha an Baden oder Kassel abgegangen, jedenfalls nicht nachweisbar.

---

946. Wie das weimarische an Baden. Diese Gleichzeitigkeit ist entweder durch ein (nicht aufgefundenes) Schreiben Fritschs an Frankenberg vom 2. November 1794 bewirkt worden oder nur zufällig.

947. Kriegs-A VI mit Vermerk. — Abgedr. bei Strippelmann S. 127.

948. Kriegs-A VI. Gleichlautend.

949. Strippelmann S. 127.

950. Kriegs-A VI. Min-Schreiben mit Abschrift des Schreibens Herzog Georgs nach Kassel.

951. Ebenda.

Aus einer geplanten späteren Ministerialkonferenz oder einer neuen Zusammenkunft der beiden Urheber der Unionspläne mit „Zuziehung der weiter hinzukommenden höchsten Teilnehmer“<sup>952</sup> ist nichts geworden. Der Mittelsmann der Wilhelmsbader,<sup>953</sup> Freiherr Eberhard (Georg) von Gemmingen (-Hornberg),<sup>954</sup> hatte noch am 23. Oktober in einem Memoire gehofft, die „Bundesarmee“ mit 100 000 Mann ansetzen zu dürfen, wenn u. a. die sächsischen kur- und fürstlichen Häuser „bewogen werden könnten, hierzu eine Anzahl regulärer Truppen oder Milizen stoßen zu lassen“.<sup>955</sup> Auch Kursachsen lehnte ab,<sup>956</sup> denn mit vollem Recht sah die Regierung Friedrich Augusts in dem Unionsgedanken eher eine Schwächung als eine Stärkung der allgemeinen Reichspolitik.<sup>957</sup> — Der gothaische Komitialgesandte von Gemmingen hörte erst gegen Mitte November vertraulich von der „Konvention Baden-Kassel“!<sup>958</sup>

Wir haben schon gelegentlich die Reichsexekutionsordnung erwähnt,<sup>959</sup> für deren Reform sich der Kaiser nun durch das schon genannte Hofdekret vom 9. Oktober, das wegen angeblicher Formfehler<sup>960</sup> erst am 28. Oktober zur Diktatur gelangte, und das Kommissions-Ratifikationsdekret vom 28. Oktober, diktiert am 6. November,<sup>961</sup> erneut einsetzte. Während der kurmainzische Friedensantrag zurücktreten mußte (s. das folgende

---

952. Erdmannsdörffer II S. 192.

953. Ebenda S. 204 f.

954. S. o. S. 56.

955. Erdmannsdörffer II S. 223.

956. S. Strippelmann S. 90, 93 und 125 ff.

957. Hassel a. a. O. S. 211.

958. Kriegs-A VI, RG 126 vom 14. November 1794 mit der „Konvention“, Beilage A. — Dabei stand die Konferenz schon in den Zeitungen! Vgl. pol. Journal 1794 S. 1080 und 1229 f. — Deutsche Zeitung 1794 Sp. 896 (Mitte Dezember). — Der ganze Plan blieb ohne weitere Folgen. Häusser II S. 7 f. — Schick a. a. O. (s. o. Anm. 922).

959. Alles Nähere bei Schick, Kap. IV (s. o. Anm. 860 mit weiteren Nachweisen). — Pol. Journal 1794 und 1795 nach Registern. — Deutsche Zeitung 1795 Sp. 441. — Vgl. Vivenot, Hrg. Albrecht II, 2 S. 1—138.

960. Schick S. 167.

961. Kriegs-A VI, Beilage A zu RG 123 (s. u. Anm. 1020) mit Abschrift des kaiserlichen Zirkularschreibens an die Kreisausschreibenden Fürsten usw. — Schick S. 135.

Kapitel), wurde, wie Gemmingen unterm 19. Dezember 1794 meldete,<sup>962</sup> der Verlaß in der Reformsache auf den 23. Februar 1795 genommen. Aber erst am 16. Januar kamen die kurmainzischen Beratschlagungspunkte<sup>963</sup> zum Vorschein, die trotz Widerspruch der kaiserlichen Minister und fürstlichen Direktoren an diesem Tage verlesen wurden (da vorher mit ihnen nicht „kommuniziert“ worden sei);<sup>964</sup> Gemmingen sandte sie unterm 19. Januar ein.<sup>965</sup>

Schon am nächsten Posttag,<sup>966</sup> anscheinend als erster,<sup>967</sup> schickte Gemmingen ein ausführliches Gutachten ein, das er mehrfach ergänzte und änderte.<sup>968</sup> Wir brauchen indessen auf seine Anträge nicht einzugehen, weil sie in Gotha vollkommen übersehen wurden und man durchaus wie Kursachsen abstimmen wollte,<sup>969</sup> was Herzog Ernst auch Weimar gegenüber betonte.<sup>970</sup>

---

962. Kriegs-A VI, RG 140. — Ansagezettel zum 12. Januar 1795 s. Reichsanzeiger 1795 Sp. 233.

963. I Usualfuß, II Moderationsgesuche, III Revisionsfrage. Schick S. 172.

964. Näheres Schick S. 170.

965. Kriegs-A VII (A. VII. 82.), RG 4.

966. Ebenda RG 5 vom 22. Januar 1795. Nur auf die Begründung seiner Anträge wird in anderem Zusammenhange einzugehen sein (s. u. S. 198). — Von Braunschweig-Wolfenbüttel wurde Gemmingen unterm 4. Februar (Abschrift des herzogl. Reskripts Beilage B zu RG 15 vom 19. Februar 1795, ebenda; Gemmingen hatte dieses Votum interimistisch zu führen, s. o. S. 58) instruiert, bezüglich Punkt I (Usualfuß) und II (Moderationen) ganz wie sein Projektum Voti zu stimmen. — „Ich wünsche nur ebenfalls von den andern Höfen, die ich zu bedienen die Ehre habe, Instruktion zu erhalten“. RG 15. Seine Vorstellungen fanden in Gotha jedoch kein Gehör, man drängte ihn immer auf Einsendung der kursächsischen Instruktion (s. u.). — Gemmingens juristische Ansichten sind durchaus vertretbar, vgl. dazu Schick S. 164 nebst Anm. 3. —

967. Kriegs-A VII, RG 11 vom 9. Februar 1795 mit Erläuterungen zum Gutachten. Gemmingen glaubte nicht, daß die Beratung pünktlich am 23. beginnen würde, irrte sich aber.

968. S. weiterhin RG 9 vom 2. Februar, RG 11, RG 12 vom 12. Februar 1795 und deren Beilage A, die das endgültige Projektum Voti für Gotha darstellt. — Vgl. u. Anm. 996.

969. Kriegs-A VII, Reskripte Ernsts II. vom 26. Januar (auf RG 5), 9. Februar (auf RG 9) und 20. Februar (auf RG 12 mit Anlage); der Herzog betont immer die Wichtigkeit der kursächsischen Instruktion und geht auf Gemmingens Anträge nicht ein.

970. Ebenda, Ernst II. an Karl August, 9. Februar, Antwort auf dessen Schreiben vom 3. Februar, ebenda. Karl August meinte, die Punkte schie-

Mit der Anzeige der kursächsischen Instruktion blieb Gemmingen zum Aerger Frankenburgs zurück,<sup>971</sup> sie fehlte auch noch am Beratungstage<sup>972</sup> und Gemmingen mußte sich „Non instructus“ erklären.<sup>973</sup>

Herzog Ernst schrieb unterm 27. Februar an Gemmingen, laut Nachricht von Dresden sei die Instruktion an Hohenthal bereits abgegangen und dieser zur Kommunikation mit ihm angewiesen; er solle sich mit jenem vernehmen und mittels Stafette über die kursächsische Instruktion berichten.<sup>974</sup> Inzwischen war diese in Regensburg (am 25. Februar) eingetroffen, und am nächsten Tage sprach Hohenthal mündlich davon mit Gemmingen; sie ging anscheinend dahin, wie Gemmingen zu Punkt I (Usualfuß) auf den Fuß von 1681 („Idealfuß“) <sup>975</sup> zu stimmen, wobei Kreise mit Usualfuß sich iura quaesita vorbehalten könnten; zu II (Moderationen) könnte nur Unvermögen aus jetzigem Kriege gelten; zu III (Revisionsfrage) sollte der Kaiser nochmals Zirkularschreiben an die Kreise erlassen, eine Exekution sei nach den bestehenden Gesetzen vorzunehmen.<sup>976</sup>

Am 28. erhielt der Gesandte das Reskript des Herzogs vom 20. Februar<sup>977</sup> und meinte spitz, er könne nichts dafür, daß fremde Instruktionen so spät eintreffen, und habe sein Gutachten schon am 22. Januar abgegeben; es sei wahrscheinlich, daß Majora so gehen würden.<sup>978</sup> Mit Kursachsens Abstimmung zu Punkt III war er nicht zufrieden, denn Kursachsen stellte die

---

nen trotz anscheinender Unzufriedenheit der kaiserlichen Minister den Gegenstand zu erschöpfen; obwohl die Frage für Weimar kein Interesse mehr hatte (man hatte mit Prinz Reuß ein Abkommen über die Kontingentsvertretung abgeschlossen, Abschrift Priv-A Bl. 47—49; vgl. PK öfter), hielt der Herzog doch eine Äußerung darüber für notwendig und wünschte Uebereinstimmung mit Gotha.

971. PK Bl. 165 f., Gotha 22. Februar 1795.

972. Es wurden nur wenige Abstimmungen abgegeben. Kriegs-A VII, RG 16 von diesem Tage, 23. Februar 1795.

973. Ebenda, Beilage B zu RG 18, Rfprot. vom 23. Februar 1795, S. 13 und 15.

974. Kriegs-A VII.

975. S. Schick S. 165.

976. Kriegs-A VII, RG 18 vom 27. Februar 1795.

977. S. o. Anm. 969, vgl. Anm. 973 die von Ernst II. gewünschte Äußerung (Text).

978. Kriegs-A VII, RG 19 vom 2. März 1795.

Zurückziehung seines Kontingents bei einem drohenden Ueberfalle seiner Reichslande in Aussicht; <sup>979</sup> Gemmingen meinte, dann könne dies auch nichts helfen, sondern nur Kaiser und Reich! <sup>980</sup>

Im Wechsel, unterm 3. März, erging an ihn ein Reskript auf seinen Bericht vom 27. Februar <sup>981</sup> hin: Der Herzog hätte lieber eine Abschrift der kursächsischen Instruktion erhalten, wollte aber die Abstimmung nicht verzögern; Gemmingens Votum sollte vollkommen gleichlautend sein wie das kursächsische (das noch nicht vorgelegen hatte!), ohne weitere Beifügung von Nebendingen oder Betrachtungen; vorher aber sollte er das Votum dem kursächsischen Gesandten zeigen, um die Gleichförmigkeit zu sichern! <sup>982</sup>

Als Kommentar zu den nach Weimar <sup>983</sup> gesandten Abschriften des Reskripts und des zugrundegelegten Berichtes schreibt Frankenberg an Fritsch: <sup>984</sup> „E. E. werden ein kleines Aergernis an unserm Reskript nach Regensburg nehmen — ich würde mich im Ernste ärgern, wenn H. v. Gemmingen weniger lächerlich wäre — dafür büße er, und stelle sich vor den H. v. Hohen-  
thal amtlich dar wie ein armer Sünder oder wenigstens wie ein Schüler —. Er wills nicht besser haben. Wiemal ist ihm gesagt worden, der Herzog wolle in dieser Angelegenheit durchaus mit Kursachsen gleichsinnig votieren lassen, mußte er nicht die kursächsische Instruktion abschreiben, abschreiben lassen oder auswendig lernen!“ —

Indessen erhielt Gemmingen das Schreiben vom 27. Februar erst am 6. März und freute sich, mit der Inhaltsangabe des kursächsischen Votums den Wünschen des Herzogs zuvorgekommen zu sein. Es käme darauf an, daß scharf votiert werde; nur so könne noch 1795 ein leidlicher Friede erreicht werden; bei längerem Zaudern würden die Kosten und Römermonate immer

---

979. Zur Haltung Kursachsens vgl. Hassel S. 239 ff. und Schick S. 176 nach Vivenot II, 2 S. 101 ff.

980. Kriegs-A VII, RG 20 vom 5. März 1795.

981. = RG 18.

982. Kriegs-A VII.

983. Ebenda, Min-Schreiben vom 7. März 1795 mit Anlagen, Entwurf mit Vermerken.

984. PK Bl. 167, vom gleichen Datum. — Das Gegenstück s. u. Anm. 989!



höher!<sup>985</sup> Er wußte wahrscheinlich schon von dem neuen Kommissionsdekret vom 7. März,<sup>986</sup> worin eine neue Bewilligung von 100 Römermonaten zur RKOK verlangt wurde; er sandte es unterm 16. März ein.<sup>987</sup> Diesmal waren Rechnungen beigelegt, also die dahingehende Forderung Gothas<sup>988</sup> und anderer Stände beachtet worden.

Der Gesandte erwähnt das Schreiben vom 6. März mit keinem Worte; wenn er die Weisung befolgt hätte, wäre Frankenberg und nicht er der Sünder gewesen,<sup>989</sup> da Sachsen als Kurfürst und Kreisdirektor eine andere Sprache führen mußte als Gotha! Als man dies aus dem eingesandten<sup>990</sup> Kurfürstenratsprotokoll vom 2. März (Kursachsens Votum) erkannte, ging am 13. März<sup>991</sup> eine Stafette mit dem ausgefertigten Votum nach Regensburg ab und traf noch rechtzeitig ein; Gemmingen bestätigt den Eingang unterm 19. März<sup>992</sup> und gab es am folgenden Tage zu Protokoll.<sup>993</sup> — Eine Abschrift hatte Frankenberg mit Begleitschreiben durch Expressen an Fritsch gesandt.<sup>994</sup>

---

985. Kriegs-A VII, RG 22 vom 9. März 1795. — Vgl. Vivenot, Hzg. Albrecht II, 2 S. 122. — Gemmingen lobt verschiedene der dort angeführten Voten, so Magdeburg, Oesterreich, Chur und Worms (= Kurmainz); vgl. Protokolle in Kriegs-A VII.

986. Datiert Regensburg, diktiert am 14. März 1795. — Pol. Journal 1795 S. 349 und 538 ff. — Deutsche Zeitung 1795 Sp. 442 f. — Reichsanzeiger 1795 Sp. 785.

987. Kriegs-A VII, Anlage A zu RG 25.

988. S. o. S. 170.

989. „Es ging gestern ein Gemmingenscher Bericht, und mit solchem das Ch.sächs. Votum — da befiel mich eine große Bangigkeit, H. v. Gemm. müsse unser Votum ganz darnach einrichten“. Es war ihm „aus verschiedenen Ursachen nicht lieb, wenn Er das Kursächsische Votum nachbetete ...“ PK Bl. 168, s. u. Anm. 994.

990. Beilage A zu RG 20 (s. o. Anm. 980); es sei so, wie er (Gemmingen) vorläufig einberichtet hatte. RG 20.

991. So PK Bl. 169, Gotha 19. März 1795. — Kriegs-A VII, Reskript vom 12. März mit Votum.

992. Ebenda, PS ad RG 26.

993. Ebenda angekündigt. — Gedr.: 5. Forts. des Rfprot. vom Freitag den 23. März 1795, S. 3 und 4. Beilage A zu RG 28 vom 23. März 1795, ebenda.

994. „Wir haben ihm daher das abschriftlich beiliegende Reskript eiligst auf den Hals geschickt. — Kömmt es noch zu rechter Zeit, so ists gut; wo nicht, so hats der Himmel nicht gewollt“. PK Bl. 168 vom 13. März 1795.

Aus dem Inhalt dieses Votums sei Einiges hier festgehalten. Nach dem üblichen Dank an den Kaiser erklärt der Herzog zu seiner Beruhigung, daß er seiner „Reichsständischen Obliegenheit sowohl durch die Konventionsmäßige Reluition des dreifachen Kontingents während der vorigen beiden Feldzüge, als durch die nunmehrige wirkliche Aufstellung des Fünffachen<sup>995</sup> in dem diesjährigen“ wie durch richtige Abtragung der verwilligten Römermonate „in allen Stücken aufs vollständigste nachgekommen“ sei. Durch das Reichsgutachten vom 23. November und das nachgefolgte Ratifikationsdekret vom 28. Dezember 1792 sei der Repartitionsfuß von 1681 angenommen worden und müsse unverändert auch weiterhin zur Richtschnur genommen werden<sup>996</sup> (I). Es solle nur auf Unvermögenheit aus jetzigem Kriege Rücksicht genommen werden (II). Der Kaiser möge die säumigen Stände „aufs dringendste ermahnen, und wenn dieses gegen Erwarten fruchtlos sein sollte, in Ansehung derselben die nötigen verfassungsmäßigen Maßregeln nach Vorschrift der Exekutionsordnung vorkehren zu lassen“.

Am bedeutungsvollsten sollte für später der Schlußsatz werden, der sich an Kursachsens Votum hielt und vollständig wiedergegeben sei: „Schließlich aber können Se. Hzgl. Durchlaucht nicht umhin, dahin Ihre Meinung zu eröffnen, daß jeglichem Reichsstande bei bedrohtem feindlichen Ueberfalle seiner Reichslande vergönnt sein müsse, sein zur Reichsarmee gestelltes Kontingent zur eignen Schutzwehre, mit Vorwissen und nicht zu versagender Einwilligung des Reichs-General-Commando, zurück zu berufen, und solange die Gefahr daure, bei sich zu behalten.“

Ueber dieses Votum urteilt Vivenot:<sup>997</sup> Gotha stimmte auf Danksagung an den Kaiser, „nach Inhalt des fürstlichen Entwurfs“ und „auf Stellung der Kontingente nach dem Fuß von 1681 ohne alle Modifikation“.

---

995. S. o. S. 180.

996. Hier wurde doch Gemmingens Projektum Voti vom 12. Februar (s. o. Anm. 968) zugrundegelegt. Jene Dekrete s. o. (S. 117) Anm. 549 f.

997. Hgz. Albrecht II, 2 S. 131 ff., Zergliederung der Voten im Hügelschen „Schema Votorum“.

Am 27. März konnte endlich konkludiert werden,<sup>998</sup> und am folgenden Tage wurde das kurfürstliche Konkulum<sup>999</sup> dem Reichsgutachten<sup>1000</sup> zu Grunde gelegt; die kaiserlichen Anträge auf eine Revision der Exekutionsordnung waren durchgefallen.<sup>1001</sup>

Auch bei den weiteren Römermonatsverwilligungen richtete sich Gotha stets nach Kursachsen; auf das erwähnte Hofdekret stimmte man wieder für 30 Römermonate, trat aber später dem Mehrheitsbeschlusse auf 50 Römermonate bei, nachdem Kursachsen wieder mit gutem Beispiel vorangegangen war.<sup>1002</sup> Auf das unmögliche Benehmen Gemmingens in dieser Sache ist schon gelegentlich seiner Charakteristik<sup>1003</sup> hingewiesen worden.

Außer weiteren Römermonats-Verwilligungen<sup>1004</sup> kamen keine Anträge auf Verstärkung der Kräfte des Reiches vor den Reichstag. Schon längst waren Bestrebungen im Gange, einen „annehmbaren Reichsfrieden“ herbeizuführen. Sie werden uns, soweit sie in den Rahmen dieser Arbeit fallen, im nächsten Kapitel beschäftigen.

---

998. Kriegs-A VIII (A. VII. 83.), Beilage A zu RG 32 vom 3. April 1795 die drei Konkula.

999. In die Debatte griff auch Gemmingen ein. Kriegs-A VII, Beilage C zu RG 31 vom 2. April 1795, 8. Forts. des Rfprot. von Samstag den 28. März, S. 3: „Sachsen Gotha, Altenburg und Wolfenbüttel: Wiederhole hiermit sein vorhin mündlich geäußertes Verlangen, daß das fürstliche Conclusum pro basi Communis duorum genommen werden möge. In Ansehung des Fußes hätte man zwar gewünscht (!), daß der einmal beliebte Fuß von 1681. hätte durchaus wollen eingehalten, und von allem anderen abstrahiret werden. Indessen könne man sich, zu Umgehung mehrerer Weitläufigkeiten, die kurfürstlichen Monita, da Majora dahin gehen sollten, ebenfalls gefallen lassen“.

1000. Kriegs-A VIII, Beilage B zu RG 32. — Pol. Journal 1795 S. 350 bis 352.

1001. Schick S. 177 f. nebst Verweisen auf Vivenot.

1002. Alles Nähere in Kriegs-A VIII. Vgl. Schick S. 178 f. — Am 21. August gab Gemmingen im Fürstenrat zu Protokoll, daß Sachsen-Gotha-Altenburg, wie aus dem 27. Extrakt der RKOK (Beilage B zu PS ad RG 84 vom 20. August 1795) hervorgehe, unterm 18. Juli der Zahlung von 50 Römermonaten beigetreten sei, wozu die erste Anweisung nach dem damaligen Protokollschluß erfolgt sei. Das sei jetzt nachzutragen auf besonderen Befehl. Rfprot. vom 21. August 1795, S. 10 (Friedenssache), Beilage B zu RG 86 vom 24. August 1795. Kriegs-A IX (A. VII. 84.).

1003. S. o. S. 60.

1004. S. noch Deutsche Zeitung 1795 Sp. 843 f. — Pol. Journal mehrfach. — Reichsanzeiger 1795 Sp. 1225. — Außer den Kriegs-A VIII ff. s. PK und Neutr-A verschiedentlich; ein Eingehen darauf ist hier unmöglich.

#### 4. Kapitel.

### Die Haltung Sachsen-Gotha-Altenburgs bei den Friedens- und Neutralitätsverhandlungen. 1794—1797.

#### 1. Der Kurmainzische Friedensantrag und der Baseler Friede zwischen Preußen und Frankreich.

Wir haben schon verschiedentlich den kurmainzischen Friedensantrag <sup>1005</sup> erwähnt, der zeitlich mit den Versuchen Badens und Hessens, andere Stände für ihre Unionspläne zu gewinnen, und mit der kaiserlichen Forderung auf eine Reform der Reichsexekutionsordnung zusammenfällt, die ihn in den Hintergrund gedrängt hatte. Die politische Lage im Herbst 1794 ist von Schick treffend geschildert worden; der Mainzische Antrag und die Verhandlungen darüber spielten 1794/1795 eine große Rolle, wie aus den damaligen Zeitungen, z. B. dem Politischen Journal vom Oktoberstück 1794 <sup>1006</sup> an, hervorgeht; ihre Verquickung mit den Beratungen über die zahlreichen Separatfrieden der Jahre 1795 und 1796, besonders des Baseler Friedens zwischen Preußen und Frankreich, ließen eine zusammenhängende Darstellung dieser Verhandlungen ratsam erscheinen, ohne Rück-

---

1005. Darüber ausführlich das III. Kapitel Schicks, S. 123—162. Vgl. auch Kiewning a. a. O. S. 98 ff. — Eine völlige Ausschöpfung des Aktenmaterials würde ins Uferlose führen; da aber die Bedeutung dieser Friedensverhandlungen am Reichstag für Gotha immer geringer wurde, konnte noch stärker die Stellungnahme Gothas und die Meinungen Gemmings und Frankenbergs zu ihnen hervorgehoben werden. — Um einen sinngemäßen Abschluß dieser Arbeit geben zu können, mußten die Friedensverhandlungen nach dem Baseler Frieden zwischen Preußen und Frankreich mit Ausnahme einer wichtigen Abstimmung (s. u. S. 212 f.) hier ausgeschaltet werden. Innerhalb der größeren Arbeit ist ein eigener Abschnitt dafür vorgesehen, wo auch die PK stärker berücksichtigt wird.

1006. Ab S. 1113. S. die Register zu den Jahrgängen 1794 u. 1795 unter „Reichstag“.

sicht auf die zeitliche Unterbrechung durch die vorweggenommenen Beratungen über die Reichsexekutionsordnung und über neue Römermonate.

Die kurmainzische Instruktion, die dem Friedensantrag zu Grunde lag,<sup>1007</sup> hatte Gemmingen schon unterm 19. Oktober 1794 mit einer kurzen Inhaltsangabe eingesandt: der kurpfälzische Wunsch nach Frieden<sup>1008</sup> verdiene alle Aufmerksamkeit; Schweden „als Garant von 1648“ und das gleichfalls neutrale Dänemark sollten vermitteln; Friedensverhandlungen seien im Winter günstig.<sup>1009</sup>

Auch mit diesem Bericht war Frankenberg sehr unzufrieden.<sup>1010</sup> Anscheinend hat der Urheber jener Instruktion, der Coadjutor Dalberg,<sup>1011</sup> bei seinem Besuch in Gotha (24./25. Oktober) nichts über den Friedensantrag geäußert, da sonst Frankenberg Fritsch ausführlich berichtet hätte.<sup>1012</sup>

Gemmingen meinte unterm 23. Oktober, die Franzosen würden auf die mainzischen Vorschläge schwerlich eingehen, vielmehr den Rhein als Grenze verlangen, also mit Mainz und Koblenz; dies sei, wenn nicht Ernst gemacht werde, schwer zu verhindern.<sup>1013</sup> Aus dem Bericht ging aber nicht hervor, ob er mit einem anderen Gesandten darüber gesprochen hatte, und wohin die Meinungen gingen! Seine Besorgnis war die Frankenburgs schon lange, und dieser hatte „keine Veranlassung, im Zuschnitt zum nächsten Feldzug eine Verminderung seiner Furcht zu sehen“, er hoffte vielmehr, „daß der Friedenswunsch, bzw. die Aussicht zum Frieden, uns nicht einschläfere“ (an Fritsch<sup>1014</sup>).

---

1007. In Kriegs-A VI liegen zwei Abschriften, eingesandt mit (PS zu) RG 115. — Abgedr. pol. Journal 1794 S. 1181 ff. — Reichsanzeiger 1794 II Sp. 1041—1044. — Deutsche Zeitung 1794 Sp. 897 f., dazu 1795 mehrfach (s. Register).

1008. Vgl. Schick S. 121 f. (Anm. 150!) u. ö.

1009. Kriegs-A VI, PS ad RG 115. — Vgl. dazu Schick S. 126 ff.

1010. PK Bl. 121, Gotha 26. Oktober 1794. An Fritsch.

1011. Schick S. 139 nebst Anm. 69. — S. o. Anm. 141, dazu Anm. 1012.

1012. Dalbergs Besuch Fourrierbuch 1794 IV. — Er reiste nach Kassel und Berlin. Erdmannsdörffer II S. 231 (dieser Verweis ist bei Schick a. a. O., Anm. 71, wohl durch technisches Versehen weggeblieben).

1013. Kriegs-A VI, RG 116.

1014. PK Bl. 122 f. (29. Oktober 1795, vgl. o. Anm. 935).



Herzog Ernst schrieb an Gemmingen unterm 31. Oktober,<sup>1015</sup> er vermisse zu dem eingesandten kurmainzischen Schreiben einen Bericht über die Meinung der kaiserlichen Minister und vornehmer Gesandten, und gab ihm fleißige Erkundigung und Benachrichtigung auf, um ihm bald Instruktion erteilen zu können.

Der Gesandte wies inzwischen nachdrücklich auf ein von ihm eingesandtes Votum Schwarzburgs hin,<sup>1016</sup> da dort ernsthafte Rücksicht auf den Frieden genommen werde, was Kurmainz bereits erwähne und sich neben Kurpfalz auf Schwarzburg stütze.<sup>1017</sup> Am 1. November eröffnete ihm Hohenthal, daß er bezüglich des Mainzer Friedensantrags folgende Instruktion erhalten habe: der gegenwärtige Zeitpunkt sei zwar unschicklich für derartige Vorschläge, aber der veränderten Lage halber würde Kursachsen zustimmen; vor allem sei auf Waffenstillstand zu dringen und trotzdem die weitere Kriegsrüstung nicht zu vernachlässigen.<sup>1018</sup> Gemmingen bat um ähnliche Instruktion und berichtete, der Kaiser solle als Reichsoberhaupt nicht beifällig sein, wohl aber als Reichsstand sich „Majoribus“ anschließen wollen.<sup>1019</sup>

Der Verlaß sollte am 7. November genommen werden<sup>1020</sup> und ging auf den 5. Dezember;<sup>1021</sup> mehrere Instruktionen schienen mit Kurmainz übereinzustimmen. Unterm 15. November<sup>1022</sup> drang der Gesandte erneut auf Instruktion; im Fürstenrat gingen „eminente Majora“ auf Frieden nach dem Mainzer Vorschlag.<sup>1023</sup>

---

1015. Kriegs-A VI., wohl auch ein Ergebnis der Session des Geheimen Rates von diesem Tage (s. o. Anm. 944).

1016. Beilage A zu RG 119.

1017. Kriegs-A VI, RG 119 vom 30. Oktober 1794. — Frankenbergs Kritik an diesem Bericht s. o. S. 62 nebst Anm. 272.

1018. RG 121. — Näheres s. bei Hassel S. 207 ff., Hohenthals Instruktion besonders S. 212.

1019. Kriegs-A VI, RG 121 vom 3. November 1794.

1020. Ebenda, RG 123 vom 7. November 1794.

1021. Ebenda, PS ad RG 123; Widerspruch der kaiserlichen Minister s. auch Schick S. 145 f.

1022. Kriegs-A VI, RG 125.

1023. Bemerkenswert auch Mecklenburg. Ebenda RG 128 vom 20. November 1794 mit Beilage A.

Herzog Ernst instruierte Gemmingen daraufhin, für Gotha-Altenburg ebenfalls beizustimmen, dabei aber den Wunsch zu erkennen zu geben, daß auf Entschädigung der benachteiligten Stände möglichst Rücksicht genommen werde.<sup>1024</sup>

Weimar übersandte am 21. November eine Abschrift seiner Instruktion an Görtz; man war auch für Frieden, aber vorerst wünschte man nur Kommunikationen;<sup>1025</sup> in einem Postskript zur Instruktion, auf einen inzwischen eingegangenen Bericht Görtz' hin angefügt, hieß es: wenn der Kaiser und Preußen um die Vermittlung eines Waffenstillstandes ersucht werden sollten, würde man sich dem anschließen.<sup>1026</sup> Denn längst war anstatt Schwedens und Dänemarks Preußen zur Vermittlung ausersehen worden.<sup>1027</sup>

Antwortlich teilte Gotha seine Instruktion an Gemmingen mit.<sup>1028</sup> Dessen weitere Berichte waren unzuverlässig. In einem „Projektum Voti“, das er unterm 24. November einsandte, griff er seinen Kordon-Gedanken wieder auf;<sup>1029</sup> Herzog Ernst vermutete daher, daß seine Instruktion noch nicht angekommen sei; es sollte bei dieser bleiben!<sup>1030</sup>

Unterm 22. November hatte der preußische Minister v. Hardenberg<sup>1031</sup> von Frankfurt aus den Herzögen von Gotha, Meiningen und Weimar Kenntnis von der Aufforderung verschiedener Kreise und Stände an Preußen, einen Waffenstillstand zu vermitteln.<sup>1032</sup> aber auch den Schutz der Grenzen weiter zu übernehmen, gegeben und die Haltung Preußens zur Lage darge-

---

1024. Ebenda, Reskript vom 17. November 1794.

1025. Die Frage, ob (und wie weit) Karl August von Weimar bei der Mainzer Friedensaktion die Hand im Spiele hatte, wäre danach wohl zu verneinen. Vgl. Schick S. 139 Anm. 73 und die dort zitierten Stellen: Erdmannsdörffer II S. XXVI f. und Hassel 215.

1026. Kriegs-A VI, Min-Schreiben mit Beilagen. Vgl. u. Anm. 1048.

1027. S. u. Anm. 1032.

1028. Kriegs-A VI, Min-Schreiben vom 24. November 1794.

1029. Ebenda, PS ad RG 130 vom 24. November 1794 und Beilage C. — RG 130 mit Beilagen A und B, Mitteilungen über Kursachsens und Kurbraunschweigs Haltung, Widerlegung der Letzeren.

1030. Ebenda, Ernst II. an Gemmingen, 1. Dezember 1794.

1031. Ueber ihn s. Schick S. 41 nebst Anm. 136.

1032. Ausführlich Schick S. 142 ff. nebst Nachweisen. — Vgl. auch Neueste Staatsanzeigen VI S. 968.

stellt; er warb für eine Anleihe, um die preußische Armee bis zum Frühjahr erhalten zu können, damit der Feind nicht tiefer ins Land eindringe und Zeit für bessere Rüstungsmöglichkeiten gewonnen werde.<sup>1033</sup>

Gotha stellte Meiningen<sup>1034</sup> gegenüber fest, daß sich die Anforderung nur an Fränkische Kreisstände richtete und den Obersächsischen Kreis nichts angehe, bat aber doch Hannover um Mitteilung seiner Meinung,<sup>1035</sup> die der eigentlichen Frage auswich.<sup>1036</sup>

Daher antwortete Ernst II. Hardenberg unterm 15. Dezember, er hätte gerne etwas beigesteuert, aber die Landeskkräfte seien zu gering, auch sei er nur wegen Themar am Fränkischen Kreise, ohne Kreisstand zu sein, beteiligt; einigen Untertanen werde er erlauben, mit eigenem Kapital Preußen zu unterstützen, obwohl solche Kapitalien ihm selbst nötig seien. Er hoffe, daß Preußen am Rhein bleibe.<sup>1037</sup>

Hardenberg dankte für das Entgegenkommen, riet zur Vorsicht trotz der Friedensverhandlungen und schloß mit der Bemerkung, Preußen könne seine Truppen ohne Gefahr in seine

---

1033. Kriegs-A VI. — Ebenda auch Abschrift seines Schreibens an Meiningen, Gotha durch Min-Schreiben vom 28. November mitgeteilt.

1034. Ebenda, Antwort Min-Gothas vom 1. Dezember 1794 (Weimar unterm gleichen Datum abschriftlich übersandt). — Auch über die Kommunikationen Meiningens mit Weimar wurde Gotha unterrichtet, s. ebenda. — Weimar teilte auch die Abschrift eines Schreibens Karl Augusts an den Kurfürsten von Sachsen (29. November 1794) und seine Beilagen (Hardenberg an den Landgrafen von Hessen-Kassel, 5. November 1794 und Seuffert, würzburgischer Minister, an Hardenberg, 11. November 1794) mit: Zu den daraus hervorgehenden Friedensbemühungen Hardenbergs solle er (Karl August) anscheinend Stellung nehmen, bitte den Kurfürsten um Rat und frage, ob nicht der Obersächsische Kreis darüber gemeinsam beraten solle? Priv-A Bl. 38 nebst 34 ff. — Dort Bl. 42 Abschrift der Antwort Karl Augusts an Hardenberg vom 5. Dezember 1794, schroffe Ablehnung. — S. auch PK Bl. 145 ff.

1035. Kriegs-A VI, Min-Schreiben vom 4. Dezember 1794 mit Abschriften der in der vorigen Anm. erwähnten Schreiben Hardenbergs an Kassel und Seufferts an Hardenberg.

1036. Ebenda, Min-Schreiben vom 12. Dezember 1794. — Der König sei für einen gerechten Frieden, sobald eine Grundlage dafür vorhanden sei usw. Der Kaiser verdiene höchstes Vertrauen. — Kurbraunschweig sah im Mainzischen Antrag lediglich dessen Privatmeinung, was Gemmingen widerlegt, s. o. Anm. 1029. — Vgl. Schick S. 148.

1037. Kriegs-A VI,

Lande zurückziehen, sonst sei eine Anleihe von einigen Millionen Gulden nötig; eingangs hatte er mitgeteilt, daß der Antrag auf eine Anleihe beim Fränkischen Kreise gestellt werde, und sandte ein Promemoria<sup>1038</sup> darüber mit.<sup>1039</sup>

Diesmal blieb Herzog Ernst die Antwort schuldig, da er Hardenberg nicht raten wollte, seine Briefe in Zukunft mit mehr Aufmerksamkeit zu lesen, oder nicht Dinge darin zu finden, die nicht darin standen.<sup>1040</sup> Später scheint der Herzog, vielleicht gerade mit Rücksicht auf diese Episode, mit einer Einladung Preußens zum Beitritt zum (Baseler) Frieden gerechnet zu haben.<sup>1041</sup>

Gothas Haltung fiel angenehm auf, wie aus einem Brief des Herzogs von Sachsen-Teschen an Colloredo<sup>1042</sup> hervorgeht:<sup>1043</sup> „Jedoch muß ich Euer Liebden hiebey besonders bemerken, daß nach der Mir von dem Herrn Erbprinzen Reuß gemachten Eröffnung, der Hof zu Gotha in den diesfälligen von preußischer Seite geschehenen Einwurf nicht eingegangen seye.“ —

Ueber diese vielfachen Dinge und Anträge beklagte sich Frankenberg in einem Briefe vom 1. Dezember bei Fritsch;<sup>1044</sup> er verliere den „sensum communem“, „auch größere Leute verlieren ihren Verstand — Herr v. Gemmingen schickt uns ein project voti ein in der Friedenssache, das seinesgleichen nicht sah“; ein anderes von ihm für Braunschweig<sup>1045</sup> sei nicht viel klüger, der Herzog werde seine Freude am neuen Stimmführer haben.

Der Gesandte erhielt das herzogliche Reskript vom 17. November am 26. d. M. und wollte es pünktlich befolgen.<sup>1046</sup> Die

1038. Vom 7. Dezember 1794, Inhalt im Reichsanzeiger 1795 Sp. 321 bis 325. — Vgl. pol. Journal 1794 S. 1287.

1039. Kriegs-A VI, Hardenberg an Ernst II., Frankfurt 23. Dezember 1794.

1040. PK Bl. 163, Gotha 31. Januar 1795, Frankenberg an Fritsch.

1041. Vgl. Hassel S. 239 f.

1042. S. o. Anm. 349.

1043. „Heidelberg, 29. Windmonat 1794.“ Abgedr. bei Vivenot, Hgz. Albrecht II, 2 S. 54 ff. — Reuß in Gotha s. o. S. 179.

1044. PK Bl. 149.

1045. Frankenberg meint wohl Gemmingens Schreiben an Baron Feronce in Braunschweig über die Organisierung der Reichsarmee, Beilage A zu RG 129 vom 21. November 1794, Kriegs-A VI.

1046. Ebenda, RG 132 vom 28. November 1794.



Abstimmungen vom 5. Dezember gingen alle auf Frieden, viele aber gleichzeitig auf weitere Rüstungen.<sup>1047</sup> Er selbst fügte dem Votum Gothas<sup>1048</sup> trotz ausdrücklichem Verbot einen Zusatz an über die Verwendung des Kaisers und des Königs von Preußen wegen eines Reichsfriedens und wurde dafür unterm 19. Dezember von Ernst II. gerügt:<sup>1049</sup> obwohl er „diesen Zusatz dermalen ganz unverfänglich und dahin an sich nicht verwerflich“ fand, sollte er in Zukunft doch bei derartigen wichtigen Angelegenheiten seinen Anweisungen zum Votieren aufs genaueste nachgehen, und „davon weder etwas weglassen noch hinzusetzen“.

Seine weiteren Berichte vom Ende des Jahres sagen uns nichts Neues, auch das Reichsgutachten vom 22. Dezember<sup>1050</sup> können wir hier übergehen. Aber in merkwürdiger Weise verknüpfte Gemmingen einige Gedanken über die damit abgeschlossene Deliberation mit der darauffolgenden Beratungsmaterie (Reform der Reichsexekutionsordnung, s. das vorige Kapitel) in der Begründung seines Gutachtens<sup>1051</sup> vom 22. Januar 1795: 1. Die Franzosen werden sicherlich den Rhein als Grenze behalten wollen, sind also nicht für die Wiederherstellung des Westfälischen Friedens; Entschädigungen würden sie also wohl nur in Geld oder gar in Assignaten geben wollen! 2. Deutschland kann sich darauf nicht einlassen, da es ein immerwährender Schaden sein und Frankreich mit der Rheingrenze die Vorteile haben würde, a) Deutschlands Handel beschränken und hindern, b) „durch Anlegung von Wasserwerken den Strom gegen Deutschland werfen, wie solches im Badischen bisweilen geschieht“<sup>1052</sup> und c) Deutschland jederzeit beunruhigen zu können. Deshalb (meint Gemmingen) darf in den Friedens-

---

<sup>1047</sup> Ebenda, RG 135 vom 5. Dezember 1794.

<sup>1048</sup> Ebenda, Beilage B zu RG 136 vom 11. Dezember 1794, Rfprot. vom 5. Dezember 1794: Gotha S. 13 f., Weimar S. 15.

<sup>1049</sup> Ebenda.

<sup>1050</sup> Ebenda (Abschluß), Beilage B zu RG 144 vom 29. Dezember 1794. — Schick S. 155 (verweist auf den Abdruck bei Posselt, Europäische Annalen 1795 I S. 271 f.). — Pol. Journal 1795 S. 37—39. — Deutsche Zeitung 1795 Sp. 17 ff., 225 f. — Neueste Staatsanzeigen VI S. 971.

<sup>1051</sup> S. o. Anm. 966.

<sup>1052</sup> Vgl. heute die entgegengesetzte Wirkung des (französischen) Kembser Kraftwerks!



anträgen nicht zuviel nachgegeben, vielmehr muß auf eine vorteilhafte Grenze Bedacht genommen werden, was wohl nur mit Gewalt erzwungen werden kann, „wozu denn Zusammensicht, Ernst und mehrere Mannschaft gehört“. (Es folgen seine Anträge).

Am 12. Februar speiste der kurmainzische Direktorialis bei Gemmingen zu Mittag und erwähnte, daß ein kaiserliches Dekret in der Friedenssache bereits in die Druckerei gegeben worden sei, worin das Reichsgutachten genehmigt, aber auch auf Weiterrüstung gedungen werde.<sup>1053</sup> Diese „Genehmigung“ war indessen um so problematischer, als das Dekret vom 10. (diktiert vom 14.) Februar,<sup>1054</sup> welches Frankenberg sehr gut fand,<sup>1055</sup> nicht, wie üblich, als Ratifikationsdekret, sondern als Kommissionsdekret bezeichnet war.<sup>1056</sup> Auf die Beratung des Dekrets kann hier nur kurz verwiesen werden, das Interesse Gotha-Altenburgs konzentrierte sich immer mehr auf das Verhalten Kursachsens und die Stellung des Obersächsischen Kreises zum Reichskriege. —

Als Ausgangspunkt der Bemühungen des Herzogtums um Frieden, soweit sie von Regensburg unabhängig sind, müssen wir ein Schreiben Herzog Ernsts an den Kurfürsten von Sachsen vom 12. Februar 1795 ansehen, dessen Antwort vom 26. Februar für des Herzogs weitere Bestrebungen grundlegend ist.<sup>1057</sup>

„Von vertrauter Hand“ war ihm hinterbracht worden,<sup>1058</sup> daß an mehrere Reichsstände, und vielleicht auch an ihn, die

---

1053. Kriegs-A VII, RG 13 vom 13. Februar 1795.

1054. Ebenda, Beilage A zu RG 14 vom 16. Februar 1795. — Abgedr. bei Posselt a. a. O. I S. 273 ff. — Pol. Journal 1795 S. 204, 209—219. — Vgl. Schick S. (156—)160 ff. — Vivenot, Hrg. Albrecht II, 2 S. 35 u. ö. — S. auch Deutsche Zeitung 1795 Sp. 131—134. — Reichsanzeiger 1795 Sp. 457—463 (Auszug).

1055. PK Bl. 166, s. u. Anm. 1060.

1056. Schick a. a. O. nebst Verweisen; auch Hassel S. 228 f. — Neueste Staatsanzeigen VI S. 972, Anm.

1057. Beide abgedr. bei Hassel S. 224 ff. Im St. G. nicht aufgefunden. — Vgl. o. S. 197 nebst Anm. 1041. — Eine gleichzeitige Korrespondenz Kursachsens mit Gotha wegen der Deckung des Obersächsischen Kreises durch ein Truppenkorps an der Werra s. Kont-A III, vgl. PK Bl. 167 (Gotha, 7. März 1794) und dazu u. Anm. 1064.

1058. Möglicherweise bezieht sich dies auf eine der o. in Anm. 1034 erwähnten Weimarer Kommunikationen; Hardenberg selbst dürfte kaum in Betracht kommen.

Frage gelangen werde, ob sie den König von Preußen um Einschließung in seine, im Werke befindlichen Friedensunterhandlungen ersuchen wollten. Durch eine solche Anfrage würde er in nicht geringe Verlegenheit geraten; für das Beste seiner Untertanen schien die Benutzung eines solchen Antrags rätlich zu sein — wenn der Feind nicht kräftiger als bisher zurückgehalten werde, würde das Los seiner Lande wohl trauriger sein, wenn er Friedensvorschläge ausgeschlagen hätte; andererseits sei die Frage, ob einzelne Stände einen Separatfrieden schließen oder sich in einen solchen einschließen lassen könnten; der Kurfürst möge ihn als Verwandter und kreisausschreibender Fürst belehren. Vielleicht ließe sich jenes Ersuchen an den König so umschreiben, daß er (der Herzog) sein Interesse des Königs patriotischer Gesinnung und Anhänglichkeit an die Reichsverfassung anvertraue?

Die Antwort aber war dazu nicht ermutigend; der Kurfürst erwähnte seine Mitteilung in Regensburg, Wien und Berlin,<sup>1059</sup> daß er zur baldigen Wiederherstellung des Friedens bei allen unter Zutun des Reichs zu pflegenden Unterhandlungen gerne beiwirken würde. Jede Separation sei bedenklich, hier stimme er ganz mit Herzog Ernst überein; ein Separatfriede könne nur in dringendster Not abgeschlossen werden, aber besonders nicht im gegenwärtigen Falle, da nicht nur der Reichskrieg gemeinschaftlich beschlossen, sondern auch in der Friedenssache bereits ein Reichsgutachten und darauf ein Kommissionsdekret ergangen sei, dessen Erfolg (Rücksprache zwischen dem Kaiser und dem Könige von Preußen) erst abzuwarten sei. —

Frankenberg schrieb unterm 22. Februar 1795<sup>1060</sup> an Fritsch: „Die Kriegs- und Friedensaspekten sind traurig“. In Basel sei es anscheinend Ernst mit dem Frieden gewesen. „Aber so gern gewiß Frankreich mit Preußen Frieden machen würde, so wenig sehe ich die Möglichkeit ein, daß Letzteres sich zu den Bedingungen bequemen könne, die Frankreich verlangen wird!“ — Unterm 19. März<sup>1061</sup> meinte er, Hardenberg sei zuverlässig des

---

1059. S. Hassel S. 226 ff.

1060. PK Bl. 165 (f.).

1061. Ebenda Bl. 169.

Friedens wegen nach Basel.<sup>1062</sup> Gleichzeitig<sup>1063</sup> schrieb er an Karl August von Weimar, mit dem er am 5. März über die schwebenden Kontingentsverhandlungen<sup>1064</sup> gesprochen hatte, durch einen Brief des Erbprinzen Reuß in dieser Sache veranlaßt,<sup>1065</sup> und fügte einige Bemerkungen über die allgemeine Lage hinzu: leider scheine freilich Krieg noch die Losung zu sein; obgleich Hardenberg mit viel Hoffnung ausgerüstet nach Basel gegangen sei, komme es ihm doch vor, als wenn England die zuerst abgeschlagenen Subsidien nunmehr Preußen zu geben beschlossen hätte, und „die guten bösen Worte vom Erbprinz“ dazu genommen, so möchte wohl der Krieg die Oberhand behalten. „Wahr ist auf der andern Seite, daß die Franzosen scheinen, auf die Beibehaltung der deutschen Länder am linken Ufer des Rheins nicht bestehen zu wollen, und dies war der Hauptanstoß —. Der Himmel weiß, was aus dem Chaos werden wird. Die Hunte und Weser hält man jetzt durch die Vorrückung der Preußen vor den Franzosen gesichert.“

Diese Äußerungen Frankenburgs dürften sich größtenteils auf Zeitungsmeldungen stützen — er selbst nennt das „Journal de Paris“, den „Moniteur“ und die „Gazette de Deuxponts“ — denn mit den Berichten Gemmingsens war, was die allgemeine Lage anbetrifft, noch weniger anzufangen als mit denen über seine Komitialangelegenheiten.<sup>1066</sup> Sein Bericht vom 20. März<sup>1067</sup> ist typisch für die Folgezeit: Es werde viel vom Frieden gesprochen; man höre aber noch nicht, ob Hardenberg in Basel angekommen sei und die Friedensunterhandlungen des verstor-

---

1062. Darüber ausführlich Schick im Kapitel V „Reichstag und Baseler Friede“ S. 180—211 und dort angeführte Quellen, besonders die Einleitung der Arbeit von Trummel (s. o. Anm. 27); außerdem die o. Anm. 263 zitierte Arbeit von Fr. Otto, Theobald Bacher ... — Hoff I S. 137. — Girtanner, hist. Nachrichten XVII S. 334—344 u. ö. — Neueste Staatsanzeigen VI S. 973 ff. — Pol. Journal vielfach. — Deutsche Zeitung 1795 Sp. 249 f., 438 f. und 443—454.

1063. Gotha 18./19. März 1795, PK Bl. 171/2 eingereicht.

1064. Und die Werrastromsache (s. o. Anm. 1057). — Nach Fourierbuch Friedenstein 1795 I besuchte Karl August Frankenburg an diesem Tage.

1065. Kont-A III. An das gothaische Geheime Kabinett, Meiningen 21. Februar 1795. Relutions- und Naturalstellungssache.

1066. Vgl. o. S. (59—)63 die allgemeine Charakteristik Gemmingsens.

1067. Kriegs-A VII, RG 27.

benen Grafen von Golz fortgesetzt habe; dagegen höre man mehr von Fortsetzung der Kriegsrüstungen, Kontingente und frische kaiserliche Truppen zögen zum Rhein usw. — Indessen warf doch der Friede von Basel (5. April 1795) seine Schatten voraus.

Ein Meiningisches Min-Schreiben vom 3. April 1795<sup>1068</sup> an die übrigen sächsischen Regierungen ist der Ausgangspunkt einer ausgedehnten Korrespondenz im Obersächsischen Kreise über die Frage der Friedensvermittlung. Meiningen teilte Gotha Auszüge aus verschiedenen Regensburger Berichten mit. Danach wirke der Kaiser zum Frieden nicht so mit, wie erwünscht sei, so daß es Schwierigkeiten bezüglich eines Reichsfriedens gebe; verschiedene Stände sollten beim Frieden mit Preußen zusammengehen, da auf das Konklusum (über den Mainzer Friedensantrag) kein Verlaß sei. Man bat um Mitteilung der Nachrichten Gothas und hoffte, daß bei verschiedenen Spezial-Friedensschlüssen die kleineren Reichsstände nicht verkürzt würden, nicht größere Kosten hätten und vielleicht vom Frieden ausgeschlossen werden würden; zur Beruhigung der Untertanen müsse man jederzeit überzeugt sein, das Möglichste für den Frieden zu tun. Es sollten also 1. der Kurfürst von Sachsen als ausschreibender Fürst des Obersächsischen Kreises und die ausschreibenden Fürsten des Fränkischen<sup>1069</sup> beim Kaiser wie bei Preußen auf den Frieden drängen, die Kreise in die Vermittlung gleich anderen hohen Ständen einbezogen werden; 2. die Herzöge selbst diese Bitte bei beiden Höfen übergeben. Beide Punkte wurden noch näher begründet.

Unterm 11. April teilte Gotha seine Uebereinstimmung mit dem Friedenswunsch Meiningens mit; aus verschiedenen Rücksichten wollte man sich vorerst nur an Kursachsen als kreisaus-schreibenden Fürsten wenden, zumal man wegen der Schranken der Reichsverfassung sich nicht an den König von Preußen direkt wenden könne, der anscheinend einen Separatfrieden mit Frankreich geschlossen habe; man käme auch zu spät, um ein-

---

1068. Kriegs-A VIII. — Hassel S. 243 ff. bezeichnet dieses Schreiben als „Denkschrift“.

1069. Bamberg und Brandenburg.



geschlossen werden zu können;<sup>1070</sup> man könnte immer noch später beitreten. Man schreibe aber an Kursachsen deswegen, und der Herzog von Meiningen möge nach Ermessen den gleichen Schritt tun, als Fränkischer Kreisstand sich vielleicht auch an dessen kreisausschreibende Fürsten wenden.

Ferner erließ Gotha gleichlautende Schreiben an die Geheimen Räte zu Weimar, Coburg-Saalfeld und Hildburghausen,<sup>1071</sup> verwies auf das Schreiben Meiningens — es wurde angenommen, daß sich Meiningen auch dorthin gewandt hatte —, das „mehrere sehr wichtige Betrachtungen und Vorschläge über die, dem allgemeinen Gerüchte nach, von des Königs von Preußen Majestät eingeleitete Friedens-Negotiation mit Frankreich enthält“. Auf Herzog Ernsts Befehl hätten sie, die Geheimen Räte, laut abschriftlicher Beilage nach Meiningen geantwortet, den dort empfohlenen Schritt (das Schreiben an Kursachsen) wünsche der Herzog von allen sächsischen Höfen einstimmig gebilligt und gleich getan; man bat um Mitteilung desfallsiger Entscheidung.

Coburg<sup>1072</sup> hatte bereits ähnlich nach Meiningen geantwortet und teilte eine Abschrift mit, wünschte auch eine Abschrift des gothaischen Schreibens an Kursachsen als Vorlage zu erhalten, die Gotha daraufhin mit der Bitte um Eile übersandte; es enthielt nur die Bitte Herzogs Ernsts, der Kurfürst als kreisausschreibender Fürst möge sich beim Kaiser und bei Preußen für einen Frieden verwenden.<sup>1073</sup>

Am 11. April überbrachte ein Kammerhusar Briefe von Meiningen.<sup>1074</sup> Herzog Georg schrieb seinem Schwager,<sup>1075</sup> ein beigelegtes Schreiben Kassels, die preußischen Friedensunterhandlungen betreffend, empfehle Beschleunigung der Nachsuchungs-

---

1070. Es ist zu beachten, daß der tatsächliche Abschluß des Friedens und sein Inhalt erst später bekannt wurde. Vgl. Vivenot, Hzg. Albrecht II, 2 S. 154 f. — Schick S. 186. — Pol. Journal 1795 S. 255 u. ö. — Deutsche Zeitung 1795 Sp. 249 f. (23. April).

1071. Kriegs-A VIII. Alle vom 11. April 1795.

1072. Ebenda, Min-Schreiben Coburg, 13. April 1795 und Antwort vom 17. April 1795.

1073. Kriegs-A VIII, Ernst II. an den Kurfürsten von Sachsen, datiert vom 11. April 1795. — S. Hassel S. 239.

1074. Fourierbuch Friedenstein 1795 II.

1075. Kriegs-A VIII, vom 10. April 1795, mit Beilage.



schreiben an den Kaiser und an Preußen wegen der Aufnahme in den Frieden, und bat um Mitteilung der gothaischen Entschließung (die wohl im Wechsel einging).<sup>1076</sup> Ein Ministerialschreiben Meiningens vom 14. April<sup>1077</sup> enthielt bereits fünf Abschriften: Man hatte an Preußen das Ersuchen gerichtet, wie einige andere Fürsten in den Frieden aufgenommen zu werden, dem Kaiser davon Anzeige getan, den Kurfürsten von Sachsen, die Fränkische Kreisversammlung und Minister v. Hardenberg um Unterstützung gebeten und hoffte, nirgends übel aufgenommen zu werden, da es notwendig und äußerst wichtig sei, der Reichsverfassung nicht zu nahe zu treten. Gotha<sup>1078</sup> wünschte Erfolg und bat, davon benachrichtigt zu werden.

Uebrigens erwähnte Coburg in seinem Schreiben an Kursachsen, welches sich sonst an das gothaische hielt, bereits den preußisch-französischen Friedensschluß und sandte eine Abschrift nach Gotha mit der Bitte um weitere gegenseitige Kommunikation.<sup>1079</sup> Schließlich hielt auch Weimar unterm 24. April die gothaische Antwort an Meiningen für völlig angemessen und sein abschriftlich beigelegtes Schreiben an Kursachsen für genügend.<sup>1080</sup> —

Gemmingen hatte am 16. April<sup>1081</sup> immer noch keine offizielle Bestätigung des Gerüchts vom preußisch-französischen Frieden. Herzog Ernst schrieb ihm deshalb unterm 22. April:<sup>1082</sup> Der Friede sei aus Zeitungen bereits genau bekannt; er zweifle nicht, daß Gemmingen alles Nötige sofort berichten werde. Der Gesandte wurde ausdrücklich angewiesen, die Gesinnungen der kaiserlichen Minister, auch Kurmainz' und der weltlichen Kurhöfe Haltung möglichst zuverlässig zu erforschen; der Herzog erwartete posttägliche Anzeige darüber. Gegen Hohenthal sollte er sich bestimmt äußern, daß Gotha-Altenburg fest entschlossen sei, in allen Friedensangelegenheiten mit dem Kurfürsten als

---

1076. Das Min-Schreiben vom 11. April, s. o.

1077. Kriegs-A VIII.

1078. Ebenda, Min-Schreiben vom 20. April 1795.

1079. Ebenda, Min-Schreiben vom 24. April 1795 mit Beilage.

1080. Ebenda, Min-Schreiben mit Beilage.

1081. Ebenda, RG 36.

1082. Ebenda.

kreisausschreibendem Fürsten Obersachsens gleichen Schritt zu halten und gleiche Sprache zu führen; genaues Vernehmen mit Hohenthal wurde Gemmingen empfohlen.

Dieser sandte im Wechsel, unterm 24. April,<sup>1083</sup> den Friedenstraktat<sup>1084</sup> ein, obwohl ihn der Herzog schon kenne; über den Artikel XI<sup>1085</sup> („Frankreich nimmt Preußens Vermittlung für die darum nachsuchenden deutschen Stände an bezüglich Friedens“) sei offiziell nichts bekannt, Görtz<sup>1086</sup> vermeide, davon zu sprechen.

Ernst II. hoffte in einem Reskript vom 1. Mai, daß sein Gesandter seinen letzten Befehlen in der Friedensangelegenheit strenge nachkommen werde und sich nicht weiter erinnern ließe; außerdem sollte er den Empfang eines jeden Schreibens anzeigen!<sup>1087</sup> —

Baron Buol<sup>1088</sup> suchte Ende April Gemmingen auf und teilte ihm ein österreichisches Schreiben,<sup>1089</sup> den Frieden betreffend, mit, wollte ihm aber keinen Auszug überlassen.<sup>1090</sup> Daraufhin<sup>1091</sup> rügte Herzog Ernst, daß Gemmingen trotz der Gelegenheit nichts über die Meinungen der ersten reichsständischen Höfe, Mainz' und der Kurhöfe, erwähne, die zu erforschen er angewiesen sei; er solle ungesäumt einem solchen Befehle folgen und ihn erfüllen! „Von einem befreundeten Hofe“ (s. u.) habe man Nach-

1083. Kriegs-A VIII, RG 39 mit Beilage A (gedr.). — Der entsprechende Bericht Görtz' nach Weimar vom 23. April befindet sich (abschriftlich mitgeteilt) in Priv-A Bl. 83 f.

1084. S. Vivenot, Hzg. Albrecht II, 2 S. 139 ff. mit Nachweisen. — Abgedr. auch bei Posselt II S. 48—61. — Vgl. Schick S. 130 Anm. 1 und Trummel a. a. O. — Reichsanzeiger 1795 Sp. 897—900.

1085. Vgl. Schick S. 184 (in Anm. 26 muß es Kurbraunschweig heißen wie im angezogenen Nachweis). — Neueste Staatsanzeigen VI S. 985.

1086. Zu seiner Haltung vgl. Schick S. 186 ff. und Nachweise.

1087. Kriegs-A VIII.

1088. Oesterreichischer Direktorialis, vgl. o. Anm. 867.

1089. Beilage B zu RG 41. — Abgedr. bei Vivenot a. a. O. S. 168—172 (Wien, 24. April 1795). — Schick a. a. O. (S. 186).

1090. Auf ausdrückliche Weisung hin! H. v. Zeißberg, zur deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs. Sitzungsberichte d. Wiener Akademie phil. und histor. Klasse Bd. CXVIII, Abhdl. VII, S. 39. — Buols Bitte um schleunige Weitergabe an die Höfe kam Gemmingen am 29. April nach; Kriegs-A VIII, RG 41.

1091. Ebenda, Friedenstein 4. Mai 1795, an Gemmingen.

richt, daß Kurmainz bereits am 20. April <sup>1092</sup> eine wichtige Erklärung durch seinen Gesandten über das gegenwärtige Friedensgeschäft abgegeben habe; Gemmingen möge den genauen Inhalt dieser Erklärung angeben und die Rückäußerungen der anderen Gesandten melden, wie immer, wenn er „etwas Gewisses“ erfahre!

Der „befreundete Hof“ war Weimar, das einen Bericht Görtz' vom genannten Datum an Frankenberg gelangen ließ, <sup>1093</sup> worin Görtz über die Eindrücke der Friedensnachricht schreibt; dazu komme ein förmlicher Antrag von Mainz und Trier; Mainz habe seinen Direktorialis angewiesen, allen Gesandten <sup>1094</sup> Kenntnis davon zu geben, daß, wenn dem Reich und dessen Ständen durch die Vermittlung des Königs von Preußen Hoffnung gegeben würde, ihm den Frieden zu verschaffen, es Mainz für seine Pflicht halte, sofort davon Gebrauch zu machen. In Voraussetzung dieser baldigen Mitwirkung Preußens sei der Kurfürst bereit, den vorgeschriebenen konstitutionsmäßigen Weg einzugehen, wonach das Reich unter seinem Oberhaupte den König von Preußen um jene Vermittlung und Verwendung zum Frieden anzugehen und zur Unterhandlung ohne Zeitverlust zu schreiten hätte. Diese Erklärung, sagt Görtz, sei von den kaiserlichen Gesandten wie den übrigen zur einstweiligen baldigen Bericht-erstattung aufgenommen worden.

Desto rätselhafter mußte es in Gotha erscheinen, daß Gemmingen diese wichtige Erklärung vollkommen überging! Allerdings hielt Mainz sie in dieser Form nicht aufrecht, <sup>1095</sup> aber der Komitialis berichtete auch dieses nicht, erwähnte dagegen in seinem Bericht vom 1. Mai <sup>1096</sup> eine Mitteilung Hügels, daß er bald eine der Buolschen ähnliche Erklärung zum Frieden aus Wien erhalten werde; am 6. Mai teilte er Gemmingen mit, daß der Kaiser gemäß seines Reskripts vom 30. April eine Erklärung

---

1092. Datum des Görtz'schen Berichts an Karl August von Weimar; die Erklärung war aber am 19. abgegeben worden, Schick a. a. O. Anm. 45.

1093. Priv-A Bl. 80—82. Begleitschreiben nicht aufgefunden.

1094. Also auch Gemmingen! Vgl. Text weiter unten. — Ich kann nur das Wichtigste des Görtz'schen Berichts anführen.

1095. Die nachträgliche Erläuterung der Erklärung vom 19. erfolgte am 24. April, s. Schick S. 188 f. nebst Anm. 47 und 48.

1096. Kriegs-A VIII, RG 42.

in der Friedensangelegenheit tun müßte, die aber nur vorläufig sein könnte, da offizielle Nachrichten über den preußisch-französischen Frieden noch fehlten; es solle aber aller Mißdeutung von vorneherein vorgebeugt werden.<sup>1097</sup>

Herzog Ernst hatte vergeblich eine Aeußerung seines Gesandten auf das letzte Reskript hin erwartet und nahm daher unterm 11. Mai<sup>1098</sup> erneut auf dessen (41.) Bericht mit Buols Eröffnung Bezug. Gemmingen sollte diesem bei erster Gelegenheit das ausnehmende Vergnügen des Herzogs über die reichsväterliche Sorgfalt usw. des Kaisers zu erkennen geben und auf das Ersuchen Kursachsens — noch vor Bekanntwerden des Baseler Friedens — zur Einleitung eines solchen durch das Reich<sup>1099</sup> wie auf eine von dort erhaltene beruhigende Zusicherung verweisen; man hoffe auf die allerhöchste Bewilligung dieses Schrittes und vertraue darauf, daß der Kaiser einen angemessenen Frieden zustande bringe; Gemmingen sollte die Ausführung seines Auftrags anzeigen.

Dieses Reskript war schon ausgefertigt, als der Bericht über Hügel's Eröffnung<sup>1100</sup> einging; deshalb sollte er das Buol zu Sagende auch Hügel mitteilen mit dem Zusatz, daß er für die Versicherung, daß der Kaiser über die verlangte Konkurrenz und das Zutun des Reiches sein Vergnügen bezeugte, sich weiter mit dem Frieden beschäftigte und der Reichsversammlung berichten würde, allergehorsamst danke. Diesem vom 12. Mai datierten Schreiben (Postskript) wurde noch ein Zusatzschreiben beigelegt: da Buol und Hügel nur mündliche Eröffnung getan hätten, solle Gemmingen sich auch nur mündlich erklären und das Original des Hauptschreibens wie des Postskripts nur vorzeigen. Er solle diese Erklärung den vornehmsten Gesandtschaften, besonders Kursachsens und Kurbraunschweigs,<sup>1101</sup> eröffnen und den mehrfachen Anweisungen gemäß, „und wie

---

1097. Ebenda, RG 44 vom 7. Mai 1795. — Vgl. Schick a. a. O. und Verweise (Zeißberg). — Hassel S. 240. — Das von Hügel erwähnte kaiserliche Reskript vom 30. April s. Vivenot, Hrg. Albrecht II, 2 S. 204 ff.

1098. Kriegs-A VIII, Entwurf und PS (s. Text) von Frankenbergs Hand.

1099. Hassel S. 227 ff. — Vgl. o. S. 199.

1100. Das Postskript nennt ausdrücklich die RG 44.

1101. Kurbrandenburg wird nicht genannt wegen der preußischen Min-Schreiben vom 1. und 3. Mai 1795 (s. u.).



von einem diensteifrigen und aufmerksamen Gesandten überhaupt zu erwarten ist, die Erklärungen anderer Höfe auf obige Aeufferungen, soweit möglich, mit Vorsicht in Erfahrung zu bringen suchen und berichten“.

Abschriften des Reskripts vom 11. und des Postskripts vom 12. Mai wurden nach Weimar, Meiningen, Coburg und Hildburghausen gesandt in Voraussetzung, daß diesen Höfen gleiche österreichische Eröffnungen zugegangen seien; der Gebrauch der Abschriften wurde freigestellt.<sup>1102</sup>

Wie allen deutschen Ländern, so zeigte das preußische Ministerium die Ratifizierung des Baseler Friedens auch dem gothaischen an; dem Ministerialschreiben vom 1. Mai <sup>1103</sup> liegt der Traktat <sup>1104</sup> und eine dienstliche Erklärung an die allgemeine Reichsversammlung bei. <sup>1105</sup> Der Friedensweg stand nach jenem Schreiben allen Ständen offen, unter preußischer Verwendung mit der französischen Regierung zu verhandeln. „Besonders wichtig werde sein, daß die Deroseitigen Länder mit in der festgestellten Neutralitäts-Linie <sup>1106</sup> begriffen sind, und sofort auf das Vollkommenste Ruhe und Sicherheit mit genießen können, wenn dagegen Deroseys aller fernern Theilnahme und Mitwürkung zum Krieg entsagt wird“, meinte Berlin weiter und stellte anheim, es dahin einzuleiten, daß zum Genuß völliger Neutralität auch von Gotha auf eine so natürliche und unumgängliche Bedingung Bedacht genommen werde.

Unterm 3. Mai folgte in einem neuen Schreiben die besondere Abmachung zwischen Preußen und Frankreich über geheime Klauseln zum Artikel VII, Demarkationslinie und Neutralisierung von ganz Norddeutschland einschließlich der Fränkischen und Sächsischen Kreise: Laut Art. II wird alles hinter

---

1102. Kriegs-A VIII, gleichlautende Min-Schreiben vom 14. Mai 1795.

1103. Ebenda.

1104. Nachweise s. o. Anm. 1084.

1105. Abgedr. Posselt II, S. 154—164. — Pol. Journal 1795 S. 457—460. — Reichsanzeiger 1795 Sp. 1145—1153. — Vgl. u. Anm. 1114.

1106. Die bekannte „Demarkationslinie“. Trummel a. a. O. S. 14. — Girtanner, hist. Nachrichten XVII S. 425. — Neueste Staatsanzeigen VI S. 975 f. — Pol. Journal 1795 S. 455—457. — Deutsche Zeitung 1795 Sp. 438. — Vgl. Posselt II S. 151—154.



jener Linie liegende Gebiet als neutral anerkannt, dessen Regierung seine Kontingente zurückruft und keine neuen Verpflichtungen eingeht; wer die Bedingung nicht erfüllt, ist von der Neutralität ausgeschlossen. Frankreich feindliche Truppen dürfen diese Linie nicht passieren, außer auf den in Art. IV bezeichneten Straßen.<sup>1107</sup>

So lautete der Inhalt der beiden Schreiben an Gotha, und mit gleichen oder ähnlichen hatte sich ganz Thüringen zu befassen.<sup>1108</sup>

Die gothaischen Geheimen Räte antworteten unterm 9. Mai<sup>1109</sup> Berlin, daß sich der Herzog in der Sache schon an Kursachsen als obersächsischen Kreisausschreibenden Fürsten gewandt habe und Tags zuvor mit dem Berliner Schreiben vom 1. Mai eine beruhigende Antwort eingegangen sei: Kursachsen habe dem Gesuch entsprochen.<sup>1110</sup> Man hoffte auf einen Frieden für das Reich. —

Gemmingen konnte am 8. Mai<sup>1111</sup> einen Auszug aus einem preußischen Reskript an Görtz, datiert Berlin 18. April,<sup>1112</sup> den er von dritter Seite unter der Hand erhalten hatte,<sup>1113</sup> einsenden und berichten, daß ein durchreisender Kurier bei Görtz gewesen sei. Dieser ließ dann eine offizielle Nachricht vom Friedenstraktat an den Reichstag kommen (datiert vom 8. Mai).<sup>1114</sup> Der kurmainzische Direktorialis äußerte zu Gemmingen, daß in acht Tagen darüber vorgetragen werde, um ein kaiserliches Hofdekret

---

1107. Kriegs-A VIII. — Vivenot a. a. O. S. 147 nennt Art. IV eine „Frechheit“. Vgl. o. Anm. 1106.

1108. Hier soll nur die Haltung Gothas aufgezeigt werden; weiter unten folgt eine Aufzählung der verschiedenen Kommunikationen, auf die nicht näher eingegangen werden kann.

1109. Kriegs-A VIII.

1110. Diese Antwort auf das Schreiben Ernsts II. vom 11. April 1795 (s. o. S. 203) habe ich nicht gefunden.

1111. Kriegs-A VIII, RG 45.

1112. Ebenda, Beilage A zu RG 45. — Abgedr. pol. Journal 1795 S. 460 bis 462. — Schick S. 186 nebst Anm. 36 (Verweis auf Vivenot).

1113. Auscheinend standen Gemmingen und Görtz nicht gut miteinander, vgl. o. S. 59!

1114. Mit gedr. preußischer Erklärung (s. o. Anm. 1105) und gedr. Traktat (s. o. Anm. 1104), Beilagen A bis C zu RG 46. Vgl. Schick S. 189 f. nebst Anm. 52. — Neueste Staatsanzeigen VI, S. 977. — Deutsche Zeitung 1795 Sp. 443 ff. — Reichsanzeiger 1795 Sp. 1193.

abzuwarten, aber auch wenn dieses nicht eintreffen sollte.<sup>1115</sup> Hierzu fände demnächst eine Konferenz zwischen ihm (Gemmingen) und Hohenthal<sup>1116</sup> statt.

Umgehend wies ihn Ernst II. an, falls Görtz ihm den Inhalt des Berliner Ministerialreskripts selbst mitteile, solle er ihm statt einer Erklärung die beiliegende Abschrift eines gothaischen Ministerialschreibens nach Berlin vom 9. Mai (s. o.) vorzeigen; vom Eindruck und Erfolg des kurmainzischen Vortrags wünschte er genaue Kenntnis zu erhalten.<sup>1117</sup>

Zunächst aber sandte Gemmingen das kaiserliche Hofdekret über die Entlassung des Herzogs von Sachsen-Teschen vom Oberkommando der Reichsarmee und dessen provisorische Uebertragung auf den Generalfeldzeugmeister Clerfayt<sup>1118</sup> ein; wenn etwas davon vorkäme, sei nur geziemend zu danken.<sup>1119</sup> Dann meldete er unterm 18. Mai<sup>1120</sup>, daß Kurmainz zwar den preußischen Friedenstraktat auch ohne ein k. Hofdekret vornehmen wollte, dies jedoch hinausgeschoben habe, da die kaiserlichen Minister baldigst solches zu erhalten versicherten. Der langerwartete kaiserliche Erlaß traf drei Tage später, am 21. Mai, ein.<sup>1121</sup> —

Georg von Meiningen setzte unterm 16. Mai die Kommunikation in der Friedenssache fort; der preußisch-französische Friede werde binnen kurzem zur Beratung kommen, das Coburger Votum teilte er im Schreiben auch schon mit.<sup>1122</sup> Franken-

---

1115. Dies geschah am 5. Mai. Schick S. 189 nebst Anm. 50.

1116. Kriegs-A VIII, RG 46 vom 11. Mai 1795. Diese Stelle zitiert Frankenberger in einem Brief an Fritsch vom 17. Mai 1795 (PK Bl. 174): „H. v. Gemmingen hat sich angegriffen, u. endlich auch einmal etwas interessantes erhalten (?) wollen“ (folgt Zitat aus RG 46, Konferenz Gemmingen-Hohenthal). „Von dem Resultat der letztern sollen E. E. treulich unterrichtet werden, wenn H. v. G. solches anzuzeigen nicht etwa vergißt“. Dieser Bericht ist aber tatsächlich ausgeblieben!

1117. Kriegs-A VIII, Reskript vom 15. Mai 1795.

1118. Beilage A zu RG 47; datiert Wien 4. Mai und diktiert Regensburg 13. Mai 1795. — Vivenot, Hzg. Albrecht II, I S. 580 f. und früher.

1119. Kriegs-A VIII, RG 47 vom 15. Mai 1795.

1120. Ebenda, RG 48. — Ein kläglicher Bericht, er konnte nicht gehen usw.

1121. S. u. S. 212.

1122. Kriegs-A VIII.

berg erhielt verschiedene Abschriften.<sup>1123</sup> Auf die gothaische Mitteilung der Anweisungen vom 11. und 12. Mai an Gemmingen (s. o.) scheint Meiningen nicht geantwortet zu haben, dafür handelte Coburg-Saalfeld gleichermaßen wie Gotha,<sup>1124</sup> und Hildburghausen billigte endlich unterm 16. Mai<sup>1125</sup> das Ersuchen an Kursachsen wegen Friedensvermittlung und dankte unterm 19. Mai für den Trost, daß Herzog Ernst den einzig verfassungsmäßigen Weg gegangen sei, dem man selbst auch immer folgen werde.<sup>1126</sup> Mit dem 17. Mai kam nach einigem Stocken die Korrespondenz Frankenburgs und Fritschs wieder in Fluß.<sup>1127</sup>

Wie wichtig jene preußischen Eröffnungen in Thüringen angesehen wurden, zeigt das Beispiel des Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen, der am 7. Mai<sup>1128</sup> seinen Geheimen Rat Frhr. von Lyncker „in wichtiger Angelegenheit“ nach Gotha sandte und Herzog Ernst bat, daß Lyncker mit dem Gothaer Geheimen Rate beraten und in Audienz erscheinen dürfe. Ernst II. dankte unterm 11. Mai<sup>1129</sup> für das bewiesene Vertrauen, die Bitten seien gewährt und Lyncker werde mündlich berichten. Wir dürfen vermuten, daß es sich um den Baseler Frieden und die preußische Vermittlung für andere Stände handelte, und werden durch einen Brief des Rudolstädter Ministers v. Beulwitz an Frankenberg vom 11. Mai<sup>1130</sup> in dieser Angelegenheit darin

---

1123. Priv-A Bl. 102 f. (Votum Coburgs), 104 (Antwort des Königs von Preußen vom 22. April 1795 auf ein Schreiben Herzog Georgs vom 11. April, vgl. o. S. 204) und 105 f. (Min. Meiningen an Min. Berlin, 15. Mai 1795, Antwort auf das Berliner Schreiben vom 1. Mai, ähnlich dem an Gotha). .

1124. Kriegs-A VIII, Coburg 20. Mai 1795, Min-Schreiben.

1125. Ebenda, Min-Schreiben.

1126. Ebenda, desgleichen.

1127. PK Bl. 174, s. o. Anm. 1116. — Für ein Schreiben Fritschs vom 18. Mai 1795 (nicht aufgefunden) mit verschiedenen Abschriften dankt Frankenberg unterm 20. Mai 1795 (PK Bl. 176). Außer anderen Bemerkungen über Görtz heißt es darin: „Sie sind stets in Weimar gelehrter in Ansehung der Reichstags-Angelegenheiten als wir sind, da H. Gr. v. G. (Görtz) mehr weiß und mehr schreiben kann als H. v. Gemmingen, der immer in der Erwartung ist, daß ihm die gebratenen Tauben in den Mund fliegen sollen“. (Wie z. B. jene Erklärungen Buols und Hügels!).

1128. Kriegs-A VIII, Schreiben des Fürsten an Ernst II. von diesem Datum. — Ueber Lynckers Aufenthalt in Gotha s. Fourierbuch Friedenstern 1795 II (10. und 11. Mai).

1129. Kriegs-A VIII, Ernst II. an den Fürsten.

1130. Priv-A Bl. 93/96, Privatschreiben.

bestärkt. Leider ist Frankenbergs Antwort im Gothaer Archiv nicht aufzufinden.

## 2. Die Einbeziehung des Obersächsischen Kreises in die Neutralität des nördlichen Deutschlands.<sup>1131</sup>

Wir müssen Gothas Kontingentsnöte bis Mitte Mai 1795<sup>1132</sup> und die weiteren Verhandlungen am Regensburger Reichstage ausscheiden; lediglich auf die Abstimmung zum Kommissionsdekret vom 19. Mai, „die Einleitung zu einem annehmliehen Frieden betreffend“,<sup>1133</sup> muß hier eingegangen werden, da sie auch die Gedankengänge, die bei den späteren Neutralitätsbemühungen immer wieder zu Tage treten, am besten wiedergibt.

Am 12. Juni gab Gemmingen Folgendes zu Protokoll:<sup>1134</sup> der Herzog bezweifele nicht, daß das gesamte Reich (gemäß dem kaiserlichen Wunsche) den verfassungsmäßigen Weg willig eingehen und standhaft verfolgen werde. Zur leichteren Erreichung des allgemein gewünschten Endzwecks halte der Herzog dafür,

---

1131. Ueber die Neutralität selbst s. die Arbeit von Trummel. — Zum ganzen Abschnitt vgl. Böttiger-Flathe a. a. O. II S. 612 f., Gretscher-Bülau a. a. O. III S. 312 ff. und vor allem Schuster-Francke a. a. O. II S. 211 ff. — Human a. a. O. S. 6 ff. — Die ältere Literatur zur sächsischen Geschichte s. Rud. Bemman und Jak. Jatzwauk, Bibliographie der sächsischen Geschichte, Bd. I, 1. und 2. Halbband Leipzig-Berlin 1918 ff. — Ueber die Stellung Sachsens zu Preußen jetzt auch die Greifswalder Diss. von Hans Joachim von Brockhusen, Carl Christian Friedrich von Brockhausen. Ein preußischer Staatsmann um die Wende des 18. Jahrhunderts. 1927. (Brockhausen war seit dem Frühjahr 1795 preußischer Gesandter in Dresden, a. a. O. S. 38 ff.) — Vgl. auch allgemein Hoff I S. 137 ff. — Neueste Staatsanzeigen VI S. 978 ff. — Pol. Journal 1795 f. (s. Register und zit. bei Trummel). — Deutsche Zeitung 1795 Sp. 446 ff., 662 f., 843 f.; National-Zeitung der Deutschen 1795 ff. mehrfach (Kriegsnachrichten, Reichsangelegenheiten). — Reichsanzeiger 1795 (s. Deutsche resp. Reichs-Staats-Sachen im Register).

1132. S. Kont-A III, PK vielfach und Priv-A Bl. 93—100. Vgl. o. Anm. 921.

1133. Kriegs-A VIII, Anlage A zu RG 50 vom 24. Mai 1795. — Abgedr. Posselt II S. 301—307. — Pol. Journal 1795 S. 559—564. — Inhalt im Reichsanzeiger 1795 Sp. 1226 ff. — Alles Nähere s. Schick S. 193 ff.

1134. Kriegs-A VIII, Beilage C zu RG 61 vom 15. Juni 1795, Rfprot. 4. Forts. von Freitag, 12. Juni 1795, S. 1 f. — Entwurf des Votums ebenda, abgegangen mit Reskript vom 8. Juni 1795, nachdem Gemmingen am 4. Juni die kursächsische Instruktion eingesandt hatte (Anlage A zu RG 55), an die man sich im wesentlichen hielt; vgl. Schick S. 201 f.



daß der Kaiser zu ersuchen sei, die im Reichsgutachten vom 22. Dezember 1794 angetragene Rücksprache mit Preußen fortzusetzen, die nötige Einleitung zu einem Friedenskongresse — als Ort sei Frankfurt a. M. vorzuschlagen<sup>1135</sup> — zu treffen und „insbesondere auf einen sobald als tunlich abzuschließenden Waffenstillstand, von Höchsthro und gesamten Reichswegen an Frankreich gelangen zu lassen“. Da die Absichten von Kaiser und Reich auf eine durchaus konstitutionelle Friedensunterhaltung gerichtet seien, so setze der Herzog voraus, daß alles, was die zu ernennende außerordentliche Reichsdeputation betreffe,<sup>1136</sup> auch wegen Religionsgleichheit, Vollmacht und Instruktion, den Reichsgesetzen, Verfassung und Herkommen gemäß berichtet werde, unter Zugrundelegung besonders des Rysswickischen Friedens bei freiem Zutritt aller nicht deputierten Stände, „die ein eigenes Interesse bei den Friedens-Unterhandlungen zu haben vermeinten, nach Maßgabe der kaiserlichen Wahlkapitulation Art. IV § 11“,<sup>1137</sup> durch eigene Gesandte.<sup>1138</sup>

Weiter glaubte der Herzog „in Absicht auf die Friedens-Bedingungen, daß mindestens auf Wiederherstellung des Zustandes, wie er vor den von der französischen Nation ausgeübten ersten Feindseligkeiten beschaffen gewesen, zu dringen, und sowohl auf ausreichende Entschädigung der benachteiligten Reichsstände und Angehörigen, als genugsame Sicherheit für die Zukunft das Absehen zu richten sei“. Das Ziel der Wünsche war ein anständiger Reichsfriede. Gotha war wie die Mehrheit<sup>1139</sup> für eine preußische Friedensvermittlung. Zum Schluß behielt sich der Herzog ausdrücklich vor, seine weiteren Gedanken zu äußern, wenn in der Folge über mehrere Punkte die Umstände es etwa erheischen sollten.

---

1135. Wie allgemein gewünscht wurde.

1136. Die Gotha diesmal auf 2 Kurfürsten, mehr nicht als 4 Reichsfürsten und 2 Reichsstädte, also auf höchstens 8 Stände, zur Zeitabkürzung usw. beschränkt sehen wollte. — Kursachsen hatte auf 6 Stände (nur 2 Reichsfürsten) angetragen. Deutsche Zeitung 1795 Sp. 451. — Reichsanzeiger 1795 Sp. 1380.

1137. Pol. Journal 1791 S. 148.

1138. Auf den Wunsch der nassau-oranischen Regierung in Dillenburg; deren Min-Schreiben vom 26. Mai an Gotha und Antwort vom 12. Juli s. Kriegs-A VIII.

1139. Deutsche Zeitung 1795 Sp. 454. — Vgl. Schick S. 202.



Dieses Votum entsprach in der Hauptsache der kursächsischen Abstimmung, die in Gotha vorgelegen hatte,<sup>1140</sup> und auch den früheren Voten Sachsen-Gotha-Altenburgs. — Alle weiteren Beratungen in Regensburg wurden bald durch die Kriegsergebnisse überholt.<sup>1141</sup>

Ende Mai konnte endlich mit dem Abmarsch des gothaischen Quintuplums, „Dragonerkorps“ genannt, gerechnet werden; Ernst II. unterstellte es mit Zustimmung des Kurfürsten von Sachsen<sup>1142</sup> dem kommandierenden General des sächsischen Kontingents. Am 19. Juli traf das Dragonerkorps unter Oberst v. Kirchbach<sup>1143</sup> die sächsischen Truppen bei Mannheim.<sup>1144</sup> —

Nachrichten von einem Rheinübergang der Franzosen, die Frankenberg am 20. August<sup>1145</sup> für grundfalsch erklärte, wechselten mit Waffenstillstandsgerüchten ab; aber der Rheinübergang wurde am 6. September Tatsache.<sup>1146</sup>

Die Herzöge von Weimar und Meiningen weilten im September und Oktober 1795 verschiedentlich in Gotha, noch kurz vor der Eisenacher Konferenz (s. u.).<sup>1147</sup> Frankenberg machte in der ersten Septemberhälfte eine Brunnenkur in Ronneburg durch, aber nicht ohne Arbeit;<sup>1148</sup> mit der Anzeige seiner Rück-

---

1140. S. o. Anm. 1134.

1141. Schick S. 228 ff. nebst Nachweisen. — Häusser II S. 44 ff. — Heigel II S. 195 ff. — Pol. Journal 1795 verschiedentlich. — S. auch Girtanner, hist. Nachrichten XVII vielfach.

1142. Kont-A III, Ernst II. an den Kurfürsten, 22. Mai 1795, Genehmigung des Kurfürsten unterm 3. Juni und Dankschreiben Ernsts II. vom 21. Juni 1795.

1143. Galletti, Gotha V S. 7. — St. G. in WW verschiedentlich.

1144. Schuster-Francke II S. 221.

1145. PK Bl. 231. — Unterm 13. August hatte er geschrieben (PK Bl. 230): „Wer solls verhalten, wenn die Franzosen über den Rhein gehen“. Ganz unerwartet kam der Rheinübergang also nicht.

1146. Wobei die „Demarkationslinie“ von den Franzosen nicht verletzt wurde, nur von den Oesterreichern auf Grund eines Mißverständnisses. Trummel S. 62—67 mit Nachweisen. — Neueste Staatsanzeigen VI S. 984 ff. — Girtanner, hist. Nachrichten XVII S. 430 ff. — Deutsche Zeitung 1795 Sp. 660 f., 825 ff. und 831 f.

1147. Laut Fourierbuch Friedenstien 1795 III und IV weilte Karl August am 25. Juli, 2., 13./14. September und 4. Oktober in Gotha, Herzog Georg vom 8.—11. September und 1./2. Oktober.

1148. PK Bl. 236—238; er war in Ronneburg 9½ Tage zwischen dem 29. August und 17. September 1795.

kehr nach Gotha schreibt er unterm 17. September an Fritsch,<sup>1149</sup> in der Friedenssache sei man nicht viel weiter gekommen in den letzten 17 Tagen; „in den kriegesischen Operationen hingegen sind wir hinterrücks weiter gekommen, nachdem man nun den Franzosen über den Rhein zu gehen erlaubt hat. — Soll dies das Friedenswerk befördern, so kann es doch nicht zum Vorteil des Deutschen Reiches geschehen, — die Gedanken stehen einem still, wenn man sieht, wie im Feld und in den Cabinetten Krieg und Politik geführt und behandelt werden“.

Herzog Georg von Meiningen schrieb unterm 15. September an seinen Schwager von Gotha,<sup>1150</sup> die Verzögerung der Einleitung eines allgemeinen Friedens beunruhige ihn, durch den Rheinübergang der Franzosen sei die Gefahr seiner Reichslande vermehrt, die Hoffnung auf Frieden vermindert. Er unterstrich die Notwendigkeit, mit vereinigten Kräften bedacht zu sein, daß Unterhandlungen der gesamten Reichsstände baldigst beginnen und diese von den unerschwinglichen Kosten usw. befreit werden, und bat um Meinungsäußerung dazu; Herzog Ernst möge doch auch seine Gesandtschaft in Regensburg instruieren, sich die Beschleunigung der Friedensunterhandlungen angelegen sein zu lassen, wie die seinige angewiesen werde. Ohne Ruin seines Landes könne er keine ferneren Kriegsbeiträge mehr leisten.

Daraufhin erklärte Ernst II. unterm 25. September<sup>1151</sup> seine völlige Uebereinstimmung; seine Gesandtschaft sei längst so instruiert, habe aber auf „mehrere Beförderung“ wenig Einfluß; es bleibe auch dabei, aber um so mehr sei der Anschluß an Kur-sachsen und konformes Betragen nötig. — Wir dürfen annehmen, daß sich darüber die Herzöge in Gotha besprochen haben.

Ende September wurde von Weimar aus ein altes Projekt wieder aufgenommen, welches in der Folgezeit auch zur Ausführung kam. Die Weimarer Geheimen Räte schrieben unterm 25. September an ihre Gothaer Kollegen,<sup>1152</sup> durch den Uebergang

---

1149. PK Bl. 238.

1150. Kriegs-A IX (A. VII. 84).

1151. Ebenda.

1152. Die Hauptquelle für die nun zu behandelnde Eisenacher Konferenz bilden die Aktenstücke A. VII. 73 „Acta die durch den Uebergang der französischen Armee über den Rhein veranlaßte Conferenz von Eisenach

der Franzosen über den Rhein sei für die sich bisher sicher dünkenden teutschen Stände und deren Lande „die Gefahr einer feindlichen Ueberzieh- und Behandlung dringend gewiß“ geworden; da die reichstäglichen Verhandlungen zu nichts führen wollten, müsse man „auf andere Mittel denken“, um die sich immer mehr nähernde Gefahr abzuwenden und überhaupt dem Ungemach des Krieges ein Ende zu machen: Entweder sollten alle herzoglich sächsischen Häuser den Kurfürsten von Sachsen, der vermutlich auch an Friedensunterhandlungen denke, ersuchen, sich dabei für sie zu verwenden oder sie in ihrem Namen miteinzugehen, oder, falls dieser Weg als zu weitläufig angesehen werde, eine eigene Absendung in Erwägung ziehen. Karl August wünschte zu wissen, welcher Idee Herzog Ernst den Vorzug geben wolle?

Zugleich schlugen die Geheimen Räte „eine Zusammenkunft allerseitiger dazu mit Auftrag und Vollmacht versehener Räte etwan zu Eisenach“ vor, da eine mündliche Besprechung die Fassung eines Entschlusses über den höchstinteressanten Gegenstand sehr befördern dürfte. Einer von ihnen würde sich dann auch zur Teilnahme einfinden; man bat um baldige Antwort.<sup>1153</sup>

Bereits am folgenden Tage dankte Gotha für das Schreiben. Man hatte über die „völlig zweckmäßigen und der Lage angemessenen“ Gedanken Herzog Ernst Vortrag gehalten, der seinen vollkommenen Beifall zu der vorgeschlagenen Beredung in Eisenach erteilt hatte. Man wünschte aber ein Hinausschieben der Konferenz auf Samstag, den 3. Oktober, weil sich bis dahin, sicherer Erwartung nach, „noch Einiges aufklären“ werde.<sup>1154</sup>

Diese Stellungnahme teilten die Gothaer Geheimen Räte gleichzeitig den Kollegen von Meiningen, Coburg und Hildburghausen mit, die darauf antworteten, an der Konferenz teilzu-

---

betr. 1795“ und 74 „Privat-Acta die durch den unerwarteten Uebergang der französischen Armee über den Rhein veranlaßte Hzgl. Sächs. Haus Conferenz (!) zu Eisenach betr. 1795“, welche sich (Entwürfe und Originale) gegenseitig ergänzen. — Ob die Besuche der Herzöge von Meiningen (unvermutet!) und Weimar Anfang Oktober (s. o. Anm. 1147) mit der Konferenz in Beziehung gebracht werden können, mag dahingestellt sein.

1153. A. a. O. (Bd. 73), Bl. 1.

1154. Ebenda, Bl. 3, Min-Schreiben vom 26. September 1795.

nehmen;<sup>1155</sup> nur Coburg konnte niemand entbehren, gab dem Gothaer Vertreter Vollmacht, für es mitzuverhandeln, und bat um vertrauliche Nachricht von dem gemeinsamen Beschlusse, mit dem man sich im voraus „auf das Heiligste konformierte“.<sup>1156</sup>

Abschriften dieser Kommunikationsschreiben sandte Gotha mit einem Ministerialschreiben vom 29. September nach Weimar,<sup>1157</sup> worin man die Haltung der Nebenlinien kurz zusammenfaßte und Kenntnis von der Absendung des Geheimen Assistenzrats v. Hoff<sup>1158</sup> „mit genugsamer Vollmacht und Instruktion“ gab. —

Im Gegensatz zu der offiziellen Meinung Gothas steht die Ansicht Frankenberg's über den Zweck einer solchen Konferenz, die er Fritsch in mehreren Briefen auseinandersetzte;<sup>1159</sup> auch stand das Resultat für ihn schon fest, wonach der zweite Weg, Unterhandlungen der Herzöge ohne den Kurfürsten von Sachsen, gar nicht in Betracht kam.<sup>1160</sup> —

---

1155. Ebenda, Bl. 4 f. (gleichlautende Min-Schreiben vom gleichen Datum); Bl. 8 (Antwort Meinings vom 27. September 1795) und 10 (Antwort Hildburghausens vom 28. September).

1156. Ebenda, Bl. 6, Antwort vom 27. Sept. 1795.

1157. Ebenda, Bl. 12 mit Vermerk bezüglich der Beilagen.

1158. S. o. S. 56. — Als Protokollführer fungierte in Eisenach sein Sohn (K. E. A. v. Hoff), damals gothaischer Legationssekretär, s. ebenda.

1159. PK Bl. 241—244, vom 26. bis 30. September 1795 (die Briefe von den genannten Daten sind Begleitschreiben zu den entsprechenden Min-Schreiben nach Weimar). — Frankenberg versprach sich von der vorgeschlagenen Konferenz wenig Fruchtbare und wäre lieber einer Einladung nach Erfurt oder einem andern Ort, d. h. zu einer Besprechung mit Fritsch oder einem von dessen Kollegen, gefolgt. A. a. O. Bl. 241.

1160. „Denn wenigstens wird mein gnädigster Herr sich nie vom Kurfürsten trennen, und ohne ihn keine Friedensgedanken fassen“; dieses und anderes hätte er vorgestellt, wenn er nicht gehört hätte, daß „der andere Bote an die anderen Höfe Briefe zu besorgen habe“; so blieb den Gothaer Geheimräten nichts übrig, als dorthin gemäß der Beilage (Abschrift von Bd. 73 Bl. 4 f., s. o. Anm. 1155) zu schreiben. PK Bl. 241 f. (26. September). — In der Antwort scheint Fritsch die Formulierung vorgeschlagen zu haben; daß der Kurfürst, „wenn Er einen Separat-Frieden zu machen geneigt sei, Er die Hzgl. S. Häuser einschließen möchte“, (zit. wie das Folgende nach PK 243 [28. September]) und ein Wink deshalb hätte die ganze Konferenz entbehrlich gemacht; jene Worte würden die Instruktion v. Hoff's (s. u.) ausmachen. — Ein paar Kommunikationsschreiben hätten die Konferenz ersetzen können; Hoff werde seine Sache kurz und gut machen (vgl. o. Anm. 226). PK Bl. 244.



Bekanntlich hätte Gotha eine kleine Verschiebung der Konferenz beantragt und erreicht, um eine nähere Aufklärung zu erwarten. Diese kam in der Nacht vom 2. Oktober an und betraf die Haltung Kursachsens.<sup>1161</sup> „Aus sicherer Quelle“ erfuhr der Herzog, daß keine Hoffnung war, den Kurfürsten „zu Eingehung einer Separatfriedenshandlung“ zu bewegen, und dieser vielmehr meinte, der Kriegsfall sei für ihn nur als Reichsstand vorhanden, und er habe nur seine reichsständischen Pflichten erfüllt; er werde sein Kontingent zurückrufen — was am 28. September geschah<sup>1162</sup> — und dadurch die in der bekannten Baseler „Convention additionelle“<sup>1163</sup> festgesetzte Bedingung, um die Neutralität diesseits der „Demarkationslinie“ zu genießen, erfüllen.

Diese Grundsätze fand Herzog Ernst ganz in der Verfassung des deutschen Reiches begründet und entschloß sich zu gleichmäßigem Verhalten; er wollte bloß in dem Falle, wenn eine augenscheinliche Gefahr dem Obersächsischen Kreise und seinen (des Herzogs) Landen drohen sollte, den Kurfürsten ersuchen, sich sein und seiner Untertanen Interesse ebenso angelegen sein zu lassen wie sein eigenes, und im Falle einer Unterhandlung ihn mit einzuschließen.

Jene Mitteilung über die Haltung Kursachsens und die Schlußfolgerungen des Herzogs wurden in einem „Nachtrag“<sup>1164</sup> zur Instruktion v. Hoffs<sup>1165</sup> niedergelegt: der Assistenzrat werde bei der auf morgen angesetzten Konferenz mit den übrigen herzoglichen Deputierten davon „den besten Gebrauch, jedoch im engsten Vertrauen zu machen wissen“. —

Infolge eines kleinen Mißverständnisses<sup>1166</sup> bei Festsetzung der Daten in den verschiedenen Kommunikationen begann die Konferenz in Eisenach am Sonntag, 4. Oktober; Assistenzrat v.

---

1161. Dieses Schreiben habe ich im St.G. nicht aufgefunden; es dürfte die Antwort auf eine Erkundigung Frankenbergs bei einem der Dresdener Minister gewesen sein; Parallelen s. Priv-A mehrfach. — Zitiert nach Bd. 73 Bl. 16 (s. u. Anm. 1164).

1162. Pol. Journal 1795 S. 1032 und 1105 f. — Deutsche Zeitung 1795 Sp. 831. — Schuster-Francke II S. 212. — Vgl. u. S. 220.

1163. S. o. S. 208 nebst Anm. 1106 f.

1164. Entwurf Bd. 73 Bl. 16, Original Bd. 74 Bl. 5.

1165. Ebenda die vorhergehenden Bl.

1166. PK Bl. 245, Gotha, 4. Oktober 1795.



Hoff kam am 6. nach Gotha zurück, um am nächsten Tage dem Herzog die Protokolle <sup>1167</sup> „über die teils bekannten, teils ganz unvermutet sich dargestellten“ <sup>1168</sup> Gegenstände zu überreichen. <sup>1169</sup> Er hatte die Verhandlungen geleitet und mit einem Hinweis auf den weimarischen Antrag zur Abhaltung der Konferenz begonnen, wobei er sich gegen den beliebten Ort derselben verwahrt hatte, <sup>1170</sup> was von dem weimarischen Deputierten anerkannt worden war und nicht als „Präjudiz“ angesehen werden sollte. <sup>1171</sup> Im wesentlichen war die gothaische Ansicht durchgedrungen (s. u.).

Ernst II. gab den Verhandlungen in Eisenach seinen Beifall und Genehmigung; er war der Meinung, daß es dabei bis zu einer anderweitigen Veranlassung sein Bewenden haben könne. Nach Coburg wurde Hoff's Bericht samt den Protokollen übersandt, wobei man für das erwiesene Vertrauen dankte. <sup>1172</sup> Das Resultat der Konferenz fand den vollkommenen Beifall und die Genehmigung des Herzogs von Coburg-Saalfeld, <sup>1173</sup> und auch die übrigen Häuser erklärten sich mit dem Ergebnis einverstanden. <sup>1174</sup>

1167. Bd. 73 Bl. 18—46 (einschl. der verschiedenen Legitimationen); Entwürfe Bd. 74 Bl. 6—20 (ohne Legitimationen).

1168. Nach dem Abschluß der Konferenz am 5. Oktober 1795 kamen die Gesandten am Abend nochmals zusammen, weil die Meininger Abgeordneten durch eine Stafette davon unterrichtet worden waren, daß der König von Preußen dem Fränkischen Kreiskonvent das Anerbieten eines bewaffneten Schutzes der ihm bereits durch die Baseler „Convention additionelle“ zugesicherten Neutralität durch Ziehung eines Kordons an den Grenzen dieses Kreises gemacht hatte. Die Deputierten nahmen dies „ad referendum“. Näheres im Protokoll a. a. O. (Bd. 73 Bl. 43—46; 74 Bl. 19 f.).

1169. Bd. 73 Bl. 17 (Entwurf Bd. 74 Bl. 21, undatiert), Schreiben v. Hoff's an Herzog Ernst, Gotha 7. Oktober 1795, mit den Protokollen.

1170. Bd. 73 Bl. 18 f.

1171. Ebenda Bl. 22.

1172. Vertrauen: die Konformität mit Gotha, die Coburg im voraus erklärt hatte (s. o. S. 217). Bd. 73 Bl. 47 f., Ernst II. an S.-Coburg-Saalfeld nach Coburg, 9. Oktober 1795.

1173. Ebenda Bl. 49, Antwort vom 14. Oktober 1795.

1174. Schreiben Ernsts II. an Sachsen-Weimar, „nach Eisenach zu adressieren, mut. mut. S.-Meiningen und S.-Hildburghausen“, 9. Oktober 1795. Ebenda Bl. 47. — In Abwesenheit des Herzogs erbrachen die Hildburghäuser Räte gemäß ihrer Vollmacht das Schreiben und nahmen es an, auch das nachträgliche Protokoll vom 5. Oktober betr. den preußischen Antrag beim Fränkischen Kreise, weshalb sie ihren Geschäftsträger in Nürn-

Das Resultat der Eisenacher Konferenz entsprach Frankenberg's Erwartung; man hatte es in Gotha zwar nicht so gewünscht, aber vorausgesehen, daß die Besprechungen nichts fruchten würden, schrieb er an Fritsch.<sup>1175</sup> Da er aus dessen Antwort vom 8. Oktober ersah, daß dieser über das Resultat der Konferenz noch nicht informiert war, faßte Frankenberg es dahin zusammen:<sup>1176</sup> 1. die Ablassung des an Kursachsen vorgeschlagenen Schreibens noch zur Zeit auszusetzen und 2. an besondere Friedensunterhandlungen der herzoglich sächsischen Häuser nicht zu denken.

Weiter teilte Frankenberg Fritsch mit, daß sich das gothaische Dragonerkorps bereits auf dem Rückmarsch befunden habe, als Oberst v. Kirchbach den Befehl dazu erhielt;<sup>1177</sup> der kursächsische General Lindt, dessen Kommando er unterstellt war, hatte das Kontingent Gotha-Altenburgs nicht im Stiche lassen wollen; dieser Umstand war Gotha durchaus nicht unangenehm.<sup>1178</sup> Das Kontingent war bereits am 20. Oktober wieder im Lande,<sup>1179</sup> und am folgenden Tage meldete sich der Oberst beim Herzog in Gotha.<sup>1180</sup>

---

berg unterm gleichen Datum instruierten (Abschrift lag bei, Bl. 52 f.); sie baten um Rat wegen Zurückberufung ihres Kontingents. Ebenda Bl. 51. — Min. Gotha beruhigte sie unterm 20. Oktober und erklärte, wegen Themar wie Coburg (s. o. S. 35) zu handeln und diesem alles zu überlassen. Ebenda Bl. 55, datiert vom 20. Oktober 1795. — Karl August erklärte sich unterm 16. Oktober beifällig (ebenda Bl. 56), was er wohl schon mündlich Tags zuvor getan hatte, als Ernst II. ihn in Eisenach besuchte (Fourierbuch Friedenstein 1795 IV, 15. Oktober). — Georg v. Meiningen bestätigte das Konferenzergebnis erst unterm 8. Dezember 1795 gelegentlich der Bitte um eine Meinungsäußerung Ernsts II. zu einem neuen Hofdekret. Bd. 73 Bl. 58.

1175. PK Bl. 248, Gotha 7. Oktober 1795.

1176. Ebenda Bl. 249 f., Gotha 11. Oktober 1795. Daraus geht auch das Datum des Briefes Fritschs hervor, der nicht erhalten ist.

1177. Kont-A (A. VI. [3.]) 39, Schreiben des Kurfürsten v. Sachsen an Ernst II. (wegen der Rückberufung) vom 29. September 1795, worauf dieser unterm 30. September an Kirchbach und Lindt schrieb und dem Kurfürsten unterm 1. Oktober 1795 antwortete.

1178. PK Bl. 250.

1179. Fourierbuch Friedenstein 1795 IV. — Am gleichen Tage kam auch Karl August von Weimar nach Gotha. Ebenda.

1180. Ebenda.

Dort war man durch den Umschwung des Kriegsglücks seiner Sorgen ledig geworden; Frankenberg schreibt unterm 22. Oktober:<sup>1181</sup> „Alles gute aber und wirklich vergnügliche, das wir in den letzten acht Tagen von den Kriegsoperationen am Rhein, Main, Lahn erfahren haben, ist uns durch die öffentlichen Nachrichten und Zeitungsblätter zugekommen“. Da dann am 30. Oktober sein Kollege v. Rotberg starb,<sup>1182</sup> konnte er lange nicht an Fritsch schreiben, da nichts vorfiel und er mit Arbeit überhäuft war: er fürchtete im nächsten Briefe vom 18. November, daß ein Friede wegen der kaiserlichen Siege sobald nicht eintrete und daher ein neues Quintuplum an den Rhein marschieren müsse, dem sich das gothaische Kontingent anzuschließen hatte,<sup>1183</sup> was auch bald geschah.<sup>1184</sup> Kursachsen habe noch nie an einen Separatfrieden gedacht, und eine Woche später wäre der Befehl zum Abmarsch der Truppen gar nicht erfolgt. — Dieses Schreiben gibt uns die Ansicht Gothas über die Lage Mitte November 1795 wieder; der Reichstag zu Regensburg war völlig aus seinem Gesichtskreis gerückt.

Am 4. Januar des folgenden Jahres ging Erbprinz Emil Leopold August von Sachsen-Gotha-Altenburg zum ersten Male mit seinem Vater in den Geheimen Rat,<sup>1185</sup> Frankenberg bekam so einen neuen Kollegen.<sup>1186</sup>

Anfang Februar mußte sich dann das kursächsische Kontingent wieder in Bereitschaft halten;<sup>1187</sup> aber erst am 25. März

---

1181. PK Bl. 252.

1182. (Fourierbuch a. a. O.) s. o. S. 54 nebst Anm. 216 und 218.

1183. PK Bl. 254 f.

1184. S. u. Anm. 1188.

1185. Fourierbuch 1796 I.

1186. „... (in Parenthese gesagt), den ersten im neuen Jahre, unsern Erbprinzen — der Himmel gebe seinen Segen dazu! J'espère que ce Collègue, s'il n'en engendre pas d'autres, qui feront plus qu'écouter, sera suivi d'autres — voilà un douque (= duc?) par excellence.“ PK Bl. 258, Gotha 6. Januar 1796. — Weitere Ergänzung des Geheimen Rates am 30. Januar 1796 s. o. S. 55 nebst Anm. 221 f.

1187. PK Bl. 264, Gotha 11. Februar 1796. — Vgl. Schreiben Ernsts II. an den Kurfürsten von Sachsen vom 11. Dezember 1795 und Antwort vom 2. Januar 1796 in Kont-A IV (A. VI. [3.] 35); s. auch Bd. 40. A. a. O. weitere Korrespondenzen dazu.

brachen die gothaischen Dragoner mit dem Kontingent wieder nach dem Rhein auf, im Anschluß an das kursächsische,<sup>1188</sup> und nahmen an dem entscheidenden Gefecht bei Wetzlar (15. Juni 1796) teil.<sup>1189</sup> —

Eine schriftliche Kommunikation zwischen Gotha und Weimar war Ende Februar 1796 durch die Salabertsche Angelegenheit<sup>1190</sup> in Fluß gekommen, nachdem zu Anfang dieses Jahres zahlreiche Fürstlichkeiten in Gotha gewilt hatten.<sup>1191</sup>

Unterm 22. Hornung unterrichtete der Herzog von Pfalz-Zweibrücken die Herzöge Ernst und Karl August davon, daß er sich wegen der Verhängung des Arrests über seinen Staatsminister, Kommandeur v. Salabert, durch das k. k. Generalkommando und der Fortdauer dieser Haft beim Reichstage beschweren müsse und um Beförderung der Sache bitte.<sup>1192</sup>

Karl August von Weimar sandte eine Abschrift des erhaltenen Schreibens an Ernst II. und wollte von dessen Entschließung unterrichtet sein.<sup>1193</sup>

Kurz darauf<sup>1194</sup> sandte Gemmingen das erwähnte Beschwerdeschreiben Zweibrückens mit den Beilagen ein,<sup>1195</sup>

1188. Fourierbuch Friedenstein 1796 I. — Pol. Journal 1796 S. 267, 303 und 415. — Schuster-Francke II S. 214. — A. VI. (3.) 42.

1189. Nationalzeitung 1796 Sp. 562 f. und 605. — Gretsche-Bülow III S. 312. — Schuster-Francke II S. 217 f. — Vgl. PK Bl. 270, Gotha 25. Juni 1796.

1190. S. besonders Schick S. 230 ff., 235. — Heigel II S. 201 ff. und ausführlich in: Abhandlungen der Münchener Akademie, Hist. Cl. XX, München 1893 (Titel s. Literaturverzeichnis bei Schick, S. 7), S. 515—619. — Pol. Journal mehrfach. — Vgl. Nationalzeitung 1796 Sp. 238 ff. und besonders 281 ff. und 371.

1191. So die Herzöge von Weimar und Meiningen mehrfach. Näheres s. Fourierbuch Friedenstein 1796 I.

1192. A. VII. 75, „Acta die Arretierung des Pfalz-Zweybrück. Ministers von Salabert betr. 1796“ Bl. 1 f. (Rohrbach b. Heidelberg). — Das gleichzeitige Schreiben an den Kurfürsten von Bayern (Heigel Abhdl. a. a. O. S. 615 ff., vgl. S. 564) ist viel ausführlicher.

1193. A. VII. 75, Bl. 3—6, Weimar 2. März 1796 mit Abschrift des zweibrückischen Schreibens (gleichlautend Bl. 1).

1194. Ebenda Bl. 7, PS ad RG 23 vom 29. Februar 1796.

1195. Ebenda Bl. 8—14, Beilage B zu PS ad RG 23. — Die Beschwerde („Promemoria dict. Regensburg 26. Februar 1796“) abgedr. in Häberlins Staatsarchiv I S. 345—359 (s. auch öfter). Die ebenda S. 360—365 abgedr. Kölner Instruktion wurde Frankenberg „von guter Hand mitgeteilt“.



worin Freilassung des Ministers und Genugtuung gefordert wurde.

Ernst II. gab seinem Gesandten daraufhin unterm 7. März von dem erhaltenen Schreiben des Herzogs von Zweibrücken Kenntnis; die Sache selbst wünschte er von Regensburg ferngehalten, Gemmingen sollte sich mit Hohenthal, Görtz, Ompteda und anderen Gesandten vertraulich und vorsichtig dahin vernehmen, ob man nicht erreichen könnte, daß der Herzog vom kaiserlichen Hofe beruhigt und zufriedengestellt werde?<sup>1196</sup> Diesen Auftrag für seinen Gesandten teilte Ernst II. auch Karl August mit; man brauche sich nicht zu übereilen; er stelle anheim, ob der weimarische Gesandte nicht ähnlich angewiesen werden könnte?<sup>1197</sup>

Hohenthal teilte Gemmingen dann mit, daß Kursachsen, Kurbrandenburg und Kurbraunschweig sich bereits „concouriert“ hätten, dem er nun „nach der Hand“ ebenfalls beitrat.<sup>1198</sup> Die Sache wurde auch tatsächlich vom Reichstag ferngehalten.

Herzog Ernst genehmigte unterm 30. März, daß sein Komitialis mit diesen Gesandten gleiche Sache mache,<sup>1199</sup> und teilte einen Auszug jenes Berichts sowie seine Instruktion Karl August mit,<sup>1200</sup> der unterm 8. April dankte und seine im wesentlichen völlig übereinstimmende Anweisung an Görtz vom 1. April mitteilte.<sup>1201</sup>

Gemmingen konnte am 31. März einen Extrakt der kursächsischen Antwort an Zweibrücken einsenden,<sup>1202</sup> und entsprechend antwortete Herzog Ernst, daß er des Herzogs „gerechtes und billiges Gesuch“ unterstützen werde.<sup>1203</sup> — Die Sache mache viel Lärm in Regensburg, und Kursachsen meine es ernsthaft,

---

A. VII. 75, Bl. 17 f. (Auszug, datiert Mergentheim 28. Februar 1796) mit Vermerk Frankenbergs.

1196. Ebenda Bl. 15 f.

1197. Ebenda Bl. 15, Schreiben vom gleichen Datum.

1198. Ebenda Bl. 20 f., RG 33 vom 24. März 1796. — Vgl. Schick S. 235 und Heigel Abhdl. 574 f., wo Gotha nicht genannt wird.

1199. A. VII. 75, Bl. 22, Ernst II. an Gemmingen.

1200. Ebenda Bl. 23.

1201. Ebenda Bl. 28 mit (Abschrift Min-Schreibens an Görtz) 29.

1202. Ebenda Bl. 27, Beilage A zu RG 34.

1203. Ebenda Bl. 24, Ernst II. an den Herzog von Zweibrücken.



schrieb Frankenberg nach langer Pause am 6. April<sup>1204</sup> an Fritsch; er war auf den Ausgang begierig.<sup>1205</sup>

Herzog Karl August von Weimar übernachtete am 12. auf 13. Mai in Gotha<sup>1206</sup> und wünschte unterm 27. Mai auf einen Bericht Görtz' vom 19. des Monats hin ein Einverständnis herbeizuführen: Görtz hatte gemeldet, daß am Reichstage ein neuer Antrag Kursachsens und Kurkölns vorliege, beim Kaiser die Vornahme des Friedensgeschäfts zu beantragen.<sup>1207</sup>

Ernst II. wußte nichts davon und war merkwürdig berührt; anscheinend waren nur einige Fürsten an die beiden Kurhöfe herangetreten, weshalb höchste Vorsicht nötig war. Er wies seine Gesandtschaft an, die Gesinnungen einiger der ersten deutschen Höfe zu erforschen und mit ihren Gesandten, besonders Kölns und Kursachsens, sich vertraulich zu vernehmen. So antwortete der Herzog unterm 3. Juni Karl August.<sup>1208</sup> Sein Schreiben an Gemmingen ging am gleichen Tage ab; darin wollte er noch besonders wissen, von welchem Komitialgesandten die Angelegenheit angeregt worden sei?<sup>1209</sup>

Gemmingen antwortete unterm 23. Juni,<sup>1210</sup> daß tatsächlich von beiden Höfen dergleichen versucht wurde, daß man aber nicht weit kommen werde; viel besser hätten der Westfälische und Niedersächsische Kreis die Sache angegriffen, und dadurch möchte wohl die Einleitung des Friedens am besten erreicht und auch durchgedrungen werden.<sup>1211</sup> —

---

1204. PK Bl. 266.

1205. Ebenda. Darüber s. Schick S. 235 nebst Anm. 1. — Nationalzeitung a. a. O. Sp. (370 f.), 603 und 681—685.

1206. Fourierbuch Friedenstein 1796 II.

1207. Kriegs-A XI (A. VII. 86). — Ueber den Antrag Schick S. 235.

1208. Kriegs-A XI.

1209. Ebenda.

1210. Ebenda. Extrakt aus RG 63.

1211. Zur Erläuterung sandte er als Beilage A zu RG 64 vom 27. Juni 1796 ein Reskript des Herzogs von Braunschweig-Wolfenbüttel an ihn ein (vom 8. Juni 1796), welches den besten Weg aufzeigte; Hügel, dem er dies am 20. Juni auftragsgemäß eröffnet hatte, war zuerst betroffen, nahm es aber dann besser auf. RG 64. — Abschriften des Wolfenbütteler Reskripts, dessen Inhalt in der Nationalzeitung 1796 Sp. 609 ff. wiedergegeben ist, (vgl. auch Trummel S. 48 f. u. ö.) in Priv-A Bl. 133 f. und (von Meinungen mitgeteilt) Neutr-A I (s. u. Anm. 1216) Bl. 2 f. (Meinungen riet Bemühungen um

Der Schritt Kursachsens hatte keine Folgen. Bald versetzte das Vordringen der Franzosen nach Franken<sup>1212</sup> den Reichstag in panischen Schrecken.<sup>1213</sup> In Gotha wurde die kostbare Münzsammlung in acht Kisten verpackt.<sup>1214</sup>

Als Herzog Georg von Meiningen vom 22. bis 25. Juni in Gotha weilte,<sup>1215</sup> besorgte er bereits eine unglückliche Wendung der Kriegsbegebenheiten; <sup>1216</sup> am 15. August überbrachte dann ein meiningischer Kammerhusar ein Schreiben an Herzog Ernst.<sup>1217</sup>

Beim Vordringen des feindlichen Heeres schien sich die Gefahr für Meiningen<sup>1218</sup> täglich zu vermehren, es war daher um so dringender, auf die Erzielung eines baldigen und möglichst billigen Friedens bedacht zu sein und sich mit gleichgesinnten Reichsständen, vornehmlich allen kur- und fürstlich sächsischen Häusern zu verbinden. Herzog Georg ersuchte seinen Schwager um Anwendung seines „vermögenden Einflusses“ und um die nötigen Einleitungen beim Kurfürsten von Sachsen; er selbst würde beim dänischen Kronprinzen, der in Deutschland weilte, und den er in Kassel kennengelernt hatte, um dessen Vermittlung nachsuchen, wenn er der gleichmäßigen Gesinnung mehrerer Reichsstände versichert „und mit deren bestimmten Aufträgen versehen sein“ werde.<sup>1219</sup>

---

die Aufnahme in die „Demarkationslinie“ an, Min-Schreiben vom 13. Juli 1796, ebenda Bl. 1 und 4, ps 14. Juli).

1212. Darüber s.: Die Franzosen in Franken im Jahre 1796. Von Julius Soden, Reichsgrafen. Nürnberg 1797. — Ueber Soden s. o. Anm. 456.

1213. Schick S. 236. — Ausführlich Gemmingens Berichte in Kriegs-A XII (A. VII. 87). — Nationalzeitung 1796 Sp. 713, 735—739 u. ö. — Pol. Journal 1796 s. Register.

1214. B. Pick, das Gothaer Münzkabinett 1712—1912. In: Aus den coburg-gothaischen Landen, Heft 8, S. 7 f. — Derselbe im Gothabuch Heft VII S. 106 f.

1215. Fourrierbuch Friedenstein 1796 II.

1216. Neutr.-A I (A. VII. 102) Bl. 5 (s. u. Anm. 1219). — Kriegsnachrichten (vgl. o. Anm. 1141) s. pol. Journal 1796 und Nationalzeitung 1796 (Sp. 627 ff.) vielfach.

1217. Fourrierbuch Friedenstein 1796 II.

1218. Hertel SMG Heft 47 S. 269 f. ist leider nicht erschöpfend, vgl. dagegen Human a. a. O. (Heft 67) S. 7 ff. und Soden.

1219. Schreiben vom 14. Juli 1796, a. a. O. (s. o. Anm. 1216).

Umgehend<sup>1220</sup> dankte Herzog Ernst; so gerne er allen Maßregeln zur Erzielung eines anständigen Friedens und Abwendung aller Gefahr von seinen Landen und Untertanen beitreten und dazu nach seinen Kräften auch beitragen wolle, beklagte er im Augenblicke, das gütige Anerbieten nicht annehmen zu können, da es nach den vorherigen Verhandlungen mit Kursachsen so ratsam als billig sei, die Schritte des Kurfürsten über diesen wichtigen Gegenstand, sei es Verteidigung der Obersächsischen Kreislande oder Friedensverhandlungen, abzuwarten. Er erwartete darüber eine Erklärung von Dresden, die er unverzüglich mitteilen wollte, wie er sich ein Gleiches versprach, falls sein Schwager sich ebenfalls an den Kurfürsten gewendet haben sollte. Die gleichen Zeilen ließ er nach Georgs Wunsch durch den abgeschickten Husaren Karl August von Weimar zukommen.

Als dieser mit seinem Minister Voigt<sup>1221</sup> am nächsten Tage, auf der Reise von Weimar nach Eisenach,<sup>1222</sup> bei Frankenberg einkehrte, holte Ernst II. ihn dort ab,<sup>1223</sup> wobei wohl die Meiningener Anregung besprochen wurde.

Am gleichen Tage überreichte der Sondershäuser Minister v. Lyncker ein Schreiben seines Fürsten, der ihn „bei den bedenklichen Kriegsnachrichten“ nach Gotha abgeordnet hatte, um mit den dortigen Geheimen Räten zu konferieren.<sup>1224</sup> Dem Herzog war dies sehr angenehm, und er antwortete darauf, Lyncker werde bei seiner Rückkehr das Resultat der Besprechung ausführlich mitteilen, und daß es ihm, dem Herzog, ratsam scheine, die Schritte des Kurfürsten von Sachsen abzuwarten; er stellte dem Fürsten anheim, sich an den Kurfürsten zu wenden, behielt sich auch weitere vertrauliche Kommunikation vor; doch scheint es zu einer solchen nicht gekommen zu sein.

---

1220. Neutr-A I Bl. 6, Schreiben vom 15. Juli 1796 (wohl auch dem Husar mitgegeben).

1221. S. o. Anm. 32.

1222. Darüber Ulrich Crämer, Unbekanntes aus Goethes politischer Tätigkeit, „Euphorion“ Bd. 33, Heft 3 (Goethe-Festheft II), Stuttgart 1932, S. 300 f. (auch Sonderdruck).

1223. Fourrierbuch Friedenstein 1796 III, 16. Juli.

1224. Ebenda und Neutr-A I Bl. 8 f., Schreiben Sondershausen, 14. Juli und Antwort Herzog Ernsts vom 18. Juli 1796.

Aus der weitläufigen Korrespondenz der sächsischen Häuser — am 20. Juli weilte auch der Fürst von Rudolstadt mit seinem Kanzler in Gotha, wobei vermutlich der gleiche Gegenstand erörtert wurde, der Lynckers Mission verursacht hatte<sup>1225</sup> — sei nur erwähnt, daß ein Hildburghäuser Ministerialschreiben vom 18. Juli vorschlug, bei der ohnehin zwischen Brandenburg, Hessen und Sachsen bestehenden „Erbverbrüderung“<sup>1226</sup> „in gegenwärtiger kritischer Lage“ durch die Verwendung der genannten, erbvereinigten Häuser, die Mitaufnahme der gesamten herzoglichen Lande in die „Demarkationslinie“ zu erwirken zu suchen.<sup>1227</sup>

Der Kurfürst von Sachsen fand sich bei der für das deutsche Reich gefährvollen Wendung des Feldzuges, besonders aber durch das Vorrücken einer starken französischen Armee gegen den Main — Jourdan — bewogen, zur Deckung des obersächsischen Kreises gegen einen feindlichen Angriff und im Einverständnis mit Coburg, Gotha und Weimar als Kreismitständen „vorläufige Veranstaltungen“ zu treffen, weshalb er seinen Hauptmann Friedrich Leberecht von Süßmilch genannt Hörnig mit Schreiben zu den Herzögen sandte, um ihnen von dieser Absicht umständliche Eröffnung tun zu lassen und sie zu bitten, dem Hauptmann mit etwa nötigen Anleitungen zur Hand zu gehen.<sup>1228</sup>

Auch über diese Frage liegt eine umfangreiche Korrespondenz zwischen Meiningen, Gotha und Weimar vor, doch würde ein Eingehen darauf zu weit führen.<sup>1229</sup> In einer vorläufigen Antwort vom 22. Juli versicherte Herzog Ernst dem Kurfürsten, daß die Ausführung des Planes ihm umsomehr am Herzen liege, je unverkennbarer der Vorteil für seine, einem feindlichen Angriff am meisten ausgesetzten Lande ausfallen werde; er wollte seiner Verpflichtung bei der Aufstellung des Kordons und der

---

1225. Fourierbuch Friedenstien 1796 III.

1226. S. o. S. 40.

1227. Neutr-A I Bl. 10. — Die gesamte Korrespondenz in den Neutr-A.

1228. Ebenda Bl. 15 f., Dresden 17. Juli 1796. — Der Hauptmann traf am 27. Juli ein und eilte sofort nach der Tafel (s. Fourierbuch 1796 III) nach Eisenach, was aus der Antwort Ernsts II. an den Kurfürsten hervorgeht; nach seiner Rückkehr wollte er in Gotha das Nähere besprechen.

1229. Zu den Neutr-A vgl. Kont-A IV und Bd. 40 ff.

Verpflegung der Truppen ebenso willig und gewissenhaft nachkommen, als er sich dadurch aufs Neue zur innigsten Dankbarkeit gegen den Kurfürsten aufgefordert fühlte.<sup>1230</sup> —

Die immer dringender werdende Gefahr für Meiningen, Coburg und Hildburghausen brachte es mit sich, daß Gotha über die Schritte der Herzöge erst nachträglich unterrichtet wurde;<sup>1231</sup> von Weimars Vorgehen hörte man wohl gelegentlich durch Mitteilungen Hildburghausens, das sich in dieser Frage ganz Weimar anschloß, bis Karl August und Voigt am 12./13. August in Gotha übernachteten;<sup>1232</sup> wir wollen aber erwähnen, daß im Gegensatz zu Gotha alle vier Herzöge sich direkt an den König von Preußen um eine Vermittlung der Neutralität, d. h. Aufnahme ihrer Lande in die Neutralität des nördlichen Deutschlands wandten, während Gotha sich lediglich an Kursachsen anschloß.

Die Haltung Coburgs und Meiningens wurde natürlich von der des Fränkischen Kreises beeinflußt. Beide verlangten und erhielten französische „Sauvegarden“; wegen Themars hielt sich Coburg im Einverständnis mit Gotha beim Fränkischen Kreise ganz zurück.<sup>1233</sup> Georg von Meiningen schloß durch Vermittlung des französischen Gesandten in Kassel Rivalz einen Separatfrieden<sup>1234</sup> ab, bis auf die Ratifikation der französischen Republik (die niemals erfolgt ist, weshalb dieser Separatfrieden

---

1230. Neutr-A I Bl. 17. — Ein PS dazu in Kont-A IV.

1231. Diese Korrespondenz hatte auf die Haltung des Friedensteins gar keinen Einfluß, andererseits bemühte sich dieser vergeblich, Coburg und Meiningen von ihren Schritten beim König von Preußen (s. u. Text) zurückzuhalten, unter Hinweis auf Kursachsens Vermittlung; aber beide konnten sich an den König von Preußen als einen der kreisausschreibenden Fürsten des Fränkischen Kreises wenden. — Der Herzog von Hildburghausen aber rief den König als Verwandten an; bekanntlich war die Herzogin Charlotte die ältere Schwester der Kronprinzessin Luise von Preußen (geb. Prinzessinnen von Mecklenburg-Strelitz).

1232. Fourierbuch Friedenstein 1796 III. — Crämer a. a. O. S. 302.

1233. Neutr-A I Bl. 45 (Min-Schreiben Coburg, 7. August 1796 mit [Anlage B, Bl. 48] einem Abdruck der „Sauvegarde“) und 49 (Min-Schreiben Gotha, 12. August 1796). — Eine Anzeige des Herzogs von Meiningen über die erhaltene „Sauvegarde“ s. Reichsanzeiger 1796 Sp. 5508 und Nationalzeitung 1796 Sp. 696, vgl. ebenda Sp. 771 des Herzogs Erklärung am Reichstag.

1234. Neutr-A I Bl. 57 f., Georg an Ernst II., Meiningen 10. August 1796.



meist nur als eine Neutralitätskonvention angesehen wird).<sup>1235</sup> Herzog Georg hielt sich im voraus Herzog Ernsts Anteilnahme an der ihn und seine Lande so wesentlich angehenden Angelegenheit versichert; er werde nun am Reichskriege, wie überhaupt künftig gegen die französische Republik, nicht weiter Anteil nehmen können, doch würden die übrigen reichs- und kreisständischen Verbindungen, in dem bisherigen freundschaftlichen Verhältnisse, auch alle sonstigen „agnatischen und hausverfassungsmäßigen Verbindlichkeiten“ dadurch nicht berührt werden, auch Herzog Ernst möchte ihm sein weiteres Vertrauen und freundschaftliches Wohlwollen weiter schenken.

Herzog Ernst wünschte, daß der beabsichtigte Endzweck in vollkommenstem Maße erreicht werde, und war überzeugt, daß sich am gegenseitigen Verhältnis nichts ändere.<sup>1236</sup> Indessen scheint doch eine Verstimmung Gothas Meiningen gegenüber bestanden zu haben, wie aus späterer, gelegentlicher Korrespondenz ersichtlich ist.

Schon oben wurde gesagt, daß Herzog Ernst sich nicht an den König von Preußen wandte, sondern an seinem bisherigen Zusammengehen mit Kursachsen festhielt. Die Veranstaltungen wegen des Kordons<sup>1237</sup> sollen uns hier nur so weit beschäftigen, als gothaische Truppen zugezogen wurden. Zugrundegelegt war ein „Promemoria“ Hörnigs, welches er am 27. Juli<sup>1238</sup> Frankenberg übergeben hatte, und das in einer unterm 8. August auf

---

1235. Soden a. a. O. S. 65. — Crämer a. a. O. S. 304.

1236. Neutr-A I Bl. 59, Antwort vom 12. August 1796. — Frankenberg schreibt an Fritsch (nach dessen Rückkehr von Karlsbad) unterm gleichen Datum: Furcht sei ein elend Ding, ein böser Ratgeber — „den Herzog von Meiningen hat sie weit geführt — und ihm zum Frieden mit Frankreich verholfen. Es soll mir lieb sein, wenn dieser Schritt ihn nie gereut. Des Kurfürsten System ist klug, weise, decent und wird hoffentlich den Beifall aller Parteien davontragen — der Kaiser selbst wird mit Recht daran nichts aussetzen können“. PK Bl. 272.

1237. Ausführlich Schuster-Francke II S. 221—224. — Ueber Karl Augusts Anteil s. am besten Bahls a. a. O. — Galetti, Gotha V S. 7. — Hertel a. a. O. S. 270. — Pol. Journal 1796 mehrfach. — Nationalzeitung 1796 Sp. 739 u. ö., 1797 Sp. 6 f. — Vgl. Kont-A a. a. O.

1238. Neutr-A I Bl. 37, zum Datum s. o. Anm. 1228.

herzoglichen Befehl aufgesetzten Erklärung im wesentlichen bestätigt wurde.<sup>1239</sup>

Nachdem kursächsische Truppen in das gothaische und altenburgische Land eingerückt waren, dankte Herzog Ernst dem Kurfürsten unterm 6. August<sup>1240</sup> nochmals für die auf ihn und seine Untertanen genommene wohlthätige Rücksicht bei den beschlossenen Verteidigungsanstalten, die ihm zu großer Beruhigung gereichten.

Auch versicherte Ernst II. sein unumschränktes Vertrauen in alle politischen Einleitungen, die der Kurfürst zur Sicherung des Ruhestandes für die Obersächsischen Kreislande zu wählen für gut finden werde, und übergab sein Interesse völlig in dessen gütige Vorsorge: „Ich darf Mir daher schmeicheln, daß Ew. Lbd. Mich und Meine Lande in alle von Ihnen etwa einzuschlagende Unterhandlungen mit einzuschließen geneigt seyn, und Meines Beytritts so wie Meiner unauslöschlichen Dankbarkeit Sich im Voraus versichert halten werden“. Er bat nur noch, den kommandierenden General des Truppenkordons anzuweisen, sein aus dem Felde zurückkehrendes Dragonerkorps, welches er dem Befehle des Kurfürsten zufolge<sup>1241</sup> nächstens zurückerwartete, mit unter sein Kommando zu nehmen und an den Grenzen der gothaischen Lande anzustellen, wo es ihm im Zusammenhange mit dem ganzen Verteidigungsplane zweckdienlich dünke.

Dieses Schreiben ist die Grundlage für das weitere Verhalten des Herzogs. Schon die Antwort vom 13. August bewies ihm, daß er sich auf den Kurfürsten voll verlassen konnte.<sup>1242</sup>

---

1239. Neutr-A I Bl. 38, Entwurf ohne Unterschrift. Vgl. ebenda Bl. 25, „Detail sämtl. Posten des kurf. sächs. Neutralitätskordons“, undatiert.

1240. Neutr-A I Bl. 39 f. und Extrakt in Kont-A IV. — An diesem Tage war Süßmilch wieder in Gotha. Fourrierbuch 1796 III.

1241. S. Kont-A IV, Schreiben des Kurfürsten an Ernst II. vom 20. Juli und Antwort vom 22. Juli 1796, gleichzeitig Schreiben Ernsts II. an Feldmarschall Erzherzog Karl. — Rückzug der Sachsen: Wiener Zeitung Nr. 58 (Mittwoch, 20. Juli 1796) Sp. 2093, Beilage zu RL 40 vom 23. Juli 1796, ebenda. — Vgl. Kont-A Bd. 41. — Schuster-Francke II S. 320 f. — Hoff I S. 137 f. — Neueste Staatsanzeigen VI S. 994. — Nationalzeitung 1796 Sp. 719 und 852.

1242. Neutr-A I Bl. 79 f., Extrakt Kont-A IV.

Der Kurfürst <sup>1243</sup> dankte für den sehr schätzbaren Beweis des freundschaftlichen Vertrauens des Herzogs, das er jederzeit aufrichtigst erwidern werde. Inzwischen sei er dessen Wunsch um Einschließung in seine eigenen Unterhandlungen schon zuvorgekommen und habe gleich von Anfang an auf das Interesse der mit ihm vereinigten Fürsten, also auch das des Herzogs, Rücksicht genommen; nach den Aeußerungen des letzten Schreibens dürfe er nicht zweifeln, daß dieser seinem jetzigen Systeme beitreten werde; er habe seinem Gesandten in Berlin deshalb aufgegeben, den Herzog und seine Lande in die angefangene Unterhandlung ausdrücklich einzuschließen. — Der gewünschten Verwendung des gothaischen Dragonerkorps stehe auch nichts entgegen.<sup>1244</sup>

Dieses kehrte schon am 8. August in das Herzogtum zurück, nachdem am 5. das kursächsische Regiment Roßler durchpassiert war,<sup>1245</sup> und wurde in den Kordon eingegliedert.<sup>1246</sup>

Mit der Zurückberufung des Kontingents scheidet Gotha-Altenburg aus dem Reichskriege aus; an den Verhandlungen zur Neutralisierung des Obersächsischen Kreises hat es keinen direkten Anteil, da der Kurfürst in Namen des gesamten Obersächsischen Kreises handelte.

Aus den Mitteilungen des Kurfürsten an den Herzog, die sich über die ganze zweite Hälfte des Jahres 1796 erstrecken,

---

1243. Dieser hatte sich i. allg. bereit erklärt, dem am 5. August zu Berlin zwischen Preußen und Frankreich geschlossenen Vertrage über eine neue „Demarkationslinie“ (Trummel S. 32) beizutreten, und hatte auch mit Jourdan über einen Waffenstillstand verhandeln lassen, der am 13. August zu Erlangen ohne jede lästige Bedingung zustande kam. Vgl. Häberlins Staatsarchiv IV S. 253—257, auch Text weiter unten. — Nachweise s. o. Anm. 1131.

1244. Schon am 1. August sei an Generallieutenant Lindt ein Befehl ergangen, das Kontingent des Herzogs auf dem kürzesten Wege zurückzuschicken, damit es zur Landesverteidigung verwendet werden könne, und ihm auf dem Rückmarsch auf kursächsischem Gebiete alle tunlichen Erleichterungen und Gefälligkeiten zu erweisen; der Aufbruch sei, wie schon im letzten Schreiben (vom 7. August 1796, Kont-A IV nebst Antwort vom 10. August) mitgeteilt, auf den 7. d. M. angesetzt gewesen. A. a. O. (Anm. 1242).

1245. Fourierbuch Friedenstien 1796 III. — Nationalzeitung 1796 Sp. 739.

1246. Im Amte Themar und später an der Grenze des Fränkischen Kreises.

wollen wir kurz die wichtigsten Etappen hervorheben, ohne die diesbezügliche Kommunikation mit den Nebenlinien berücksichtigen zu können.

Der erste Erfolg der preußischen Verwendung war eine schriftliche Erklärung Jourdans vom 10. August, während der Zeit der Neutralitätsverhandlungen nichts gegen die Lande des Gesamthauses Sachsen zu unternehmen; ganz Henneberg war in die Neutralität (des Fränkischen Kreises) einbezogen worden.<sup>1247</sup>

Mitte Oktober war die Anerkennung der Neutralität der Obersächsischen Kreislande und der Grafschaft Henneberg von seiten der französischen Regierung ebenso wie jene des nördlichen Deutschlands ohne weitere lästige oder unannehmliche Bedingung zu erwarten, und zwar anscheinend durch eine verbindliche Erklärung, die der preußisch-französischen Konvention vom 5. August <sup>1248</sup> angefügt werden sollte. Nur müsse sich jeder der interessierten Fürsten und Stände zur völligen Neutralität verpflichten, sein Reichskontingent zurückrufen — das war, was Gotha angeht, bereits geschehen —, keinerlei weitere Geldbeiträge zur Fortsetzung des Krieges leisten und während dessen Fortdauer keine neue Verpflichtung eingehen; der Kurfürst bat den Herzog, ihm seine Meinung darüber mitzuteilen und seine bestimmte Erklärung, „wozu Wir Uns in Dero Namen in Ansehung der vorgeschlagenen Neutralitäts-Bedingungen verpflichten können“, baldmöglichst zukommen zu lassen.<sup>1249</sup>

Die für das weitere Schicksal Gotha-Altenburgs demnach entscheidende Antwort vom 28. Oktober wurde von Franken-berg aufgesetzt.<sup>1250</sup> Ernst II. dankte darin dem Kurfürsten für seine preiswürdigen und von ihm nie genug zu verdankenden Bemühungen, schätzte sich glücklich, sein unbegrenztes Vertrauen bei der wichtigen Neutralitäts-Unterhandlung in dessen

---

1247. Diese Mitteilung geschah mit Rücksicht auf Themar. — Neutr-A I Bl. 94 f., Schreiben vom 19. August 1796. — Pol. Journal 1796 S. 874 und 971. — Jourdans Rückzug war ohne Einfluß auf die Neutralitätsverhandlungen.

1248. S. o. Anm. 1243.

1249. Neutr-A I Bl. 136 ff., Schreiben vom 20. Oktober 1796, ps 25. Oktober.

1250. Ebenda Bl. 141 Entwurf und 142 gleichlautende Abschrift von Schreiberhand.

Weisheit und Vorsorge gesetzt zu haben, und sah sich durch die Wohltat, die dieser ihm und seinen Landen verschafft habe, jetzt reichlich belohnt. Die Bedingungen schienen ihm sehr annehmlich zu sein und sich aus der Natur der Sache zu ergeben, weshalb er nicht anstand, die verlangte bestimmte Erklärung auf alle Fälle dahin abzugeben, daß er allem, was der Kurfürst wegen des Beitritts zur preußisch-französischen Konvention über die Neutralität des nördlichen Deutschlands abzuschließen für ratsam und ersprießlich erachten werde, mit vielem Vergnügen und innigster Dankerkennung beizustimmen im Voraus entschlossen sei.

Am 23. Dezember erhielt Herzog Ernst ein Schreiben des Kurfürsten vom 18. dieses Monats und beantwortete es am gleichen Tage:

Der Kurfürst hatte auf jene Erklärung des Herzogs hin am 22. November die seinige, die auch im Namen aller Obersächsischen Kreisstände aufgesetzt war, unterschrieben und darauf zu Berlin aushändigen lassen. Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, führte er die Bedingungen nochmals an und erläuterte den Lauf der „Demarkationslinie“, welche Henneberg und den ganzen Obersächsischen Kreis umfaßte.<sup>1251</sup> Der König von Preußen hatte am 30. November eine Gegenerklärung vollzogen und sie dem Kurfürsten übergeben lassen, durch die dessen und der mit ihm einverstandenen Mitstände Beitritt zur Konvention vom 5. August des Jahres förmlich angenommen und die unverzügliche Verwendung bei der französischen Regierung versprochen wurde, damit diese durch einen „Additionsartikel“ der besagten Konvention den Beitritt unbedingt anerkenne und sich anheischig mache, die Länder hinter der bezeichneten Linie als neutral zu behandeln. Damit war des Kurfürsten Unterhandlung mit dem preußischen Hofe beendet.<sup>1252</sup>

Auf diese Mitteilung dankte Ernst II. dem Kurfürsten nochmals und wiederholte ausdrücklich die im letzten Schreiben

---

1251. „Die Linie der Neutralität umschlang nun auch die sämtlichen Länder der sächsischen Häuser“. Neueste Staatsanzeigen VI S. 995. — Vgl. Nationalzeitung 1797 Sp. 6 f. und 100. — Pol. Journal 1796 S. 1316. — Trummel a. a. O.

1252. Neutr.-A I Bl. 187 ff.



abgegebene Versicherung, die Neutralitätsbedingungen getreulich zu erfüllen.<sup>1253</sup> Wegen Saalfeld teilte er das Wichtigste dem Herzog von Coburg-Saalfeld mit<sup>1254</sup> und ließ die Meininger Kommunikation über das Schreiben des Kurfürsten erwidern.<sup>1255</sup>

Erst jetzt schrieb auch Herzog Ernst an den König von Preußen, unterm 27. Dezember 1796,<sup>1256</sup> aber nur, um ihm für seine Vermittlung zu danken und die große Verpflichtung zu bezeugen, die dieser ihm durch die auch seinen Landen gewordene Wohltat der Neutralität auferlegt habe.

Die Antwort des Königs vom 17. Januar 1797<sup>1257</sup> ist ebenso herzlich gehalten und erwähnt auch, daß die französische Regierung die Neutralität des Obersächsischen Kreises nunmehr anerkannt habe.

Ausführlich unterrichtete der Kurfürst von Sachsen den Herzog unterm 25. Januar 1797 darüber, nämlich von der Unterzeichnung des betreffenden „Additional-Artikels“ zu der Konvention vom 5. August 1796 durch Graf Haugwitz und den französischen Gesandten in Berlin, Caillard,<sup>1258</sup> als beiderseitige Bevollmächtigte, und von der Auswechselung der Ratifikationsurkunden in Paris am 29. Dezember; dem Kaiser hatte der Kurfürst durch seine Gesandtschaft bereits Mitteilung von dem erfolgten Beitritt Kursachsens und der mit ihm einverständenen Stände zur Neutralität gemacht, der Komitialgesandte in Regensburg war zu gleicher Sprache angewiesen.<sup>1259</sup>

---

1253. Ebenda Bl. 190.

1254. Ebenda Bl. 191, unterm gleichen Datum (23. Dezember 1796), „im Verfolg der zwischen Ew. Lbd. und Uns in Betreff der Neutralitäts-Unterhandlung gepflogenen Communication“. — Diese war auch bezüglich der zahlreichen Durchmärsche (s. Durchmarschakten I und II) und wegen des Kordons (Neutr-A, vgl. Kont-A a. a. O.) stets aufrecht erhalten worden mit Rücksicht auf den „nexus Gothanus“ (s. o. S. 31).

1255. Neutr-A I Bl. 203—208, Min-Schreiben vom 30. Dezember 1796, ps 9. Januar 1797, mit Abschrift des kurfürstlichen Schreibens an Herzog Georg vom 18. Dezember 1796 und dessen Antwort vom 31. Dezember 1796. — Min. Gotha antwortete unterm 9. Januar 1797, ebenda Bl. 209 mit entsprechenden Beilagen.

1256. Ebenda Bl. 192.

1257. Ebenda Bl. 221.

1258. S. o. Anm. 453.

1259. Neutr-A I Bl. 240 f., ps 31. Januar 1797. — Auf Gemmingens unzuverlässige Berichterstattung über Aeußerungen Hohenthals zur kursäch-

Mit einem Dankschreiben Herzog Ernsts an den Kurfürsten vom 3. Februar 1797<sup>1260</sup> schließt der über die Frage der Neutralität geführte Briefwechsel beider Fürsten.

### Schl u ß w o r t.

Wir haben die äußere Politik Sachsen-Gotha-Altenburgs von den Beratungen über die Elsasser Frage bis zu seinem Ausscheiden aus dem Reichskrieg gegen Frankreich betrachtet und fügen nur noch einige kurze Bemerkungen an.

Die Politik des Friedensteins im behandelten Zeitraume wird durchaus bestimmt von dem Verhältnis des Deutschen Reiches zu Frankreich. Sie verläßt weder den Rahmen der reichsverfassungsmäßigen Bindungen, noch widerspricht sie dem immer noch spürbaren Geiste des „Fürstenbundes“ von 1785.

Sie löst sich zwangsläufig von dem Einflusse Hannovers und richtet sich immer mehr nach Kursachsen als Direktor des Ober-sächsischen Kreises, dem Gotha und Altenburg angehören. Dieser Anschluß an Kursachsen wird von den gothaischen Nebenlinien (Coburg-Saalfeld, Meiningen und Hildburghausen) und auch von Weimar auf der von diesem angeregten Konferenz zu Eisenach im Oktober 1795 gebilligt und gleichfalls vorgesehen.

Die Führung ist Gotha-Altenburg erst unter dem Drucke unmittelbarer Gefahr durch das Vordringen der Franzosen in

---

sischen Neutralität brauchen wir nicht einzugehen, da es zu öffentlichen Erklärungen am Reichstag nicht gekommen ist. Viel sorgfältiger benahm sich v. d. Lith in Wien. Ihm wurde unterm 2. Februar 1797 mit einem herzoglichen Schreiben das kursächsische vom 25. Januar d. J. mitgeteilt: Obwohl daraus hervorgehe, daß der Kurfürst für die einverstandenen Stände seinen Gesandten (Graf Schönfeld) mitsprechen lassen werde, sollte v. d. Lith mit diesem darüber sprechen und seiner Leitung folgen, falls Schönfeld eine gleichlautende Erklärung v. d. Liths für nötig halte (Neutr-A I Bl. 234). — Da Schönfeld eine Erklärung v. d. Liths nicht nötig schien (die seinige, im Namen der einverstandenen Fürsten mitabgegeben, hatte nach seinen eigenen Worten sehr mißfallen), so unterließ es v. d. Lith (ebenda Bl. 265 f., RL 16 vom 22. Februar 1797) und wurde vom Herzog sehr gelobt für sein umsichtiges Verhalten (ebenda Bl. 267, Friedenstein 6. März 1797).

1260. Neutr-A I Bl. 242.

Franken entglitten, die übrigen Ernestiner wenden sich direkt an den König von Preußen. Aber mit der Einbeziehung des ganzen Obersächsischen Kreises in die Neutralität des nördlichen Deutschlands durch Kursachsen unter preußischer Vermittlung findet die vorsichtige und in ihrer Art folgerichtige Politik Gotha-Altenburgs ihre völlige Berechtigung.

Bei den wechselseitigen Einflüssen zwischen Gotha und Weimar überwiegt der Gothas nicht zuletzt dank der Achtung und Freundschaft des Herzogs Karl August von Weimar für den gothaischen Staatsminister v. Frankenberg. Diese Beziehungen verdienen eine genauere und selbständige Untersuchung an Hand Gothaer und Weimarer Akten und Literatur, besonders auch der oft erwähnten „Politischen Korrespondenz“ Frankenbergs mit dem weimarischen Minister v. Fritsch.

Im Mittelpunkt der gothaischen Außenpolitik steht der Reichstag von Regensburg, obwohl der Komitialgesandte v. Gemmingen infolge seiner Unzuverlässigkeit mehr eine Belastung als Stütze des Friedensteins war. Die eigentliche Leitung lag schon unter Herzog Ernst II. in den Händen Frankenbergs. Im Grunde genommen ist aber die Gesinnung und der Charakter des Herzogs für die außenpolitische Haltung Sachsen-Gotha-Altenburgs maßgebend gewesen.

## A. Die Verwandtschaft der Häuser Gotha und Meiningen (bis 1800).

(Als Ergänzung der 5. Stammtafel: Haus Gotha, bei Devrient S. 120/121, besonders nach Otto Posse, die Wettiner. Genealogie des Gesamthauses Wettin. Leipzig und Berlin 1897<sup>1</sup>).

### G O T H A

### M E I N I N G E N

Ernst der Fromme v. Gotha † 1675

Friedrich I. (s. Devrient a. a. O.) † 1691				Bernhard I. † 1706    Gem. 1. Marie Hedwig v. Hessen-Darmstadt † 1680 2. Elisabeth Eleonore Sophie v. Braunschweig-Wolfenbüttel <sup>2)</sup> † 1729					
(2) Friedrich II. 1676—1732 (s. Ta-   fel B)		(1) Dorothea Maria 1674—1713	1. Ehe 1704	1. Ehe Ernst Ludwig I. 1672—1724	1. Ehe Friedrich Wilhelm — — —		2. Ehe Anton Ulrich † 1763. 2., ebenbürtige Ehe mit Charlotte Amalia v. Hessen-Philippsthal 1730—1801		
Friedrich III. † 1772	verm. 1729	Luise Dorothea † 1767	Ernst Ludwig II. — — —	Karl Friedrich — — —	Maria Charlotte 1751—1827	Wilhelmine Luise 1752—1805 Gem. Landgraf Adolf v. Hessen-Philippsthal-Barchfeld	Karl August † 1782 — — —	Georg I. reg. 1782—1803 Gem. Luise Eleonore v. Hohenlohe-Langenburg	Amalia 1762—1798 Gem. Fürst Heinrich Karl Erdmann v. Carolath-Beuthen
Ernst II. Ludwig † 1804		verm. 1769							
Emil Leopold August † 1822		(s. Tafel B.)		Friedrich IV. † 1825		Kinder s. Voigtel-Cohn (Anm. 1) Tafel 121		Bernhard II. Erich Freund geb. 17. XII. 1800 S. Devrient a. a. O.	

1) Dazu vgl. C. A. H. Burkhardt, Stammtafeln der Ernestinischen Linien des Hauses Sachsen, Festgabe . . Weimar 18. Mai 1885. — O. Vater, Die Sächsischen Herrscher. Ihre Familien und Verwandten. Rudolstadt 1895. — Tröbs a. a. O. Anlage („Die regierenden sächsischen Linien gegen Ende des 18. Jh.“). — Die Ernestiner sind mit fast allen evangelischen Häusern Deutschlands verwandt. Ich verweise auf Voigtel-Cohn, Stammtafeln zur Geschichte der europäischen Staaten, Bd. I, Braunschweig 1871 (benutzt die Tafeln Hessen [119 ff.], Mecklenburg [144] und Rudolstadt [183]) und Lorenz-Devrient, Genealogisches Handbuch der europäischen Staatengeschichte, 3. Aufl., Stuttgart 1908.

2) Verwitwete Herzogin von Mecklenburg-Schwerin. — Vgl. auch die bei Facius S. 8 aufgeführte Greifswalder Diss. 1931 von Erdmann Werner Böhme, Die frühdeutsche Oper in Thüringen (auch Mitt. d. Geschichts- und Altertumsvereine zu Eisenberg und Stadtroda, Heft 43/44 (= Bd. VIII, Heft 3/4) Stadtroda 1931 (Frdl. Hinweis von Dr. Facius).







## B. Die gothaische Hauptlinie und ihre Verwandtschaft im ausgehenden 18. Jahrhundert. — Linie Sachsen-Coburg-Gotha.

SACHSEN - GOTHA - ALTENBURG  
Herzöge.

1. Friedrich I. reg. 1674—1680—1691.  
|  
2. Friedrich II. reg. 1691—1732.

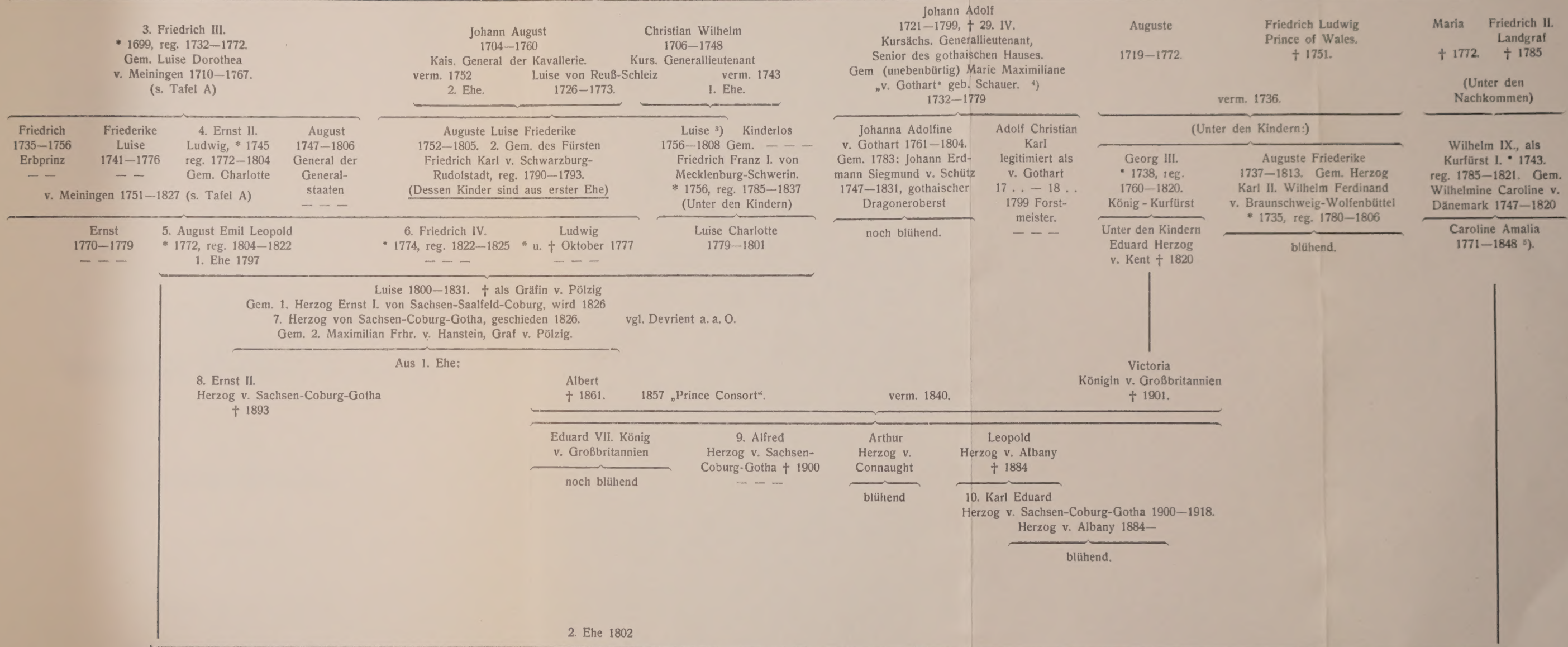
## GROSSBRITANNIEN - HANNOVER

König - Kurfürsten.

Georg II. † 1760

## HESSEN - KASSEL

Landgrafen.



3) Freisleben a. a. O. (Anm. 106 der Arbeit) schreibt Louise, Posse usw. Luise.

4) Weise a. a. O. (Anm. 62).

5) S. auch Philipp Losch, Die letzte Herzogin von Gotha. Preußische Jahrbücher Bd. 175, 1919, S. 207—227.

